

Das deutsche Problem in der neueren Geschichte

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Sondernummer

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller
Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

Das deutsche Problem in der neueren Geschichte

Herausgegeben
von
Karl Otmar Freiherr von Aretin,
Jacques Bariéty und Horst Möller

R. Oldenbourg Verlag München 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[**Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe**]

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / im Auftr. des
Instituts für Zeitgeschichte hrsg. – München : Oldenbourg.

Früher Schriftenreihe

Schriftenreihe zu: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sondernr. Das deutsche Problem in der neueren Geschichte. – 1997

Das deutsche Problem in der neueren Geschichte / hrsg. von Karl
Otmar Frhr. von Aretin . . . – München : Oldenbourg, 1997

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Sondernr.)

ISBN 3-486-64501-3

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Str. 145, D-81671 München
Telefon (089) 45051-0, Internet: <http://www.Oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: Appl, Wemding
Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 3-486-64501-3

Inhalt

Vorwort	VII
I. Das deutsche Problem im Alten Reich	1
<i>Karl Otmar Freiherr von Aretin</i>	
Das deutsche Problem im Alten Reich	3
II. Der Deutsche Bund in Europa	15
<i>Lothar Gall</i>	
Der Deutsche Bund in Europa	17
III. Der Deutsche Nationalstaat als Großmacht	29
<i>Klaus Hildebrand</i>	
Der deutsche Nationalstaat als Großmacht 1871–1918	31
<i>Raymond Poidevin</i>	
Le face-à-face entre la France et l'Allemagne vers 1900	47
IV. Deutschland und der Versailler Vertrag	57
<i>Jacques Bariéty</i>	
Deutschland, Frankreich und das Europa von Versailles	59
<i>Anthony Adamthwaite</i>	
France, Germany and the Treaty of Versailles: France's Bid for Power in Europe, 1919–1924	75
V. Die Bundesrepublik Deutschland im Schatten der NS-Diktatur ...	89
<i>Adolf M. Birke</i>	
Die Bundesrepublik Deutschland im Schatten der NS-Diktatur ...	91
<i>Pierre Ayçoberry</i>	
L'Allemagne occidentale à l'ombre du National-Socialisme: perceptions françaises, de la Deuxième Guerre mondiale aux années 80	103
VI. Das Problem der Teilung und der Wiedervereinigung Deutsch- lands	119
<i>Hermann Graml</i>	
Zum Problem der deutschen Teilung	121

<i>Anthony J. Nicholls</i> Das Problem der Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands . . .	131
VII. Epilog	147
<i>Hermann von der Dunk</i> Universalismus und Dualismus: Überlegungen zum Thema Deutschland und Europa	149
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	167
Verzeichnis der Autoren	169

Vorwort

Der vorliegende Band enthält die Vorträge eines internationalen Kolloquiums zum Thema „Das Deutsche Problem in der neueren Geschichte“, das die Association internationale d'histoire contemporaine de l'Europe (Straßburg) gemeinsam mit dem Institut für Europäische Geschichte (Mainz) und dem Institut für Zeitgeschichte vom 20. bis 22. September 1994 in München veranstaltet hat. Ziel war es, das „Deutsche Problem“ in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts unter den jeweiligen epochalen Voraussetzungen zu erörtern. Die Herausgeber, die die Tagung auch konzipiert haben, danken den Referenten, daß sie die Mühe auf sich genommen haben, ihre Beiträge für den Druck zu überarbeiten bzw. zu ergänzen. Sie danken auch den Leitern der jeweils sehr angeregten Diskussionen: Gilbert Trausch (Luxemburg), Eberhard Kolb (Köln), Fritz Klein (Berlin), Carole Fink (New Brunswick/USA), sowie den Teilnehmern der unter Leitung von Roland Mortier (Brüssel) stattfindenden Podiumsdiskussion, an der Antoine Fleury (Genf), Pierangelo Schiera (Trient/Bologna), Dan Berindei (Bukarest) und Jerzy Holzer (Warschau) teilnahmen. Leider war es nicht möglich, die Diskussionsbeiträge der Tagung ebenfalls zu publizieren. Der Reiz der Veranstaltung lag darin, daß aus unterschiedlichen nationalen, aber auch methodischen Perspektiven ein Grundproblem der neueren Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert im jeweiligen internationalen Zusammenhang behandelt worden ist und damit die gerade bei diesem Thema naheliegende, letztlich aber unbefriedigend bleibende deutsche Perspektive eine sehr viel weitere Dimension bekommen hat.

Karl Otmar Freiherr von Aretin (Mainz/München)

Jaques Bariéty (Paris)

Horst Möller (München)

I. Das deutsche Problem im Alten Reich

Karl Otmar Freiherr von Aretin

Das Deutsche Problem im Alten Reich

Der Titel „Heiliges Römisches Reich“, an dem der Wiener Hof bis 1806 festhielt, deutet eine Kontinuität an, die bei der Betrachtung des Reiches oft verlorengeht. Ich erinnere mich an einen alten Stich, auf dem alle römischen Kaiser aufgeführt waren, und zwar von Augustus bis Franz II. Damit waren Verbindungen angedeutet, die wohl auch unter den Zeitgenossen nur wenige empfunden haben. Aber diese Verbindung spielte trotzdem immer wieder eine Rolle: als der kaiserliche Feldherr Montecuccoli 1664 z.B. bei Sankt Gotthard an der Raab die Türken besiegt hatte, schrieb er dem Kaiser, nun sei es an der Zeit, nach Konstantinopel zu ziehen, um das West- und Oströmische Reich wiederzvereinigen. Das Römische Reich blieb auch später mehr als ein Titel. Als 1749 der kaiserlich russische Gesandte erklärte, daß sein Kaiser als Nachfolger der Byzantinischen Herrscher das vornehmere Reich vertrete, da wurde ihm in Wien sehr energisch bedeutet, daß das Weströmische Reich sehr viel älter wäre. 1782 bei Abschluß des österreichisch-russischen Bündnisses konnte man sich nicht einigen, welches Reich vornehmer ist und daher mit Recht den Vorrang beansprucht. Und so blieb nichts anderes übrig, als das Bündnis so abzuschließen, daß Kaiser Joseph II. der Zarin einen Brief mit dem Inhalt des Bündnisses schrieb und Katharina dasselbe tat. Beim Bankett zur Feier dieses Bündnisses konnte sich die Zarin doch nicht die Bosheit verknäufeln, dem Kaiser vorzuschlagen, ob man in den geheimen Artikel nicht einen Passus aufnehmen solle, der Rußland verpflichte, den Kaiser zu unterstützen, wenn er seine eigentliche Hauptstadt Rom erobern wolle.

Nun ist unverkennbar, daß nach 1648 die Verbindung des Reiches zum Römischen Reich eine Fiktion war. In Wirklichkeit handelte es sich um ein deutsches Königreich, auch wenn im offiziellen Titel „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ das Wort „Deutsch“ nur an zweiter Stelle auftaucht. In der Diskrepanz zwischen dem Anspruch, Nachfolger des Römischen Reichs zu sein, und der Verfassungswirklichkeit des deutschen Königreichs liegt ein Teil des deutschen Problems, das man sehen muß, um die eigentümliche Stellung dieses Reiches in Europa zu begreifen. Auch der Westfälische Frieden nämlich hat im Kern den Anspruch des Römischen Reiches enthalten, die Pax Romana, den von Rom garantierten Frieden, in Europa zu sichern.

Für einen Ausländer war die Reichsverfassung unverständlich. Ein paar Jahre nach diesem österreichisch-russischen Bündnis erhielt der russische Gesandte im Reich, Nikolaus Graf Romanzov, den Auftrag, den Koadjutor

von Mainz, Karl Theodor von Dalberg, vom Beitritt zu dem von Preußen beherrschten Fürstenbund abzuhalten. Die Begründung für den Fürstenbund war der fehlgeschlagene Versuch Kaiser Josephs II., Bayern gegen die Österreichischen Niederlande, das heutige Belgien, zu vertauschen. Auch Dalberg wurde nicht müde zu behaupten, daß der Tausch Bayern gegen die österreichischen Niederlande der Reichsverfassung widerspreche. In den eingehenden Gesprächen forderte Romanzov Dalberg auf, ihm die Reichsverfassung so zu erklären, daß er den Tausch als einen Verstoß gegen diese Verfassung erkennen könne. Diese Unterrichtung nahm mehrere Wochen in Anspruch. Das Ergebnis war, daß der verblüffte Romanzov zu der Feststellung kam, der Tausch verstoße gar nicht gegen die Reichsverfassung, was ihm Dalberg auch sofort zugab. Romanzov war darüber so empört, daß er seinem Minister schrieb: „In diesem Land läuft die Narrheit auf der Straße herum und jeder dieser Kurfürsten, Markgrafen, Erzbischöfe, Fürsten, Bischöfe, Grafen, Ritter (. . .) und was sie sonst noch sind, ist stolz darauf, seine Rolle in diesem Narrenturm zu spielen.“¹ Was den Russen Romanzov veranlaßte, das Reich mit einem Narrenturm zu vergleichen, war die durch den Aufstieg Preußens zur Großmacht veranlaßte grundsätzliche Veränderung des deutschen Problems. Es sind nämlich drei Problemkreise, die sich hier miteinander verbinden:

Es geht einmal um eine Sicherung, die es einem kleinen Reichsritter erlaubt, neben einem mächtigen Fürsten ungefährdet zu existieren. Diese Friedenssicherung im Inneren, jahrhundertlang ein Kernstück der Reichsverfassung, veränderte sich mit dem Aufstieg Preußens zur Großmacht erheblich. Nun war der innere Frieden mit dem Prinzip des Gleichgewichts verbunden, das mit einer Rechtsordnung nichts zu tun hat. Das meinte Dalberg mit Veränderung. Was den Tausch unmöglich machte, war nicht die Reichsverfassung, sondern das innere Gleichgewicht in Deutschland. Dazu kam als Drittes, wie wir sehen werden, die Spannung zwischen dem Titel „Heiliges Römisches Reich“ und der Verfassungswirklichkeit. Es ist unbestreitbar, daß dieses Reich unbeschadet seines Titels ein deutsches Reich war. Ludwig XIV. bezeichnete das Reich immer nur als „Confédération germanique“. Diese Bezeichnung kam zwar der historischen Wirklichkeit etwas näher als der offizielle Titel, aber das Reich war auch nach 1648 keine Confédération, sondern eine Rechtsordnung, in der große, kleine und kleinste staatliche Einrichtungen ungefährdet nebeneinander lebten. Daß sie dies konnten, verdanken sie den Einrichtungen einer höchst komplizierten Reichsverfassung, die einer ihrer Kritiker, der Staatsrechtler Samuel Pufendorf, mit der Bezeichnung „monstro simile“ belegte.

Die größeren Reichsstände, wie die Länder genannt wurden, besaßen seit dem Westfälischen Frieden das Recht zu Verträgen mit auswärtigen Mächten. Diese durften sich nur nicht gegen den Kaiser und nicht gegen das Reich und

¹ Bericht Romanzov 13./23.5. 1786, Beziehungen des Kaiserreichs Rußland mit Frankfurt/M. 43, Archiv des Auswärtigen Amtes, Moskau. Romanzov äußerte sich mehrfach in dieser Weise.

die im Westfälischen Frieden festgelegte Ordnung richten. Da die größeren Länder damit Partner der europäischen Mächte werden konnten, beruhte der kaiserliche Einfluß auf den kleineren Reichsständen, den mindermächtigen und den geistlichen Fürsten, den Reichsgrafen, den Reichsrittern und den Reichsstädten. Der Kaiser und die obersten Reichsgerichte garantierten ihre Existenz. Wir werden sehen, daß ein wesentlicher Teil dessen, was man das deutsche Problem im 17. und 18. Jahrhundert nennen kann, in der Existenz und Sicherung dieser mindermächtigen Reichsstände besteht. Diese fühlten sich, und das haben sie sehr oft betont, als das Reich. Der Westfälische Friede von 1648 war aber auch als eine europäische Friedensordnung angelegt. Diese Aufgabe hat er, und das von ihm neuorganisierte Reich, nie erfüllt. Das lag allerdings weniger am Reich als an seinem Nachbarn. Richelieus Idee, eine von Frankreich garantierte Friedensordnung, wurde von Ludwig XIV. verraten, der im Reich nur ein Machtvakuum sah, das es für Eroberungen zu benutzen galt. Gemessen an dem Einsatz dreier großer Kriege, die Frankreich völlig erschöpften, ist Ludwig XIV. damit nicht sehr weit gekommen. Das Elsaß und Straßburg nahm er dem Reich ab; die Franche-Comté und Teile der spanischen Niederlande, die Spanien vom Reich zu Lehen hatte, waren das Ergebnis von Eroberungskriegen, in denen die eigentliche Chance der Richelieuschen Idee zugrunde ging. Frankreich als Garant einer europäischen Friedensordnung hätte sich an die Spitze Europas setzen können. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings die friedliche Beherrschung Deutschlands gewesen.

Der Rheinbund von 1658 und der bestimmende Einfluß, den Frankreich in den ersten 15 bis 20 Jahren nach dem Westfälischen Frieden in Deutschland besaß, zeigen die Chancen, die dieser Friede einer europäischen Friedensmacht Frankreich geboten hätte. Aber Ludwig XIV. wollte etwas anderes. Nach der inneren Modernisierung Frankreichs wollte er die Herrschaft über Europa. Die habsburgische Umklammerung sollte gesprengt, das Territorium Frankreichs durch Eroberungen vergrößert werden. Mit Ludwig XIV. war ein Staat ganz neuen Zuschnitts in die europäische Geschichte getreten. Dieser Staat war auf höchste Effektivität gerichtet. Nicht mehr Rechtsansprüche, die es zu vertreten galt, sondern Eroberungslust war der Anlaß zu den Kriegen des französischen Königs. 1672 wollte Ludwig XIV. den Übermut der Holländer bestrafen. Es war dann die reine Willkür, die Ludwig XIV. 1688 und 1702 zu seinen Kriegen führte. Europa mußte drei große Kriege gegen den Friedensbrecher führen, bis Frankreich seinen Traum von der Vorherrschaft Europas aufgab. Als schließlich 1714 in Utrecht ein längerdauernder Frieden geschlossen wurde, hatte sich das Bild Europas geändert. Und auch das deutsche Problem hatte eine grundsätzliche Veränderung erfahren. 1648 hatte Richelieus Idee von einer von Frankreich ausgeübten Friedensgarantie ein neues Element in die europäische Friedenspolitik gebracht. Seine Idee stand zwar in klarem Gegensatz zur Idee des Heiligen Römischen Reiches als einer vom Kaiser als dem weltlichen Schwert ausgehenden Friedensordnung. Aber

Frankreich wäre in Richelieus Idee in eine sehr ähnliche Stellung gekommen, wie sie der Kaiser hatte. In seiner Vorstellung sollte die von Frankreich ausgeübte Garantie der Existenz kleinerer Staaten die kaiserliche Lehensordnung ablösen. Die Kaiseridee, hier berührt sie sich mit den Richelieuschen Vorstellungen von einer Friedensgarantie, ging aber nicht von einer Vorherrschaft über Europa auf der Basis einer überlegenen Macht aus. Beide Vorstellungen hatten die Gemeinsamkeit der christlichen Staatenwelt zur Basis. Sie hatten beide einen mittelalterlichen Kern. Die Vorstellung Ludwigs XIV. war in diesem Sinn sehr viel moderner. Das deutsche Problem in dieser Zeit bestand im Grunde darin, daß Deutschland in einer vormodernen hierarchischen Ordnung verblieb, während im Westen moderne Machtstaaten entstanden. Die Ausbildung und die Ausübung von Macht war dem Reich in seiner vormodernen Form unmöglich. Das Nebeneinander von Machtstaaten und diesem durch eine Rechtsordnung organisierten Gebilde „Reich“ ist das, was man als das deutsche Problem in den ersten hundert Jahren nach dem Westfälischen Frieden bezeichnen kann.

Nach den Kriegen mit Ludwig XIV. war klar, daß von dem machtlosen, kriegsuntüchtigen Reich keine neue Ordnung Europas ausgehen konnte. Das neue in Utrecht geborene Prinzip der Friedenssicherung hieß das europäische Gleichgewicht. Hier ging es nicht mehr um Rechtsansprüche, sondern ein Areopag europäischer Großmächte bestimmte eine Ordnung, in der keine Großmacht so überlegen werden sollte, daß sie in Europa allein bestimmen konnte. In diesen Rahmen paßte das Reich, oder sagen wir besser das deutsche Problem, nicht hinein. Dieses Reich war für die europäischen Großmächte eine *quantité négligeable*. Es war auch und blieb eine verdeckte Rechtsordnung, es war unfähig, militärische Macht auszuüben. Durch die Eroberungen Österreichs in Ungarn und dem Erbe aus dem Spanischen Erbfolgekrieg war Österreich aber in den Rang einer europäischen Großmacht aufgestiegen. Den Beweis allerdings, daß Österreich eine Großmacht in dem Sinne war, daß es allein einen Krieg führen konnte, konnte es lange nicht erbringen. Als Kaunitz 1750 österreichischer Gesandter in Paris wurde, versuchte er dort, seine Idee von einem österreichisch-französischen Bündnis zu diskutieren. Er stieß auf völlige Ablehnung, weil man in Versailles nicht gewillt war, Österreich als Bündnispartner ernstzunehmen. Die Verbindung zu diesem eigentümlichen Gebilde „Reich“, so wurde ihm bedeutet, mache die tatsächliche Macht Österreich unberechenbar. Für England, den Schöpfer der Gleichgewichtsidee, war Österreich innerhalb dieses Systems ein idealer Partner. In London konnte man sicher sein, daß der Kaiser keinen Eroberungskrieg führen würde. Andererseits hatten die Kriege gegen Ludwig XIV. gezeigt, daß mit Hilfe von Subsidien im Reich bei den Reichsfürsten militärische Kräfte im Notfall mobilisiert werden konnten. Mit deren Hilfe konnte das Gleichgewicht in Europa erhalten werden. Während der Regierungszeit Karls VI. war England bei internationalen Konferenzen mehrfach an die Seite Frankreichs

getreten. Diese Politik galt den italienischen Verhältnissen. Die Rückkehr der Spanier nach Italien entsprach nämlich dem englischen Prinzip des Gleichgewichts. Dieses Prinzip widersprach auch dort der auf Rechtsansprüchen aufgebauten kaiserlichen Lehensordnung über Reichsitalien. England hielt auch dort den Frieden für gefestigter, wenn zwei Mächte, nämlich Österreich und Spanien, sich im Gleichgewicht hielten. Außerdem verhielt sich Karl VI. nicht systemkonform im Sinne der europäischen Großmachtspolitik. Anstatt, wie es der neuen Großmacht entsprochen hätte, die Erbfolge seiner Tochter Maria Theresia durch eine starke Armee zu sichern, verfiel er auf den Gedanken, diese Frage in der Pragmatischen Sanktion durch Verträge zu regeln. Auch wenn die Pragmatische Sanktion dem Reichsrecht widersprach, das keine weibliche Erbfolge vorsah, war die Vorstellung, anstelle einer Rüstung die Erbfolge durch Verträge zu regeln, eine dem Reich sehr adäquate Idee.

Hier wird sozusagen das deutsche Problem im Alten Reich deutlich. Der Kaiser als Herrscher der Großmacht Österreich gehörte in das System der europäischen Großmächte, gleichzeitig dachte er aber in Kategorien des reichsrechtlichen Rechtssystems. Die Erbfolge seiner Tochter war jedoch sowohl ein Problem der europäischen Politik wie der Reichspolitik. Die Spannung zwischen der auf Macht ausgerichteten Großmachtspolitik und dem Rechtssystem war allerdings nicht nur in Deutschland ein diskutiertes Problem. Auch in Frankreich gab es nach Ludwig XIV. in der Staatsrechtswissenschaft eine Tendenz, die sich gegen die Eroberungspolitik des Königs wandte und für eine Verrechtlichung der Politik eintrat. Charles Saint-Pierre sah in der Reichsverfassung das Vorbild einer europäischen Friedensordnung. In seinem nach dem Frieden von Utrecht geschriebenen Traktat vom Ewigen Frieden heißt es: „Was in Wirklichkeit das europäische Staatensystem aufrechterhält, so gut es gehen mag, ist in der Hauptsache das Spiel der Verhandlungen, die sich nahezu allseits im Gleichgewicht halten. Aber dieses System hat noch eine andere wirksame Stütze, nämlich das Deutsche Reich, das vom Herzen Europas aus alle anderen Mächte im Zaume hält, und vielleicht der Sicherheit der anderen noch mehr dient als seiner eigenen. Ungeachtet der Fehler dieser Reichsverfassung ist es doch gewiß, daß, solange sie besteht, das Gleichgewicht Europas nicht verletzt werden kann, daß kein Herrscher zu befürchten hat, von einem anderen entthront zu werden, und daß der Westfälische Friedensvertrag vielleicht für immer die Grundlage des politischen Systems unter uns bleiben wird.“² In diesem Zitat tauchen nun auf einmal die Begriffe Gleichgewicht und Reichsverfassung nebeneinander und gleichwertig auf. In der Aussage steckt ein Teil des deutschen Problems. Das Reich, in dem Ludwig XIV. nur ein Machtvakuum erblicken wollte, hatte dem doppelten Ansturm der Großmacht Frankreich und des Osmanischen Reiches standgehal-

² Zitiert nach K. v. Raumer, *Ewiger Friede, Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance*, Freiburg i. Br./München 1953, S. 351 f.

ten. Dem Zitat von Saint-Pierre ist die Verwunderung darüber durchaus anzumerken. Saint-Pierre greift aber auch auf die Idee Richelieus von einer europäischen Friedensordnung zurück, nur mit dem Unterschied, daß nicht Frankreich, sondern das Reich Garant dieser Friedensordnung war. So schön das Zitat auch ist, und jeder Reichshistoriker wird sich an ihm freuen, es gibt ein falsches Bild wieder. Niemals ist es dem Reich gelungen, den europäischen Frieden zu wahren, wenn ihn jemand ernsthaft bedrohte. Nur soviel ist sicher, eine Bedrohung dieses Friedens ging von diesem Reich nicht aus, dessen Armee die Reichsgrenze nicht überschreiten durfte. In einem aber hatte Saint-Pierre recht. Dieses merkwürdige Gebilde „Reich“ wurde in dieser Zeit als bestehendes und erhaltungswürdiges System auch in Deutschland von den Reichspublizisten beschrieben. Hatten die Reichspublizisten des 17. Jahrhunderts von Chemnitz bis Pufendorf die Reichsverfassung kritisiert, so beschränken sich die Staatsrechtslehrer des 18. Jahrhunderts, die Moser bis Pütter darauf, das Reich so darzustellen, wie es war. Für Pütter war das Reich ein deutsches Königreich. Mit dem römischen Ursprung wußte er nichts anzufangen. Er hielt das für eine Vorstellung, die nur im Mittelalter entstehen konnte, und die keinen wirklichen Kern besitze. Daß Johann Jakob Moser für die Beschreibung der Reichsverfassung fast 200 Bände benötigte, zeigt, wie kompliziert das Ganze war.

Die große Veränderung kam mit dem Tod Kaiser Karls VI., mit dem Aussterben der Habsburger 1740. Sein Nachfolger, der Wittelsbacher Karl VII., schien der deutschen Tradition eines Kaisers zu entsprechen. Mit Unbehagen hatte man nämlich im Reich die Verbindung Karls VI. mit der Großmachtpolitik seiner Zeit beobachtet. Man wollte nun einen Kaiser, der sich nur um das Reich kümmerte, und der mit der nicht zu übersehenden und für die Reichstände auch nicht zu begreifenden Großmachtpolitik nichts zu tun hatte. Auch dieser Kaiser überraschte die europäischen Mächte. Er bekam zwar von Frankreich bis 1738, bis es den Franzosen zu dumm wurde, erhebliche Summen, aber er legte diese Summen nicht für Rüstungen an, sondern hielt den Bau eines kaiserlichen Schlosses in Schleißheim für wichtiger. Seine völlige Abhängigkeit von Frankreich während seiner Regierung als Kaiser machte dem Traum von einer von den Großmächten unabhängigen Reichspolitik sehr rasch ein Ende. Die kurze Regierungszeit Karls VII. bewies, daß es diese Unabhängigkeit des Reiches von der Politik der Großmächte nicht mehr gab. Die Großmacht Österreich war nötig, um das Reich zu erhalten. Als man 1745 den Gemahl Maria Theresias, Franz Stephan, zum Kaiser wählte, war aller Reichsenthusiasmus verfliegen. Man wählte ihn, weil man nicht wußte, wen man sonst wählen sollte. Als 1745 nach dem Tod des wittelsbachischen Kaisers die Kaiserkrone wieder nach Wien zurückgekehrt war, gab es in Wien eine Diskussion, welchen Wert diese Kaiserkrone für Österreich besitze. Es war der neuernannte Reichsvizekanzler Graf Colloredo, der in seinem schwülstigen barocken Stil damals schrieb, „daß das Römische Reich mit erz-

herzoglichen Erbländen einen derlei gemeinschaftlichen Aneinanderhang habe, daß das Heil des einen von dem Wohlsein des anderen mehrenteils abhängt, kann fast nicht in Abrede gestellt werden. Geht man ein wenig in die verflossene Zeit zurück, so ergibt sich noch mehr, was für eine Stütze das Erzhaus an dem Reich gehabt, in dem bekannt ist, daß, sobald das Einverständnis des Erzhauses mit dem Reich verwirrt worden, sich auch beiderseitig die Angelegenheiten merklich verschlimmert haben.“ Colloredo zog den Schluß, „daß gleichwie das Römische Reich ohne den Beistand des allerdurchlauchtigsten Erzhauses nicht wohl aufrechterhalten werden kann, gleichfalls dieses allerhöchste Haus bei der Trennung von dem Römischen Reich von den bekannten vielfältigen Feinden großen Gefahren ausgesetzt sein dürfte“³.

Das die deutsche Geschichte aber wirklich verändernde Ereignis war, wie erwähnt, der Aufstieg Preußens zur Großmacht unter Friedrich dem Großen. Sein Überfall auf Schlesien enthüllte dramatisch die Schwäche Österreichs. Friedrich konnte sich durchsetzen. Er behielt Schlesien und machte Preußen damit zur Großmacht und zwar zu einer Großmacht modernen Stils. Fast ebenso wichtig war, daß er auch die andere Großmacht, nämlich Österreich, zwang, Großmachtspolitik europäischen Stils zu betreiben und sich so zu reformieren, daß sie innerhalb des Großmachtssystems bestehen konnte. England mit seiner Ideologie des Gleichgewichts sah in dem auf zwei deutschen Großmächten beruhenden Gleichgewichtssystem eine Sicherung des Friedens im Reich. Das war der Grund, weshalb England darauf bestand, daß Preußen im Frieden von Aachen 1748, an dem es gar nicht beteiligt war, der Besitz Schlesiens garantiert wurde. Diese Garantie übernahm der Reichstag 1752. Die Folgen dieses neuen Systems des Gleichgewichts, das dem Rechtssystem des Reichs eigentlich entgegengesetzt war, erwies sich für den Zusammenhalt des Reiches verheerend. Es waren drei Entwicklungen, die dem deutschen Problem eine völlig neue Richtung gaben:

Mit der Großmacht Brandenburg-Preußen war ein Staat entstanden, der auf Vergrößerung angelegt war und innerhalb Deutschlands einen Fremdkörper darstellte.

Zweitens: Mit diesem protestantischen Gegenkaiser erhielt der konfessionelle Gegensatz in Deutschland eine neue Dimension. Dazu kam als Drittes die völlige Entwertung des Kaisertitels. Mit Karl VII., seinem Nachfolger Franz Stephan von Lothringen und Joseph II., der bis zum Tode Maria Theresias 1780 15 Jahre lang nur Kaiser war, regierten vierzig Jahre lang Kaiser, die über keine Macht verfügten. Maria Theresia, die wahre Schöpferin der Großmacht Österreich, war dem Reich gegenüber sehr zurückhaltend. Ihre Krönung zur Kaiserin hatte sie als Kasperltheater abgelehnt, und damit die Kurfürsten verärgert. Die Vorbereitungen zum Siebenjährigen Krieg betrieb sie, obwohl Franz Stephan darauf hinwies, daß der Reichstag zu Regensburg

³ Ausarbeitung Colloredo undatiert, 1746 (?), Reichskanzlei Vorträge 6 d, HHStA Wien.

1752 Preußen den rechtmäßigen Besitz Schlesiens bestätigt hatte, der Krieg also ein Angriffskrieg wäre, wenn Österreich ihn beginnen würde. Franz I. und der Reichsvizekanzler Colloredo beschworen sie, von diesem Krieg abzulassen, weil Österreich ohne Zweifel als Friedensbrecher verurteilt würde und der Kaiser damit rechnen müßte, abgesetzt zu werden. Der Überfall Friedrichs auf Sachsen im Sommer 1756 löste in Wien aus verständlichen Gründen geradezu Freudentänze aus. Das deutsche Problem hatte aber nach dem Hubertusburger Frieden einen neuen Charakter angenommen. Das kaiserliche Ansehen war an einem Nullpunkt angekommen.

Kurz vor dem Tod Karls VII. hatte Ludwig XV. von Frankreich Friedrich und dem König von Sardinien den Vorschlag gemacht, den Kaisertitel abzuschaffen, keinen neuen Kaiser mehr zu wählen, sondern das Reich so zu organisieren, wie die Schweiz und die Niederlande ja schon organisiert wären⁴. Friedrich antwortete auf diesen Vorschlag merkwürdigerweise nicht. Ausgerechnet der Savoyer war es, der ein hohes Lied auf die Reichsverfassung sang und Ludwig XV. antwortete, daß das Reich als Verfassung doch so wichtig wäre, daß man den Kaiser nicht einfach abschaffen könne. Die Reichsverfassung mit dem Kaiser an der Spitze fördere unabhängig von den Querelen der europäischen Großmächte in Italien eine friedliche Entwicklung. In dieser Zeit entdeckte auch Rousseau seine Vorliebe für die Reichsverfassung, indem er das Zitat von Saint-Pierre, das ich vorhin vorgebracht habe, wiederholte. Aber auch Mably, dessen Werk großen Einfluß auf die Ideen der Französischen Revolution hatte, lobte 1765 in seiner „*Observation sur l'histoire de France*“ das System des Reiches. Er meinte: „Durch starke Begrenzung der Rechte der Kaiser ist es dahin gekommen, daß das Reich als ihnen übergeordnet betrachtet wird. Der Herrscher wurde früher als Quelle und Ursprung aller Lehen angesehen, die wiederum als abgetrennte Teile seiner Domäne gehalten wurden. Heute vergibt er die selben Lehen, aber er ist nicht mehr der eigentlich Gebende, sondern eher Delegierter des Reiches, welchem die Lehen angehören. Die feudale Regierung Deutschlands hat die weiseste Form angenommen, die möglich war. Man muß eine Verfassung von den Zielen her beurteilen, die sich die Menschen vornehmen müssen, wenn sie sich durch die Bindungen der Gesellschaft untereinander vereinigen; wenn es das Ziel ist, alle Teile der Gesellschaft in dem Streben für die Erhaltung des Friedens, der Ordnung, der Freiheit, des Gehorsams und der Gesetze zu vereinen, dann wird man ohne Zweifel die Nachteile der deutschen Regierungsform feststellen. Aber wenn man alle Mitglieder des Reiches als Mächte, die aneinander durch Verträge gebunden und durch permanente Verhandlungen in der Art eines immerwährenden Kongresses miteinander verbunden sind, betrachtet, da wird man sehen, daß diese freien und unabhängigen Mächte gar keine bessere

⁴ Die näheren Angaben für diesen weitgehend unbekanntem Vorschlag bei F. Valsecchi, *L'Italia nel settecento*. Dal 1714 al 1788, Mailand 1959, S. 164–171.

Form hätten finden können, um den Frieden untereinander zu wahren und ihren Untergang zu verhindern.“⁵ Wie gefährlich für die Existenz der kleineren Reichsstände dieses System des Gleichgewichts war, zeigte sich schon bald:

Waren die beiden deutschen Großmächte einig, so gab es niemand, der ihnen im Reich widerstehen konnte. 1772 bei der ersten polnischen Teilung verständigten sich Österreich und Preußen mit Beteiligung Rußlands über Gebietsvergrößerungen in Polen, für die es nicht den geringsten juristischen Anspruch gab. In Deutschland ist dieses Ereignis mit großem Erschrecken aufgenommen worden, und es gab viele Druckschriften, die auf die Gefahr hinwiesen, die von einem Zusammenspiel der beiden deutschen Großmächte ausgehen könne.

Jedermann erwartete ein ähnliches Ergebnis beim Aussterben der bayerischen Wittelsbacher. Wären sich Österreich und Preußen damals einig gewesen, sie hätten das Problem im Sinne der polnischen Teilung lösen können. Sie waren sich aber nicht einig, und sie führten einen Krieg, der als Kartoffelkrieg in die Geschichte eingegangen ist. In ihrer Unfähigkeit, ein Problem zu lösen, zogen sie Frankreich und Rußland hinein, die ihnen 1779 den Frieden von Teschen diktierten. Auf diese Weise wurde neben Frankreich und Schweden auch Rußland Garantiemacht der Reichsverfassung.

Das deutsche Problem reduzierte sich nun darauf, wie der Rest Deutschlands so zu organisieren war, daß es nicht nach dem polnischen Beispiel zwischen Österreich und Preußen aufgeteilt würde. Das Ergebnis war der Versuch, das Reich durch eine Reform des Reiches unabhängig von den deutschen Großmächten zu organisieren. Eine Folge dieser Überlegungen war der deutsche Fürstenbund von 1785. Nicht in dem was er wurde, sondern in dem wie er geplant war, war er ein Versuch, die Einheit des Reiches vor der Bedrohung durch die deutschen Großmächte zu bewahren. Als Friedrich der Große 1785 die Pläne der kleineren Reichsfürsten, wie Karl Friedrich von Baden, Karl August von Weimar, Franz von Anhalt und einiger anderer, an sich riß, ging es ihm nicht mehr um eine Reform des Reiches. Er wollte mit Hilfe eines Fürstenbundes, der beide Konfessionen umfaßte, den Einfluß Österreichs im Reich zerstören. Das Wichtige an diesem Fürstenbund für das Reich war, daß er allen Staaten die Existenz garantierte, und damit auch die in Säkularisationsfurcht lebenden geistlichen Fürsten zunächst einmal beruhigte. Als ihm dies geglückt war, als er den Einfluß Österreichs zerstört hatte, war von einer Reichsreform oder von einer Organisation der kleineren Reichsstände keine Rede mehr. Mit dem Scheitern des Fürstenbundes 1789–90 versank die Reichsreformbewegung in tiefe Ratlosigkeit. Eine Erneuerung des Reiches schien nur gegen die deutschen Großmächte möglich, und dazu hatte niemand mehr den Mut. Zur selben Zeit, als in Frankreich die Französische Revolution

⁵ Jean Gabriel de Mably, *Observations sur l'histoire de France*, nach der Ausgabe Paris 1795, S.172f.

ausbrach, wußte niemand im Reich, wie es eigentlich weitergehen sollte. Das eine hatte mit dem anderen nichts zu tun. Aber es ist wohl klar, daß die Fanfarrenstöße aus Frankreich in Deutschland ein Echo fanden. Die Frage ist nur, wie stark dieses Echo war und was es bewirkte.

Die Französische Revolution und insbesondere die Hinrichtung Ludwig XVI. am 21. Januar 1793 brachte in Deutschland eine neue Begeisterung für die Reichsverfassung hervor, die man zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erwartete. Johann Jakob Moser hatte die Diskussion über den Charakter dieser Reichsverfassung 1766 mit apodiktischen Feststellungen abgeschnitten: „Deutschland wird auch deutsch regiert und zwar so, daß sich kein Schulwort oder wenige Worte oder die Regierungsart anderer Staaten dazu schicken, unsere Regierungsart dadurch begreiflich zu machen.“⁶ In der um 1780 einsetzenden Verfassungsdiskussion fehlten natürlich auch nicht die kritischen Töne. So meint 1785 Wilhelm Ludwig Wekhrlin in seiner Schrift über den bayerischen Tausch: „Das deutsche Reichssystem ist, wie man mit sehr viel Witz sagt, eine von den Göttern gesegnete Verwirrung.“⁷ Als von Frankreich die Schreckensmeldungen im September 1792 von der Absetzung des Königs und den Septembermorden herüberdrangen, erinnerte man sich plötzlich wieder der Reichsverfassung. Christoph Martin Wieland, der ursprünglich die Französische Revolution begrüßt hatte, schrieb 1797: „Die dermalige deutsche Verfassung ist, ungeachtet ihrer unleugbaren Mängel und Gebrechen für die innere Ruhe und den Wohlstand der Nation im ganzen unendlich zuträglicher und ihrem Charakter und der Stufe der Kultur, worauf sie steht, angemessener als die französische Demokratie.“⁸ Friedrich Carl von Moser, der Sohn Johann Jakobs, war etwas skeptischer, wenn er schrieb: „Dürfen wir uns jemals einen französischen salto mortale wünschen oder wollen wir (es) doch nicht lieber bei unserer Konfusion *divinitas conservata*, genannt Reichsverfassung, die nächsten 100 Jahre bewenden lassen?“⁹

Um was ging es? Die Revolutionskriege waren von den deutschen Großmächten als Eroberungskriege angelegt worden. Sie wollten sich im Elsaß, in den Niederlanden und in Polen vergrößern. Je mehr die Hoffnung auf einen Sieg dahinschwand, desto eindeutiger wurden Pläne diskutiert, diese Eroberungen im Reiche zu machen. Die Säkularisation der geistlichen Staaten und die Mediatisierung der kleineren Fürsten, der Reichsgrafen, Reichsritter und der Reichsstädte wurde in den Jahren nach dem Basler Frieden 1795 ganz offen diskutiert. In dieser Diskussion fiel den Gegnern der Säkularisation kein

⁶ J. J. Moser, *Neues Teutsches Staatsrecht*, Teil 1, Stuttgart 1766, S. 550.

⁷ W. L. Wekhrlin, *Über Bayerns Tausch*, in: *Das graue Ungeheuer*, 5, 1785, S. 295.

⁸ Ch. M. Wieland, *Betrachtungen über die gegenwärtige Lage des Vaterlandes*, in: *Sämtliche Werke* Bd. 29, Leipzig 1797, S. 410f.

⁹ Ein aufgewärmter Neujahrswunsch an den Reichstag in Regensburg zu Regensburg, in: *Patriotisches Archiv für Deutschland* 1, 1792, S. 295.

anderes Argument ein als dieses: Diese Säkularisation bedeute das Ende der Reichsverfassung, weil es das Ende der Stellung des Reichsadels und der Reichsstädte einleiten und das Reich für den Kaiser unregierbar machen würde¹⁰. Mit den geistlichen Fürsten verschwände die Möglichkeit des Adels, zum Fürsten gewählt zu werden und das Reich werde dem Absolutismus der Fürsten ausgeliefert. Auch diesmal konnten sich die deutschen Großmächte wie schon in Teschen nicht verständigen.

Friedrich Wilhelm III. stellte sich hinter die französische Forderung einer totalen Säkularisation, weil er den Einfluß des Kaisers im Reich zerstören wollte. Kaiser Franz II. wollte wenigstens die drei geistlichen Kurfürsten retten, weil nur so eine katholische Mehrheit im Kurkolleg erhalten und künftig die Wahl eines Habsburgers zum Kaiser gewährleistet werden konnte. An eine Ordnung des deutschen Problems, nämlich des restlichen Deutschlands, verschwanden beide keine Gedanken. Drei Jahre – zwischen der Säkularisation 1803 und dem Ende des Reichs 1806 – hätten die deutschen Großmächte Zeit gehabt, das deutsche Problem zu lösen. Sie überließen diese Aufgabe Napoleon, der im Rheinbund von 1806 den Grundstein für den deutschen Föderalismus legte. Das Reich war eine hierarchisch gegliederte Rechtsordnung gewesen, in der ein Reichsritter neben einer Großmacht existieren konnte. Der Rheinbund von 1806 und der Deutsche Bund waren eine föderalistische Ordnung, in der alle Glieder gleichberechtigt waren. Einen anderen Weg in die moderne Welt als den einer föderalistischen Lösung hat es wahrscheinlich nicht gegeben.

Daß die Garantiemacht des Westfälischen Friedens und damit der Reichsverfassung, Frankreich, und nicht die deutschen Großmächte diese Lösung erzwang, liegt so gesehen in der Logik unserer Geschichte. Die Alternative dazu hätte nur in einer Aufteilung Deutschlands durch die beiden Großmächte Österreich und Preußen bestehen können. Es gehört zum Charakter der deutschen Geschichte, stärker als die anderer Staaten in die europäische Geschichte eingebunden zu sein, so daß diese Lösung einer Teilung nicht dem Gang unserer Geschichte entsprochen hätte. Das deutsche Problem war schon immer Teil der europäischen Geschichte.

Das deutsche Problem hat im 17. und 18. Jahrhundert verschiedene Gestalten angenommen. Nach 1648 sollte Deutschland Teil und zwar integrierender Teil einer europäischen Friedensordnung unter französischer Garantie sein. Diese Rolle konnte das Reich ebensowenig erfüllen wie es der im Titel „Römisches Reich“ liegenden Verpflichtung – Garant des Friedens in der Christenheit im Sinn der Pax Romana zu sein – je nachgekommen ist. Das deutsche Problem in den ersten hundert Jahren nach dem Westfälischen Frieden bestand einmal in der Diskrepanz zwischen diesem Anspruch und der Verfas-

¹⁰ Vgl. dazu: P. Wende, Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik, Lübeck 1966, S. 70 ff.

sungswirklichkeit. Das Reich war zweitens im Inneren eine Rechtsordnung, in der die Existenz kleiner und kleinster Einheiten neben größeren möglich war. Das brachte es jedoch mit sich, daß in der Zersplitterung in größere und kleine staatliche Einheiten das Reich zu einer Machtentfaltung nicht fähig war. Während Deutschland in einer alteuropäischen Form einer Rechtsordnung weiter existierte, entstand in Frankreich ein neuer Typ einer europäischen Großmacht, die auf Machtentfaltung ausgerichtet war. Die positive Sicht einer vom Reich ausgehenden Friedensordnung blieb aber immer noch in der Diskussion.

Der Aufstieg Frankreichs zur Großmacht neuen Stils brachte als neues Ordnungsprinzip das Prinzip des Gleichgewichts hervor. Mit dem Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht drang das Prinzip des Gleichgewichts auch in die deutsche Geschichte ein. Die dritte Phase des deutschen Problems war von dieser Idee geprägt: Die Garantie der kleinen und der kleinsten Staaten beruhte nicht mehr auf der Rechtsordnung der Reichsorgane, sondern auf der Rivalität der beiden deutschen Großmächte. Der Gegensatz zwischen einer Reichspolitik, die den Gesetzen einer Rechtsordnung folgte und der europäischen Großmachtspolitik brachte es mit sich, daß beide deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, aus dem Reich herauswuchsen. Deutschland stand von da an unter der Drohung, zwischen Österreich und Preußen geteilt zu werden, wie es Polen 1772 und 1793–95 geschah. Das deutsche Problem bestand zu dieser Zeit in der Frage, wie dieses vormoderne Reich unter den europäischen Großmächten zu gestalten war. In ihrem starren Gegeneinander unternahmen die beiden deutschen Großmächte keinen Versuch dazu. Sie blockierten sogar die Verfassungseinrichtungen des Reiches, die praktisch seit 1763 mehr oder weniger lahmgelegt waren. Als sich die kleinen deutschen Staaten in einem Fürstenbund 1784 als dritte Kraft organisieren wollten, riß Preußen die Organisation an sich. Ziel des Fürstenbundes wurde die Zerstörung des kaiserlichen bzw. österreichischen Einflusses im Reich. Diese Konstellation wiederholte sich in den Revolutionskriegen. Auch in der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert gab es keinen von den deutschen Großmächten ausgehenden Versuch der Lösung des deutschen Problems. So nahm sich das siegreiche Frankreich der Lösung im Rheinbund von 1806 an. Neben Österreich und Preußen entstand ein von Frankreich abhängiger Staatenbund. Aber auch Frankreich gelang es nicht, dem Rheinbund eine feste verfassungsrechtliche Ordnung zu geben. Sie ist im Deutschen Bund und der Bundesakte von 1815 verwirklicht worden. Die im Rheinbund von 1806 gefundene Dreiteilung Deutschlands fand 1949 unter veränderten Vorzeichen eine Entsprechung. Der Bundesrepublik Deutschland stand ein sehr kleines Österreich und in der Gestalt der DDR ein verkleinertes Preußen gegenüber. Seit der Wiedervereinigung kennt Europa erneut ein verändertes deutsches Problem, es ist Aufgabe unseres Kolloquiums, diese verschiedenen Formen einer Lösung seit dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu untersuchen und zu diskutieren.

II. Der Deutsche Bund in Europa

Lothar Gall

Der Deutsche Bund in Europa

Gleichsam im Schlepptau der Neubewertung des Alten Reiches ist auch der Deutsche Bund in den letzten Jahren in ein zunehmend freundlicheres Licht geraten, nachdem eine auf den Nationalstaat fixierte Geschichtsschreibung in ihm lange Zeit nur das anachronistische Bollwerk gegen den politischen Fortschritt im Sinne des Liberalismus und gegen die nationale Idee gesehen hatte¹. Treitschkes höhnisches Verdikt hat hier lange nachgewirkt, so sehr man sich ansonsten mehr und mehr von seinen Auffassungen und seiner Perspektive distanzierte. Allerdings bezieht sich, im Unterschied zum Alten Reich, die Revision des Urteils bisher vor allem auf das außenpolitische Gebiet, auf die Mächtebeziehungen in Europa. Die Tatsache, daß der Kontinent nach 1815 eine der längsten Friedensperioden in seiner bisherigen Geschichte erlebte, wird ihm ebenso mit gutgeschrieben wie die Bändigung der Nationalismen, die sich dann im späteren 19. Jahrhundert so zerstörerisch entfalteten. Sogar Hans-Ulrich Wehler als ein dezidiertes Vertreter der modernen Gesellschaftsgeschichte und der konsequenten Betrachtung und Beurteilung aller Geschichte aus dieser Perspektive, hat von hier aus eine Neubewertung des Deutschen Bundes vorgenommen. Der Bund sei, heißt es im zweiten Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“, vor allem aus dem „Bedürfnis nach einer dauerhaften Befriedung Mitteleuropas“ hervorgegangen: „Dieser vordringlichen Aufgabe der Friedenswahrung in Mitteleuropa ist der Bund in der Tat ein halbes Jahrhundert gerecht geworden. Das ist nicht nur“, fährt Wehler fort, „in vergleichender historischer Perspektive eine respektheischende Leistung, sondern auch – zumal wenn man das alte Reich und den Rheinbund mit einbezieht – ein starkes historisches Argument für die Sachangemessenheit einer föderativen Koexistenz deutscher Staaten“². Freilich ist bis heute

¹ Überblicke über die Forschung zum Deutschen Bund b. H. Seier, *Der Deutsche Bund als Forschungsproblem 1815–1960*, in: H. Rumpler (Hrsg.), *Deutscher Bund und Deutsche Frage 1815–1866*, München/Wien 1990, u. A. Doering-Manteuffel, *Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871*, München 1993; s. a. ders., *Vom Wiener Kongreß zur Pariser Konferenz. England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815–1856*, Göttingen/Zürich 1991. Als knappe Gesamtdarstellung a. P. Burg, *Der Wiener Kongreß. Der Deutsche Bund im europäischen Staatensystem*, 3. Aufl. München 1993; s. a. ders., *Die deutsche Trias in Idee und Wirklichkeit*, Stuttgart 1989.

² H.-U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49*, München 1987,

umstritten, ob der Bund die Kräfte des Nationalismus nicht nur gestaut und damit letztlich verstärkt hat.

Das führt sogleich mitten in das zentrale Problem, das sich mit dem Thema „Der Deutsche Bund in Europa“ stellt. Es lautet: Ließen sich die Ziele, die die Schöpfer des Deutschen Bundes, allen voran Metternich, mit ihm im Hinblick auf Europa und die europäischen Mächtebeziehungen verfolgten, überhaupt verwirklichen, d. h. waren sie bei der Lage der Dinge realistisch oder waren sie an ideologische Prämissen gebunden, die sie angesichts der tatsächlichen Gegebenheiten und der Entwicklung der folgenden Jahrzehnte mit innerer Notwendigkeit zum Scheitern verurteilten? Und welche Rolle hat der Bund, was auch immer die Intentionen seiner Gründerväter waren, dann faktisch auf dem internationalen Feld, im Verhältnis der Mächte, der großen Mächte insbesondere, und in Beziehung auf ihre Rivalitäten und Konflikte gespielt?

Schon auf die erste Frage fällt die Antwort nicht leicht. Fast alle an der Gründung des Bundes zentral Beteiligten mit dem österreichischen Staatskanzler an der Spitze haben die Absichten, die sie mit ihm außenpolitisch verfolgten, je nach Situation und Gesprächspartner unterschiedlich akzentuiert. Die Pole waren dabei auf der einen Seite die überlieferte Gleichgewichtsidee, in deren Dienst der Bund stehen sollte³, und auf der anderen Seite der Gedanke einer überstaatlichen Allianz der Throne zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung im Bündnis mit Kirche und Adel, ein Gedanke, der schließlich in Zar Alexanders Plan einer Heiligen Allianz gipfelte. Als Bindeglied, sozusagen als Achse zwischen den beiden Polen, fungierte sehr bald das vor allem von Talleyrand zum Schutz des französischen Besitzstandes formulierte Legimitätsprinzip. Es rechtfertigte jede faktisch etablierte Herrschaft über das traditionelle Ebenbürtigkeitskriterium, also die Zugehörigkeit zu einer schon vor der Revolution etablierten Herrscherfamilie, und erlaubte so einen, freilich von den dadurch Benachteiligten sogleich heftig angefochtenen, Ausgleich zwischen dem Gleichgewichtsgedanken und dem

S. 326; im übrigen ist der Einfluß der aktuellen Situation bei der Abfassung des Buches und der an diese Situation geknüpften Überlegungen nicht zu übersehen. Das gilt etwa auch für die Studie von L. Bentfeld, *Der Deutsche Bund als nationales Band 1815–1866*, aus dem Jahre 1985.

³ Die Etablierung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung sei „nur in so fern möglich“, so umschrieb Metternich bei den Verhandlungen auf dem Wiener Kongreß das Ziel seiner Regierung, „als im Centrum von Europa eine große *Defensiv Vereinigung* statt finde“; Protokoll der 11. Sitzung des Deutschen Komitees vom 12. November 1814, in: J. L. Klüber, *Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815*, 8 Bde., Erlangen 1815–19, Bd. 2, S. 184. Vor allem Friedrich Gentz hat die zentrale Bedeutung der Gleichgewichtsidee in immer neuen Anläufen hervorgehoben. Es müsse eine Konstellation zwischen den europäischen Staaten geschaffen werden, „vermöge derer keiner unter ihnen die Unabhängigkeit oder die wesentlichen Rechte einer anderen ohne wirksamen Widerstand von irgendeiner Seite und folglich ohne Gefahr für sich selbst beschädigen kann“; Fragmente aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichts in Europa, *Ausgewählte Schriften*, Bd. 4, Stuttgart 1838, S. 39.

Versprechen der Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung. Aber auch noch einen anderen, häufig übersehenen Vorteil gewann man mit der Proklamierung des so interpretierten Legitimitätsprinzips: Man verpflichtete auch jene Mächte auf die Wiener Ordnung, die wie England und tendenziell auch Frankreich der starken Betonung des monarchischen Prinzips und den damit verbundenen neoabsolutistischen Bestrebungen ebenso skeptisch gegenüberstanden wie dem Gedanken eines engen Bundes von Thron und Altar und der Rückkehr zu einer ständischen Gesellschaftsordnung. Schien die weitgehende Formalisierung des Legitimitätsprinzips, seine Status quo-bezogene Reduzierung auf die traditionell verstandene Ebenbürtigkeit aller europäischen Herrscherhäuser, den Staaten und Mächten doch innenpolitisch weitgehend freie Hand zu lassen. Allerdings sollte sich dann schon bald zeigen, daß die Zeit, in der man wie im 18. Jahrhundert Innen- und Außenpolitik ziemlich sauber voneinander abheben konnte, vorbei war. Der junge Ranke hat diesen Epochenwandel als einer der ersten in allgemeinen Formulierungen erfaßt und beschrieben.

Die Art, wie er ihn akzentuierte, entsprach freilich einer bestimmten politischen Richtung, die damit dem eigenen innenpolitischen Kurs den Schein höherer, geradezu existentieller Notwendigkeit zu verleihen suchte. Genauer gesagt: Sie zielte auf den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Reaktionspolitik der Staaten des Deutschen Bundes im Inneren, mit der Führungsmacht des Bundes, Österreich, und dann auch Preußen an der Spitze, und der Rolle, die der von Österreich geführte Deutsche Bund gleichsam als institutionalisierter Kern einer sich neu etablierenden europäischen Ordnung zu spielen bestrebt war. Es war dies nicht die Rolle einer aktiv und geschlossen handelnden eigenen Macht – dazu war der Bund als ein lockerer Staatenbund, noch dazu ohne funktionierende Militärverfassung, gar nicht in der Lage. Es war vielmehr die Rolle eines Modells und zugleich einer Klammer zwischen den europäischen Mächten⁴. Von der zentralen Aufgabe der „Verknüpfung des Grundvertrages des Bundes“ – der nach außen ein „bloßes Verteidigungs-System“ sei – „mit den Verhandlungen und der Schlußacte des Wiener Congresses“ war in dem dem Bundestag am 17. Februar 1817 vorgelegten Kommis-

⁴ Dieser Aspekt wird nach H. v. Srbik (Metternich. Der Staatsmann und der Mensch, 3 Bde., München 1925–1954) besonders betont von H. Kissinger: *Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs*, Düsseldorf/Wien 1962; s. a. ders., *Diplomacy*, New York 1993 (dt. u. dem Titel: *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik*, Berlin 1994). Mehr die passive Rolle des Bundes als Puffer zwischen den Großmächten betont P. Schroeder, *Metternich's Diplomacy at its Zenith 1820–1823*, Austin, Tex. 1962. Zur europäischen Rolle des Bundes neben den genannten Titeln noch die Arbeiten v. W. Gruner, insbes. s. *Habil.schr.: Großbritannien, der Deutsche Bund und die Struktur des europäischen Friedens im frühen 19. Jahrhundert*, München 1979, sowie ders., *Der Deutsche Bund und die europäische Friedensordnung*, in: H. Rumpler (Hrsg.), *Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866*, Wien/München 1990, S. 235 ff.

sionsgutachten „Ueber die auswärtigen Verhältnisse des deutschen Bundes“ programmatisch die Rede⁵.

Metternich selber hat diese Zielsetzung sehr deutlich gemacht, indem er bald nach Abschluß des Wiener Kongresses den Plan eines Europäischen Rates, eines ständigen Gesandtenkongresses mit Sitz in Paris, voranzutreiben versuchte⁶. Er sollte eine Art Pendant zu dem in Frankfurt tagenden Gesandtenkongreß des Bundestages bilden, freilich in einer Form, die der Gleichheit der Großmächte in ganz anderer Weise als auch nur im Verhältnis innerhalb des Bundes zu Preußen Rechnung trug. Auch der Europäische Rat sollte über die Grundsätze der inneren Ordnung in Europa wachen und notfalls aktiv für sie eintreten – wie und in welcher Richtung machten dann die europäischen Kongresse von Troppau und Laibach (1820/21) und Verona (1822) deutlich, die nach der förmlichen Wiederaufnahme Frankreichs in den Kreis der europäischen Großmächte 1818 in Aachen die antirevolutionären Interventionen in Italien und in Spanien beschlossen.

Es waren dies freilich Beschlüsse, die, wie das Scheitern des Planes eines Europäischen Rates, zeigten, daß von einer übergreifenden Einheit, gar einer Art staatenbündischem Zusammenschluß der europäischen Mächte unter Führung der Pentarchie keine Rede sein konnte. Es gab eben keinen Primat der Außenpolitik, zumindest nicht im Sinne des gemeinsamen Ziels der unbedingten Erhaltung des Status quo in Europa, wie ihn die Konservativen in Wien, Berlin und St. Petersburg propagierten und zugleich suggerierten. Im Gegenteil, die Entwicklung innerhalb des als Modell, als institutionalisierter Kern und Teilstück einer europäischen Ordnung konzipierten Deutschen Bundes trieb die nicht zuletzt innenpolitisch motivierten bzw. genährten Gegensätze noch zusätzlich hervor. Spätestens seit den Karlsbader Beschlüssen war deutlich geworden, daß Österreich, sekundiert von Preußen und begleitet von zustimmenden Äußerungen des Zaren, bestrebt war, den Bund als Lord-siegelbewahrer des – 1820 formell in der Wiener Schlußakte kodifizierten – monarchischen Prinzips und der Grundsätze einer ständisch-konservativen Sozialordnung zu beherrschen. Trotz abwiegelnder und beruhigend gemeinter Äußerungen aus der Wiener Staatskanzlei lag der Gedanke sehr nahe, daß Österreich versuchen werde, unter dieser Flagge, vielleicht gemeinsam mit dem Zarenreich, die Vorherrschaft auch in Europa zu erlangen: Das Auftreten seiner Vertreter auf den Kongressen von Troppau/Laibach und von Verona war nicht gerade dazu geeignet, solche Befürchtungen zu zerstreuen. Sie wurden durch offen geäußerte Überlegungen des Ballhausplatzes zusätzlich genährt, das Interventionsprinzip auch auf Südamerika auszudehnen und also zugunsten spanischer und portugiesischer und zuungunsten sich immer deut-

⁵ Protokolle der Deutschen Bundesversammlung 1817, S. 85.

⁶ Vgl. dazu H. W. Schmalz, Versuche einer gesamteuropäischen Organisation 1815–1820, Aarau 1940.

licher geltend machender englischer Interessen einzugreifen. Die Verkündung der sogenannten Monroe-Doktrin von seiten der Vereinigten Staaten hat derartigen Plänen dann ebenso einen Riegel vorgeschoben wie auch und vor allem die in dieser Beziehung sehr entschiedene Haltung von George Canning, der 1822 erneut ins Amt des britischen Außenministers gelangte und im Sinne der politischen Überzeugungen der Whigs und der *british interests* in Lateinamerika 1826 die Anerkennung der dortigen Revolutionsregierungen durchsetzte⁷.

Zu diesem Zeitpunkt war Metternichs bisherige Europapolitik bereits weitgehend gescheitert und der Deutsche Bund aus der Rolle eines Modells und einer Klammer für die europäischen Mächte auf die Funktion eines Bollwerks der monarchisch-konservativen Konzeption in Mitteleuropa zurückgeworfen worden, einer Heiligen Allianz im kleinen, wie die Gegner sagten. Die griechische Frage hatte den Vorrang einzelstaatlicher Machtinteressen hervorgebracht, besonders deutlich im Falle Rußlands, das hier nicht nur das konservative Interventionsprinzip preisgegeben, sondern sich zur Unterstützung einer nationalrevolutionären Bewegung entschlossen hatte, deren Erfolg den osmanischen Konkurrenten Rußlands auf dem Balkan und im Vorderen Orient weiter zu schwächen versprach. Daß es dabei zugleich um den Schutz orthodoxer Christen ging, war ein Motiv, das man nicht mit allzu leichter Hand beiseite schieben sollte.

Ganz deutlich aber war die Schwächung des „Systems Metternich“. Sein Schöpfer sah sich nun, zumindest zeitweise, seiner Ostflankierung beraubt und auf Mitteleuropa zurückgeworfen. Und auch hier drohte ihm ein Teil der so sorgfältig stabilisierten Basis wegzurutschen, als die Julirevolution von 1830 in Frankreich und die Septemberrevolution in den südlichen Niederlanden auch in vielen Bundesstaaten ein äußerst lebhaftes Echo fanden und deren Regierungen zum Teil zu recht weitreichendem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der liberalen Bewegung veranlaßte. In Braunschweig wurden gar der regierende Herzog vertrieben und sein Schloß angezündet.

Metternich hat zunächst, sicherlich auch mit Blick auf England und das revolutionäre Frankreich, gezögert, den Bund, etwa über eine ausdrückliche Bekräftigung und Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse, zu einer Intervention zu veranlassen. Er wartete ab, vor allem wie sich die Dinge im Königreich Polen entwickeln würden, das mit dem Zarenreich in Personalunion verbunden war. War doch in Polen ebenfalls eine – in Deutschland vielerorts lebhaft begrüßte – Revolution ausgebrochen. Daneben beobachtete Metternich aufmerksam, ob es über wallonische Anschlußbestrebungen an Frankreich und französische Begehrlichkeiten auf die Scheldemündung etwa zu einem Konflikt zwischen London und Paris kommen werde. Bis dahin waren beide Sei-

⁷ Vgl. dazu immer noch H. W. V. Temperley, *The Foreign Policy of Canning 1822–1827*, London 1925.

ten sich über die griechische Frage und jetzt auch aus innenpolitischen Gründen immer näher gekommen. In dem Bewußtsein, daß vorschnelles Handeln Wien bei Lage der Dinge endgültig in die Isolierung, ja, aus seiner Sicht in die Katastrophe führen könne, sondierte und beobachtete der österreichische Staatskanzler das Feld ebenso sorgfältig wie geduldig. Erst zwei Jahre nach dem Ausbruch der Julirevolution entschloß er sich zum Handeln.

Den äußeren Anlaß bot ihm das Hambacher Fest vom 27. bis 30. Mai 1832, auf dem mehrere Redner eine „deutsche“ Revolution und die Errichtung einer demokratischen Republik im Sinne der „nation une et indivisible“ gefordert hatten. Dies, die sogenannten Polenfeste und die Nachrichten über die Gründung von Geheimbünden an mehreren Orten Europas gaben Metternich das Argument an die Hand, das wohl auch seiner subjektiven Überzeugung entsprach, bei weiterer Nachgiebigkeit und weiterem Entgegenkommen drohe der Ausbruch eines Flächenbrandes, der nicht nur die politisch-staatliche, sondern auch die soziale Ordnung in Mitteleuropa zerstören werde. Das zwinge den Bund zum Handeln, dessen erklärter Zweck nach Artikel 2 ja die „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten“ sei.

Diesmal bedurfte es nicht mehr wie bei der Vorbereitung der Karlsbader Beschlüsse einer mehr oder minder geheimen Vorkonferenz: Der Eindruck, die Lage könne rasch außer Kontrolle geraten, war weit verbreitet, und so beschloß der Bundestag auf Vorschlag des Präsidialgesandten am 28. Juni 1832 sechs, wie es wörtlich hieß, „Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe in Deutschland“. In diesen sechs Artikeln wurde noch einmal ausdrücklich das monarchische Prinzip als oberste Verfassungsnorm für alle Bundesstaaten – mit Ausnahme natürlich der vier Freien Städte – hervorgehoben und daraus die Schlußfolgerung abgeleitet, der Bund habe über alle Verletzungen dieses Prinzips zu wachen und gegebenenfalls gegen sie einzuschreiten. Solche „Hilfe“ wurde stillschweigend auch solchen Regierungen in Aussicht gestellt, die sich als zu „schwach“ erwiesen, ihren Parlamenten und einer verführten Öffentlichkeit ihres Landes erfolgreich Widerstand zu leisten. Wie das mit dem Bundesgrundsatz der „Unabhängigkeit ... der einzelnen deutschen Staaten“ vereinbar war, blieb offen.

Noch bevor die entsprechenden Maßnahmen über Erlasse und Gesetzentwürfe der einzelstaatlichen Regierungen überhaupt in Gang gekommen waren – die bloße Ankündigung hatte freilich in Öffentlichkeit und Parlamenten zumal der süddeutschen Staaten bereits einen Proteststurm ausgelöst –, geschah das Unerwartete: Am 7. September 1832 richtete der englische Außenminister Palmerston zwei gleichlautende ausführliche Schreiben an die britischen Vertreter in Wien und Berlin zur Mitteilung an die jeweiligen Regierungen. Grundlage bildete der ausdrücklich formulierte Anspruch der britischen Regierung, als einer der Mitunterzeichner der Wiener Verträge ein Mitspracherecht zu besitzen, wenn es um Grundfragen der Verfassung und der Ordnung

des Deutschen Bundes gehe⁸. Das sei bei den sechs Artikeln und der aus ihnen abgeleiteten Maßnahmen fraglos der Fall. „His Majesty’s Government“ bitte daher, d. h. im Namen eines damit eingeklagten Garantierechtes für die deutsche Bundesverfassung, die deutschen Regierungen, „dem unbedachten Eifer des Bundestages einen Zügel anzulegen und eine Annahme von Maßregeln zu verhindern, welche nur allzu wahrscheinlich zu Erschütterungen und zum Kriege führen müßten“⁹. Frankreich schloß sich dieser Demarche sogleich an.

Damit drohte sich das, was Metternich und der engere Kreis der Gründerväter mit dem Deutschen Bund im Hinblick auf Europa und das Feld der internationalen Politik vor Augen gehabt hatten, in sein Gegenteil zu verkehren: Statt zu einem Garanten und zu einer Klammer der bestehenden europäischen Ordnung – zu einer „Bleigarnitur am Stehaufmännchen Europa“, wie Bismarck später einmal, mehr erwartungsvoll als realistisch, die Rolle des Deutschen Reiches beschrieben hat – sollte der Bund sich unter dem Schutz der beiden Westmächte zu einer gesicherten Plattform der liberalen und nationalen Bestrebungen entwickeln¹⁰. Natürlich wäre es naiv zu glauben, daß Palmerston und sein französischer Amtskollege diese, zumal die nationalen Ambitionen, in erster Linie vor Augen gehabt hätten. Ihnen ging es nicht zuletzt darum zu verhindern, daß sich der lockere Staatenbund über ein Anziehen der Bundeszügel und eine Ausweitung der Bundesrechte Schritt für Schritt zu einem Bundesstaat unter österreichischer Führung umbildete. Das hätte die Machtverteilung in Europa erheblich verändert und das zugunsten einer Macht, die in den letzten zwei Jahrzehnten immer wieder gezeigt hatte, daß für sie die innere und die äußere Ordnung einen untrennbaren Zusammenhang bildeten, den aufrechtzuerhalten ihr oberstes Gebot war – selbst um den Preis der Verletzung der Souveränität anderer Staaten, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ganz zu schweigen.

Wien und der Bund haben diesen Interventionsversuch und einen weiteren zwei Jahre später entschieden zurückgewiesen, zumal sich rasch zeigte, daß hinter der ungewöhnlichen Sprache kein sehr fester Wille stand, wirklich zu handeln, also ein liberales Interventionsprinzip faktisch zu etablieren. Aber es

⁸ Vgl. dazu N. Dommermuth, Das angebliche europäische Garantierecht über den Deutschen Bund von 1815–1866, Leipzig 1928.

⁹ Public Record Office: FO 7/233 (frdl. Mitteilung von Herrn Lothar Kettenacker, der mir liebenswürdigerweise eine Abschrift des Schreibens übermittelt hat). Die Passage lautet wörtlich: „His Majesty’s Government, then, most earnestly request the Austrian (Prussian) Government to employ its influence in restraining the inconsiderate zeal of the Diet; and in preventing the adoption of measures, of which convulsion and war would be the too probable consequence.“ Zum Zusammenhang und zu Palmerstons Politik in diesen Monaten vgl. v. a. K. Bourne, Palmerston. The Early Years 1784–1841, bes. S. 367 ff., sowie immer noch die klassische Studie von Ch. K. Webster, The Foreign Policy of Palmerston 1830–1841, London 1951.

¹⁰ Vgl. a. H. Müller, Die Krise des Interventionsprinzips der Heiligen Allianz. Zur Außenpolitik Österreichs und Preußens nach der Julirevolution von 1830, in: Jb. f. Gesch. 14 (1976), S. 9 ff.

war nun doch ganz deutlich geworden, daß im Hinblick auf den Bund von einem Modell Europa im kleinen nicht mehr die Rede sein konnte oder nur insofern, als sich auch hier nun, wie im Europa der 1820er Jahre zeigte, daß mit und auf dem Interventionsprinzip keine wirklich funktionierende Ordnung zu gründen sei – was im übrigen, wie sich später zeigen sollte, auch für das liberale Interventionsprinzip galt. Was blieb, war einerseits die in den europäischen Kabinetten weitverbreitete Vorstellung einer organisierten Einflusssphäre Österreichs und in zweiter Linie auch Preußens und andererseits der von einer ganzen Reihe von liberalen Politikern und Publizisten vorgetragene Gedanke, der Bund könne sich gewissermaßen von seinen beiden Vormächten, von Wien zumal, emanzipieren und selbst Staat werden mit einer liberalen, parlamentarischen Verfassung. Das wurde das Ziel und große Thema von 1848, während Bismarck schließlich beides im Norddeutschen Bund und dann im Reich zu kombinieren suchte. Ihm stellte sich das Problem „der Bund und Europa“ definitiv nicht mehr in der, freilich in einem spezifischen Sinne, „europäischen“ Perspektive Metternichs, sondern in der Perspektive des einzelnen europäischen Machtstaates. Und aus ihr heraus lautete sein Argument mit Blick auf die übrigen europäischen Mächte: Als machtpolitisches Vorfeld Österreichs, zumal in einer im heraufziehenden Zeitalter der Nationalstaaten unvermeidlichen straffer organisierten Form, sei der Bund mit dem Prinzip des europäischen Gleichgewichts und der darauf beruhenden Unabhängigkeit zumindest der großen Staaten Europas unvereinbar. Als Vorfeld Preußens hingegen, unter Ausschluß Österreichs und seiner Gebiete, stabilisiere es dieses Gleichgewicht geradezu. Eine solche Lösung habe noch dazu den Vorteil, daß sie die mächtig erwachten Kräfte des deutschen Nationalismus kanalisieren und unter die Kontrolle eines deutschen Kernstaats bringe.

Fürst Schwarzenberg, der Ministerpräsident der erfolgreichen Gegenrevolution nach 1848, war nicht der einzige, der es unternommen hatte, die österreichische Alternative dazu, also den von Wien geleiteten mitteleuropäischen Bundesstaat, zu präsentieren¹¹. Auch das (begrenzte) Entgegenkommen gegenüber den Forderungen des Liberalismus und der nationalen Bewegung wurde im weiteren in die entsprechenden Konzepte eingeschmolzen, die in dem Bundesreformprojekt von 1863 gipfelten. Aber man muß wohl doch sagen, daß die Stunde dafür gerade auch in der europäischen Perspektive verpaßt war, zumal nachdem sich Österreich im Krimkrieg zwischen alle Stühle gesetzt und seinem in der Gestalt des preußischen Bundestagsgesandten immer massiver auftretenden preußischen Konkurrenten damit indirekt alle Trümpfe zugespielt hatte.

Eine solche Stunde aber hatte es anderthalb Jahrzehnte zuvor wohl durchaus gegeben, auch wenn natürlich jeder Versuch, angenommene, aber faktisch

¹¹ Vgl. dazu neben den genannten Arbeiten noch R. A. Austensen, *Austria and the „Struggle for Supremacy in Germany“, 1848–1864*, in: *Journ. of Mod. Hist.* 52 (1980), S. 195 ff.

nicht realisierte Chancen weiterzurechnen, weitgehend spekulativ bleibt. Es handelte sich um die sogenannte Rheinkrise von 1840, die mit einem Schlag im Hinblick auf den Bund und das Verhältnis weiter Kreise zu ihm den Akzent von dem heftig umstrittenen Grundsatz der „Erhaltung der inneren Sicherheit“ auf den der „Erhaltung der äußeren Sicherheit Deutschlands“ verschob.

Der ursprüngliche Ausgangspunkt der Krise¹² hatte weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit im Unterschied zu den Kabinetten der großen Mächte nur wenig beschäftigt: Es ging um den von Frankreich unterstützten Versuch des ägyptischen Vizekönigs Mohamed Ali, die volle Souveränität nach innen und außen zu gewinnen und gleichzeitig seinen Herrschaftsbereich im Vorderen Orient auszudehnen. Dagegen hatte sich eine große Koalition der übrigen vier Großmächte gebildet, die unter Beschwörung des machtpolitischen Status quo und des Prinzips der Integrität des Osmanischen Reiches mit Mohamed Ali auch Frankreich zum Rückzug zwangen – ein Triumph vor allem auch Metternichs, der damit zugleich einen Keil zwischen Paris und London trieb, und eine schwere Niederlage der französischen Politik. Die Empörung in Frankreich richtete sich außer gegen England insbesondere gegen Deutschland, gegen dessen von den beiden deutschen Großmächten getragene, angeblich offensive Machtpolitik – von einem „diplomatischen Waterloo“, einem zweiten Vertrag von Chaumont war in der Pariser Presse die Rede. Gegen ein weiteres Fortschreiten in dieser Richtung wurden territoriale Garantien, sprich die Rheingrenze, gefordert.

Das traf die, wie gesagt, bisher weitgehend unbeteiligte deutsche Öffentlichkeit völlig unvorbereitet. Es löste einen förmlichen Schock aus, der die Erinnerung an Ludwig XIV. ebenso beschwor wie an die Revolutionsarmeen und an Napoleon. Die Reaktion war entsprechend. Sie schweißte mit einem Schlag nicht nur die Bundesstaaten, sondern fast alle politischen Richtungen hinter den beiden deutschen Großmächten und vor allem hinter der Führungsmacht des Bundes, Österreich, zusammen. Als Wien dem mit seiner Rheinprovinz unmittelbar bedroht scheinenden Preußen den Oberbefehl über die norddeutschen Bundeskontingente zuerkannte, das sich dafür zur Verteidigung Lombardo-Venetiens verpflichtete, schien bei allen Erwartungen, die sich nach dem Thronwechsel in Preußen zunächst auf den neuen Herrscher, auf Friedrich Wilhelm IV. konzentrierten, die Initiative in der deutschen Politik nun wieder eindeutig an der Donau zu liegen. Von hier erwartete man nicht nur eine entschiedene Abwehr des französischen Vorstoßes, sondern auch energische Vorsorge für den Wiederholungsfall, eine Konzentra-

¹² Vgl. dazu I. Veit-Brause, Die deutsch-französische Krise von 1840. Diss. Köln 1967, und Robert D. Billinger Jr., They sing the best songs badly: Metternich, Frederick William IV, and the German confederation during the war scare of 1840–41, in: H. Rumpler (Hrsg.), Deutscher Bund, S. 94 ff.

tion der Kräfte durch entsprechende Strukturreformen des Bundes. Damit hätte sich dann auch, ohne das Gesicht zu verlieren, ein dosiertes Entgegenkommen gegenüber kooperationsbereiten Kräften aus dem Lager der politischen Opposition verbinden lassen. Carl Theodor Welcker beispielsweise, der 1831 im badischen Landtag eine Motion unter dem Titel „Die Vervollkommnung der organischen Entwicklung des deutschen Bundes zur bestmöglichen Förderung deutscher Nationaleinheit und deutscher staatsbürgerlicher Freiheit“¹³ eingebracht hatte, schlug im Rotteck-Welckerschen Staatslexikon damals ganz ungewohnte Töne an. Er nannte den Bund „das letzte legitime politische Einheitsband unserer großen Nation, unermesslich wichtig und einflußreich. Und wenn auch den allgemein menschlichen und den besonderen wahrhaft schwierigen Verhältnissen gemäß die Bundesacte nicht frei von Unvollkommenheiten ist, so ist sie doch eine achtungswerthe Grundlage eines deutschen nationalen Rechtszustandes und der heilsamsten Entwicklungen fähig“¹⁴.

Metternich hat die in solchen Äußerungen liegende politische Chance ausgeschlagen, wenn er sie denn überhaupt als eine solche angesehen hat. Sein Ziel war und blieb eine die Stellung Habsburgs sichernde gesamteuropäische Ordnung, nicht eine mitteleuropäische Reichsbildung mit einer kaum abschätzbaren innen- und außenpolitischen Dynamik. Seine, wenn man so will, Tragik bestand darin, daß die übrigen Mächte gar nicht daran dachten, ihm den Verzicht auf einen derartigen Versuch zu honorieren. Im Gegenteil, die neue französische Regierung unter Guizot, die sich von der Politik ihrer Vorgängerin lossagte, kehrte unter der Parole „réconciliation avec l'Europe“ faktisch, mit einigen Schwankungen, zu dem Bündnis der liberalen Westmächte mit Spitze gegen die konservativen Ostmächte zurück. Vor diesem Hintergrund mißlang 1847 der Versuch des österreichischen Staatskanzlers, die europäischen Mächte hinsichtlich der Eidgenossenschaft auf den Erhalt des Status quo zu verpflichten – eines Status quo, den er sieben Jahre zuvor im Fall des Deutschen Bundes bei naheliegender Interessenlage anzutasten abgelehnt hatte. Palmerston erklärte sich entschieden zugunsten der liberalen, der bundesstaatlichen Partei in der Schweiz, die entsprechende Reformen anstrebte, und Guizot folgte ihm, wenn auch nach einigem Zögern, vielleicht ahnend, daß der von den liberalen und nationalen Kräften in ganz Europa als entscheidende Niederlage des „Systems Metternich“ gefeierte Sieg der Bundesstaatspartei in der Schweiz auch Rückwirkungen auf das eigene Land haben könne.

Das hatte er in der Tat und dann auf fast ganz Europa. Mit dem endgültigen Sieg der Gegenrevolution 1849 erschien dann scheinbar wieder die alte Konstellation auf der Bildfläche und mit ihr der Deutsche Bund, in den Preußen

¹³ Sie wurde sogleich veröffentlicht: Karlsruhe 1831.

¹⁴ Staats-Lexikon, 2. Aufl., Bd. 4, Altona 1846, S. 10. Vgl. in diesem Zusammenhang a. H. Müller, Deutscher Bund und deutsche Nationalbewegung, in: HZ 248 (1989), S. 51 ff.

auf den Dresdner Konferenzen förmlich zurückgezwungen wurde, mit dem Argument, sonst würden „die deutschen Verhältnisse einer völligen Auflösung entgegengehen“¹⁵. Wie grundlegend verändert die Situation freilich de facto war, zeigte dann sogleich der Versuch Fürst Schwarzenbergs, des neuen österreichischen Ministerpräsidenten, den Bund als Plattform einer großösterreichischen Reichsbildung zu benutzen, etwas, was Metternich zehn Jahre zuvor entschieden abgelehnt hatte. Der Versuch gelang bekanntlich nicht, wobei der frühe Tod Schwarzenbergs eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt hat. Als dann seine Nachfolger sich ohne das Reich der 70 Millionen als Grundlage im Krimkrieg zwischen Rußland und den beiden Westmächten auf eine Politik der freien Hand einließen, führte das faktisch bereits in die Katastrophe. Frankreich und das am Krimkrieg auf Seiten der Westmächte beteiligte Piemont-Sardinien-Savoyen präsentierten Österreich 1859 die Quittung, und es gelang Wien nicht, den Bund sogleich und vorbehaltlos für sich zu mobilisieren. Dieser hatte sich im Krimkrieg gleichfalls, auf Drängen Österreichs, für neutral erklärt mit dem Argument, Bundesinteressen seien hier nicht unmittelbar berührt. Das war, von Bismarck aus preußisch-machtpolitischen Erwägungen heraus lebhaft begrüßt, der bewußte Verzicht des Bundes auf eine europäische Rolle gewesen, auch wenn Wien es als eine Stärkung seiner eigenen europäischen Position interpretierte. Das rächte sich nun. Nicht zuletzt in Erinnerung an die Rheinkrise, schien die eindeutig proösterreichische Stimmung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit dem Kaiserstaat noch einmal die Chance von 1840 zuzuspielen, einen von Wien geleiteten mitteleuropäischen Bundesstaat zu errichten. Napoleon III. schnitt diese Perspektive entschlossen ab, indem er über den Kopf seines italienischen Bundesgenossen hinweg mit Kaiser Franz Joseph überraschend Frieden schloß. Natürlich gehörten zwei dazu, und das zeigt, daß Wien nach wie vor davor zurückschreckte, über die Mobilisierung des Bundes die „deutsche Karte“ zu spielen, also auch die Nationalbewegung zu mobilisieren bzw. sich ihrer zu bedienen, wie dies bei Lage der Dinge unvermeidlich gewesen wäre. Ein Bismarck hätte hier schwerlich gezögert. So aber blieb, in der deutschen Nationalbewegung wie in den europäischen Kabinetten, der Eindruck zurück, das Deutschland des Bundes sei praktisch handlungsunfähig und von ihm sei nicht zu erwarten, daß der Bund in Zukunft in Europa noch eine Rolle spielen, ja, daß er überhaupt eine Zukunft haben werde. Alles konzentrierte sich nun auf die zunehmende Rivalität der beiden deutschen Großmächte und sah im Bund im wesentlichen nur noch das politische und diplomatische Schlachtfeld zwischen ihnen. Bismarck machte es dann auch entschlossen zu diesem Schlachtfeld, auf dem schließlich die Waffen entschieden.

¹⁵ Österreichische Zirkulardepesche vom 12. Dezember 1850: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes. Abt. III, Bd. 1: Die Dresdener Konferenz und die Wiederherstellung des Deutschen Bundes 1850/51. Bearb. v. J. Müller, München 1996, S. 3 f.

Der Deutsche Bund und Europa, das war, rückblickend betrachtet, zugleich die Geschichte der Auflösung der Ordnung von 1815, des Versuchs, die historisch gewachsene Staatenwelt des Kontinents in modifizierter Form gegenüber den Ansprüchen der liberalen und nationalen Bewegungen zu erhalten. An ihre Stelle trat die Ordnung von 1871, die freilich nur begrenzt das von Liberalen und Demokraten erstrebte Europa der Nationalstaaten, schon gar der liberalen Nationalstaaten darstellte. Dieses sollte 1919 entstehen, wobei sich dann freilich immer deutlicher zeigte, daß eine solche Ordnung durchaus nicht, wie viele Wortführer der nationalen Idee immer behauptet hatten und weiter behaupteten, gleichsam in der Natur der Dinge angelegt war, sondern vielerorts gewaltsam und in Begründung nicht enden wollender neuer Konflikte geschaffen werden mußte. Diese wiederum gewaltsam, in neuerlichen Großreichbildungen stillzulegen, haben sowohl das nationalsozialistische Deutschland als auch die bolschewistische Sowjetunion versucht. Das Erbe, das sie hinterlassen haben, enthält nach wie vor die Probleme des 19. Jahrhunderts und speziell dann die von 1919. Daß Staatenbünde mit einem wachsenden Kernbestand von gemeinsamen Institutionen und Ordnungen diese Konflikte wenn nicht überwinden, so doch mildern können, war die Hoffnung, die sich einst bei seinen Schöpfern und Verteidigern auf den Deutschen Bund richteten. Seine Geschichte ist nicht zuletzt von daher für die Gegenwart in vieler Hinsicht lehrreich.

III. Der Deutsche Nationalstaat als Großmacht

Klaus Hildebrand

Der deutsche Nationalstaat als Großmacht 1871–1918

I.

Mit der Gründung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871 war „im Herzen von Europa . . . eine Macht“ entstanden, „die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark“ war, „daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten“¹ konnte. Über ein solches Selbstverständnis hinaus, das der Chef des preußischen Generalstabes, Helmuth von Moltke, bereits im Jahre 1868 als die verbindliche Raison für das kommende Reich entwarf, war die davon für den alten Kontinent ausgehende Gefährdung gar nicht zu verkennen. „Unter dem . . . bedrohenden Gewehranschlag des übrigen Europa“² ebenso gewaltsam wie natürlich entstanden, hatte Deutschland eben nicht nur die erforderliche Kraft, um sich gleichzeitig an zwei Fronten zu verteidigen, sondern verfügte auch über die nötige Stärke, um seine Nachbarn zu ängstigen.

Diese Feststellung gilt um so mehr, als es zeitgenössische Prognosen gab, wonach sich ein „noch unvollendeter Nationalstaat“ wie Deutschland „seiner Natur nach keinerlei Grenzen ziehen“ lasse „durch bindende Verträge“. Im Gegenteil, so äußerte sich der dem großdeutschen Gedanken verpflichtete konservative Publizist und Begründer der bayerischen Patriotenpartei, Joseph Edmund Jörg, aufgrund der damit verbundenen Folgen ahnungsschwer: „Es muß sich vielmehr vorbehalten, bei nächster Gelegenheit auch noch die außenstehenden Teile deutscher Nationalität in seinen Rahmen einzubeziehen.“³ Doch von kritischen Stimmen und nachdenklichen Betrachtungen einmal abgesehen, standen im neuen Deutschland, aus unterschiedlichen Motiven, viele, allzu viele, freilich nicht der Reichsgründer Otto von Bismarck selbst, durch das unvermutet eingetretene, gar nicht recht begriffene Glück wie geblendet da.

¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. I. Legislatur-Periode, Session 1868, Bd. 1, Berlin 1868, ND Bad Feilenbach 1986, S. 442: Moltke am 15. Juni 1868.

² Die politischen Reden des Fürsten Bismarck. Historisch-kritische Gesamtausgabe besorgt von H. Kohl, Bd. 13, Stuttgart 1905, ND Aalen 1970, S. 316: Ansprache an die Studenten der deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen vom 1. April 1895.

³ Das große Neujahr, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland redigiert von E. Jörg und F. Binder, Bd. 27, München 1871, S. 9.

Wie so häufig erwies sich die Stunde des Jubels auch dieses Mal als die Feindin der Nüchternheit. Daß „ein großer Sieg . . . eine große Gefahr“ bedeutet und „die menschliche Natur . . . ihn schwerer als eine Niederlage“ erträgt, diese zwei Jahre nach der Reichsgründung vernehmbare Warnung Friedrich Nietzsches hatte in einer Zeit der allgemeinen Begeisterung kaum eine Chance auf Beachtung. Und gar noch die „Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des ‚deutschen Reiches‘“⁴ vorauszusagen, wirkte alles andere als überzeugend – zumal die großen Mächte Europas den einigermaßen plötzlich in ihre Mitte getretenen Neuling mit mehr oder minder erheblichen Einschränkungen akzeptierten. In dieser Hinsicht war die Position des jungen Reiches alles in allem möglicherweise erheblich konsolidierter als der ewig mißtrauische Bismarck anzunehmen geneigt war.

Was war geschehen? Die Deutschen hatten sich, was im europäischen Zusammenhang kaum mehr als ein nachgeholtes Stück Normalität darstellte, zur Nation zusammengeschlossen. Sie traten zudem, was gleichfalls nichts Außergewöhnliches beschrieb, als Großmacht in Erscheinung. Merkwürdig mutete dagegen der ebenso bedeutungsschwere wie schwer deutbare Begriff des Reiches an. Die großartige Namenstaufe verlieh dem kleindeutschen Staat einen schweifenden Zug ins Unabgrenzbare, ins über sich Hinausweisende, zum sich selbst nicht Genügenden. Gerade in dieser Perspektive stellte sich bereits am Anfang des modernen Deutschland die schicksalhafte Frage: Paßte diese „vorwaltende“⁵ Macht in die geographische, politische und „geistige Landkarte“⁶ Europas?

Indes, die neu entstandene internationale Lage nahm sich insgesamt offen aus, offen zum Guten oder zum Bösen, wie die Londoner „Times“ noch fünf Jahre nach der Reichsgründung unter dem Datum des 7. September 1876 feststellte⁷. Auf jeden Fall aber war die Weltpolitik durch die Entstehung des Deutschen Reiches verändert worden.

⁴ F. Nietzsche, Die Geburt der Tragödie. Unzeitgemäße Betrachtungen I–III (1872–1874), Erstes Stück: David Strauss. Der Bekenner und der Schriftsteller (1873), Berlin/New York 1972, S. 155f.

⁵ O. Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk. Fünfhundert Jahre vaterländischer Geschichte, Berlin 1915, S. 651.

⁶ Zu dieser Formulierung Siegfried A. Kaehlers vgl. W. Bußmann, Europa und das Bismarckreich, in: L. Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln/Berlin 1971, S. 311.

⁷ Zitiert nach K. Meine, England und Deutschland in der Zeit des Überganges vom Manchester-tum zum Imperialismus 1871 bis 1876, Berlin 1937, ND Vaduz 1965, S. 205.

II.

Ein neues Kapitel der Geschichte begann! Der Wandel des Gesamten, den die Reichsgründung, wenn auch nicht umgehend, so doch auf Dauer, hervorrief und der schon bald darauf mit der allgemeinen Tendenz des imperialistischen Zeitalters zur ruhelosen Aktion einherging, war unverkennbar. Hatte Deutschland bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein der Stabilität Europas gedient, so mischte sich von jetzt an etwas anderes, teilweise sogar Gegenteiliges in den Verlauf der deutschen und allgemeinen Geschichte. Kritiker sahen darin eine belastende Fortsetzung der preußischen Tradition. Vehement prangerte Constantin Frantz im Epochenjahr 1871 eben jenes dem alten Preußen zugeschriebene „Princip der Unruhe“⁸ an, das zur beständigen Aufregung des eigenen Volkes und der europäischen Welt beigetragen habe. Von „ungeschickter Größe“⁹ sei dieser neue Nationalstaat von Geburt an gewesen, so lautete, mehr als ein Jahrhundert danach, Sebastian Haffners einprägsame Formel über das Deutsche Reich.

Für das Gleichgewicht Europas zu stark und für die Hegemonie über den Kontinent zu schwach, traten die Deutschen den Gang durch die moderne Geschichte an. Sorgsam, fast ängstlich waren sie darauf bedacht, ihre spät erworbene Unabhängigkeit zu bewahren, sich weder in politischer noch in weltanschaulicher Hinsicht einer der anderen unter den großen Mächten allzu stark zu nähern.

Ihren historischen Eigenweg, der zum Grenzgang zwischen Krieg und Frieden, zwischen Hegemonie und Niedergang der Großmacht, zwischen Weltmacht und Untergang des Reiches, zwischen Sein und Nichtsein des Nationalstaates wurde, legten die Deutschen im Zeichen vielfacher Belastungen zurück, denen sie von Anfang an ausgesetzt waren. Thomas Nipperdey hat sie mit meisterhafter Prägnanz zusammengefaßt und ihre weitreichenden Folgen angedeutet:

„Der Nationalstaat von 1871 . . . trat ins Leben durch eine Revolution von oben; der Kanzler und die Armee der preußischen Militärmonarchie, die obrigkeitlichen Elemente und die alten Eliten blieben stark. Einheit und Freiheit traten für Jahrzehnte auseinander; der Nationalismus wurde aus einer linken Sache zu einer rechten. Das war zwar überall in Europa so, aber in Deutschland besonders stark; das hinderte die liberal-demokratische Weiterentwicklung. . . . Das Maß von Homogenität, das einer pluralistischen Gesellschaft in allem Konflikt normalerweise eigen ist, war prekär; das hat die Demokratiefähigkeit geschwächt und dem Nationalismus nach innen eine reizbare ständige Sorge um Einheit und Identität eingebracht, einen Mangel an Selbstverständlichkeit und Gelassenheit. . . . Die Deutschen, spät zur Nation geworden, haben unter dieser

⁸ C. Frantz, *Das neue Deutschland. Beleuchtet in Briefen an einen preußischen Staatsmann*, Leipzig 1871, S. 224.

⁹ S. Haffner, *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*, München 1987, S. 15.

Verspätung gelitten, glaubten, in der Welt zu kurz gekommen zu sein, und diese Verwendung kompensierten sie mit einem massiven nationalen Machtegoismus.¹⁰

In der Tat: Wo des Deutschen Vaterland, das sich nach innen zur Nation ausbildete, seine Grenzen nach außen haben würde, blieb durchgehend unklar. Diese schwerwiegende Tatsache bildete für den unfertigen Nationalstaat ein bleibendes Element seiner notorischen Rastlosigkeit. Dagegen beschreibt die Tatsache, daß die neue Nation innenpolitische Konflikte zwischen den Klassen ihrer Gesellschaft zu bestehen hatte, im zeitgenössischen Europa, zu dessen historischer Signatur das allgemeine Phänomen der sozialen Ungleichheit zählte, beileibe nichts Außerordentliches. Im Gegenteil: Bismarcks vorbildliche Sozialgesetzgebung ließ Deutschland im Vergleich mit anderen Industriestaaten als ausgesprochen fortschrittlich erscheinen.

Daß die spezifische Überzeugung bei den Deutschen möglicherweise weiter verbreitet war als bei anderen Völkern, wonach äußere Konkurrenz innere Genügsamkeit erfordere, also „die innere Politik ihr Gesetz . . . von der auswärtigen Politik“¹¹ zu empfangen habe, bezog sich weniger auf die sozialpolitische Auseinandersetzung als vielmehr auf die verfassungspolitische Debatte der Nation. Denn das eigentümliche Phänomen des deutschen Konstitutionalismus als einer Zwischenexistenz aus traditionaler Monarchie und modernem Parlamentarismus berief sich zu seiner Legitimierung bevorzugt auf die außenpolitische Lage des Landes in der Mitte, dessen zahlreiche Grenzen leicht zu militärischen Fronten werden konnten.

Ungeachtet einer enormen Machtkonzentration begleitete diese angeborene Ungunst den jungen Nationalstaat durch die kommenden Jahrzehnte seines gefährdeten Daseins. Kraftgefühl und Anfälligkeit lagen eng beieinander: Das begründete oder eingebildete Gefühl der Bedrohung ließ, weit über die bismarckische und wilhelminische Ära hinaus in ganz unterschiedlichen Konstellationen und aus ganz verschiedenen Motiven, von der verständlichen Defensive bis zum frevlerischen Angriff, deutsche Regierungen und Staatsmänner immer wieder die Flucht nach vorn antreten. Weil ihnen die vorgegebene Lage durchgehend stärker als Bedrängnis denn als Chance erschien, suchten sie nicht selten einen anderen Ausgleich mit den widrigen Notwendigkeiten als den, sich mit dem wohl oder übel Unabänderlichen abzufinden.

Von Beginn an nahmen sich die außenpolitischen Probleme, die den nicht selten abenteuerlichen Weg der jungen Großmacht säumten, zahlreich und ernst aus. Die Annexion von Elsaß-Lothringen hatte das Verhältnis zu Frankreich nachhaltig gestört. Kaum vergleichbar damit gab es Minderheitenfragen, beispielsweise im Norden mit Dänemark oder im Westen mit Luxemburg, die

¹⁰ Th. Nipperdey, Die deutsche Einheit in historischer Perspektive, in: Ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 213.

¹¹ F. Meinecke, Sammlungspolitik und Liberalismus (1910), in: Ders., Werke. Herausgegeben von H. Hertzfeld, C. Hinrichs, W. Hofer, Bd. 2, Darmstadt 1958, S. 41.

sich hin und wieder regten, zumeist aber verkapselt blieben. Schwieriger nahm sich dagegen jener Doppelkonflikt im Osten aus, mit dem das Bismarckreich seit seiner Entstehung zu tun hatte. Während er dem alten Preußen ferner gelegen hatte, war das neue Deutschland sich mit ihm auseinanderzusetzen durchgehend, wenn auch in jeweils gewandelten Zusammenhängen, beschäftigt: Gegenüber den Polen gab es einen nationalpolitischen, gegenüber der russischen Großmacht einen machtpolitischen Gegensatz, die in zeitweiser Verschränkung miteinander das Deutsche Reich erheblich belasteten.

Mit der äußeren Bedrängnis verbanden sich, in einer schwer entwirrbaren Mischung aus Ursache und Reaktion, innere Faktoren, die dem Reich zweifellos als Kraftquelle dienten und doch zugleich seine Ruhelosigkeit verstärkten. Steigende Bevölkerungszahl, wirtschaftliches Wachstum und sozialer Wandel sorgten für gesellschaftliche Mobilität, die nach politischen Veränderungen verlangte. Noch zu Zeiten Bismarcks, des eisernen Garanten der bitter nötigen Sätturierung des Reiches, trafen sich diese innenpolitischen Bedingungen mit einer mächtigen Strömung der internationalen Entwicklung. Der Imperialismus ließ nahezu alle europäischen Völker in einen regelrechten „Raumrausch“¹² verfallen.

Auch die vor Machtfülle und Fortschrittsoversicht gleichsam berstenden Deutschen liebäugelten nunmehr damit, über wirtschaftliche Exporteroberungen hinaus an eine politische Ausdehnung in Europa, vor allem aber in Übersee zu denken. Die riskante Hegemonial- und Weltpolitik zog sie magisch an! In dieser Perspektive stiftete innenpolitischer Fortschritt in zunehmendem Maße außenpolitische Probleme, erwachsen aus den geschätzten Segnungen der Gesellschaft nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten für den Staat, weil die hochwillkommene Prosperität nicht ohne schwer steuerbare Probleme zu haben war.

Schließlich litt das ebenso überbürdete wie kraftvolle Reich, das aus einem zuweilen übertriebenen „Gefühl der Lebensbedrohtheit“¹³ heraus die waghalsige Zuflucht in einer gefährlichen Politik der aufdringlichen Stärke suchte, an einem spezifischen Ideenmangel. Sein nachhaltiges Defizit unterschied die deutsche Existenz von derjenigen der konkurrierenden Franzosen und Briten, Russen und Amerikaner, in deren nationalen Bewegungsgesetzen Macht und Ideologie eher zum geschichtswirksamen Miteinander fanden. Die bald nach der Reichsgründung aufgeworfene, immer wieder erörterte Frage nach ihrem „ideellen Gehalt“¹⁴, nach den „Ideen von 1871“¹⁵, ließ klar werden, daß der

¹² Th. Schieder, *Staatensystem als Vormacht der Welt 1848–1918*, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1977, S. 253.

¹³ S. A. Kaehler, *Briefe 1900–1963*. Herausgegeben von W. Bußmann und G. Grünthal. Unter Mitwirkung von J. Stemmler, Boppard am Rhein 1993, S. 414: Kaehler an Rassow vom 27. April 1961.

¹⁴ Th. Schieder, *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Göttingen 1992, S. 66.

¹⁵ O. Westphal, *Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848–1918*, München/Berlin 1930, S. 145.

preußisch-deutsche Staatsgedanke einem Vergleich mit dem demokratischen Zivilisationsideal der Angelsachsen, mit der revolutionären Menschen- und Bürgerrechtsprogrammatik der Franzosen oder mit dem messianischen Pan-slawismus der Russen nicht standhielt. Ganz am Ende des Kaiserreichs stellte Erich Marcks, Hauptmann im Generalstab und Sohn des bekannten Historikers, in einem Brief aus dem Großen Hauptquartier unter dem Datum des 25. Oktober 1918 fest, was die deutsche Geschichte weit darüber hinaus im Zeitalter des Nationalstaats insgesamt begleitet hat: „daß uns als Ganzem die Idee fehlte, wir hatten keinen geltenden Wert“¹⁶.

So wie sich Preußen durch seine „Nichts-als-Staatlichkeit“¹⁷ hervorgetan hatte, war auch die preußisch-deutsche Staatsidee alles andere als ein begeisterungsfähiges Missionsfanal, das werbende Anziehung hätte ausüben können, im Gegenteil: Anstatt die staatliche Macht durch geistige Kraft zu fördern, verlangte der blasse Gedanke nach dem mächtigen Schutz des Staates. Auf diesen Sachverhalt zu verweisen, darf allerdings keineswegs dazu führen, dem Deutschen Reich damit die normale Qualität der nationalstaatlichen Entwicklung abzusprechen. Denn es erwarb, weit über die Dimension des Staatlichen hinaus, zeitweise in erklärtem, teilweise in erbittertem Gegensatz zum exekutiven Handeln, als Nationalstaat durchaus moralische Kraft.

Daß sein Gedanke und seine Gestalt sich als natürliche „Plattform der Politisierung und jeder außenstaatlichen Interessenformulierung“ (Lothar Gall) behaupteten, trug maßgeblich dazu bei, daß das Deutsche Reich – jahrzehntelang – in der Ordnung, in der Normalität Europas zu leben vermochte. Dieser säkulare Vorgang vollzog sich im wilhelminischen Deutschland weit wirkungsvoller und dauerhafter als in der Ära Bismarck, deren staatliches Vorgehen gegen die „Reichsfeinde“ von unterschiedlicher Herkunft die Verwerfungen und Zerklüftungen der Gründung teilweise sogar vertiefte. Gewiß zeichneten sich auch in der nachbismarckischen Zeit, wenn es beispielsweise im Banne des imperialistischen Fieberwahns um das Für und Wider überseeischer Expansion ging, nicht minder tiefe Bruchlinien ab. Doch ungeachtet aller verletzenden Ausfälle gegen die „vaterlandslosen Gesellen“ schritt die Entwicklung des Rechts- und Nationalstaates im wilhelminischen Deutschland alles in allem wirksam und umfassend voran.

Diese dominierende Tendenz führte dahin, daß das Reich „in der Stunde der Gefahr, im August 1914, auch von der sozialdemokratischen Opposition als

¹⁶ Kaehler, Briefe 1900–1963, S. 50 (W. Bußmann, Siegfried A. Kaehler: Persönlichkeit und Werk. Ein Essay: Marcks an Kaehler vom 25. Oktober 1918).

¹⁷ C. Schmitt, Die Stellung Lorenz von Steins in der Geschichte des 19. Jahrhunderts, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 64 (1940), 1. Halbband, S. 3.

„das eigene Vaterland“ erlebt wurde“¹⁸. Die Integration von „Ländervielfalt und Gesamtstaat“¹⁹, von Nation und Klassen schritt im Kaiserreich ungeachtet gegenläufig wirkender Unterbrechungen kontinuierlich voran: Im wilhelminischen Deutschland, wo der außenpolitischen Prestigepolitik vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Blüte, lange Zeit jedenfalls, eine innenpolitische Hochstimmung entsprach, ließ sich der zukunftsweisende Vorgang, der Tendenz nach, viel besser an als im Bismarckreich, wo die außenpolitische Ruhelage im Zeichen wirtschaftlicher Depression mit innenpolitischem Krisengefühl einherging.

III.

Nur in einer äußeren Politik der Entsagung, die im Innenpolitischen eine zunehmend mürrischer getragene Hypothek darstellte, und in einer inneren Politik der Repression, die im Außenpolitischen die defensive Dominanz des Staates über die unruhige Nation garantierte, sah Bismarck eine Chance, seine Gründung vor den Folgen ihrer Entstehung zu schützen und am Leben zu erhalten. Ausdehnung und Expansion, Hegemonie und Weltmacht bedeuteten dagegen nichts als Gefahr für den anfälligen Nationalstaat und die deutsche Großmacht. Nur Stillstand bekam ihrer Existenz, mochte ihr relatives Gewicht beim imperialistischen Wettbewerb gegenüber den expandierenden Nachbarn auch abnehmen. Bewegung war dem Deutschen Reich nach der durch nichts zu widerlegenden Überzeugung des alten Kanzlers ganz und gar abträglich!

Allerdings, Bismarcks unbeirrbar Überzeugung stand „dem Geist der Zeit entgegen“²⁰, kam einer wachsenden Anzahl seiner Zeitgenossen schlicht unnatürlich vor und steigerte die innere Angespanntheit des nervösen Debütanten in der Staatenwelt. Wie lange das künstlich anmutende Experiment des kalkulierten Verzichts und der freiwilligen Enthaltensamkeit anhaltenden Erfolg haben konnte gegenüber dem natürlichen, populären Verlangen nach dem Neuen und dem anderen, nach politischem Prestige und territorialem Zuwachs, drängte sich als Frage immer zweifelnder auf. Sollte Deutschland die verlockende Bahn imperialistischer Weltpolitik einschlagen, der alle anderen Großmächte, selbst kleinere Staaten, seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhun-

¹⁸ R. Wittram, Das Reich als Vergangenheit. Gedanken zum Problem der historischen Kontinuität, in: Ders., Das Nationale als europäisches Problem. Beiträge zur Geschichte des Nationalitätsprinzips vornehmlich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1954, S. 103.

¹⁹ Nipperdey, Die deutsche Einheit, S. 214.

²⁰ J. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Bd. 1, Frankfurt am Main 1925, S. 3.

derts wie rauschhaft folgten, so lautete die warnende Mahnung Bismarcks, dann würde solcher Kurswechsel den Auftakt zum Ende des deutschen Nationalstaates einleiten.

Dem alten Kanzler, der auf einem schmalen Grat zwischen „Heilvollem und Unheilvollem“²¹ balancierte, blieben, wenigstens teilweise, die dunklen Kräfte und elementaren Gefährdungen nicht verborgen, die mit seiner Gründung des Nationalstaates verbunden waren: Militarisierung des politischen Denkens und Unmöglichkeit dauerhafter Bündnisbildung, spezifische Ungleichgewichte der Verfassung und allgemeine Instabilität des Geschaffenen. Daher konnte sein Reich von Deutschland nur so viel in sich aufnehmen, wie Preußen, zumindest für eine Zeitlang, „beherrschen“²² konnte. Sich von Europa und der Welt mehr anzueignen, lehnte er strikt ab. Die Entscheidung, dieses Wagnis einzugehen, verwies auf einen „Neuen Kurs“ in der nationalen Geschichte. Seiner Spur folgte das wilhelminische Deutschland, als es die angestammten Gefilde der Ära Bismarck kühn hinter sich ließ.

Nachdem sie sich aus der zügelnden Bevormundung des „Eisernen Kanzlers“ befreit hatten, ergriffen Unberechenbarkeit und Aufbruch die von ihren Leistungen und Erfolgen ebenso verwöhnten wie verführten Deutschen. Daß sie zukünftig mehr wollten, als nur auf der Stelle zu treten, war verständlich; ihr Verlangen hatte Vorbilder in der europäischen Geschichte und gestaltete sich dennoch als ein deutscher Fall. Die Grenzen des Nationalstaates zu überschreiten, nach Vormacht, sogar nach Weltmacht zu streben, kennzeichnet eine allgemeine Erscheinung der europäischen Staatenwelt, ist also nichts Besonderes. Von Geburt an mit der Namenstaufe, scheinbar oder tatsächlich, den Anspruch auf das Imperium zu erheben, fällt dagegen aus dem Rahmen des Üblichen, wirkt von vornherein verdächtig. Mehr noch: Als unfertige Nation über das Bestehende hinaus nach anderem zu greifen, gefährdet die Aussicht auf die eigene Vollendung.

Mit vorsorgendem Weitblick wollte Bismarck eben dieser verhängnisvollen Tendenz durch seine äußere Politik selbstverordneter Abstinenz entgegenwirken. Sie allein war nach der scharfsichtigen Beurteilung des Reichsgründers geeignet, dem, was der Geschichte spät und mühevoll abgerungen war, die kostbare außenpolitische Unabhängigkeit und die erforderliche innenpolitische Verfaßtheit zu bewahren. Daher stellt sich die während der Ära Bismarck vorwaltende, wie bleiern auf ihr lastende Bewegungslosigkeit, mochte sie einem auch zukunftsarm und deprimierend vorkommen, als ebenso überlegt wie überlegen dar.

Was sich nach ihrem Ende wie ein lange angestauter Sturzbach über Europa ergoß, erscheint dagegen ursprünglich und gefährlich, natürlich und zerstöre-

²¹ F.Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Zürich/Wiesbaden 1946, S.26.

²² Haffner, Von Bismarck zu Hitler, S.16.

risch zugleich. Daß man nur in der ungeliebten Enge seiner lästigen Grenzen stark war, überforderte auf Dauer die Einsichtsfähigkeit und die Geduld einer jungen, üppig wachsenden, sich mächtig streckenden Nation. Darüber geriet die Tatsache aus dem Auge, daß alles andere als der Status quo, dessen überlieferte Existenz angesichts des Wachstums der anderen allmählichen Rückgang bedeutete, unkontrollierbare Risiken aufwarf, die bis zu der kritischen Frage nach dem eigenen Überleben reichen konnten. Dennoch: Geradezu fraglos, gleichsam unbestritten trat nach der Zäsur des Jahres 1890 ein anderes Verständnis der Staatsräson hervor. Es endete, beileibe nicht zwangsläufig, aber auch nicht unwahrscheinlich, in einem Krieg der deutschen Großmacht, in dem es um das Ganze ging, um die Erweiterung der Nation zum Reich oder um das Ende von Reich und Nation.

Im Einklang mit dem Zeitgeist der wilhelminischen Epoche wandelte sich der nationalstaatliche und föderalistische Reichsgedanke der Gründerjahre zu einem Reichsbewußtsein neuer Art. Obwohl Wilhelm II. ausdrücklich bestritt, das Haus Hohenzollern jage der Idee einer „öden Weltherrschaft“²³ nach, kam es jetzt zu der talmihaften Verbindung zwischen dem Universalismus des Mittelalters und dem Imperialismus der Gegenwart. Seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts war immer öfter von einem „Weltreich“ als dem Ziel deutscher Außenpolitik die Rede. Der kühne Begriff und sein ehrgeiziger Anspruch drängten den Nationalstaat in die imperiale Richtung, formten ihn zum Expansionsstaat um: Das, was man war, genügte nicht mehr; sehnsuchtsvoll und tatendurstig äugte man nach mehr! Der schimärenhaften Unbestimmtheit des Weltreichsgedankens entsprach die im wilhelminischen Deutschland verbreitete Überzeugung, zur letzten Runde des großen Spiels um den Erdball gerade noch rechtzeitig eingetroffen zu sein, um seinen Ausgang für sich zu entscheiden.

Die traditionelle Berufung auf die verblichene Reichsgröße ging nicht zuletzt von den zukunftsweisenden Kräften des bürgerlichen Liberalismus aus, die mit nicht zu unterschätzender Wirkungskraft an der fortschrittlichen Gestaltung des bismarckischen und wilhelminischen Deutschland beteiligt waren. Diese progressive Tendenz zur allgemeinen Modernisierung vollzog sich freilich im überlieferten Gehäuse des deutschen Konstitutionalismus. Vor diesem Hintergrund sind Mutmaßungen darüber angestellt worden, ob bei einer klassischen Parlamentarisierung, die mit einer Übernahme der politischen Verantwortung durch die Liberalen einhergegangen wäre, die Geschichte Deutschlands anders, nämlich glücklicher verlaufen wäre. Die in diesem Zusammenhang entscheidende Frage lautet, ob das Produktive und Förderliche des Liberalismus, sein innenpolitischer Freiheitswille, das Problematische und Bedrohliche seiner Tradition, sein außenpolitisches Machtverlangen, ver-

²³ Die Reden Kaiser Wilhelms II. in den Jahren 1901–Ende 1905. Gesammelt und herausgegeben von J. Penzler, Dritter Teil, Leipzig o. J., S. 242: Rede vom 22. März 1905 in Bremen.

nünftig gezähmt oder unmäßig angefacht hätte. Über das nicht Verwirklichte der Geschichte zu urteilen, muß notwendigerweise spekulativ bleiben. Bedenkenswert erscheint allerdings, was Franz Schnabel in einem Vergleich zwischen den Repräsentanten des Fortschritts und ihrem Widersacher Otto von Bismarck einmal so umschrieben hat: „In der Tat fürchtete man in den Kabinetten [Europas K.H.] mehr die Ideologie der deutschen Liberalen und Demokraten als die Machttendenzen des preußischen Staatsmannes.“²⁴

Bereits in der kurzen Ära Caprivi, die durch einen heftigen Kurswechsel in ihrer äußeren Politik zwischen der britischen und der russischen Bündnischance charakterisiert war, wurden die Grenzen einer Außenpolitik der Bewegung umgehend klar. Kritisch traten sie in dem Augenblick hervor, als die von dem Reichskanzler bewußt tatkräftig forcierte Doppelstrategie aus militärischer Abschreckung und ökonomischem Wachstum im außenwirtschaftlichen Zusammenhang mitteleuropäische Kontur annahm. Umgehend traf die halbhegemoniale Großmacht, deren inneres Gefüge unter den wachsenden Spannungen zwischen Industrie und Landwirtschaft ächzte, auf den Widerwillen, ja den Widerstand Europas, vor allem von seiten der Russen. Aus innen- und außenpolitischen Gründen scheiterte der kalkulierte Versuch, das deutsche Dilemma durch wirtschaftliche Vormacht und überlegene Rüstung zu lindern.

Was folgte, nahm sich im Vergleich mit dem Vorausgegangenen tollkühn aus! Ohne seine kontinentale Position grundlegend verbessert zu haben, sollte das Deutsche Reich, wie in einem Hasard um Leben und Tod, gleichsam an den Konkurrenten der Staatenwelt vorbei, zur Flottenmacht aufgerüstet und zur Weltmacht emporgehoben werden. Das defensive Element, das dem Risikogedanken der von Tirpitz initiierten Marinepolitik aneignete, spiegelte eine grundlegende Tatsache deutscher Geschichte: Die unverantwortliche Aufrüstung gegen das Meere und Welten beherrschende England war auch der lebensgefährlich auftrumpfende Ausdruck einer tiefsitzenden Angst um den gefährdeten Bestand des eigenen Nationalstaates. Das offensive Element der herausfordernden Wendung gegen Großbritannien aber stellte nichts anderes als schiere Verstiegtheit dar: Im Krieg um die zeitgenössisch so genannte englische Erbfolge, der unmittelbar bevorzustehen schien, wollte der selbsternannte deutsche Sukzessor den Kampf um die Vormacht auf dem Globus für sich entscheiden.

Das Reich schickte sich an, die Staatenwelt zu revolutionieren, ihre Ordnung auf den Kopf zu stellen, selber ganz nach oben vorzustößen. Utopisch mutete der köhlerhafte Glaube an, das alles könne man heimlich tun und sein Pulver trocken halten, ohne daß die anderen bemerkten, was vorging. Widersprüchlich im ehrgeizigen Unternehmen war, daß der Kaiser und die Nation, gegen Tirpitz' wohlbedachte Überzeugung, zur gleichen Zeit nach kolonialpolitischen Erfolgen verlangten. Reichskanzler Bülow mußte den ungedul-

²⁴ F. Schnabel, Das Problem Bismarck, in: Hochland 42 (1949/50), S. 7.

dig Fordernden nachkommen, obwohl die überseeischen Erwerbungen, so minimal sie waren, die maritime Aufrüstung in Frage stellten, weil der zu verborgene Zusammenhang von „Tirpitz-Plan“ (Volker R. Bergahn) und Weltpolitik damit für die anderen Staaten allzu deutlich hervortrat. Bezeichnend für das unpolitische Vertrauen auf die wachsende Macht der militärischen Kraft war, daß im berüchtigten Zickzackkurs des wilhelminischen Zeitalters das beträchtliche Gewicht des Reiches, verantwortungslos und launisch, einmal auf die eine und einmal auf die andere Seite verlagert wurde.

Das Ergebnis des unberechenbaren Tuns war nicht, wie lange voller Illusionen angenommen wurde, den Vorteil einer Politik der freien Hand genießen zu können, sondern das gerade Gegenteil davon. Die Gunst der sogenannten „Krimkriegssituation“, das konfligierende Auseinandertreten der russischen und britischen Flügelmacht, das Bismarck zuerst mit natürlichen, dann mit künstlichen Mitteln kultiviert hatte, schwand rapide. Vielmehr setzte nach der Jahrhundertwende eine machtpolitische Reorientierung der großen Staaten auf das kontinentale Geschehen ein. Ihre sich untereinander ausgleichende Politik, die Franzosen, Briten und Russen miteinander verband, schränkte die ohnehin enge Ausgangslage der Deutschen bedrohlich ein, schnürte ihnen den feuerspeienden Atem allmählich ab. Diplomatische Befreiungs- und politische Ausbruchversuche mißlangen, verstärkten vielmehr das Nachteilige ihrer Lage. Die fatale Konsequenz des ungestümen Aufbruchs wurde überdeutlich: Forsch in die Weltpolitik auszuschreiten, brachte vor allem Gefahr und Rückschritt mit sich, untergrub die nationalstaatliche Grundlage des Reiches und trug ein selbstmörderisches Risiko in sich.

Wohlverstanden: Eine Flotte zu bauen und Kolonien zu erwerben, entsprach dem gemeineuropäischen, im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan ebenso dem globalen Gesetz des imperialistischen Zeitalters. Spezifisch für die deutsche Außenpolitik war, daß das Wettrüsten zur See wie ein Sprung ins Abenteuer gewagt wurde, bevor der eigene Nationalstaat vollendet und die kontinentale Sicherheit konsolidiert war. Mehr noch: Die Herausforderung des Status quo, mit seinem englischen Hüter an der Spitze, spielte sich nicht irgendwo in der Welt ab. Vielmehr wappnete sich die kaiserliche Schlachtflotte unmittelbar vor der Haustür des britischen Mutterlandes zur Entscheidungsschlacht. Diese ausschlaggebende Tatsache kennzeichnet ein folgenschweres Merkmal des deutschen Imperialismus, das Ludwig Dehio im Vergleich mit dem ansonsten durchaus entsprechenden Vorgehen anderer Mächte und ihrer gleichfalls ehrgeizigen Ziele als „singulär“²⁵ beurteilt hat.

Als das Reich sich darauf einließ, das zu tun, was alle anderen längst taten, nämlich Weltpolitik zu treiben, stellte dieser Entschluß den Auftakt zu seiner Niederlage dar. Europas unmißverständliche Antwort auf die empörende Her-

²⁵ L. Dehio, Deutschland und die Epoche der Weltkriege, in: Ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/Hamburg 1961, S. 10.

ausforderung der anmaßenden Deutschen schlug sich in jener Auskreisung des wilhelminischen Reiches nieder, die dieses umgehend als seine „Einkreisung“ beklagte. Um die ausgesprochen mißliche Konstellation der Staatenwelt zum Vorteil Deutschlands zu ändern, gab es nach der nüchternen Einschätzung des Bülow im Amt des Reichskanzlers nachfolgenden Bethmann Hollweg nur eine Chance, die er ohne Verzug zu ergreifen versuchte.

Anstelle der mißlungenen Konfrontation wollte er zu einer ausgleichenden Vereinbarung mit Großbritannien gelangen. Sein Plan war maßgeblich von der nicht mehr zu verdrängenden Einsicht bestimmt, daß das Deutsche Reich von den Weltmächten England und Rußland stärker abhängig war als diese von ihm. Eine fehlerhafte Prämisse deutscher Außenpolitik aus der Hochzeit des Wilhelminismus während der Ära Bülow wurde stillschweigend und versuchsweise, allerdings keineswegs mit durchschlagendem Erfolg aufgegeben. In einer Weltlage, die sich für Deutschland unvorteilhaft zugespitzt hatte, brach sich erneut die Erkenntnis Bahn, die Bismarck unter ungleich günstigeren Verhältnissen nie vergessen hatte: Das Reich besaß einfach nicht genügend Eigengewicht, um, von allem losgelöst, in sich zu ruhen. Vielmehr war und blieb es von der Entwicklung der Mächtebewegung in einem geradezu extremen Maße abhängig.

Von ihren übermütigen Eskapaden und ihren akuten Reaktionen abgesehen, hing die eigentümliche Ruhelosigkeit der jungen Großmacht auch mit der niemals verschwundenen Gefährdung ihrer Position, ja nicht zuletzt ihrer nationalstaatlichen Existenz zusammen. Für den Fall äußerster Bedrohung, durch eine Wiedergeburt der Kaunitzischen Koalition beispielsweise, hatte Bismarck, von innenpolitischer Neigung und von außenpolitischer Tradition zugleich geleitet, im gedanklichen Experiment für Rußland zu optieren erwogen. Vom Jahre 1909 an tat Bethmann Hollweg den umgekehrten Schritt in die englische Richtung: aus innenpolitischen Motiven, um das Reich mit der parlamentarischen Tradition der Zeit zu versöhnen, aus außenpolitischer Not, um das ruinöse Wettrüsten mit Großbritannien zu beenden und den empfindlich eingengten Spielraum zu erweitern.

Eher verdeckt als offen, stärker tatsächlich als programmatisch lehnte der Kanzler sich an das britische Weltreich an. Hätte er seine Option zugunsten Englands ohne Umschweife verkündet, wäre er als Defätist davongejagt worden. Daher zog er es vor, bedächtig und behutsam, beinahe versteckt voranzuschreiten. Anstelle des Wettrüstens zur See, das freilich gegen seinen Willen nach wie vor fortgesetzt wurde, gedachte er im Zusammenwirken mit England und im Vertrauen auf dessen Großzügigkeit überseeischen Besitz zu erwerben, um das Reich nach innen und nach außen hin zu kräftigen. Indes, seine Weltpolitik ohne Krieg scheiterte – und zwar zum einen an der zögernd hinhaltenden Außenpolitik Englands, das seine Verbindungen und Absprachen mit Frankreich und Rußland nicht gefährden wollte, und zum anderen an den innenpolitischen Widersachern des Kanzlers, die der eingekreisten

Lage des Landes mit Gewalt abhelfen wollten. Der einsichtsvolle Ausgleichsversuch kam nicht zum Zuge, die Politik der *Détente* schlug in den militärischen Konflikt um. Dessenungeachtet bewegte sich die Außenpolitik des Deutschen Reiches im Vorfeld des Ersten Weltkrieges alles in allem durchaus im Rahmen dessen, was in der europäischen Staatengeschichte üblich war.

Im großen Krieg, für dessen Beginn den Deutschen – zusammen mit ihrem österreichisch-ungarischen Bündnispartner – die initiierende, keineswegs aber die allein ausschlaggebende Verantwortung zufiel, verstärkte das Spezifische ihres Kampfes sodann die allgemeine Tendenz moderner Kriegführung zu einer vergleichsweise neuen Qualität des Waffenganges. Seiner entfesselten, umfassenden Natur nach ging es um alles oder nichts: Die deutsche Großmacht focht jetzt um die Weltmacht und gleichzeitig gegen den Untergang, um den möglichen Aufstieg der Nation zum Reich und gegen das drohende Ende des Reiches als Nation.

Im Zeichen der rauschhaften Begeisterung, das Vaterland gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen, zeigte sich auf einmal mit herrischer Gebärde so manches Abstoßende, was lange zuvor nur geschlummert hatte oder nicht wahrgenommen worden war. Die Not der Enge und die Bedrängnis der Einkreisung, selbstverschuldete Steigerungen der natürlichen Tatsache, daß das „moderne Deutschland“, wie die oft zitierte Wendung David Calleos lautet, „eingepfercht geboren“²⁶ worden war, sollten jetzt ein für allemal, kriegerisch und glanzvoll zugleich, durch den Vorstoß zur Hegemonie und durch den „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) überwunden werden. Untrennbar gingen Verzweiflung und Hochmut im Verlauf eines Ringens um Leben und Tod ineinander über, das zugleich um den Daseinserhalt und die Reichsbildung, um die Verteidigung der Grenzen und ihre expansive Verschiebung geführt wurde.

Angst und Anmaßung, Existenzgefahr und Eroberungssucht ließen die Deutschen ebenso wie nach und nach alle Kombattanten, die um ihr Überleben kämpften, in Eigenbetörtheit und Weltvergessenheit verfallen. Der im Krieg verständliche Hang zur maßlosen Konzentration auf das eigene Schicksal ließ nach dem pointierten Eindruck eines kritischen Beobachters aus dem verbündeten Österreich bei den Deutschen lediglich etwas hervortreten, was ihnen seit eh und je anhaftete, was sie so unberechenbar machte. Denn „dieses ganz gottlose, ganz selbstvolle, selbstgewollte, selbstbestimmte, selbstdurchdrungene, selbstvermessene, ganz in sich selbst ruhende, nur um sich selbst kreisende, die Welt aus sich selbst zeugende, nach sich selbst formende und sich selbst wieder verschlingende, Urnebeln entstiegene, wieder in Urnebel aufgelöste Geschöpf“ Deutschland, so urteilte Hermann Bahr im Januar 1917, weniger mit versöhnlicher Ironie als vielmehr mit erschreckender Strenge,

²⁶ D. Calleo, *The German Problem Reconsidered: Germany and the World, 1870 to the Present*, Cambridge/London/New York/Melbourne 1978, S. 206.

werde vielleicht überhaupt „das größte Kuriosum der Weltgeschichte bleiben“²⁷.

Den Deutschen selbst kam es so vor, als kämpften sie nicht nur um Leben und Tod, um Aufstieg oder Verfall der Großmacht, sondern gleichzeitig auch um ihre Seele und ihre Kultur. Was sie von den „Ideen von 1914“ am Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum „preußischen Sozialismus“ an seinem Ende als ihr geistiges Vermächtnis und ihre weltanschauliche Botschaft ansahen, blieb einfach zu glanzlos und zu matt, als daß es mit den menschheitsbeglückenden Parolen ihrer Feinde hätte konkurrieren können. Im Grunde gab es keine „deutsche Ideologie“²⁸, die mit den gleichermaßen werbenden wie verlangenden Herausforderungen aus West und Ost Schritt zu halten vermochte.

Vom innenpolitischen Gestaltwandel dieser Jahre einmal abgesehen, der die gegensätzlichen Tendenzen zur Parlamentarisierung und zur Diktatur gleichzeitig förderte, drängten außenpolitische Vorstellungen, die im Frieden aus überschäumender Kraft erörtert wurden, während des großen Ringens, vor allem in seiner zweiten Hälfte, aus bitterer Not ins Zentrum der erregten Kriegszieldebatte. Sie führten die von Reichskanzler Bethmann Hollweg maßvoll vertretene Idee, einen „Verständigungsfrieden“, sogar einen „Hubertusbürger Frieden“ zu schließen, ein ums andere Mal ad absurdum. Die Hungerwinter und Versorgungsprobleme dieser nicht enden wollenden Zeit verwiesen mit scheinbar ausweglosem Zwang auf die expansive Notwendigkeit, auf dem Kontinent ein autarkes Großreich zu erobern und durch überseeische Kolonien zu ergänzen. Weit über den bestehenden Nationalstaat hinaus strebte Ludendorff 1917/18 nach einer ans Riesenhafte grenzenden Raumerweiterung für das Deutsche Reich. Über den strategischen Beweggrund militärischer Unbesiegbarkeit und über das ökonomische Motiv wirtschaftlicher Autarkie hinaus war sein maßloses Planen sogar schon von der Idee einer „völkischen Mission“ getragen. Kurz vor dem Ende des Ersten Weltkrieges, im täuschenden Zauberlicht von scheinbarem Triumph und tatsächlicher Niederlage, tauchten menetekelhaft, um danach erst einmal wieder zu verschwinden, wesentliche Kennzeichen der nationalsozialistischen Außenpolitik und Kriegführung auf.

Der Verlauf des Ersten Weltkrieges demonstrierte, daß das Deutsche Reich offensichtlich zu mächtig war, um sich in das Gleichgewicht Europas einzufügen. Es war aber auch nicht stark und im Hinblick auf die wilhelminische Elite nicht fähig genug, Europa als Hegemonialmacht zu führen. Doch die Niederlage der Hohenzollern-Monarchie zog das Ende des deutschen National-

²⁷ Hermann Bahr, Tagebuch vom 17. Januar 1917, wird zitiert nach H. Rumpler, Das Deutsche Reich aus der Sicht Österreich-Ungarns, in: Ders. (Hrsg.), Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland 1867/71 bis 1914, Wien/München 1991, S. 232.

²⁸ H. Schwerte, Faust und das Faustische. Ein Kapitel deutscher Ideologie, Stuttgart 1962, S. 165.

staates, das in den Kriegszielplanungen der Alliierten durchaus eine Rolle gespielt hatte, keineswegs nach sich. Das hatte internationale und innenpolitische Gründe: Nach der russischen Oktoberrevolution vom Jahre 1917 ging es insbesondere für Großbritannien darum, das Deutsche Reich als handlungsfähige Potenz zu erhalten. Gegenüber dem revolutionären Sowjetrußland, in gewisser Hinsicht auch gegenüber dem hegemonieverdächtigen Frankreich, bedurfte es eines ernstzunehmenden Partners in der europäischen Mitte, der die ideologische Immunität bewahrte, die machtpolitische Balance hielt und den wirtschaftlichen Wiederaufbau förderte. Der deutsche Nationalstaat, in gewissem Sinne sogar die deutsche Großmacht, zumal sie inzwischen willkommenermaßen nach westlichem Vorbild als Republik verfaßt war, wurde für das allgemeine Gleichgewicht Europas benötigt.

Doch fremder Wille allein, Bismarcks Schöpfung nicht zu zerstören, hätte kaum ausgereicht, wären die Deutschen nicht selber, sozusagen über alles in der Welt, dazu entschlossen gewesen, das Reich zu bewahren. Das bleibende Ergebnis seiner jungen Geschichte war also, daß Bismarcks Gründung die unterschiedlichen Tendenzen deutscher Vielfalt dauerhaft zusammengefaßt hatte. Rechtsstaatlichkeit und Sozialpolitik, aber auch die prestigeträchtige Außenpolitik und das patriotische Nationalgefühl hatten das Ihre dazu getan. Ebenso maßgeblich wirkte, daß die Nation in ihrer staatlich überlieferten Gestalt breiten Schichten der Deutschen eine politische Hoffnung für ihren unerfüllten parlamentarischen, liberalen und sozialen Reformwillen blieb. Daher rettete die Opposition des Jahres 1914, allen voran die Sozialdemokratie, vier Jahre später, nach einer gründlichen Metamorphose des 1871 Geschaffenen, das gemeinsame Vaterland aller Deutschen und konsolidierte es als demokratischen Nationalstaat. In einer vielfältigen Verschränkung, fast ist man geneigt zu sagen, Brechung vorwärts und rückwärts gewandter Elemente ihrer Existenz, blieben Reich, Großmacht und Nation am Ende des Ersten Weltkrieges erhalten. Insofern beschreibt die Katastrophe des wilhelminischen Kaiserreichs vor allem das Ergebnis des verlorenen Krieges, nicht aber die Widerlegung der nationalstaatlichen Entwicklung in Deutschland.

Raymond Poidevin

Le face-à-face entre la France et l'Allemagne vers 1900

L'Allemagne fait irruption dans le concert des Grands après le «coup de tonnerre» de Sadowa (1866) et surtout après avoir vaincu la France en 1870. Elle occupe dès lors une position hégémonique en Europe face à une France isolée jusqu'au début des années 90. Pour la France, le problème allemand se résume à l'existence d'une unité, d'un Reich allemand puissant et menaçant. Vers la fin du siècle, l'Allemagne se lance aussi dans une Weltpolitik qui ne manque pas d'inquiéter ses voisins. Il peut être intéressant de mesurer à ce moment là, autour de 1900, ses atouts face à une France toujours préoccupée par le danger allemand. De quel côté penche la balance de ce bilan? Ce bilan peut-il favoriser un rapprochement entre les deux ennemis?

En analysant quelques-uns des facteurs de la puissance autour de 1900 on peut constater que dans quelques domaines la France paraît plus forte que sa rivale.

Grande puissance coloniale, la France se trouve à la tête d'un empire bien plus vaste que celui de l'Allemagne, ce qui lui vaut du prestige à défaut de bénéfices matériels immédiats. Vers 1900 cet Empire couvre 10.900.000 km² et compte 42 millions d'habitants¹. En vingt ans, de 1880 à 1900, la France en a décuplé la superficie et la population en réalisant de nouvelles conquêtes en Afrique, en Indochine, à Madagascar. Elle a dû, il est vrai, renoncer à l'Égypte à l'issue d'une grave crise franco-anglaise (1898) mais elle guigne le Maroc afin d'asseoir sa domination sur la totalité du Maghreb. Tard venue, hésitante, tatillonne, à l'époque bismarckienne, la politique coloniale allemande a donné au Reich un Empire de 2.641.000 km² peuplé d'environ 12 millions d'indigènes. Il s'agit surtout d'un empire africain dont le Cameroun et le Togo sont les plus beaux fleurons. La Société coloniale, les pangermanistes rêvent bien d'agrandir le Mittelafrika mais Berlin évite de se heurter à l'Angleterre pourtant mise en difficulté par la guerre des Boërs. L'intérêt allemand pour le Maroc reste encore limité vers 1900: Guillaume II s'intéresse davantage à la création d'une zone d'influence en Chine (1898) et à faire de la Turquie l'axe de la pénétration allemande au Moyen-Orient².

Il est un autre domaine où la supériorité française s'affirme avec éclat: la puissance financière. N'est-elle pas, alors, le «banquier du monde»? Le marché

¹ M. Tacel, *La France et le monde au XXe siècle*, Paris 1989, p. 22.

² R. Poidevin, *L'Allemagne et le monde au XXe siècle*, Paris 1983, p. 32 sq.

financier de Paris – le deuxième du monde après Londres – l'emporte, et de loin, sur les opérations des Bourses de Berlin et de Francfort. Les Français manifestent un réel penchant pour les valeurs étrangères. A la fin de 1899 ils en détiennent pour une valeur de 27 milliards de francs sur un total de près de 87 milliards composant leur portefeuille³. L'examen des émissions et introductions faites au marché officiel de la Bourse de Paris montre que ce penchant s'accroît. De 183 en 1890, les valeurs étrangères cotées à Paris passent à 273 en 1900⁴. Si au cours de cette dernière année les émissions de valeurs étrangères et de titres nationaux s'équilibrent, les étrangères prennent nettement le dessus en 1901 (76,2 % du total) et 1902 (83,2 %)⁵. Rien de tel en Allemagne où l'on estime à environ 18 milliards de F le montant des valeurs étrangères possédées par les Allemands vers 1900⁶. Ces derniers s'intéressent surtout aux valeurs nationales si bien que les étrangères ne représentent que 15,5 % du total des émissions en 1900, 12,9 % en 1901⁷.

Les enquêtes faites dans les deux pays pour évaluer le total des capitaux engagés à l'étranger montrent, là encore, que ce total est plus important pour la France – entre 30 et 34 milliards de F, enquête de 1902 – que pour l'Allemagne – une douzaine de milliards de F en 1904⁸. Si les capitaux allemands placés dans le monde sont loin d'atteindre le niveau des français, il faut pourtant souligner l'expansion rapide des banques allemandes à l'étranger où elles servent les intérêts économiques et autres du Reich⁹. L'Amérique latine a vu naître en 1886 la Deutsche Überseeische Bank (fille de la Deutsche Bank), la Brasilianische Bank für Deutschland, la Bank für Chile und Deutschland. Les quelques créations de banques françaises ne doivent pas faire illusion dans cette partie du monde: ce ne sont que des affaires très modestes qui se cantonnent dans les opérations bancaires sans jouer le même rôle que leurs homologues allemands¹⁰.

Alors qu'en 1899 apparaît en Chine, la Deutsche Asiatische Bank, les banques parisiennes se contentent de participations, notamment dans la Banque russo-chinoise (1895) qui, bien que les capitaux français y soient majoritaires, est sous la coupe de Rothstein l'influent directeur de la Banque internationale de St Petersburg soucieux surtout de servir les intérêts allemands¹¹.

³ E. Théry, Histoire économique de l'Angleterre, de l'Allemagne, des Etats-Unis et de la France 1890-1900, Paris 1902, p. 434.

⁴ E. Becqué, L'internationalisation des capitaux, Montpellier 1912, p. 17.

⁵ *ibidem*, tableau p. 21.

⁶ G. Diouritch, L'expansion des banques allemandes à l'étranger, Paris 1909, p. 87.

⁷ D'après le Deutsche Oekonomist, cité par R. Poidevin dans: Finances et relations internationales 1887-1914, p. 28.

⁸ G. Diouritch, *op. cit.*, p. 84, rappelle les diverses estimations.

⁹ G. Diouritch, *op. cit.*

¹⁰ R. Poidevin, Les relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne 1898-1914, Paris 1969, p. 42.

¹¹ *ibidem*, p. 43.

A part la Banque impériale ottomane et la Banque de Roumanie, les banques françaises n'ont en Europe, en Méditerranée orientale, qu'un réseau modeste de filiales et d'agences qui ne s'intéressent guère qu'aux emprunts d'Etat. Rien de comparable à la Banque commerciale de Milan par exemple: fondée en 1894 par un consortium de banques allemandes, elle devient rapidement un instrument remarquable de l'influence germanique dans la vie économique et même politique de l'Italie¹².

Banquier du monde par l'importance et le nombre des emprunts d'Etat étrangers placés à la Bourse de Paris, la France ne sait pas marquer sa présence dans le monde par un réseau dense et efficace de succursales bancaires. Souvent sollicités par les autorités, les établissements de crédit se dérobaient sous divers prétextes: ils ne se montrent guère sensibles aux arguments leur démontrant qu'il s'agit de servir l'influence française dans le monde en combattant notamment une influence allemande qui ne cesse de grandir.

Plus largement présente que l'Allemagne dans les grandes opérations financières internationales, la France sait-elle, au moins, tirer parti de cette prédominance? Elle sait jouer de l'arme financière pour obtenir des avantages politiques¹³. Paris a su s'en servir pour hâter la conclusion de l'alliance franco-russe et pour la renforcer; la diplomatie française a pu exercer, grâce à cette arme, une forte pression sur l'Italie pour mettre fin à une guerre douanière (1898) imposer un accord colonial (1900) et même aboutir à un arrangement de nature politique en 1902. A cette date, Delcassé utilise cette arme pour activer la pénétration pacifique de la France au Maroc. Mais la forte position de la finance française dans les emprunts d'Etat et autres titres étrangers est loin de valoir à la France une position aussi élevée dans le commerce des pays qui font largement appel à son marché financier. Flagrante dans le cas de la Russie, des Etats balkaniques, cette situation résulte en partie du manque de solidarité entre la finance et l'industrie et aussi d'un certain laisser-faire des autorités encore peu disposées, vers 1900, à imposer aux partenaires étrangers la règle du donnant-donnant. Il n'est pas rare de voir des emprunts placés en France servir à des achats d'armes ou à des commandes navales, ferroviaires, effectués en Allemagne.

A Berlin, malgré des disponibilités moins abondantes, on sait utiliser au mieux l'arme financière. Les grandes banques savent ne pas dissocier emprunts et commandes, une situation dont profitent Krupp, les chantiers navals, les fabricants de matériel ferroviaire. Avec la Deutsche Bank, la diplomatie allemande travaille à faire de la Turquie une zone d'influence allemande. Dès la fin du siècle l'emprise allemande sur la plus grande opération, le chemin de fer de Bagdad, est assurée. La finance allemande sait aussi par des participations rester présente dans de grandes opérations internationales dont le

¹² R. Poidevin, *Les relations*, p. 54.

¹³ R. Poidevin, *Finances et relations internationales 1887-1914*, Paris 1970, p. 58 sq.

leader est français: emprunts russes, emprunts d'Etat serbes, bulgares, roumains, turcs...¹⁴.

L'examen du bilan diplomatique, autour de 1900, dénote un rétablissement de l'équilibre entre la France et l'Allemagne. La diplomatie française a marqué des points: alliance franco-russe et renforcement de cette alliance avec les accords Delcassé-Mouraviev; rapprochement avec l'Italie ce qui prépare un sérieux affaiblissement de la Triple-Alliance obligeant Berlin à compter surtout sur l'Autriche-Hongrie. Mais, humiliée par l'Angleterre lors de la crise de Fachoda en 1898, la France paraît subir à la fois un coup d'arrêt dans sa politique d'expansion coloniale et une perte de prestige. Pourtant la diplomatie allemande, dirigée par Holstein, ne sait pas tirer profit de l'affaiblissement de son voisin: deux ans et demi de négociations avec Londres en vue de parvenir à une alliance anglo-allemande aboutissent à un échec. Sur le continent, après avoir imposé son hégémonie à l'époque bismarckienne, le Reich doit se préparer à mener une guerre sur deux fronts.

Ainsi la France, qui en 1900 peut jouer de la supériorité de son arme financière, bénéficie d'un redressement diplomatique lui assurant un regain de puissance. Mais elle se trouve en état d'infériorité dans des domaines-clés: démographique, militaire, économique.

Le déficit démographique est particulièrement net. La France n'a que 38 962 000 habitants (1901)¹⁵ alors que le Reich allemand en compte 56 345 000¹⁶. L'affaiblissement du taux de natalité en France – il s'établit à 21,9 % pour la moyenne annuelle des années 1896–1900 – alors que le taux de mortalité ne baisse qu'assez lentement – 20,5 % pour la moyenne des mêmes années – ne lui laisse qu'un accroissement naturel très faible¹⁷. Certes, des voix manifestent une inquiétude face à ce déclin démographique aux graves conséquences économiques et militaires sans pour autant secouer l'indifférence des gouvernements¹⁸. Pays d'immigration, la France compte 1 037 800 étrangers en 1901 soit 2,6 % de la population totale. L'Allemagne, elle, connaît une natalité en baisse, certes, mais encore forte – 37,3 % en moyenne pour les années 1895–1899 – et, même si la mortalité ne recule qu'assez lentement – 22,5 % pour ces années – elle peut compter sur un fort accroissement naturel moyen qui s'élève à 7,8 % pour cette période quinquennale¹⁹. Pendant les cinq dernières années du XIX^e siècle, la population allemande a augmenté de 4 066 000 habitants, celle de la France de 158 000 seulement²⁰. Après avoir

¹⁴ Nombreux exemples dans R. Poidevin, *Les relations*.

¹⁵ M. Tacel, *op. cit.*, p. 19.

¹⁶ E. Théry, *op. cit.*, p. 114.

¹⁷ A. Rowley, *Evolution économique de la France du milieu du XIX^e siècle à 1914*, Paris 1982, p. 62, 66.

¹⁸ *ibidem*, p. 63–65.

¹⁹ E. Théry, *op. cit.*, p. 115.

²⁰ *ibidem*.

alimenté une forte émigration, l'Allemagne ne voit plus partir que 22 309 individus en 1900²¹. Entre 1896 et 1900 la balance s'est même retournée: l'immigration excède l'émigration de 94 125 personnes.

A l'évidence, la puissance française se trouve affaiblie par le différentiel démographique qui entraîne un affaiblissement militaire. Le service militaire de trois ans imposé par la loi de 1889 n'assure à l'armée française qu'en effectif de 479 000 hommes en temps de paix contre 566 000 à l'Allemagne²². En 1900, l'écart des effectifs est d'environ 100 000 hommes mais cette disparité semble en partie corrigée en raison de l'existence d'une armée coloniale de 130 000 hommes. Par ailleurs le canon de 75 est nettement supérieur au «Feldkanone» 77 allemand mais la carence française en matière d'artillerie lourde est totale et le déséquilibre naval s'aggrave²³. Alors que la France, en 1900, dispose d'une centaine de torpilleurs et d'une vingtaine de cuirassés démodés, la marine allemande, sous l'impulsion de Tirpitz et grâce aux lois navales de 1897 se dote d'unités modernes. Convaincus de leur supériorité militaire, les responsables allemands élaborent avec le plan Schlieffen un plan de guerre résolument offensif alors que l'Etat-major français se préoccupe surtout de défensive.

Dans le domaine industriel l'infériorité française est manifeste²⁴. Dans tous les secteurs-clés ses productions restent largement inférieures à celles de son voisin. Elle tire de ses mines 27,6 millions de t. de houille en 1895, 32,8 en 1899 alors que dans le même laps de temps la production allemande passe de 79,2 à 109,3 millions de t²⁵. A l'ère du charbon-roi, il lui faut importer plus de 10 millions de t. de charbon (1899) alors que le Reich en exporte près de 15 millions de t. malgré une consommation intérieure sans cesse croissante. L'essor de la production sidérurgique est lui aussi beaucoup plus spectaculaire dans le Zollverein allemand:²⁶ ce dernier produit 6,6 millions de t. d'acier la France 1,5 million de t²⁷. Le contraste est saisissant, en 1900, entre la Lorraine annexée où l'exploitation du minerai de fer est très poussée et où les sidérurgistes allemands ont fondé de grands établissements et la Lorraine restée française où le bassin de Briey se trouve seulement à l'aube d'un réel essor.

Dans les industries nouvelles – électricité, chimie – les grandes firmes allemandes ont pris une large avance. L'industrie allemande n'a-t-elle pas raflé les récompenses à l'Exposition universelle de Paris en 1900²⁸? L'AEG, Schuckert, Siemens Halske ont obtenu de nombreux «grand prix» dans les sections électriques. Tous les observateurs soulignent l'extraordinaire impression que laisse

²¹ idibem, p. 117.

²² M. Tacel, op. cit., p. 60.

²³ J. Doise, M. Vaïsse, *Diplomatie et outil militaire*, Paris 1987, p. 132.

²⁴ M. Tacel, op. cit., p. 40.

²⁵ R. Poidevin, *L'Allemagne de Guillaume II à Hindenburg*, Paris 1972, p. 25.

²⁶ Le Luxembourg fait partie du Zollverein allemand.

²⁷ Tableaux statistiques de la production minière et métallurgique, Paris 1914, p. 23, 28, 103, 105.

²⁸ R. Poidevin, *Les relations économiques*, p. 348.

la chimie allemande qui connaît à Paris une véritable apothéose. D'ailleurs les grandes firmes de cette industrie – Bayer, Cassela, Badische Anilin, Meister Brüning Lucius (Hoechst) – sont déjà implantées en France avant 1900²⁹.

Tandis que le Reich allemand connaît vers 1900 un boom industriel qui sera à peine ralenti par la crise de 1900–1901, la France se trouve après une longue période de stagnation seulement à la veille d'une forte reprise de la croissance.

Notons aussi que le commerce français est en léthargie alors que ses concurrents marquent de sérieux progrès. Entre 1880 et 1900 le commerce français n'augmente en valeur que de 3,5 % alors que celui de l'Allemagne s'accroît de près de 81 %³⁰. Il perd du terrain partout dans le monde. Même en Europe, où elle écoule 72 % de ses ventes, la France est de plus en plus menacée par la concurrence allemande dès la fin du siècle³¹: elle ne l'emporte plus que dans le Royaume-Uni et en Belgique. Alors que les ventes allemandes dans l'Europe centrale et balkanique tiennent une place prééminente, celles de la France restent stationnaires. Même dans les péninsules méditerranéennes le commerce français est en déclin alors que les ventes allemandes tendent à augmenter. Mais c'est la Russie qui offre le plus bel exemple de l'écart entre les ventes des deux rivaux. Alors que la France détient pour environ 7 milliards de F de valeurs russes, le commerce français ne joue qu'un rôle très limité en Russie: ses ventes ne représentent que le huitième des ventes allemandes³².

De toutes les régions du globe arrivent les rapports des agents diplomatiques français signalant la stagnation et le déclin du commerce français³³. Pour eux, cette situation s'explique par le manque d'initiative des milieux d'affaires français et par la concurrence allemande. Bon nombre d'entre eux recommandent vivement de copier les méthodes germaniques pour enrayer le déclin. Pourtant la France ne prête encore qu'une oreille distraite au danger commercial allemand. Quelques articles de journaux et d'organes économiques commencent à évoquer la menace. Un ouvrage très documenté de Maurice Schwob sur «le danger allemand» paraît en 1896. Deux ans plus tard Georges Blondel qui a effectué plusieurs missions outre-Rhin analyse bien les raisons des succès allemands tout en dénonçant les causes du déclin français dans son livre sur «l'essor industriel et commercial du peuple allemand». La même année, 1898, Jules Roche, futur ministre du Commerce, insiste dans son livre «Allemagne et France» sur l'extraordinaire essor du commerce allemand qui aboutit à une invasion pacifique certes mais aussi dangereuse que l'autre.

Toutes ces mises en garde sont loin d'éveiller le même écho qu'en Angleterre où déjà se développe une véritable campagne contre le «Made in Germany».

²⁹ *ibidem*, p. 29.

³⁰ M. Tacel, *op. cit.*, p. 43.

³¹ R. Poidevin, *Les relations économiques*, p. 140 sq.

³² *ibidem*, p. 146.

³³ *ibidem*, p. 168 sq.

Certes, les rapports alarmistes des consuls français ne tombent pas dans une totale indifférence ils suscitent quelques réactions des autorités³⁴. L'action la plus importante de la diplomatie française est l'appui fourni aux industriels – notamment à Schneider – pour tenter de leur assurer – contre Krupp et les autres fabricants – des commandes militaires, navales ou ferroviaires. C'est en mars 1898 que le gouvernement favorise la création de l'Office national du Commerce extérieur dont la mission consiste à fournir au monde des affaires des renseignements commerciaux pouvant concourir au développement de ses débouchés. Il est tout à fait symptomatique de constater que le projet de loi prévoyant cette création contient une analyse des moyens utilisés par l'Allemagne pour développer son commerce. On compte surtout sur le tarif douanier protectionniste de 1892 pour tenter de protéger le marché national sans chercher à conquérir vigoureusement des débouchés à l'extérieur. Cette maladie chronique, ce manque de dynamisme du commerce français, ne peut que faire le jeu de l'Allemagne. Là, le gouvernement encourage l'industrie en corrigeant les tarifs protectionnistes par une série de traités de commerce malgré les plaintes des agrariens et il ne ménage pas son appui à l'expansion commerciale. Il est vrai qu'il ne fait que soutenir le dynamisme de ses hommes d'affaires qui ont compris, tout comme les autorités, que l'extraordinaire essor économique du Reich imposait une politique de conquête systématique des marchés.

Cette rapide évaluation de la puissance de la France et de l'Allemagne vers 1900, laisse-t-elle entrevoir une possibilité de rapprochement? Certes, l'antagonisme franco-allemand reste profond, il ne peut être question d'un rapprochement politique mais une détente intervient pour deux raisons principales: alliée de la Russie depuis 1892, la France est sortie de son isolement et peut traiter d'égale à égale avec l'Allemagne de Guillaume II mais, surtout, la question d'Alsace-Lorraine est devenue moins brûlante avec l'affaiblissement de la protestation dans le Reichsland et l'assoupissement de l'idée de revanche en France. La détente est marquée par le développement des relations d'affaires, par quelques gestes spectaculaires et quelques contacts en vue de tenter d'aboutir à un rapprochement dans le domaine colonial.

Les relations d'affaires sont marquées surtout par un développement remarquable des relations financières qui ne provoque pas de réactions anti-allemandes en France³⁵. A partir de l'été 1898 les capitaux français à court terme font leur réapparition en Allemagne. Les banques parisiennes prêtent à leurs homologues allemands, bon an, mal an, environ un milliard de francs. Cet apport est particulièrement important alors que l'argent se fait rare sur le marché allemand en raison des besoins économiques que connaît le Reich. Les Français participent peu aux emprunts d'Etat allemands et seuls les titres du charbon-

³⁴ R. Poidevin, *Les relations économiques*, p. 170–171.

³⁵ *ibidem*, p. 177 sq.

nage Harpener sont introduits à la Bourse de Paris mais les ententes financières franco-allemandes dans le monde se multiplient. De véritables couples se partagent les emprunts d'Etat des pays balkaniques: en Bulgarie la Banque de Paris et des Pays-Bas et la Deutsche Bank se partagent les affaires; Disconto-Bleichröder travaillent avec la Banque de Paris et des Pays-Bas ou le Comptoir national d'Escompte de Paris en Roumanie; la Serbie est sous la coupe de la Société financière d'Orient associée à la Berliner Handelsgesellschaft. La Banque impériale ottomane (en fait française) et la Deutsche Bank s'associent dans les emprunts turcs. Même l'implantation en France de nombreuses succursales et filiales allemandes, notamment dans l'industrie chimique, ne soulève aucune tempête³⁶. Ce renforcement des relations économiques et financières est-il accompagné de signes de détente pouvant aller dans le sens d'un rapprochement?

Quelques gestes spectaculaires dénotent un changement de climat. Au début de 1895, la France accepte de participer, avec des navires de guerre, aux cérémonies d'inauguration du canal de Kiel.³⁷ Malgré les craintes de Paris, tout se passe bien! A la fin de la même année, le gouvernement impérial accepte, pour des raisons politiques, la participation de l'Allemagne à l'Exposition universelle qui doit se tenir à Paris en 1900. Cette participation, soigneusement préparée, est un grand succès pour les industries allemandes, notamment la chimie et l'électricité³⁸. Les Allemands, visiteurs étrangers les plus nombreux, sont correctement accueillis par la population parisienne, indice de détente que d'aucuns ne manquent pas de souligner.

A ces manifestations publiques, s'ajoutent plusieurs ouvertures, très discrètes, en vue d'aboutir à des accords coloniaux, l'initiative venant tantôt de Berlin, tantôt de Paris³⁹. Au début de 1896, la Wilhelmstrasse fait part de son désir d'arriver à une collaboration franco-allemande afin de limiter «l'insatiable appétit de l'Angleterre». Mais, comme Berlin souhaite cette collaboration à propos du Transvaal sans évoquer la question d'Egypte, qui seule intéresse la France, Paris accueille fraîchement cette ouverture et certains journaux en profitent pour rejeter toute idée d'«alliance contre nature». En avril 1896, Hanotaux, ministre des Affaires étrangères, recherche une entente avec l'Allemagne sur la question d'Egypte. Il fait sonder Berlin au cours de l'été mais les conversations officieuses ne donnent rien. En septembre 1896, il revient à la charge en laissant entendre, officieusement, que les deux pays avaient des intérêts communs. Pour obtenir l'appui de l'Allemagne contre l'Angleterre dans la question d'Egypte, Hanotaux est prêt à mettre la question d'Alsace-Lorraine entre parenthèses. Côté allemand, on reste très prudent car Paris se refuse à

³⁶ *ibidem*, p.220 sq.

³⁷ R. Poidevin, in R. Poidevin, J. Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, p. 163.

³⁸ R. Poidevin, *Les relations économiques*, p.344 sq.

³⁹ R. Poidevin, in R. Poidevin, J. Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, p. 165 sq.

toute initiative officielle: le chancelier Hohenlohe et l'éminence grise de la Wilhelmstrasse, Holstein, estiment ne pas devoir prendre d'initiative. Pour eux, le chauvinisme n'est pas mort dans une France qui pense toujours à la révision du traité de Francfort. Mais, en juin 1898, c'est Bülow, encore secrétaire d'Etat à la Wilhelmstrasse, qui recherche la collaboration de la France afin d'éviter une mainmise anglaise sur les colonies portugaises d'Afrique. L'ambassadeur français de Noailles conseille la réserve: il faut «tâter le terrain, et voir tout doucement». Une crise ministérielle provoque le remplacement d'Hanotaux par Delcassé et l'ouverture allemande n'a pas de suite. Elle était de toute façon condamnée par la duplicité de Bülow qui, tout en s'adressant à Paris, recherchait un accord anglo-allemand sur le partage des colonies portugaises, accord effectivement conclu le 30 août 1898.

L'arrivée de Delcassé, au Quai d'Orsay, un homme souvent présenté comme un farouche adversaire de l'Allemagne, n'empêche pas la poursuite de contacts officieux avec Berlin. Dès décembre 1898, plusieurs hauts fonctionnaires, et Delcassé lui-même, rencontrent von Huhn, correspondant de la *Kölnische Zeitung* à Paris: ils estiment qu'il faut «oublier le passé», pratiquer une nouvelle politique répondant aux intérêts réels. Delcassé insiste sur le déclin de l'idée de revanche et se montre disposé à favoriser toute extension coloniale de l'Allemagne, notamment en Chine. L'ouverture de Delcassé, faite sous le coup des déceptions engendrées par la grave crise franco-anglaise de Fachoda, représente un immense pas en avant. Alors que par haine contre l'Angleterre, de nombreux journaux parisiens poussent au flirt avec l'Allemagne⁴⁰, méfiant, la Wilhelmstrasse ne répond pas aux avances de Delcassé. En septembre 1899, le journaliste Hansen est envoyé à Berlin pour voir si l'Allemagne serait disposée à agir de concert avec la France contre l'Angleterre mais, une fois de plus, la diplomatie allemande se dérobe⁴¹. Elle garde cette attitude en 1900, se refusant à exploiter les revers anglais en Afrique du Sud. Devenu plus méfiant, Delcassé cherche encore, au cours de l'été 1901, à nouer un dialogue qui lui permettrait d'avoir au moins la neutralité bienveillante de Berlin dans le règlement de la question marocaine. Il est prêt à désintéresser l'Allemagne en lui offrant des compensations en Afrique, il semble avoir pensé au Congo. Lors des sondages officieux, on évoque aussi, côté français, l'idée de laisser à l'Allemagne un port marocain et une colonie, Madagascar par exemple. Mais Holstein, qui entend garder les mains libres, refuse de s'engager. Dès lors, Delcassé va de l'avant sans se préoccuper de l'Allemagne: il se tourne vers Londres amorçant un processus qui devait conduire à la naissance de l'Entente cordiale, en 1904, grave défaite diplomatique pour l'Allemagne.

Ainsi, la relative détente qui intervient dans le face-à-face franco-allemand autour de 1900 n'a pas permis d'aboutir à un rapprochement, pas même dans

⁴⁰ L'Echo de Paris, Le Gaulois, La Liberté.

⁴¹ P. Guillen, L'Allemagne et le Maroc 1870-1905, Paris 1967, p. 572 sq.

un domaine limité. On sait qu'avec la 1^{ère} crise marocaine, en 1905, l'antagonisme entre les deux pays s'affirme avec éclat. Il est à remarquer qu'au début de cette crise, après le coup de Tanger, le danger allemand apparaît avec une force telle que le président du Conseil, Rouvier, les ministres, l'état-major, la plupart des parlementaires, la presse, estiment qu'il faut éviter la guerre à tout prix. Seul Delcassé pense que l'Allemagne bluffe mais il est lâché par tous ses collègues. La France n'est pas prête à se lancer dans une guerre contre une Allemagne, jugée trop forte.

IV. Deutschland und der Versailler Vertrag

Jacques Bariéty

Deutschland, Frankreich und das Europa von Versailles

75 Jahre, ein dreiviertel Jahrhundert ist es jetzt her, daß am 28. Juni 1919 der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde. Ich möchte zunächst daran erinnern, daß der Versailler Vertrag, so wichtig er auch war – denn er wurde von Deutschland, der wichtigsten Mittelmacht, unterzeichnet –, nur einer der 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz vorbereiteten Verträge ist. Für das Verständnis der von den Unterhändlern erstrebten neuen europäischen Friedensordnung ist es unerlässlich, den Versailler Vertrag im Zusammenhang mit den Verträgen zu analysieren, die mit den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie geschlossen wurden: mit Österreich (St. Germain) und Ungarn (Trianon). Nicht zu vergessen sind überdies die von Frankreich und Großbritannien sowie Frankreich und den Vereinigten Staaten an ebendiesem 28. Juni 1919 unterzeichneten Garantieverträge und auch technische Abkommen, die jedoch eine ganz konkrete politische Tragweite hatten, wie etwa das Rheinlandabkommen und das Abkommen über die Priorität Belgiens bei den Reparationszahlungen¹.

Es ist bekannt, welche Bedeutung die Auswirkungen des Vertrages auf die öffentliche Meinung hatten – insbesondere in Deutschland, wo der Vertrag fast uneingeschränkt als „Diktat“ und Ungerechtigkeit galt. Auch die langfristigen Rückwirkungen dieser Interpretation in Deutschland und anderswo sind offensichtlich. Ich lasse diese Aspekte hier beiseite² und werde mich heute – ausgehend von meinen Arbeiten und von denen meiner Schüler und Kollegen – um eine zusammenfassende Darstellung der Antwort bemühen, die Frankreich bzw. die französische Regierung 1919 auf die deutsche Frage zu geben gedachte: Welches Deutschland wollte man nach dem militärischen Sieg der Alliierten in welchem Europa? Ich möchte auf diese Frage antworten, indem ich meine Gedanken nacheinander an drei Achsen entlang entwickeln werde:

1. Territorialfragen: Grenzen, militärische Sicherheit und folglich Rheinlandbesetzung und Rheinlandfrage.

¹ Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, S. 46–63. Über Belgien und die Reparationen soll 1997 in Brüssel eine Habilitation erscheinen: Depoortere, *La Belgique et les réparations allemandes après la Première Guerre Mondiale*.

² Dieses sehr wichtige Problem wurde gerade meisterhaft wieder aufgenommen von: Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 373–411.

2. Ökonomische Vertragsklauseln: Ich habe dies das französische Projekt des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des europäischen Kontinents genannt, und selbstverständlich die Reparationsfragen³.
3. Frankreich und seine Alliierten: Große und kleine, alte und neue.

I. Territorialfragen, Grenzen, militärische und besatzungstechnische Klauseln

Vieles wurde und wird, bis in die jüngste Zeit hinein, über diese Themen, insbesondere über die französische Rheinlandpolitik, geschrieben⁴. Um die Entscheidungen, und zweifellos auch die Ziele Frankreichs in diesem Bereich im Jahr 1919 zu verstehen, muß man sie, wie es mir scheint, unter zwei Gesichtspunkten betrachten: Da ist zunächst das absolut vorherrschende Sicherheitsbedürfnis Frankreichs nach dem schrecklichen Gemetzel des großen Krieges – in diesem Punkt, so denke ich, stimmen alle Historiker überein. Daneben steht aber auch eine zweite, eher spezifisch französische Sorge: die Erinnerung an die Verwirklichung der deutschen Einheit 1871 durch Bismarck in der Form des Reichs, die mit dem durch den Frankfurter Vertrag bestätigten militärischen Sieg über Frankreich und, für die französische Seite, dem Verlust des Elsaß und eines Teils Lothringens verbunden bleibt. Ein wahrhaftes Trauma, das das politische Denken und die Geschichtsschreibung in Frankreich zwischen 1871 und 1914 nachhaltig geprägt hat. Unser Kollege Klaus Hildebrand hat mir Gelegenheit gegeben darüber nachzudenken, als er mich einlud, 1993 hier in München einen Vortrag zum Deutschlandbild der Franzosen zwischen 1871 und 1945 zu halten. Meine Lektüre in diesem Zusammenhang hat mich zu der Überzeugung gebracht, daß in Frankreich nach 1871 die Meinung weit verbreitet war, erst die „Preussifizierung“ Deutschlands durch die Strukturen des Bismarck'schen Reiches hätten das Land militaristisch, imperialistisch und folglich gefährlich gemacht. Von daher wurde in Frankreich in weiten Kreisen die Auffassung vertreten, daß darin die Gründe für das Verhalten Deutschlands während der Juli/August-Krise des Jahres 1914 gesucht werden müßten und daß es folglich nach dem Sieg notwendig sei, Deutschland zu „entpreussifizieren“⁵. Eine solche Analyse ist heu-

³ Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, S.134–149. Vgl. auch Stevenson, *French War Aims and Soutou, L'or et le sang*.

⁴ Ebenda, S.23–120 und S.183–187. Vgl. auch McDougall, *France's Rhineland Diplomacy*; Hüttenberger/Molitor, *Franzosen und Deutsche am Rhein*; Bariéty, *Les occupations françaises; ders., Le Comité d'Etudes*.

⁵ Hildebrand, *Das Deutsche Reich*.

te völlig überholt, aber im Frankreich von 1919 – und, so wage ich hinzuzufügen, in dem von 1944/45 – war sie sehr gegenwärtig. Dem ist die von den republikanischen Akademikern vertretene Erinnerung an die „Grande Révolution Française“ und die natürlichen Grenzen hinzuzufügen – eine These, die unter den französischen Rechtsextremen des sogenannten „secret des rois de France“ Widerhall fand und darauf abzielte, Frankreich in den Grenzen des alten Galliens wiederzuerrichten: eine Politik, die die Convention Nationale nur zu gerne vollendet hätte⁶.

Kommen wir vor diesem Hintergrund zu den Tatsachen und Entscheidungen. Die Rückkehr von Elsaß-Lothringen nach Frankreich war für alle französischen Regierungen der Kriegszeit eine Selbstverständlichkeit und erste Friedensbedingung. In diesem Punkt waren sich alle Alliierten und Wilson einig. Die Frage, die 1919 unter den Alliierten debattiert wurde, war die nach der Nordgrenze des nun wieder französischen Elsaß-Lothringen: Sollte es die Grenze von 1790, 1814 oder 1870 sein? Oder eine neue Grenze, 20 Kilometer weiter nördlich mit dem Anschluß Landaus und des Saarlands an Frankreich? Ich möchte hier nur an diesen Punkt, der weitere Untersuchungen verdiente, erinnern. Die Entscheidungen des Vertrages sind bekannt: die Grenzen von 1870 und ein vorläufiger Sonderstatut für das Saargebiet⁷.

Von viel größerem Ausmaß war die Frage nach dem Schicksal des Rheinlands als Ganzem. Ich teile nicht die von einigen vertretene These, die besagt, es gebe eine Kontinuität der rheinischen Ambitionen Frankreichs vom September 1914 bis zum Versailler Vertrag. Ich bin kürzlich, aus einem ganz anderen Grund, zum Fund – und zur Analyse – einer faszinierende Quelle gekommen: nämlich den Berichten des „Studienausschusses“, der im Februar 1917 auf Verlangen des Regierungspräsidenten und Außenministers Aristide Briand eingesetzt wurde, um für alle Bereiche Reflexionen über die Friedensbedingungen anzustellen. Dieser Ausschuß, der aus den größten französischen Historikern und Geographen dieser Zeit zusammengesetzt war, traf sich bis zum März 1919 fast jede Woche. Die französischen Entscheidungsträger von 1919, seien es Politiker oder Diplomaten, waren nicht verpflichtet, den gedanklichen Schlußfolgerungen dieser hervorragenden Hochschullehrer zu folgen, aber sie lasen sie. Hinsichtlich des Rheinlands versuchten die Historiker dieser Kommission, sehr „republikanische“ Professoren der Sorbonne, die vermeintliche Nostalgie der rheinischen Bevölkerung gegenüber der Revolutionszeit hervorzuheben – aus heutiger Sicht eine ziemlich lächerliche Haltung, die, sagen wir es gleich, keinerlei Einfluß auf die Entscheidungen des Jahres 1919 hatte⁸. Sehr viel aufschlußreicher sind die Berichte des Chefs des geogra-

⁶ Vgl. Miquel, *La paix de Versailles*.; Kern, *Die Rheintheorie*.

⁷ Bariéty, *Le Comité d'Etudes*. Vgl. auch *Travaux du Comité d'Etudes*, S. 57–119.

⁸ Ebenda, S. 341–414.

phischen Dienstes der Armee, General Bourgeois: Hier sieht man in aller Klarheit die Thesen des französischen Generalstabs; hier finden sich Überlegungen, die fast wortgleich in den Notizen von Foch und Tardieu von Ende 1918 und 1919 wieder auftauchen⁹. Die These lautet, daß die notwendige Entwaffnung Deutschlands nicht ausreiche, weil deren Kontrolle auf Dauer nicht durchgesetzt werden könne, und daß eine internationale Organisation und Allianzen zwar wünschenswert, aber nicht ausreichend seien, weil ihre Wirksamkeit und ihr Bestand nicht gewährleistet werden könnten. Am 30. April 1917 – das Datum ist nicht ohne Bedeutung – legte General Bourgeois einen Bericht vor, in dem er die These vertrat, die militärische Kontrolle der deutschen Gebiete zwischen dem Rhein und den deutsch-belgischen und deutsch-französischen Grenzen sei die geostrategische *Conditio sine qua non* für die Sicherheit Frankreichs und Belgiens, die miteinander verbunden sind¹⁰. Bourgeois machte seine Überlegungen nicht am Rheingraben fest, sondern an der Funktion der Gebiete zwischen Rhein, Belgien und Frankreich als „Aufmarschplatz“ („*place d’armes*“), also als einem geographischen Raum, wo sich die deutsche Armee vor einer Westoffensive sammeln und aufstellen konnte, wofür Bourgeois zahlreiche historische Beispiele anführte. Daher mußte die deutsche Armee endgültig in die rechtsrheinischen Gebiete zurückgedrängt und die linksrheinischen Gebiete militärisch kontrolliert werden. Bourgeois fordert keine politische Grenze am Rhein, sondern eine militärische. Er fordert nicht die Annexion, sondern die Ausweisung der deutschen Armee. Am 19. November 1917 nimmt General Bourgeois diese Beweisführung wieder auf und entwickelt sie fort: Die Militärpräsenz der Alliierten ist die einzige Möglichkeit, diesen geographischen Raum, wie auch drei Brückenköpfe (Mainz, Koblenz, Köln) militärisch zu kontrollieren, ohne seinen politischen Status vorwegzunehmen. Bourgeois fügt sogar hinzu, daß die Gegenwart alliierter Truppen in diesen Gebieten und an den Brückenköpfen deren geostrategische Bedeutung sogar umkehren und aus dem deutschen Aufmarschplatz Richtung Westen einen westlichen Aufmarschplatz Richtung Osten machen könnte. Die Verwandtschaft dieser Thesen mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags erscheint mir offensichtlich. Es waren die Thesen der französischen Militärs, zumindest in ihrem strikt militärischen Inhalt¹¹.

So möchte ich die Bestimmungen über den Rückzug der Reichswehr und die unmittelbare Besetzung der linksrheinischen Gebiete und der drei Brück-

⁹ Ebenda, S. 309–339. Vgl. auch Tardieu, *La Paix*, S. 165–184; Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, S. 28–45.

¹⁰ Anfang 1917 versuchte die französische Regierung, die Kriegsziele Frankreichs zu präzisieren. Siehe Soutou, *La France*.

¹¹ Bariéty, *Travaux du Comité d’Etudes*, S. 331–339. Vgl. auch Benoist, Charles (Berichterstatter zum Versailler Vertrag vor der französischen Abgeordnetenkammer), S. 37–57.

kenköpfe durch die Alliierten, die auf Betreiben Fochs in den Waffenstillstand vom 11. November aufgenommen wurden, erklären.

Es ist bekannt, wie sehr sich diese Angelegenheit 1919 weiter verwickelte: Zunächst einmal hielt Foch zur Gewährleistung einer dauerhaften Besetzung die Gründung eines oder mehrerer autonomer, vom Reich abgetrennter Staaten für notwendig. Clemenceau und Tardieu teilten zunächst dieses Ziel, und Foch bereitete, zunächst mit der Zustimmung Clemenceaus, die Geburt eines solchen Staates vor, indem er die juristisch-politischen Möglichkeiten des Besatzungsstatuts zur Zeit des Waffenstillstands ausnutzte. Es ist bekannt, daß Clemenceau am 14. März 1919 dieses erste französische Vorhaben angesichts des Widerstands von Lloyd George und Wilson aufgab und daß es zum Ausgleich durch das Versprechen von französisch-amerikanischen und französisch-britischen Garantieverträgen sowie einer zeitweiligen Besetzung der linksrheinischen Gebiete ersetzt wurde¹².

Gleichwohl erscheint es mir unverzichtbar, mit Nachdruck auf einige Punkte hinzuweisen: Zunächst einmal wurde die oben erinnerte Kompromißlösung erst nach langem und schwierigen Suchen gefunden. Zwar schlugen Wilson und Lloyd George die Garantieverträge schon zu Beginn vor, doch mußte Clemenceau fünf Wochen lang hart kämpfen, um eine fünfzehnjährige Besatzungszeit durchzusetzen – dies vor dem Widerstand Lloyd Georges, der die Hintergedanken der Franzosen genau verstanden hatte: Einmal am Rhein, würden sie nicht mehr an einen Abzug denken. Übrigens sind die folgenden jahrelangen Debatten über die Besatzungsfristen sowie die Verlängerungsmöglichkeiten der Besatzung über diese fünfzehn Jahre hinaus und sogar die Wiederbesatzung ja hinreichend bekannt. Schließlich, und hier liegt meiner Meinung nach die Erklärung des Clemenceau'schen Manövers, erreichte er, daß die Besatzung zur Garantie der Vertragserfüllung – also der Entwaffnung Deutschlands und der Reparationszahlungen – wurde. Erfreut stelle ich fest, daß eine Reihe von Autoren dem französischen Ministerrat vom 25. April 1919 größte Bedeutung beimißt, wie ich es in meiner Habilitation von 1975 getan hatte. Hier erklärte Clemenceau in der Gegenwart von Poincaré und Foch, daß Deutschland zahlungsunfähig sei und daß die französische Armee folglich so lange im Rheinland bleiben könne, wie es die französische Regierung wünsche. Clemenceau glaubte, er könne im Gesamtzusammenhang des Versailler Vertrags und der Garantieverträge beides erhalten: die Allianz der Engländer und Amerikaner, die ihm für das künftige europäische und globale Gleichgewicht unerläßlich schien, und eine dauerhafte Kontrolle der linksrheinischen Gebiete und Brückenköpfe durch französische oder alliierte Truppen – für die französischen Militärs die *Conditio sine qua non* der Sicherheit Frankreichs und des gesamten französisch-belgischen Ensembles¹³.

¹² Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, S. 46–51.

¹³ Ebenda, S. 61–63.

Beim Wiederlesen all dieser Texte wurde mir klar, daß weder die vielen Professoren dieser Zeit so wertvollen Erinnerungen an die „Grande Nation“ der Revolutionsära, noch, auf der anderen Seite des politischen Spektrums, die Thesen von Jacques Bainville über die Notwendigkeit, das Reich zu zerstören, 1919 einen Einfluß auf die Wahl der französischen Politiker und Militärs hatten¹⁴. Es bestand dort sicher ein Gegensatz zwischen bestimmten Teilen der öffentlichen Meinung einerseits und den Entscheidungsträgern sowie den Entscheidungsgründen in Frankreich andererseits. In meinem Verständnis waren diese Entscheidungsgründe vor allem geostrategischer und nicht historisch-politischer Art¹⁵.

Was nicht bedeuten soll, daß Frankreich, daß der französische Staat, der Schaffung eines oder mehrerer Rheinstaaten widerstanden hätte, um die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten. Im Grunde ließen die Texte vom 28. Juni 1919 (Versailler Vertrag, Garantieverträge und Rheinlandabkommen) – abhängig von der internationalen Entwicklung im allgemeinen und der deutschen im besonderen – mehrere Entwicklungsmöglichkeiten offen. Ausgehend von diesen Texten versuchte Frankreich zwischen 1920 und 1924 mehrere Strategien gegenüber Deutschland, bis die Abkommen von Locarno im Oktober 1925 den französischen Rheinland-Ambitionen ein Ende setzten. Die Volksabstimmung im Saarland vom Januar 1935 ist in diesem Zusammenhang nicht zu vergessen. Schon im Frühjahr 1926 gab die französische Regierung alle geostrategischen Konzeptionen der Vorjahre auf und befahl dem Generalstab, die Sicherheit Frankreichs durch eine Defensivstrategie an der Grenze zu sichern. Damit war der Weg eingeschlagen, der zur Strategie der Maginot-Linie führen sollte¹⁶.

II. Das Projekt des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und die Reparationen

In meiner Habilitation hatte ich die These vertreten, im Versailler Vertrag gebe es ein ehrgeiziges Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Umstrukturierung des europäischen Kontinents, um Deutschland zu schwächen und im Gegenzug die Modernisierung und Industrialisierung der anderen kontinentaleuropäischen Länder zu erlauben: zunächst Frankreichs, dann aber auch Belgiens (mit dem Frankreich vergeblich eine Zollunion zu schließen versuchte), Polens und Italiens. Es ging darum, die inne-

¹⁴ Bainville, *Les conséquences politiques*.

¹⁵ Bariéty, *Die französische Besatzungspolitik*.

¹⁶ Vgl. Hughes, *To the Maginot Line*; Vaisse, *La ligne stratégique du Rhin*.

ren Kräfte der europäischen Wirtschaft so zu verändern, daß Deutschland seine hegemonialträchtige industrielle Dominanz entzogen und auf dem Kontinent ein homogeneres Wirtschaftsgefüge errichtet würde. An dieser These halte ich nach wie vor fest. Ebenso denke ich weiterhin, daß darin der politische Wille der französischen Regierung zum Ausdruck kam – vor allem aus Sicherheitsgründen, und nicht als Resultat eines allgemeinen Drucks der Wirtschaft. Diesbezügliche Bestrebungen hat es sicherlich hier und da gegeben, insbesondere im Banksektor, aber die französische Schwer- und Stahlindustrie fürchtete eher die Konfrontation mit der deutschen Stahlindustrie, die ja schließlich auch stattfand. Das Sicherheitsbedürfnis bestand, weil man aus einer Materialschlacht hervorging, bei der Rüstungsfragen eine entscheidende Rolle gespielt hatten. Die Abschwächung des deutschen und die Stärkung des Industriepotentials seiner Nachbarn erschien notwendig, um in Europa ein neues Gleichgewicht und dadurch den Frieden zu begründen¹⁷.

In seiner 1989 veröffentlichten Habilitation und in zahlreichen Artikeln hat Georges Soutou diese Problematik, allerdings in größerem zeitlichen und räumlichen Zusammenhang, wieder aufgenommen. Ich glaube, daß er meine These vom Projekt des verstärkten wirtschaftlichen Wiederaufbaus Kontinentaleuropas aus den genannten Gründen teilt. Dennoch ist seine Studie aufschlußreicher, weil sie den Zeitraum 1914 bis 1918 und die Summe der Kriegsparteien im Gesamtzusammenhang erfaßt. Insbesondere hat er die Bedeutung der wirtschaftlichen Kriegsziele Frankreichs hervorgehoben, die in der Vorkriegszeit wurzelten, sich 1916 herauskristallisierten, um von da an bis zu den Vertragsverhandlungen unverändert zu bleiben. Außerdem hat seine Arbeit das Verdienst, die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Alliierten zu betonen und die Hoffnungen Frankreichs auf eine Fortsetzung dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Frieden und in der Vertragsausführung zu unterstreichen; diese Hoffnungen sollten sich freilich als illusionär herausstellen¹⁸. Soutou weist gut nach, daß es auch im ersten Halbjahr 1919, also während der Verhandlung und Redaktion des Versailler Vertrags, noch eine Zusammenarbeit zwischen Franzosen, Engländern und Amerikanern gab, und dies trotz der Streitigkeiten über die Reparationsfragen. Es läßt sich heute sagen, daß die Engländer und Amerikaner die von den Franzosen gewünschten harten wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages gegenüber Deutschland annahmen. Damit akzeptierten sie also, zumindest 1919, das französische Vorhaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Kontinentaleuropas. Die Meinungsverschiedenheiten, Kritiken und Einwände tauchten erst nach der Vertragsunterzeichnung – und zwar zunächst mit dem berühmten

¹⁷ S. Anm. 3. Vgl. auch Bussière, *La France, la Belgique et l'organisation économique de l'Europe*.

¹⁸ Soutou, *L'or et le sang*.

Buch von Keynes – auf. Darin liegt übrigens meiner Meinung nach einer der gewichtigsten Gründe für die Dramen, die durch die Versuche, den Vertrag anzuwenden, herbeigeführt wurden, und letztlich auch für das Scheitern des Vertrages¹⁹. Das Wirtschaftsprogramm von Versailles hätte nur eine Chance auf Verwirklichung gehabt, wenn die Solidarität der Alliierten ohne Risse geblieben wäre. Es ist bekannt, was daraus geworden ist, zunächst mit der Nicht-Ratifizierung der USA, dann sehr schnell mit der „herzlichen Zwiebracht“ (*mésentente cordiale*) Englands und Frankreichs.

Erinnern wir uns kurz an die Handlungsmittel, die der Vertrag den Alliierten zur Verwirklichung dieses Programms zur Verfügung stellte – und was daraus geworden ist.

Da ist als erstes die Kohle. Kohle ist damals, und schon seit langem, die wichtigste Energiequelle und damit die Grundlage wirtschaftlicher Macht; als Koks ist sie zugleich einer der Rohstoffe für die Schlüsselindustrie Eisen und Stahl. Nun ist Deutschland in dieser Hinsicht mit den Vorkommen der Ruhr, Oberschlesiens, des Saarlands und Aachens von der Natur bevorzugt. Ohne diesen Reichtum hätte Deutschland nicht zu der Industrie- und Militärmacht aufsteigen können, die es im 19. Jahrhundert geworden ist. Eine zusammenhängende Analyse der über die verschiedenen Vertragsteile (Gebiets-, Handels- und Reparationsfragen) verteilten diesbezüglichen Bestimmungen führt zu der Feststellung, daß der Vertrag vorsah, Deutschland einen wichtigen Teil seiner Kohlereserven zu nehmen und diesen Frankreich und seinen kontinentaleuropäischen Alliierten – Belgien, Luxemburg, Italien und Polen – zur Verfügung zu stellen; damit wurde zugleich eine Neuaufteilung des Energievorkommens unter den kontinentaleuropäischen Staaten erstrebt. Der Status des Saarlandes sicherte, wie man sehen konnte, für mindestens 15 Jahre den Transfer von ca. 15 Mio. Tonnen Kohle von der deutschen an die französische Wirtschaft. Außerdem war Deutschland theoretisch verpflichtet, Frankreich für fünf Jahre jährlich 20 Mio. Tonnen Kohle zu liefern. Damit sollte für die Zeit des Wiederaufbaus der Produktionsverlust der Bergwerke der Départements Nord und Pas-de-Calais ausgeglichen werden, die 1918 von der deutschen Armee auf ihrem Rückzug geflutet worden waren. Hinzu kamen weitere sieben Mio. Tonnen, um den Betrieb der lothringischen Stahlunternehmen zu gewährleisten, die nach der Abtrennung Lothringens vom deutschen Wirtschaftssystem in das französische überführt wurden. Im ganzen wäre dies theoretisch ein jährlicher Transfer von 42 Mio. Tonnen Kohle von Deutschland nach Frankreich gewesen, was das französische Energiepotential fast verdoppelt hätte. Hinzuzufügen ist, daß der Vertrag überdies den Transfer von acht Mio. Tonnen Kohle jährlich an Belgien vorsah, zunächst viereinhalb, später acht Mio. Tonnen jährlich sollten

¹⁹ Die Veröffentlichung der Akten des Kolloquiums der Universität Berkeley über „Germany and Versailles“ vom Mai 1994 wird mit Spannung erwartet.

nach Italien geliefert werden, und Luxemburg, das aus der Zollunion mit dem Reich ausschied, sollte die gleichen Mengen wie vor dem Krieg erhalten. Schließlich ist, um diese Zusammenfassung zu vervollständigen, Oberschlesien nicht zu vergessen, dessen Schicksal noch zu entscheiden war. Diese Summen kurz überschlagen führen zu dem Ergebnis, daß Deutschland, wenn die verschiedenen Vertragsbestimmungen hinsichtlich der Kohle vollständig angewandt worden wären, ungefähr 40 Prozent seines Kohlevorkommens hätte abgeben müssen: eine Hälfte davon zugunsten Frankreichs, die andere zugunsten der mit Frankreich befreundeten Staaten Polen, Italien und Belgien. Wir wollen die Behauptung wagen, daß der „Kohlekrieg“ in den Jahren, die nun folgen sollten, im Zentrum der internationalen Spannungen in Europa stand²⁰.

Sicherlich waren die Deutschland gestellten Auflagen, Frankreich, Belgien, Polen und Italien im oben genannten Ausmaß Kohle zu liefern, nicht für alle Ewigkeit gedacht. Fristen von in der Regel fünf Jahren wurden festgelegt. Da der Vertrag am 10. Januar 1920 in Kraft trat, war dies der 10. Januar 1925: ein Datum, das wir bei späterer Gelegenheit wiederfinden werden. Meine These ist, daß diese Fünfjahresfrist für die Alliierten den Zeitraum darstellte, den sie für notwendig hielten, um die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen und um den Prozeß der industriellen Umstrukturierung Kontinentaleuropas einzuleiten und soweit voranzutreiben, daß er unumkehrbar würde²¹.

Das Energieprojekt des Versailler Vertrages scheiterte zunächst, weil Frankreich im Bereich der Kohle überzogene Schätzungen vorgenommen hatte. Die vorgesehenen Zahlen entsprachen gewiß einem optimalen Ablauf der französischen Wirtschaft und Industrie in den neuen Grenzen von 1919, d. h. mit dem von Deutschland an Frankreich übertragenen industriellen Produktionspotential Elsaß-Lothringens. Allerdings konnte dieses elsässisch-lothringische Potential nicht im normalen Umfang arbeiten. Außerdem verhinderte die allgemeine Schwächung Frankreichs, und insbesondere seiner jungen Bevölkerung, die durch den Krieg dezimiert worden war, daß die Nachkriegsproduktion wie gewohnt laufen konnte – Grund war sowohl der Arbeitermangel als auch die zu geringe Zahl von Konsumenten der Endprodukte. Die Engländer schließlich, die mit ihren Kohleexporten einen entscheidenden Posten ihres finanziellen Wiederaufbaus bestritten, bemühten sich mit Erfolg um eine Verringerung der deutschen Kohlelieferungen, denn deutsche Kohle stand auf Drittmärkten, vor allem in Frankreich, in direkter Konkurrenz zur englischen Kohle. Deutschland behielt daher den wesentlichen Teil seines Energiepotentials – also den wichtigsten Faktor seiner Macht²².

²⁰ Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, S. 138 ff.

²¹ Ebenda, S. 177–187.

²² Ebenda, S. 76–90.

Was nun die Industrie betrifft, so war der Stahlsektor deren wichtigste Basis und zugleich die Vorbedingung jedweder militärischer Stärke, was durch die Fakten des Krieges bewiesen worden war. Ich wurde bereits bei verschiedenen Gelegenheiten veranlaßt darzustellen, was ich das „Stahlprojekt“ des Versailler Vertrages genannt habe. Deutschland hatte 1913 weltweit ein Viertel des Fabrikstahls produziert. Man muß diese Zahl im Kopf behalten, um zu verstehen, welches die Möglichkeiten der deutschen Kriegskraft waren und welche Sorgen Frankreich 1919 aus Gründen der Sicherheit – noch vor solchen der industriellen Macht – bewegten, um die Dynamik der deutschen Stahlindustrie im Zaum zu halten. Die Französisierung der Eisenbergwerke und Stahlindustrie des durch den Vertrag vom Reich abgetrennten Lothringens war ein Mittel dazu; die fünfzehnjährige Überstellung des Saarlands vom deutschen Wirtschaftssystem in das französische war ein anderes. Wenn man dem noch den auf Umwegen erfolgten Wechsel des Großherzogtums Luxemburg vom deutschen Zollverein zur Zollunion mit Belgien hinzufügt, kommt man auf der Basis der Statistiken von 1913 zu folgender Feststellung: Der Versailler Vertrag hatte durch verschiedene territoriale, juristische, zoll- und handels-technische Bestimmungen zum Ziel, der deutschen Wirtschaft 80 Prozent seiner Versorgung mit Eisenerzen und außerdem 30 Prozent seiner Kapazität zur Produktion von Rohstahl zu amputieren. Dieses Potential sollte, anfangs zumindest theoretisch, vor allem der französischen und zu Teilen – über den Umweg der belgisch-luxemburgischen Zollunion – der belgischen Wirtschaft übertragen werden.

Diese Zahlen erlauben es, das Ausmaß dieses Problems zu erfassen: Hält man sich an die Zahlen und Texte, so hätte der Vertrag Frankreich die Mittel geben müssen, durch eine Verdopplung seines Produktionspotentials anstelle Deutschlands erste Stahlmacht des Kontinents zu werden – und dies mit allen Konsequenzen für die anderen Wirtschaftsbranchen. Es ist daher verständlich, daß die bedeutenden Übertragungen des Energiepotentials, die zu beobachten waren, unerläßlich waren, um einen solchen Transfer des Industriepotentials zu unterstützen. Man versteht auch die Beunruhigung deutscher Industrieller und Politiker gegenüber dieser Herausforderung, deren Tragweite sie sogleich erfaßt haben. Das „Stahlprojekt“ scheiterte aus den gleichen Gründen wie das „Energieprojekt“, aber auch, weil sich die deutschen Stahlproduzenten – in Ermangelung der Eisenerze aus Lothringen und Luxemburg – damit systematisch bei anderen, politisch „neutralen“ Produzenten versorgten. Ich habe in mehreren Veröffentlichungen dargelegt, wie diese Situation zu Spannungen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien/Luxemburg führte – und zwar zunächst zum Ruhrkampf in der Erwartung eines internationalen Stahlabkommens im Jahr 1926 unter der Ägide des Luxemburger Stahlproduzenten Mayrisch. Das internationale Stahlabkommen bewirkte eine gütliche Lösung der Probleme der kontinentaleuropäischen Stahlproduzenten; es muß aber auch gesehen werden, daß dies für Frankreich die Aufgabe seiner Versailler Wirtschaftsamt-

bitionen bedeutete – genauso wie der Vertrag von Locarno einige Monate zuvor das Ende seiner geostrategischen Ambitionen im Rheinland bezeichnete²³.

Um diese Darstellung der wirtschaftlichen Dimension des Versailler Vertrages zu vervollständigen, ist es erforderlich, auch von den handelsrechtlichen Bestimmungen zu sprechen. Noch vor Kriegsende machte Frankreich *Tabula rasa*, was seine sämtlichen Handelsabkommen aus der Vorkriegszeit betraf. 1919 erstrebte das Land die Bildung einer Zollunion mit Belgien, Luxemburg und sogar mit Italien und – wenn es denn soweit käme – mit dem zu bildenden Rheinstaat. Dieses Vorhaben einer großen Zollunion scheiterte vor dem Widerstand der Belgier, die eine Dominanz französischen Kapitals in Belgien und eine ökonomische und kommerzielle Umschließung ihres Landes befürchteten²⁴. Dennoch ist es wichtig, einerseits die rheinischen Ambitionen Frankreichs im Zollbereich – die 1921 bei Briand und 1923 bei Poincaré wieder auftauchten – zu erwähnen, sowie andererseits die besondere und zu oft unterschätzte Position Belgiens in den deutsch-französischen Beziehungen zu unterstreichen. Anstelle der von Frankreich Anfang 1919 vergeblich angestrebten großen Zollunion setzte die französische Regierung bei den Alliierten die Aufnahme besonderer Zoll- und Handelsbestimmungen mit fünfjähriger Gültigkeit in den Vertrag durch. Diese Bestimmungen habe ich in meiner Habilitationsschrift detailliert untersucht. Wir finden hier als Termin den 10. Januar 1925. All dies unterstützt meine Interpretation, daß dieses Datum den Horizont bildete, den sich Frankreich mit Zustimmung der Alliierten gesetzt hatte, um den Umstrukturierungsprozeß der europäischen Wirtschaft unumkehrbar zu machen²⁵.

Poincaré war sich dessen wohl bewußt; wenn er sich 1923 in den Ruhrkampf stürzte, so tat er dies in der Erkenntnis, daß das Vorhaben von 1919 bereits gefährdet war, und daß es nun in seinen Augen darauf ankam, diese Tendenz noch vor Fristablauf 1925 wieder umzukehren. Herriot war dies 1924 ebenfalls klar; er akzeptierte die Räumung des Ruhrgebietes binnen Jahresfrist, das heißt August 1925, gegen das Versprechen Deutschlands, vor dem 10. Januar 1925 mit Frankreich einen Handelsvertrag auszuhandeln. Daraus wurde bekanntlich nichts: Am 10. Januar 1925 gab es – vor allem aufgrund der obstruktiven Haltung der deutschen Stahlindustrie – keinen deutsch-französischen Handelsvertrag; Frankreich hatte den Trumpf verloren, den ihm der Versailler Vertrag im Handelsbereich gab. Die Abkommen von Locarno im Oktober 1925, das Internationale Stahlabkommen von 1926 und der – auf der Basis der Gleichberechtigung – verhandelte deutsch-französische Handelsvertrag von 1927 waren die logischen Folgen. Das Wirtschaftsprojekt des Versailler Vertrages existierte nicht mehr²⁶.

²³ Bariéty, *Das Zustandekommen*, S. 552–568.

²⁴ Vgl. Bussière, *La France*.

²⁵ S. Anm. 21.

²⁶ Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, S. 733–747.

Was bleibt, ist die bedeutende Frage der Reparationen. Seit den in Deutschland und Amerika angestellten Untersuchungen, insbesondere von Holtfrerich und Trachtenberg, wissen wir, daß die Thesen von Keynes, so oft sie auch in der Zwischenkriegszeit wiederholt worden sind, nicht mehr zu halten sind²⁷. Die Reparationen, die übrigens nur zum Teil bezahlt wurden, waren nicht der Grund für alles Unglück der Deutschen, an dessen erster Stelle die galoppierende Inflation der Nachkriegszeit stand. Dennoch rechtfertigen die psychologischen und politischen Auswirkungen der Reparationsfrage, vor allem in Verbindung mit dem „Kriegsschuldartikel“ 231 des Vertrages, der Deutschland und seine Alliierten für die Kriegsgründe verantwortlich machte, auch heute noch eine vertiefte Beschäftigung mit diesem Thema²⁸.

In diesem Punkt muß ich offen meine Verlegenheit zugeben. Seit Jahren sammle ich Dokumente zur Entstehung der Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages. Noch bin ich nicht in der Lage, eine mich zufriedenstellende Interpretation vorzulegen. Die Positionen und Vorschläge der Protagonisten haben zwischen Januar und Juni 1919 so sehr gewechselt, daß ich Probleme habe, darin eine klare Linie zu finden. Vielleicht gab es keine klare Linie, und die Reparationsfrage war ein Element der allgemeinen Verhandlungen, wo der eine oder andere die Angebote als Druck- oder Versöhnungsmittel steigen oder fallen ließ. Vielleicht war es faktisch unmöglich, in so kurzer Zeit die Kriegsschäden zu berechnen. Vielleicht hat Clemenceau eine ganz persönliche Verantwortung dafür, daß im Vertrag keine genauen Zahlen bestimmt werden – und zwar aus den Gründen, die wir gesehen haben, nämlich der sachlichen Verknüpfung der alliierten Truppenpräsenz im Rheinland und der Vertragserfüllung. All dies ist Diskussionsstoff.^{28a}

III. Frankreich mit seinen Alliierten: den großen und kleinen, alten und neuen

Wenn Sie erlauben, werde ich hier ein Ketzer, mehr noch, ein Bilderstürmer sein. Ich denke, daß ein Bild ganz entschieden aufgegeben werden muß: das einer Friedenskonferenz im Jahr 1919 mit einem Greis, der nicht bei Verstand war (Clemenceau), einem Narren (Lloyd George) und einem kranken Psychopathen (Wilson), die zusammen die Konferenz dominierten. Diese Vorstellung, die lange existierte, versuchte als erster Keynes zu vermitteln²⁹. De facto

²⁷ Vgl. Holtfrerich, Die deutsche Inflation; Trachtenberg, France and European Economic Diplomacy, Schuker, American „Reparations“ to Germany.

²⁸ Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris.

^{28a} Krüger, Die Reparationen auf der Pariser Friedenskonferenz.

²⁹ Bariéty, La conférence de la Paix.

waren diese drei Männer, mit all ihren Vorzügen und Fehlern, im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte; sie vertraten ganz legal die Interessen und Ambitionen ihrer jeweiligen Länder. Vor allem auf französischer Seite hatte Clemenceau, der sich als unbestrittener Meister der französischen Delegation verstand und es auch war, das Ruder in der Hand – zwar mit an die allgemeine Entwicklung angepaßten Veränderungen, aber doch mit einer konstanten inneren Logik, deren Ziel die Sicherheit Frankreichs war. Es ist wichtig, hier eine Unsicherheit zu beheben, ja sich einer entgegengesetzten Interpretation zu widersetzen. War Clemenceau für die Auflösung des Habsburger-Reiches verantwortlich und dadurch auch für die Schaffung eines weiten Gebietes politischer Schwäche, die zunächst Hitler und dann Stalin mißbrauchten? Diese Anklage wurde oft, und auch in sehr neuen Publikationen, erhoben; Clemenceau habe diese Politik aus Haß gegen die Habsburger Monarchie und einem exzessiven Kult des Nationalitätenprinzips geführt. Meine aktuellen Arbeiten an der Veröffentlichung der französischen diplomatischen Dokumente (*Documents Diplomatiques Français*) überzeugen mich, daß eine solche Interpretation falsch ist³⁰. Ohne Zweifel waren zwischen 1914 und 1918 in Paris – und übrigens auch in anderen Ländern – mitteleuropäische Emigranten unterschiedlicher Nationalität aktiv; vor allem die Tschechen mit der Aktion von Benès. Nichts in den französischen Archiven erlaubt aber zu sagen, die Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie sei ein Kriegsziel Frankreichs und insbesondere ein persönliches Vorhaben Clemenceaus gewesen³¹. Tatsächlich brach das Habsburger-Reich im Oktober/November 1918 auseinander, ohne daß Interventionen von außen notwendig gewesen wären. Im Dezember 1918, mindestens sechs Wochen vor der Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris, gab es bereits vollendete Tatsachen. Von da an fand sich die Konferenz vor der Alternative, die geschaffenen Verhältnisse zu legalisieren, indem die Fakten so weit wie möglich mit dem Recht in Übereinstimmung gebracht wurden, oder die vollendeten Tatsachen zu negieren, was undenkbbare Militärinterventionen bedeutet hätte; selbstverständlich wählte die Konferenz die erste dieser Möglichkeiten.

Es ist wahr, daß Clemenceau mit der Zerstörung des Habsburger Reichs, auch wenn er sie nicht herbeigeführt hat, sehr zufrieden war. Es trifft auch zu, daß das Prinzip der Staatsnation genau seiner Überzeugung vom wahren Erbe der französischen Revolution entsprach, und daß er glaubte, daß Fortschritte in der Demokratie in Europa nur auf der Grundlage der Staatsnation möglich waren – schließlich war er nicht nur ein echter Patriot, sondern auch überzeugter Demokrat und Republikaner. Ich gehe sogar noch weiter: Er dachte dies auch von Deutschland. Clemenceau wünschte niemals die Zerstückelung Deutschlands, weil er dachte, daß ein solches Unterfangen gegen

³⁰ Ebenda.

³¹ Duroselle, Clemenceau.

den Sinn der Geschichte und schließlich zum Scheitern verurteilt sei. In diesem Punkt lag ein tiefes Mißverständnis zwischen der Bewegung der monarchistischen „Action française“ und Clemenceau. Wir treffen hier wieder auf eine Problematik, die wir schon zu Beginn dieser Ausführungen gestellt hatten. Die „Action française“, und insbesondere Jacques Bainville, standen an der Spitze einer Geistesbewegung, derzufolge die Reichsgründung von 1871 – in der Perspektive einer tausendjährigen Geschichte – die Ursache aller Übel war. Von November 1917 bis November 1918 unterstützte die „Action française“ Clemenceau, obwohl er ein Erbe der französischen Revolution war, ohne Vorbehalt, denn sie sah in ihm den energischen und patriotischen Politiker, der fähig sein sollte, den Krieg zu gewinnen, was er ja auch tat. Doch sobald der Krieg gewonnen war, wurde der Zwiespalt zwischen der „Action française“ und Clemenceau offenbar. In der Überzeugung, vom Reich gingen alle Übel aus, erwartete die „Action française“ vom militärischen Sieg den Untergang des Reichs und die Geburt, oder Wiedergeburt, eines zersplitterten Deutschlands. Clemenceau dachte, daß es unvernünftig sei, die Teilung Deutschlands zu erstreben; die deutsche Einheit war für ihn eine aus der Geschichte resultierende und unumkehrbare Tatsache. Er zögerte lange in der Rheinlandfrage; wir wissen, daß er die Idee eines unabhängigen Rheinstaates zunächst akzeptiert hatte, doch letztlich schloß er sich einer Lösung an, von der er ohne Zweifel eine langwährende französische Militärpräsenz am Rhein erwartete, ohne daß freilich diese Gebiete der deutschen Souveränität entzogen würden. Und während der Parlamentsdebatte über die Ratifizierung des Versailler Vertrages antwortete er Abgeordneten, die ihm diese Zwitterlösung vorwarfen: „Was soll ich denn machen, wenn ich zwischen der Grenze und dem Rhein nur Deutsche finde?“ Ich möchte behaupten: Clemenceau respektierte die deutsche Nationalität ebenso wie die der mitteleuropäischen Länder und Donau-Anrainerstaaten. So dachte er, – das Wort stammt von ihm – ein gerechtes Europa zu begründen. Wenn er sich getäuscht hat, so ist das eine andere Frage, die nicht Gegenstand unserer heutigen Debatte ist³².

Ich möchte meine Interpretation noch in einem Punkt vervollständigen: Es wäre verfrüht, schon für 1919 eine französische Absicht auszumachen, in Mittel-Osteuropa ein „französisches System“ zu errichten, um Deutschland vom Osten her zu kontrollieren und so eine Art französischer Hegemonie in Europa zu begründen. Die kleine Entente zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien wurde erst 1920 hergestellt – und dies in keiner Weise auf französische, sondern auf tschechische Initiative, die überdies noch gegen Ungarn und nicht gegen Deutschland gerichtet war³³. Erst Ende 1923, An-

³² So Clemenceau während der Debatte der französischen Abgeordnetenkammer über die Ratifizierung des Versailler Vertrags, in: Beau de Loménie, *Le débat*, S. 183 ff.

³³ Vgl. Ayçoberry, *Les conséquences des traités de paix 1919–1920 en Europe centrale et sud-orientale*.

fang 1924, nach dem Scheitern der Ruhrpläne, dachte die französische Diplomatie als Alternativlösung an ein System von Allianzen im Rücken Deutschlands.

Wir wollen nicht anachronistisch werden. 1919 setzte Clemenceau auf eine feste Allianz zwischen Frankreich, den USA und Großbritannien, die ihm für die Anwendung des Vertrages, den Wiederaufbau Europas, die Festigung des Friedens und den Sieg der letztlich auch ihm eigenen demokratischen Ideale auch in Deutschland unerlässlich schien. Diese Wahl traf er nicht allein aus Gründen der Machtverhältnisse, sondern auch und an erster Stelle weil er glaubte, daß Frankreich, Amerika (das er gut kannte) und England dieselben Grundwerte teilten.

Um zum Ende zu kommen, gestatten Sie mir, die letzte Unterhaltung, die ich am 25. August 1994 mit Prof. Duroselle führte, in Erinnerung zu rufen. Ich habe ihn in seinem Haus in der Bretagne besucht, und wir haben genau davon, und insbesondere über Clemenceau und Wilson im Jahr 1919 gesprochen. Duroselle hatte intensiv über das Leben, Handeln und die Persönlichkeit dieser beiden Staatsmänner gearbeitet. Er sagte mir sehr deutlich, es sei eine Dummheit, die Ideen beider Männer 1919 in Widerspruch zueinander zu setzen. So unterschiedlich sie auch waren – der eine hatte seine Ursprünge in der amerikanischen, der andere in der französischen Revolution –, so waren sie doch beide Erben der Aufklärung und Anhänger der Theorie der nationalen Souveränität, die der politische Rahmen ihres Menschenbildes war: Eine Vorstellung, die, wie wir mit Wilson wissen, dem Ziel einer internationalen Organisation in keiner Weise entgegensteht.

Übersetzung: Frank Hornig

Literaturverzeichnis

- Ayçoberry, Pierre (Hrsg.), *Les conséquences des traités de paix de 1919–1920 en Europe centrale et sud-orientale*, Strasbourg 1987.
- Bainville, Jacques, *Les conséquences politiques de la paix*, Paris 1919, Neuauflage Paris 1995.
- Bariéty, Jacques, *Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen „schwerindustriellen Projekt“ des Versailler Vertrags*, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 552–568.
- Bariéty, Jacques, *Die französische Besatzungspolitik im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Bundesarchiv (Hrsg.), Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten*, Koblenz 1996.
- Bariéty, Jacques, *La Conférence de la Paix de 1919 et la Nation allemande*, in: *Revue d'Allemagne* 28 (1996) H. 1, S. 87–111.
- Bariéty, Jacques, *Le Comité d'Etudes du Quai d'Orsay et la frontière rhénane, 1917–1919*, in: *Baechler, Christian (Hrsg.), L'établissement des frontières en Europe après la première et après la deuxième guerre mondiale*, Bern 1996, S. 252–262.

- Bariéty, Jacques, Les occupations françaises en Allemagne après les deux guerres mondiales, in: Relations Internationales 79, Genf und Paris Herbst 1994, S. 319–334.
- Bariéty, Jacques, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre mondiale, Paris 1977.
- Beau de Loménie, Emmanuel, Le débat de ratification du traité de Versailles, Paris 1945.
- Benoist, Charles, Les nouvelles frontières de l'Allemagne et de l'Europe, Paris 1920.
- Bussière, Eric, La France, la Belgique et l'organisation économique de l'Europe, 1918–1925, Paris 1992.
- Depoortere, Rolande, La Belgique et les réparations allemandes après la Première Guerre mondiale, Brüssel 1997 (in Vorbereitung).
- Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919, in: HZ (1963), S. 1–101.
- Duroselle, Jean-Baptiste, Clemenceau, Paris 1988.
- Hildebrand, Klaus, Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn, 1871–1945, München 1995.
- Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871–1945, Stuttgart 1995.
- Holtfrerich, Carl Ludwig, Die deutsche Inflation 1914–1923, Berlin 1980.
- Hüttenberger, Peter/Molitor, Hans-Georg (Hrsg.), Franzosen und Deutsche am Rhein 1789, 1918, 1945, Essen 1989.
- Hughes, Judith M., To the Maginot Line, Cambridge/Mass 1971.
- Kern, Werner, Die Rheintheorie in der historisch-politischen Literatur Frankreichs im Ersten Weltkrieg, Diss. phil., Saarbrücken 1973.
- Krüger, Peter, Die Reparationen und das Scheitern einer deutschen Verständigungspolitik auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919, in: HZ 221 (1975), S. 326–72.
- McDougall, Walter A., France's Rhineland Diplomacy 1914–1924, Princeton University Press 1978.
- Miquel, Pierre, La paix de Versailles et l'opinion publique française, Paris 1972.
- Soutou, Georges, La France et les marches de L'Est, 1914–1919, in: Revue Historique, Oktober-Dezember 1978, S. 341–388.
- Soutou, Georges, L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale, Paris 1989.
- Schuker, Stephen A., American „Reparations“ to Germany, 1919–1933, Princeton 1988.
- Stevenson, David, French War Aims against Germany 1914–1919, Oxford 1982.
- Tardieu, André, La Paix, Paris 1921.
- Trachtenberg, Marc, Reparations in World Politics. France and European Economic Diplomacy 1916–1923, New York 1980.
- Travaux du Comité d'Etudes, Tome I, L'Alsace-Lorraine et la frontière du Nord-Est, Imprimerie Nationale, Paris 1918.
- Vaïsse, Maurice, La ligne stratégique du Rhin, 1919–1930. De la réalité au mythe, in: Poidevin, Raymond (Hrsg.), Problèmes de la Rhénanie 1919–1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg, Metz 1975, S. 1–13.

Anthony Adamthwaite

France, Germany and the Treaty of Versailles: France's bid for power in Europe, 1919–1924

Traditionally, Marianne was pilloried as a greedy militarist shuffling off war debts while vindictively squeezing mammoth reparations from a down-and-out foe. By contrast, John Bull and Uncle Sam played benevolent uncles, striving for European recovery and harmony. Why did French governments get such a bad name? Anglo-Saxon historiography followed Keynes in condemning the economic clauses of Versailles as vengeful and unfair. From this standpoint French efforts to secure their treaty rights were judged inopportune and unreasonable. As treaty revisionism gained ground in Britain and the United States in the 1920s and 1930s the whole settlement came to be seen as a disaster. Etienne Mantoux's rebuttal of Keynes, *The Carthaginian Peace or the Economic Consequences of Mr. Keynes*, did not appear until 1946. By then it was much too late in the day to overturn the ruling orthodoxy that Versailles had been a bad peace made worse by French folly in seeking to implement it lock, stock and barrel. French historians wrote superb syntheses of interwar international history but, lacking access to archives, they could not reassess their country's policies¹. The old image of France's international persona has now been effectively demolished. The opening-up of archives in the 1970s yielded more sympathetic interpretations².

Reassessments emphasised several features: France's post-1918 strategic and financial vulnerability, the reasonableness of much of French policy, especially on reparations, the cautiousness of the Ruhr occupation, only undertaken after long and fruitless parleys with London and Berlin, the absence of a coherent bid for hegemony – bureaucratic, military, industrial and political elites generated a diversity of projects and gave conflicting advice on key issues. Re-

¹ See Pierre Renouvin, *Histoire des relations internationales*, tome 7, *Les Crises du XX siècle*, I, De 1914 à 1929, Paris 1957; Jean-Baptiste Duroselle, *Histoire diplomatique de 1919 à nos jours*, Paris 1970; Maurice Baumont, *La faillite de la paix 1918–1939*, 2 vols., Paris 1951.

² See Walter A. McDougall, *Political Economy versus National Sovereignty: French Structures for German Economic Integration After Versailles*, in: *JMH* 51 (1979), pp. 4–23; Marc Trachtenberg, *Reparation at the Paris Peace Conference*, in: *JMH* 51 (1979), pp. 24–55; Charles S. Maier, *The Truth About the Treaties?*, in: *JMH* 51 (1979), pp. 56–67; Walter A. McDougall, *Comment*, in: *JMH* 51 (1979), pp. 78–80; Jon Jacobson, *Is There a New International History of the 1920s?*, in: *The American Historical Review* 88 (1983), pp. 617–45; ders., *Strategies of French Foreign Policy After World War I*, *JMH* 55 (1983), pp. 78–95.

visionists contended that the French, far from being wreckers, responded rationally to an Anglo-Saxon attempt to impose economic leadership on the Continent; "The French rejected British and American notions of theoretical orthodoxy and *laissez faire* not out of ignorance, but in accordance with a well-founded belief that Anglo-American theories and institutions did not operate in France's best national interests"³. Reparations did not profit France. On the contrary, the net capital flow "ran toward Germany both during the inflation and stabilization phases" of the Weimar Republic and "not only did the Reich entirely avoid paying net reparations to its wartime opponents; it actually extracted the equivalent of reparations from the Allied powers, and principally from the United States"⁴. The Anglo-Saxons, it seems, not the French, were chiefly responsible for international instability: "The Anglo-Americans spent the interwar years looking for excuses to do nothing."⁵ Reappraisals highlighted the moderation of French leaders who, rather than itching to crush Germany, wanted German and allied economic cooperation in a new international order. The Anglo-American refusal to continue wartime economic cooperation prompted Paris to offer Berlin economic partnership in the Seydoux Plan of 1920. Anglo-Saxon obstructionism and German foot-dragging, it is said, forced the adoption of a revisionist strategy aimed at destabilising Germany by encouraging separatism and by imposing limits on German sovereignty in the Ruhr and Rhineland. The objective was not predominance but "to make Europe safe from Germany"⁶. Stabilisation on France's terms, it is implied, might have spared Europe World War II. Revisionism, however, while discrediting traditional stereotypes has not yet produced a consensus and it seems unlikely that one will emerge. The ambiguities, complexities and confusions of French policy mean that more than one interpretation is possible and plausible. This paper takes a new look at French policy. It addresses four themes often overlooked or minimised: the role of statecraft, the attitudes and assumptions of the political elite, the deficiencies of the government machine, the failure to sell France. The mindsets and methods of movers and shakers like "Tiger" Georges Clemenceau, Raymond Poincaré and Edouard Herriot influenced France's performance as a great power much more than supposed. The key question addressed is whether France could have translated the treaty predominance of 1919 into a real hegemony? The crucial years for France, it is argued, were not the 1930s but 1919–24, when it had an opportunity to shape Europe's future.

³ Dan P. Silverman, *Reconstructing Europe after the Great War*, Cambridge 1982, p. VI.

⁴ Stephen A. Schuker, *American "Reparations" to Germany 1919–1933: Implications for the Third World Debt Crises*, Princeton, NJ 1988, p. 46.

⁵ W.A. McDougall, *France's Rhineland-Diplomacy 1914–1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton 1978, p. 379.

⁶ *Op. cit.*, p. 375.

Attitudes and Assumptions

The war's shaking of values did not shake France's insularity and assumption of cultural superiority. Understandably, the strategic vision remained continental rather than global. Large colonial gains reinforced European priorities. Mandates in the Middle East and ex-German colonies had been won by French negotiators in London and Paris, not by overseas armies. "The position of France in Europe", explained a French envoy, "made it a primary object of French policy to avoid, if possible, entanglements and commitments elsewhere"⁷. Yet France's vulnerability in Europe made it necessary to have friends and influence world-wide. Unfortunately, parading cultural superiority tended to irritate and alienate potential allies. "They (*French*) lack tolerance", reproved British diplomat Harold Nicolson, "so convinced is the average Frenchman of his own intellectual pre-eminence, so conscious is he of the superiority of his own culture, that he finds it difficult at times to conceal his impatience with the barbarians who inhabit other countries. This causes offence". Equally offensive was the assumption of always being in the right. Socialist deputy Vincent Auriol, later President of the Fourth Republic (1947–54), promised to defend "the interests of France ... identical with the ideas of international justice". One critical voice was Marcel Proust. In 1919 he deplored his friend Daniel Halévy's participation in a group letter to *Le Figaro*, ending with the words "victorious France, guardian of all civilisation". Proust chided: "One could weep tears of joy to learn that among all the nations of the world, France has been chosen to watch over the world's literatures; but it's a bit shocking to see us *assuming* that role ourselves"⁸.

Confidence in their own superiority kept the elites relatively incurious about the rest of the world. Establishment figures like Bank of France governor Emile Moreau and Pierre Brisson, director of *Le Figaro*, had no English and travelled little. Before World War II no French newspaper had a permanent representative in Moscow and only one paper had a special correspondent in the United States. The foreign ministry's American section had a staff of three while the European had ten. Although the tempo of affairs quickened, the slowness of intercontinental travel and communication helped preserve a self-image of separateness and specialness. A four-five day sea voyage made America another world – there was no regular air service until 1939. By 1938

⁷ Birmingham University Library, Austen Chamberlain Papers, Chamberlain to Crewe, Paris, 27 January 1927, AC50/28.

⁸ Harold Nicolson, *Diplomacy*, London 1939, p. 150; Fondation nationale des sciences politiques, Auriol to Caillaux, 1 September 1925, Caillaux Papers ERJC 4; Marcel Proust, *Correspondance*, XVIII: 1919, ed. by Philip Kolb, Paris 1990.

Air France flew Paris-Hanoi-Hongkong but it took six days. Even Paris-Berlin by air was five hours in 1930. Europe was not linked to the United States by radio telephone until the late 1920s and then telephoning was an exercise in masochism. To place a call normally required waiting from 1 to 10 hours while few calls were completed without being interrupted by “atmospherics”.

Two examples evoke this culture of superiority and insularity. In the 1920s Paul Gore Booth, a British foreign service candidate, lived with German and French families. The Germans were anxious to sell their country and tolerant towards “one’s stammering efforts to speak German”. However, the French took the view that their culture sold itself and were bored stiff “unless you could speak French the way they did”⁹. When a French student went to Berlin university for three months it was treated as something quite exceptional. Her German professor was invited to give “the warmest encouragement” to a “most praiseworthy initiative”. As the student remarked, “You’d think I’d flown over the North Pole”¹⁰.

The war had two special effects: it confirmed the notion of a civilising mission – Latin Catholic civilisation had triumphed over the invader, a triumph symbolised in the canonisation of Joan of Arc in 1920; secondly the war deepened xenophobia. The French congratulated themselves on being more successful and enlightened colonial rulers than Anglo-Saxons rivals. “The mass of peasants ... are full of admiration for France and gratitude for the fraternal welcome received in our rural areas”, the Governor-General of Indo-China assured deputies, “the Yellow People ... have noticed the contrast between our attitude and the indifference of Anglo-Saxons towards other races. The Indo-Chinese elites have observed with great satisfaction that France has affirmed the equality of races. England and America, however, have refused Japan ... the victory of this principle”. In China, notwithstanding Anglo-American influence, Chinese intellectuals were turning to France, “the country of tolerance”¹¹.

Alarmed by the fall of the franc, unemployment and the influx of immigrants elite and popular opinion demonised foreigners. People, events and crises were perceived in simplistic conspiratorial categories – bankers plots, machinations of international speculators, malevolent foreign leaders. Wartime experience reinforced traditional stereotypes. Captain Charles de Gaulle, shocked by “the insolence and uselessness of allied officers”, finished the war “overwhelmed by general feelings of xenophobia”. British academic Harold Laski meeting French socialists in the late 1920s was “amazed at the intensity of their dislike of America” but ascribed it to “sheer ignorance. The America

⁹ Paul Gore Booth, *With Great Truth and Respect*, London 1974, p.48.

¹⁰ Simone de Beauvoir, *Memoirs of a Dutiful Daughter*, Penguin ed., London 1980, pp.300f.

¹¹ French parliamentary archives, Paris, foreign affairs committee, Chambre des Députés, 12 Législature, 25 February 1921; joint session of foreign affairs and finance committees, 3 March 1921.

they know is tourist America – rich, careless, dominating, the insularity of the French is ... a danger to the world”¹². Distrust towards foreigners fluctuated according to the economic and political climate and the rate of immigration. By 1921 France had 1 550 000 foreign residents – 400 000 more than in 1911 (3.9% of the total population). This figure jumped to 2 498 000 in 1929 (6.1%). In the 1926 financial crisis a coachload of tourists was attacked in Paris and Poincaré protested publicly that when the franc fell British unemployed came to sun themselves on Normandy beaches. Sennep’s popular cartoon depicted a Parisian urchin calling to a tourist bus driver: “Give me your megaphone so that I can shout *merde* to them”.

Germanophobia infected intellectuals, officials and politicians alike. Seydoux’s *bête noire* were German industrialists who had “decided to do everything to avoid paying reparations ... it must not be forgotten that they decided on the war”¹³. The International Research Council established in July 1919 in order to break Germany’s scientific hegemony, excluded ex-enemy institutions from membership. In 1921 France boycotted the first postwar International Red Cross conference because Germans would be present. Germany was banned from the Paris 1924 Olympics. A handful of academics like historians Elie Halévy and Pierre Renouvin resisted the tide. Halévy contended that critical analysis of contemporary history would break the stranglehold of prejudice and ideology. At the Sorbonne the newly-founded Society for the History of the War initiated a new course on the sources of World War I history. But Germanophobia persisted, forcing Renouvin to concede in 1928 that the “war spirit” still dominated the study of war origins¹⁴.

War and its aftermath gave the French a persecution complex. Marshal Lyautey, for example, believed that from the armistice of 1918 there was a British plot “against the existence of France ... coldly organised and implacably executed by the most perfidious of our enemies”. In April 1919 Americans were reported “advising the Germans to resist Allied demands and to be infiltrating German industry and finance”¹⁵. Anglo-Saxons were arraigned for Europe’s economic ills: “The two countries which complain most about the European economic situation, England and the United States, carry the most responsibility”. Prolonging wartime cooperation, argued the French, would have ensured recovery:

“Under Anglo-American pressure this organisation collapsed; extremely strong pressure was exerted by American and British exporters who saw the

¹² Charles de Gaulle, *Lettres, Notes et Carnets, 1919–1940*, Paris 1980, p. 30; Holmes-Laski Letters, Mark Dewolfe Howe (ed.), 2, London 1953, p. 1300.

¹³ Ministère des affaires étrangères, Paris, *Papiers Millerand*, 19, note of 5 November 1921.

¹⁴ Pierre Renouvin, *The Immediate Origins of the War*, Yale, New Haven, 1928, p. 1.

¹⁵ Letter of 16 August 1921 cited in Pierre Ordioni, *Le Pouvoir militaire en France*, 2, Paris 1981, p. 335; Raymond Poincaré, *Au Service de la France*, XI, Paris 1974, p. 301.

peace as an opportunity to get rid of trade restrictions and to dump on the empty European market the products they were making in great quantities for the armies"¹⁶.

Elder statesman Léon Bourgeois warned: "England whose vital interests ... depend above all on the United States will always tend to model its policy on American policy ... England ... will find in American attitudes a pretext for slowing down cooperation with us in the application of the treaty"¹⁷. German American financiers were rumoured to be plotting against reparations, supported by a "mischievous or insufficiently informed press intent on exciting the naive pity of Americans for poor Germany"¹⁸. Anglo-American affinity and cooperation, however, was one thing, ganging-up against France another. Because of their isolation the French greatly exaggerated Anglo-Saxon solidarity, scenting collusion and antipathy everywhere. It was mid-decade before an informal Anglo-American economic entente emerged.

Opinion after 1918 showed greater interest in international affairs but no sustained engagement. Even the November 1918 general election manifestoes said little about foreign policy. The détente that followed the Locarno treaties of 1925 did not stir the electorate. "The question of electoral reform will prove more dangerous to the life of the Ministry than the vital question of foreign policy", signalled one observer. There were several reasons for this relative indifference. The old assumption that foreign policy-making had its own mystique and autonomy persisted. The war in discrediting traditional diplomacy spawned a new breed of specialists. Cataclysmic upheaval and postwar complexities encouraged the public to leave foreign policy to the experts. More importantly, the franc's slide and the cost of living blotted out almost everything else. "Foreign policy questions leave people indifferent", concluded an opinion report, "even Germany's joining the League of Nations ... the Thoiry conversation ... have not captured public attention. Economic difficulties dominate thinking". Moreover, the postwar generation was much more private than the prewar. The general disillusion with traditional ideals of honour and duty plus the conviction that another war was unthinkable led students to seek a life that was good in itself rather than one shaped by public service. In 1923 the Rector of the Sorbonne claimed that "practically all young students disapprove of the militarist policy pursued by the Quai d'Orsay" in the Ruhr. Other evidence, however, suggests that most students were apolitical. "Public affairs bored us", recalled Simone de Beauvoir. Future Communist heavyweights like Paul Nizan and Louis Aragon flirted with the idea of

¹⁶ Ministère des affaires étrangères, Paris, Papiers Millerand, 19, note: "Situation économique européenne", 3 December 1921.

¹⁷ Bibliothèque nationale, Paris, Fonds Millerand, 70M, note of April 1921.

¹⁸ Ministère des affaires étrangères, Papiers Millerand, 19, Jusserand (Washington), 29 November 1921.

withdrawing into a religious order. And there was a gulf between intellectuals and the wider public. Historian Marc Bloch acknowledged that academics were “too absorbed in day-to-day tasks” to be good citizens. Academics by sealing themselves off left the public “woefully ignorant of history and of the wider world”¹⁹.

Statecraft

Internal and external constraints left France only a narrow margin for manoeuvre. As a result, statesmanship was at a premium. Poincaré’s flawed leadership crippled his country’s chances of hegemony. He was one of the Republic’s shakers and movers: president, 1913–1920, premier and foreign minister 1922–24, premier, 1926–29. Saving Pierre Laval, no one had a worse press. The left dubbed him *Poincaré la guerre*, blaming him for the 1914 war. Parisian café songs praised his square fists (*poings carrés*); Anglo-Saxon opinion outraged by the Ruhr occupation labelled him vindictive, legalistic and intransigent. In Jean Giraudoux’s novel *Bella* (1926) Poincaré is caricatured as Rebandart, a dry peevish lawyer, imprisoned in the past who spends weekends opening war memorials.

Born in 1860 at Bar Le Duc in Lorraine Poincaré came of a distinguished family. A cousin, Henri Poincaré was a world-famous mathematician. As a Lorrainer with memories of the Prussians besieging Paris in the war of 1870 Poincaré feared and distrusted Germany. Such distrust might have fired a successful foreign policy but Poincaré lacked the necessary drive and skill. He was a kind of twentieth century Philip II of Spain refusing to delegate, trying to oversee everything. Leaving home in the rue Marcheau at 8 am he rarely returned before 9 pm. All staff down to the chauffeur received handwritten orders for the day. Scorning typists and secretaries he conducted affairs in his own hand – even copying out letters. Visitors could arrive in Paris, ask for an interview and get back a handwritten reply the following morning, usually fixing an interview for that same afternoon. He was an utter workaholic, whenever possible travelling by train so that work could continue, even reading papers during a daily massage. A heavy week in Paris would be followed by weekends in his constituency, driving over bad roads and delivering long speeches at each stopping place. Gifted with a computer-like memory he

¹⁹ Churchill College, Cambridge, Phipps Papers, Phipps to Tyrell, 14 January 1927, 2/14; Archives nationales, Paris, police reports, September 1926, F7 12968; CC, Phipps, Phipps to Eyre Crowe, 28 November 1923, 2/3; Ronald Hayman, *Writing Against: A Biography of Sartre*, London 1986, p. 73; Carole Fink, *Marc Bloch: A Life in History*, London 1990, pp. 102 f.

wrote in one day without consulting files a 1300 word answer to a British Note which had taken several weeks preparation. "He was the only man I have ever known", recalled a British colleague on the Reparations Commission, "who at any moment, on any subject within his wide range, could make a speech, logically developed, exact in phrasing, fortified with every fact and figure, which could be taken down and printed without revisions"²⁰. Quiet, honest, non-smoking, abstemious he shunned the salons. When the manuscript of his memoirs went to the publisher he paid from his own pocket the expenses of the civil service messenger boy.

Poincaré had three defects: a cold, shy, withdrawn manner; an inability to delegate and to listen to advice; thirdly a lack of judgement. Even the foreign ministry's director of political affairs dreaded asking him for a signature. One of the warmest expressions of emotion in the memoirs is reserved for the death of his sixteen year old cat Grisgris. "I have just received my nine-hundredth telegram this morning from Poincaré", Louis Barthou, France's representative at the 1922 Genoa Conference, told Lloyd George²¹. Energies were frittered away in obsessive attention to detail. Incredibly, at the height of the Ruhr occupation the premier wrote personally to France's envoy at the Hague challenging a claim for expenses on an official car. Unwelcome advice brought out a mean streak. When Berlin ambassador Pierre de Margerie sent a long telegram on 20 January 1924 stressing German readiness for talks Poincaré charged the cost to the envoy's salary. Most damaging was a lack of judgement. As a lawyer he knew how to plead a case but he lacked the statesman's ability to make decisions quickly and effectively. Poincaré could not see the wood for the trees. Policy implications and coordination were neglected. "Poincaré's failure to work out with any care even the direct implications of his policy", writes Marc Trachtenberg, "seems virtually incomprehensible". Having occupied the Ruhr he did not know when to stop and bargain. In Seydoux's words: "There is no one like Poincaré for getting up steam in the engine but he can't stop at the platform"²².

The Government Machine

Before 1945 France did not have a unified civil service. Individual ministries handled their own recruitment and examinations. The wartime expansion of government overloaded a run-down bureaucracy. Salaries lagged be-

²⁰ Sir Arthur Salter, *Personality in Politics*, London 1947, p. 198.

²¹ David Lloyd George, *Memoirs of the Peace Conference*, 1, London, 1939, p. 162.

²² Marc Trachtenberg, *Reparation in World Politics. France and European Diplomacy 1916-1923*, New York 1980, p. 325; Salter, *Personality in Politics*, p. 198.

hind inflation, the highpowered deserted to industry and commerce, able candidates were hard to recruit. Much clerical work was done laboriously by hand. In 1923 a government report found it necessary to argue the advantages of typewriters. Few officials were capable of dictating a letter – as late as 1940 war ministry staff were urged to get used to dictation. In the 1920s ministries were not yet connected by direct line and had to rely on the slow-moving and leaky public telephone system. A plethora of ad hoc committees served only to obfuscate issues and provided “a convenient way of temporarily burying delicate questions”²³. The upshot of endemic inefficiency was that policy-makers were blind men in a fog, lacking up-to-date and accurate statistical tools, year-books and the like. When, for example, in 1932 the government ordered an investigation into Communist strength in France the police simply recopied the results of previous enquiries. In 1919 the young Captain Charles de Gaulle, exasperated at interminable delays in securing appointment to the French military mission in Poland, expostulated: “The simplest things become ridiculously complicated. And nobody, at whatever level of the hierarchy he is, takes responsibility. We greatly need a Riche-lieu or a Louvois.”²⁴

The doyen of French interwar diplomats, André François-Poncet, remarked that to be a French ambassador required a superb intelligence because the foreign ministry was so woefully chaotic. Discounting the hyperbole the record does reveal weaknesses. The *Comité d'Etudes*, a wartime think tank researching peace conference proposals, refused to work at the ministry because of inadequate library and technical services. Political Director Philippe Berthelot claimed that during the Paris Peace Conference the ministry “had had to prepare highly technical clauses without any expert knowledge”²⁵. The ministry was ill-prepared for postwar multilateral diplomacy.

Some modernisation took place: sections for the League of Nations, economic and financial affairs, cultural diplomacy and the press, appointment of specialist commercial, military and financial attaches. Thanks to Berthelot the Quai which had been eclipsed during the peace conference recovered influence. Poincaré and Briand worked closely with the foreign ministry. Berthelot, unlike British counterparts, participated regularly in international conferences between 1919 and 1921. However, change was piecemeal, no root and branch reform attempted. The foreign service remained a gentleman's club drawn from a wealthy upper crust in which family dynasties like the Cambons and de Margeris flourished. Ambassadors moved in rarefied circles. In 1924 ambassador Count St. Aulaire discovered that he knew almost none of Ramsay McDonald's new Labour government.

²³ Sharp, *The French Civil Service*, p. 36.

²⁴ Charles de Gaulle, *Lettres, Notes et Carnets*, p. 15.

²⁵ King's College London, Spears Papers, 1/21/1, 22 April 1919.

Lack of thoroughgoing modernisation was exacerbated by the temporary disgrace and removal of secretary general Philippe Berthelot in 1922. By 1925 the Quai was "in a most desperate state of disorganisation and disorder". "It is almost impossible", complained the British embassy, "to extract an answer to the simplest question which we address to it"²⁶. The ministry did not have total control of external relations. The invasion of international affairs by economic and financial considerations fragmented policy-making between different ministries. The finance ministry handled interallied debts. Coordinating the inputs of several ministries through interministerial committees was lengthy and laborious. Interdepartmental jealousies and suspicions hindered cooperation. The foreign ministry and war ministry waged a private war, often over trivialities. Thus the war ministry flatly refused to send a copy of its annual budget statement to the Quai because "it was an extremely detailed and candid document". The foreign ministry needed to be very efficient to be an effective ringmaster. This was not the case and national interests suffered accordingly. In preparing plans for the reconstruction of Russia for the 1922 Genoa Conference "French attempts to combine multilateral negotiations with bilateral deals were poorly coordinated and hesitatingly implemented". No lessons were learnt from wartime experience of Hankey's Rolls Royce organisation. At San Remo in April 1920 premier Alexandre Millerand, recorded Hankey, urged that "it was quite unnecessary for Germany to know her total indebtedness in order to raise a sum on account, in which he was obviously quite wrong. He had never heard of the Protocol (to the Peace Treaty) but luckily I had it in my box". Control of information is a source of power and the British scored a first with conference minutes: "Soon we were days ahead of the Italians, and the French and the other delegations accepted ours as authoritative ... Foch told me that he regarded me as the Chancellor of the Conference"²⁷. Poincaré arrived in London in June 1922 without a secretary and Hankey minuted the talks.

Selling France

French culture provided a rationale for predominance but unlike vintage champagne its superiority was not self-evident; it had to be marketed. Sadly, prestige and influence were squandered. "In five years", lamented novelist

²⁶ Churchill College Cambridge, Phipps Papers, 2/5, Phipps to Eyre Crowe, 16 February 1925.

²⁷ Cited in Maurice Vaisse, *Sécurité d'Abord: la politique française en matière de désarmement 1930-1934*, Paris 1981, p. 45; Anne Hogenhuis-Seliverstoff, *French Plans for the Reconstruction of Russia*, in: Carole Fink, Axel Frohn, Jürgen Heideking (eds.), *Genoa, Rapallo and European Reconstruction in 1922*, New York 1991, pp. 145-6; Stephen W. Roskill, *Hankey, man of secrets*, 2, London 1972, pp. 160, 162.

and playwright Jean Giraudoux in 1923, “from a country which represented the liberty of the world, we have become a personification of reaction”²⁸. History is sometimes the propaganda of the losing side; Germany won the war of words hands down. How did this happen? Certainly the need to sell France vigorously was recognised. A 1920 parliamentary report stressed the urgency of projecting a civilising mission:

“Our letters, our arts, our intellectual civilisation, our ideas have always had a powerful attraction for foreign nations ... the ministry of foreign affairs and its agents abroad must direct and control efforts, inspire and encourage at any price French intellectual penetration.”²⁹

France, pioneer of cultural diplomacy, was on the defensive. At the Paris Peace Conference Clemenceau under protest recognised English as an official diplomatic language. Following the disbandment of wartime propaganda services new agencies were set up: a news department, a sports and tourism section. “It is absolutely indispensable that France does not lose in the eyes of the athletic world ... the prestige gained in the supreme sport: war.”³⁰ Foreign ministry services liaised with private and semi-official bodies like the Alliance Française, Church organisations and the Franco-German Committee, sponsoring lectures, exchanges, exhibitions, academic institutes and the endowment of Chairs for French literature and language like the Marshal Foch Chair at Oxford University. Publishers plugged French science and culture.

It was not enough. Germany, Italy and the Soviet Union competed fiercely for influence. For a number of reasons the advertising of France fell short. Suspicion lingered that propaganda was not quite respectable. Jules Cambon’s classic study *Le Diplomate* (1926) did not discuss propaganda or cultural diplomacy. There was no overall theme, no coordination of effort. Propaganda towards Germany lacked coherence, dithering between severity and compromise. The 1921/22 Washington Conference witnessed a major public relations disaster. Ambassador Jules Jusserand’s “lackadaisical supervision” was no match for Lloyd George’s propaganda chief, Lord Riddell, whose “exquisitely timed leaks of confidential information ... to his carefully cultivated contacts in the Washington press corps” strengthened the British case³¹.

Jean Giraudoux, head of the foreign ministry’s cultural diplomacy (1922–24) and press departments (1924–26), shared responsibility for the feebleness of French propaganda. He was a round peg in a square hole – a brilliant writer

²⁸ Jacques Body, *Giraudoux et l’Allemagne*, Paris, 1975, p.269; see also Jacques Body (ed.), *Jean Giraudoux: Lettres*, Paris 1975, pp.211–214.

²⁹ Ruth E. MacMurry and Muna Lee, *The Cultural Approach. Another way in international relations*, Chapel Hill 1947, p.17.

³⁰ René Girault and Robert Frank, *Turbulente Europe et Nouveaux Mondes, 1914–1941*, Paris 1988, p.91.

³¹ William H. Keylor, *How They Advertised France*, in: *Diplomatic History* (Summer 1993), p.367.

and excellent athlete (national 400 metres champion) but no organiser. Admittedly, resources were inadequate. Daily press briefings relied largely on agency releases. There was no interministerial liaison. But after press conferences Giraudoux organised games of football in the office, followed by writing workshops – with readings from work in progress. His deputy kept callers at bay when – as frequently happened – the playwright did not turn up or came late.

Germany's propaganda was vastly better resourced and managed. The foreign ministry's string of freelances – each contributing 3–4 pieces monthly – focussed on exonerating Germany from war guilt. In August 1922 the *Süddeutsche Monatshefte* claimed that French artillery had destroyed the town of Lens and published photos of towns Germany had entered without causing damage. It was a broadside demanding an immediate riposte. Incredibly, Giraudoux took nearly three years to respond. The ministry funded a weekly periodical *Pariser Correspondenzblatt* profiling French personalities. It was hard to know who read it since it was crudely propagandist and did not invite dialogue with German opinion. During the 1923 Ruhr crisis the ambassador in Berlin begged Paris to be more skillful in news management: "You cannot believe the number of enemies in all countries the press makes for France"³².

Above all, France lost the battle of war documentation. Astonishingly in four years (1922–26) the Weimar Republic published forty volumes of *Die Grosse Politik*, a collection of German diplomatic documents on the origins of 1914. The French were not in the race – the first volume of the rival series *Documents diplomatiques français* appeared in 1929, the last in 1959. Ironically, France made better progress translating *Die Grosse Politik*, so publicising the German case against war guilt. The amazingly rapid publication of German documents helped win Anglo-American sympathy for German revisionism.

External publicity defeats were paralleled by the government's failure to mobilise domestic support. Not that ministers neglected opinion. Poincaré obsessively monitored the press – reading, annotating, summoning authors of critical pieces. But the focus was on censorship and repression. Little or no attempt appears to have been made to sell a French ascendancy. All demonstrations were treated as potential insurrections. Organisers who gave advance notice were liable to preventive arrest. The police were a byword for brutality. In 1930 they used truncheons to break up a peaceful gathering of pacifists welcoming Briand's return from Geneva. Nor did the authorities seek to overcome traditional indifference to foreign affairs by promoting an informed community. A counterpart to the British *Royal Institute of International Affairs* (1920), the *Centre d'Etudes de politique étrangère* was only established in 1935.

³² Bernard Auffray, Pierre de Margerie (1861–1942) et la vie politique de son temps, Paris 1976, p. 433.

Incoherence?

Leadership faults and deficiencies in decision-making machinery pose the wider question of institutional incoherence. Some scholars stress “governmental anarchy”, the incoherence of policy formulation and execution³³. Certainly, considerable incoherence existed. Poincaré was told of “ministers acting without the knowledge of their departments, departments repudiating their ministers, varying systems adopted and then rejected by turns, no clearly defined line of conduct; in short absolute incoherence”³⁴. How significant was lack of coordination? Did it frustrate ambitions for predominance? Incoherence did not spring from uncertainty about France’s external role. The Republic, it was assumed, would remain a leading great power in Europe. The nub of the problem was the incompatibility of policy options. While individual options were defensible the mix adopted had conflicting elements. There was a case for conciliating or coercing the ex-enemy but juggling both invited confusion and misunderstanding. Keeping Germany weak, with a special status for the Rhineland, clashed with the desire to maintain Allied unity and pursuit of a Franco-German entente. London and Washington as well as opposing the full execution of Versailles were apprehensive about the economic threat of a Paris-Berlin partnership. Some integration took place: “French reparations policy, security policy and industrial policy”, it is argued, “had a coherent structure ... and were regarded by policy planners as a package of interrelated demands”³⁵.

Interministerial discussions produced the April 1923 plan, a general statement of aims, calling for an autonomous Rhineland within the Reich, evacuation of the Ruhr conditional upon payment of reparations, cancellation of French war debts, permanent cession of the Saar coal mines, cancellation of the 1935 Saar plebiscite. The crux of the matter was that Poincaré did not integrate his Ruhr policy with the April plan. His initial goal in occupying the Ruhr was simply to secure a pledge for an international reparations and debts settlement. The crucial failure was one of leadership. Foch diagnosed a “total inability to implement and follow through ... we have no overall plan”³⁶. In 1922–23 Poincaré failed to give clear policy guidelines. At a meeting in December 1922 proposals from two ministries were criticised as “deplorably va-

³³ Jacques Bariéty, *Les Réparations allemandes après la première guerre mondiale: objet ou prétexte à une politique Rhénane de la France (1919–24)*, in: *Bulletin de Société d’Histoire Moderne* 72 (1973), p.33.

³⁴ Schuker, *American “Reparations”*, p.83.

³⁵ Jon Jacobson, *Strategies of French Foreign Policy After World War I*, in: *JMH* 55 (1983), p.88.

³⁶ Raymond Recouly, *Mémorial de Foch*, Paris, 1929, pp.269–70.

gue – they do not know what they want”³⁷. Poincaré gave them eight days to get their act together but gave no specific instructions on what he wanted. Missing was a net assessment of aims and resources. Lack of direction and coordination from the top thickened institutional incoherence. The Renault was running on one cylinder. Missing also was confidence. Clemenceau’s call for the “mentality and habits of a victorious people”, went unanswered. The ambivalent mood of 1919, half-confident, half-fearful, turned to disillusionment. No attempt was made to harness the sentiments of 1918–19 for the construction of a new national consensus underpinning French hegemony. Conservative Bloc National leaders were unwilling to pay the domestic price in terms of social and political compromise.

³⁷ Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, pp. 396 f.

V. Die Bundesrepublik Deutschland im Schatten der NS-Diktatur

Adolf M. Birke

Die Bundesrepublik Deutschland im Schatten der NS-Diktatur

„Im Glanz des gelingenden politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Bundesrepublik Deutschland sind die Schatten der Vergangenheit nicht allmählich verblichen. Das Gegenteil ist richtig und die Schatten der Vergangenheit wurden umso länger, je tiefer das Dritte Reich in den Zeithorizont zurücksank.“¹ Diese Feststellung Hermann Lübkes aus den frühen achtziger Jahren hat auch heute noch nichts an Aussagekraft eingebüßt. Innenpolitische Probleme, die Einschätzung rechtsextremistischer Gewalttaten oder die Asylproblematik werden ebenso im Licht der Erblast des Dritten Reiches gesehen wie die veränderte Rolle Deutschlands im internationalen System. Diese Diskussion findet nicht nur im nationalen Rahmen statt. Sie war und ist stets begleitet von einer breiten Resonanz im Ausland, wobei selbst in befreundeten Staaten die Furcht vor den „*incertitudes allemandes*“, durch die Wiedervereinigung sogar neuen Auftrieb erhielt. So wurde in Großbritannien die Einheit Deutschlands zwar grundsätzlich begrüßt, doch wurde auch die Sorge deutlich, das Land könne erneut zu einem „*shifting cargo in the centre of Europe*“ und damit wiederum zu einer Quelle der Instabilität werden. Sir Nicholas Ridley, ein enger Vertrauter von Frau Thatcher, hatte sogar von einem „*German racket to take over the whole of Europe*“ gesprochen und in diesem Zusammenhang den Hinweis auf Adolf Hitler nicht gescheut². Die Premierministerin selbst bemühte im Sommer 1990 eine Runde namhafter britischer und amerikanischer Historiker, um mit ihnen über die Frage zu diskutieren, wie eine so hoch kultivierte Nation wie die Deutschen in den Barbarismus des Dritten Reiches ableiten konnte und ob ähnliches nicht doch in 10, 15 oder 20 Jahren erneut geschehen könne³. Zwar haben sich die um Rat gefragten Historiker einvernehmlich dahingehend geäußert, daß man sich um die

¹ H. Lübke, *Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart*, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), *Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll*, Berlin 1983, S. 329.

² *Spectator* vom 12. Juli 1990.

³ Das Gespräch fand am 24. März 1990 statt. Ein vertrauliches Memorandum, das von Charles Powell, dem Privatsekretär von Frau Thatcher angefertigt wurde, erschien am 15. Juli 1990. Dazu auch A. M. Birke, *Großbritannien und die deutsche Einheit*, in: H. Boockmann u. K. Jürgen (Hrsg.), *Nachdenken über Geschichte. Beiträge aus der Ökumene der Historiker. In memoriam Karl Dietrich Erdmann*, Neumünster 1991, S. 633–36.

neue Generation der Deutschen keine Sorgen zu machen brauche. Nach einem vertraulichen Memorandum über das Gespräch wurde aber auch mit pauschalen Wertungen über den „deutschen Nationalcharakter“ nicht gespart und als dessen fortbestehende Eigenschaften (abiding part) „angst, aggressiveness, assertiveness, bullying, egotism, inferiority complex, sentimentality“ aufgeführt⁴.

Angesichts der ungeheuren Verbrechen des Nationalsozialismus und der tiefgreifenden Auswirkungen des von Deutschland zu verantwortenden Zweiten Weltkrieges darf es nicht verwundern, daß Befürchtungen dieser Art bis heute nachschwingen. Sie wären mehr als berechtigt, wenn sich die Entwicklung der Bundesrepublik als eine Geschichte der fehlgeschlagenen Überwindung des Nationalsozialismus darstellte, wenn der ersten Schuld unter Hitler tatsächlich die zweite der „Verdrängung und Verleugnung“ nach 1945⁵ hinzugerechnet werden müßte. Aber hält eine solche Feststellung der historischen Überprüfung stand?

Der Vorwurf der „Dauerverdrängung“ des NS-Zeitalters ist so alt wie die Bundesrepublik und reicht bis in ihre unmittelbare Vorgeschichte zurück. Er begann mit der Debatte über die Kollektivschuld des deutschen Volkes, setzte sich fort im Vorwurf der fehlgeschlagenen Entnazifizierung, fand einen ersten Kulminationspunkt mit der Wiedereingliederung der Beamten nach dem 131er-Gesetz und bei der Gründung neonazistischer Parteien. Seit den sechziger Jahren wurde er im Zusammenhang mit den großen NS-Prozessen immer nachdrücklicher erhoben und diente der studentischen Revolution als zentrales Argument. Er begleitete über Jahrzehnte die Verjährungsdebatten des Deutschen Bundestages und sah sich durch das Wiederaufleben neonazistischer Bewegungen und rechtsextremistischer Gewalttaten bestätigt. Gerichtet wurde er fast ausschließlich gegen die Bundesrepublik. Die DDR, die sich als ein neuer Staat immunisierte, den die Last der Vergangenheit und die damit verbundene Verantwortung nicht betraf, ließ keine Gelegenheit aus, um fortwährend und nicht selten mit spektakulären „Enthüllungen“ aufzuwarten, bei denen auch vor Fälschungen nicht zurückgeschreckt wurde⁶. Mit ihrem Vorwurf des Neofaschismus verfolgte sie eine Strategie der Diffamierung des Weststaates, mit der sie sich sowohl im innerdeutschen als auch im internationalen Bereich Resonanz verschaffte und wirkungsvoll von den eigenen Schwierigkeiten ablenkte.

An Versuchen, die Vergangenheitsbewältigung zu instrumentalisieren, sie als Mittel zu einem andersgearteten Zweck zu nutzen, hat es auch in der Bun-

⁴ Von diesem Teil des Schriftstücks haben sich die beteiligten Historiker später distanziert. Vgl. u. a. Timothy Garton Ash in der FAZ vom 18. Juli 1990.

⁵ R. Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg/Zürich 1987.

⁶ Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin (Ost) 1965.

desrepublik nicht gemangelt. Die Tatsache, daß alle relevanten Strömungen der öffentlichen Meinung, der Politik und der Wissenschaft sich darin einig sind und waren, den Nationalsozialismus und Antisemitismus vorbehaltlos abzulehnen, ist keineswegs immer ein hinreichender Grund dafür gewesen, den politischen Gegner oder wissenschaftlichen Kontrahenten durch den Hinweis auf eine vermeintliche Nähe zu nationalsozialistischen Positionen ins moralische Abseits zu stellen. Linksextreme Gruppierungen sind dabei einen entscheidenden Schritt weitergegangen. Ihnen diente die These von der „unbewältigten Vergangenheit“ dazu, die Legitimität des politischen Systems der Bundesrepublik grundsätzlich in Frage zu stellen.

Eine Instrumentalisierung der NS-Belastung für andere Zwecke ist ebenso entschieden abzulehnen wie der Versuch, durch einen Schlußstrich der Vergangenheit entrinnen zu wollen. Das „Nicht-Vergessen“ und die „Aufarbeitung“ der dunkelsten Phase der deutschen Geschichte bleibt auch als künftige Aufgabe erhalten, damit, wie Romano Guardini einst feststellte, „das Geschehene nicht wie ein inneres Gift weiterwirke und zum Schema des Kommenden werde“⁷.

In welcher Weise aber hat sich die Bundesrepublik seit ihren Anfängen dieser Aufgabe gestellt und wie hat sie ihren Weg geprägt?

Das Thema „Vergangenheitsbewältigung“ ist in den letzten Jahren verstärkt zum Gegenstand der zeithistorischen Forschung geworden⁸. Dies hat dazu geführt, daß tabuisierte Positionen in zunehmendem Maße einer historisch-empirischen Überprüfung unterzogen werden. Erste Gesamtdarstellungen der deutschen Nachkriegsgeschichte tragen dazu bei, den Stellenwert einzelner Phänomene und Entwicklungen in ihrem jeweiligen Kontext besser erkennen und gewichten zu können. Wer sich nicht allzu schnell und vordergründig durch die berechtigte Abscheu über Einzelvorfälle und Verhaltensweisen zu fertigen Urteilen hinreißen lassen will, wird nicht umhinkommen, dabei auch die wichtigsten Voraussetzungen der deutschen Geschichte nach Hitler zur Kenntnis zu nehmen.

Die „öffentliche Anerkennung der politischen und moralischen Niederlage der nationalsozialistischen Herrschaft“ gehört zu den „zentralen legitimatorischen Elementen“⁹ der Bundesrepublik Deutschland. Damit ist nicht gemeint, daß auch ihre Bürger in der Gründungsphase bereits von allen Überresten des

⁷ R. Guardini, Verantwortung. Gedanken zur jüdischen Frage (Rede am 23. Mai 1952 vor der Tübinger Studentenschaft anlässlich der sog. Ölbaumspende), in: GWU 3 (1952), S. 458.

⁸ M. Kittel, Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin 1993; C. Hoffmann, Stunde Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989, Bonn 1992; E. Jesse, „Vergangenheitsbewältigung“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Staat 26 (1987), S. 539–565; P. Steinbach, Vergangenheitsbewältigung, in: R. A. Roth/W. Seifert (Hrsg.), Die zweite deutsche Demokratie, Köln 1990, S. 109–160.

⁹ H. Lübke, Der Nationalsozialismus im Deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: HZ 236 (1983), S. 584.

Nationalsozialismus geläutert gewesen seien. Doch waren das „Dritte Reich“ und seine führenden Repräsentanten durch die Art des Untergangs und durch die nunmehr in ihrem vollen Ausmaß erkennbaren Verbrechen zutiefst diskreditiert. Der totale Mißerfolg hatte die Distanzierung vom NS-System bis tief in die Reihen seiner ehemaligen Anhänger beschleunigt. Eine Untergrundbewegung, wie sie die alliierten Sieger befürchtet hatten, war nicht ansatzweise vorhanden. Allerdings stellte sich im Zustand der bedingungslosen Kapitulation auch das Gefühl einer wirklichen Befreiung nicht ein. Niemand wußte, was werden sollte. Nicht Euphorie, sondern politische Apathie, nicht reuige Selbstbesinnung, sondern der nackte Überlebenswille kennzeichneten die Stimmungslage.

Alle wesentlichen Initiativen für einen Neuanfang gingen von den Besatzungsmächten aus, die sich das Recht des Handelns vorbehielten. Nach ihrer Überzeugung setzte der demokratische Neuanfang eine umfassende politische Säuberung voraus. Den Internierungen und Amtsenthebungen ehemaliger Funktionsträger folgte die systematische Entnazifizierung, die nach weitverbreiteter Meinung in einem Mißerfolg endete. Sie sei, so lautet der Vorwurf, zur „Mitläuferfabrik“ entartet¹⁰. Sie habe die Solidarisierung mit den Belasteten gefördert und könne als Beleg für mangelnde Einsicht und für den fehlenden Willen gelten, sich von den Relikten der NS-Vergangenheit zu lösen. Die negative Einstellung der Deutschen zur Entnazifizierung darf nicht verwundern. Sie ist durch den Rigorismus der Fragebogen- und Spruchkammerpraxis und die Amnestierungswellen gefördert worden, die vor allem Schwererbelastete begünstigten. Dennoch verbietet es sich m. E., von einem Fehlschlag zu sprechen. Die individuelle Konfrontation mit den Belastungen und Verstrickungen aus der eigenen NS-Vergangenheit war ebenso wie der Versuch, die Böcke von den Schafen zu trennen, die unentbehrliche Voraussetzung für den schwierigen Prozeß einer glaubwürdigen Neuorientierung.

Diese Feststellung gilt in anderer Weise auch für die Wirkung des Nürnberger Prozesses und der Nachfolgeverfahren¹¹. Die Kritik an der Zusammensetzung des Internationalen Militärtribunals und an der Verfahrensweise des Gerichts hat nicht dazu geführt, die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Verfahrens grundsätzlich in Frage zu stellen. Angesichts des erdrückenden Beweismaterials, das eine entsetzte Öffentlichkeit zum ersten Mal mit dem ganzen Ausmaß der NS-Vernichtungsmaschinerie konfrontierte, konnte es keinen

¹⁰ L. Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*, Bonn 1982. Ein Vergleich der unterschiedlich verlaufenden Entnazifizierung in den einzelnen Zonen bei C. Vollnhals (Hrsg.), *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*, München 1991.

¹¹ Internationaler Militärgerichtshof (IMT), *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof* (14. November 1945 bis 1. Oktober 1946). Amtlicher Text, 22 Bde., Nürnberg 1947–1949; B. Smith, *Der Jahrhundertprozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg. Anatomie einer Urteilsfindung*, Frankfurt/M. 1977; T. Taylor, *Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht*, dt. München 1994.

berechtigten Zweifel mehr an der verbrecherischen Natur des Dritten Reiches geben. Die Beweisaufnahme von Nürnberg stellt den Beginn der zeitgeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus dar. Das Verfahren leistete einen unentbehrlichen Beitrag zur weiteren Klärung der Ereignisse, zur Entstehung und Deutung der nationalsozialistischen Diktatur und damit auch zur Aufarbeitung von Schuld.

Dennoch ist, wie Meinungsumfragen belegen, die Bereitschaft zur subjektiven Einsicht in den kriminellen Charakter des NS-Systems und zur völligen Distanzierung in der Bevölkerung erst mit zunehmendem Abstand vom Dritten Reich gewachsen¹². Dies gilt jedoch nicht für die normative Basis des demokratischen Neuaufbaus, der von Beginn an auf einer breiten Akzeptanz fußte. Hier spielten nationalsozialistische Relikte keine Rolle mehr. Im Gegenteil gehören das Erlebnis der totalitären Diktatur, die Schwäche der Weimarer Demokratie und das Trauma des Krieges von Beginn an zu den wichtigsten Erfahrungen, aus denen Lehren für die Zukunft gezogen wurden. Dies wird eindeutig durch den Prozeß der Verfassunggebung belegt, der bereits im Jahre 1946 in den Ländern begann und 1948/49 in die Verhandlungen einmündete¹³. Dabei ist für die normative Grundlegung der westdeutschen Demokratie charakteristisch, daß sie einerseits zwar unter der Aufsicht und Anteilnahme der Militärregierungen erfolgte, andererseits aber im wesentlichen der selbständigen Entscheidung der deutschen Repräsentanten, in einer „Atmosphäre der Freiheit“, wie Clay einst formulierte, überlassen blieb¹⁴. Die Westmächte nahmen Abstand davon, ihre erprobten Versionen der Demokratie zu oktroyieren. Mit den Gründungsvätern der Bundesrepublik teilten sie das Vertrauen in die Lebenskraft der deutschen politisch-kulturellen Traditionen, die der Hitler-Staat pervertiert beziehungsweise liquidiert hatte. Ein verbessertes Weimar, die Stabilisierung des parlamentarischen Systems und die institutionelle Verankerung allgemeiner, vorstaatlicher Menschenrechte sollten ebenso wie die föderative Gestaltung des neuen Staatswesens ein erneutes Abgleiten in die Diktatur verhindern. In bewußter Abkehr von der nationalsozialistischen Vergangenheit und im Schutz dieser öffentlich unwidersprochenen Regelungen“ vollzog sich die Einrichtung in die Staatlichkeit der zweiten deutschen Demokratie“¹⁵.

Nach weitverbreiteter Auffassung gehört die „Ära Adenauer“ dennoch nicht zu jenen Phasen der bundesrepublikanischen Geschichte, in denen die

¹² E. Noelle-Neumann/R. Köcher, *Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern*, Stuttgart 1987.

¹³ F.R. Pfetsch, *Ursprünge der Zweiten Republik. Prozesse der Verfassunggebung in den Westzonen und in der Bundesrepublik*, Opladen 1990.

¹⁴ B. Fait, „In einer Atmosphäre der Freiheit“. Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone, in: *VfZ* 33 (1985), S. 420–455; A. M. Birke, Großbritannien und der Parlamentarische Rat, in: *VfZ* 42 (1994), S. 312–359.

¹⁵ H. Lübke, *Der Nationalsozialismus*, S. 585.

Bewältigung des Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle spielte¹⁶. Die Nähe zur belastenden Vergangenheit, die Tatsache, daß noch viele Millionen Parteigenossen und Mitläufer existierten, werden dafür als Begründung angeführt; die personelle Erstaustattung des Bonner Staates ist nicht zuletzt im Gefolge des 131er Gesetzes ebenso wie die Skandale um Politiker mit „brauner Vergangenheit“ scharf kritisiert worden. Die fünfziger Jahre seien durch eine erstaunliche Geschichtslosigkeit gekennzeichnet gewesen. Erst seit den sechziger Jahren, seit dem Auschwitzprozeß, der Studentenrevolution und den Verjährungsdebatten habe die Bewältigungsdichte zugenommen. Das „Fortwirken der alten Nationalsozialisten ist ein Grundgebrecchen der inneren Verfassung der Bundesrepublik“¹⁷. Dieses Verdikt, das Karl Jaspers im Vorfeld der Studentenrevolution entwickelte, sollte seine eigene Wirkungsgeschichte entfalten. Richtig ist, wie schon die Studie des Amerikaners Lewis Edinger aus dem Jahre 1960¹⁸ nachwies, daß Mitte der fünfziger Jahre nur etwa zwanzig Prozent der Führungspositionen im Bonner Staat mit Persönlichkeiten besetzt waren, die als aktive Gegner des Nationalsozialismus eingestuft werden konnten. Ebenso viele, die ihn aktiv unterstützt hatten, saßen in einflußreichen Stellungen. Den weitaus größten Anteil von etwa fünfzig Prozent aber machten jene aus, die das Hitler-Regime weder aktiv bekämpft noch unterstützt hatten. Die große Welle der beruflichen Rehabilitierung von Parteigenossen brachte das im Mai 1951 im Gefolge des Artikel 131 GG verabschiedete Bundesgesetz, das die Wiedereinstellung aller seit 1945 im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Beamten zur Pflicht machte¹⁹. Diese Regelung, die 450 000 Ehemalige direkt betraf, fand die parlamentarische Zustimmung nicht nur der CDU/CSU, sondern auch der SPD und sogar der Kommunisten. Führende Nationalsozialisten und Belastete blieben allerdings ausgeschlossen. Zugleich garantierte der damals heftig umstrittene Paragraph 76 a auch jenen, die nach 1945 ohne entsprechende Vorbildung als Beamte und Angestellte eingestellt worden waren, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Wer aus Gründen der „politischen Hygiene“ nachträglich für ein fortdauerndes Berufsverbot der durch NSDAP-Mitgliedschaft formal Belasteten plädiert, wird nicht umhin kommen, auch die Konsequenzen, die sich aus diesem Vorgehen ergeben

¹⁶ So noch immer C. Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung*, 5. Aufl. Bonn 1991, S. 17; anders H. G. Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland*, in: HJb 113 (1993), S. 98–127.

¹⁷ K. Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik. Tatsachen, Gefahren, Chancen*, München 1966, S. 183.

¹⁸ L. J. Edinger, *Posttotalitarian Leadership. Political Elites in the German Federal Republic*, in: *American Political Science Review* 54 (1960), S. 58–82.

¹⁹ U. Wengst, *Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953*, Düsseldorf 1988; W. Langhorst, *Beamtentum und Artikel 131 des Grundgesetzes. Eine Untersuchung über Bedeutung und Auswirkung der Gesetzgebung zum Artikel 131 des Grundgesetzes unter Einbeziehung der Position der SPD zum Berufsbeamtentum*, Frankfurt/M. 1994.

hätten, mitzusehen. Der beruflichen Rehabilitierung eines großen Teils der Beamten (auch der Wirtschaftsfunktionäre) waren jahrelange, erhebliche Sanktionen wie auch ideelle und psychische Belastungen vorausgegangen. Mitläufertum und selbst nur formale Parteimitgliedschaft waren keineswegs folgenlos geblieben. Die rigorosen Entlassungswellen unmittelbar nach dem Kriege, gefolgt von jahrelanger Stellenlosigkeit stellten doch eine erhebliche Bestrafung dar. Wer glaubt, es wäre moralisch gerechtfertigt und in der Praxis möglich gewesen, die große Zahl der Mitläufer „an den Rand der Gesellschaft zu drängen“²⁰, der verkennt sowohl das Wesen eines totalitären Staates, als auch die Notwendigkeiten einer modernen Industriegesellschaft, die auf Fachwissen und Berufserfahrung nicht verzichten kann. „Eine Gegenelite war aus dem kleinen Kreis der Widerständler und Emigranten nicht im erforderlichen Umfang zu rekrutieren.“²¹

Die gesellschaftliche Re-Integration ist im Zuge des staatlichen und wirtschaftlichen Neuaufbaus nicht überall mit der gleichen Sorgfalt betrieben worden. Immerhin sind die z. T. heftigen Diskussionen über die tatsächliche oder angebliche Belastung prominenter Politiker und hoher Verwaltungsbeamter ein Beleg dafür, daß die Vergangenheitsbewältigung während der Ära Adenauer durchaus zu den zentralen Themen der öffentlichen Auseinandersetzung gehörte. Die Fälle Seehofer, Oberländer und Globke werden bis heute in unterschiedlicher Weise bewertet. Tatsache bleibt, daß die „unüberbrückbare Diskrepanz zwischen moralischen Erwartungen von Teilen der Öffentlichkeit und dem faktischen personalpolitischen Geschehen“²² das politische Klima der fünfziger Jahre belastet haben. Leute mit „brauner Vergangenheit“ gab es in allen Parteien. Die Integration der großen Masse der Mitläufer und geringer Belasteten wurde von den Parteien mit unterschiedlichem Nachdruck betrieben. DP und GB/BHE zeigten sich besonders entgegenkommend. In der FDP Nordrhein-Westfalens kam es überdies – wie der Fall Werner Naumann, des langjährigen Staatssekretärs von Goebbels, erkennen ließ –, zu einer personellen Infiltration des Beraterkreises um den Landesvorsitzenden Friedrich Middelhaue durch ehemals einflußreiche NS-Funktionäre²³. Damals sahen sich sogar die britischen Besatzungsbehörden genötigt, von ihrem Interventionsrecht Gebrauch zu machen.

Auf Skepsis von Teilen der öffentlichen Meinung, begleitet vom Streit der Parteien, stieß auch der Aufbau der Bundesministerien, vor allem des Auswärtigen Amtes und der Bundeswehr. Militär und diplomatischer Dienst waren ja in besonderer Weise durch die Verstrickungen mit dem NS-System belastet,

²⁰ H.-U. Wehler, in: M. Broszat u. a. (Hrsg.), *Deutschlands Weg in die Diktatur*, S. 359.

²¹ M. Kittel, *Legende*, S. 172.

²² H. Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: HZ 236 (1983), S. 579–599.

²³ H.-G. Marten, *Die unterwanderte FDP*, Göttingen 1978.

deren Aufklärung nicht nur straf- und disziplinarrechtliche Fragen aufwarf. Die Notwendigkeit, bei der personellen Erstaustattung pragmatische Lösungen zu finden, den Erfordernissen des Beamtenrechts Rechnung zu tragen und zugleich die historisch-moralische Dimension der NS-Vergangenheit angemessen zu berücksichtigen, war eine Aufgabe, die nicht in einer allseits zufriedenstellenden Weise bewältigt wurde und letztlich wohl auch nicht bewältigt werden konnte. Das heißt nicht, daß keine Fehler gemacht worden wären. Von 712 zur Einstellung vorgesehenen Diplomaten waren laut Auskunft der „Frankfurter Neuen Presse“²⁴ 194 bereits in der Wilhelmstraße tätig gewesen. Von den 31 leitenden Beamten hatten 14 der NSDAP angehört, die allerdings bis auf eine Ausnahme als entlastet eingestuft worden waren²⁵. Die Personalplanung war mit Zustimmung der Alliierten Hohen Kommission erfolgt. Auch dort hatte man offensichtlich dem Argument Rechnung getragen, daß ein solches Ministerium „auf Persönlichkeiten mit Erfahrung“ nicht völlig verzichten könne²⁶. Die Kontrolle laufender Einstellungen war an parlamentarische Kontrollverfahren gebunden. Dennoch führten die Ergebnisse zu heftiger öffentlicher Kritik, die zusätzlich durch den Verdacht angeheizt wurde, daß die Cliqueswirtschaft eines studentischen Freikorps (Kösener SC) eine entscheidende Rolle bei der Personalausstattung gespielt haben könnte. Die Instrumentalisierung dieser Debatte für andere Zwecke ist nicht zu übersehen. Es stellt sich aber auch die Frage, ob nicht Unsicherheit und mangelnde Sensibilität im Umgang mit der Vergangenheit dafür erst den Boden bereitet haben.

Dies gilt auch für die Bundeswehr, bei deren Aufstellung auf unentbehrliche Fachkräfte nicht verzichtet werden konnte²⁷. Für die Einstellung von Obersten und Generälen war hier allerdings die Zustimmung eines Gutachterausschusses nötig, der aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestand. Soldaten, die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt waren, blieben grundsätzlich von der Rekrutierung ausgeschlossen. Kollektiv traf dies für die „Allgemeine SS“ (SD, SS-Verfügungstruppen und Totenkopfverbände) zu. Die Zugehörigkeit zur „Waffen-SS“ hingegen war kein kollektiver Ausschlußgrund. Hier wurde vielmehr nach einer Einzelfallprüfung entschieden, bei der die Beweislast beim Bewerber lag. Um diese Einbeziehung der Waffen-SS kam es ebenso wie über die Karrieren der Generäle Speidel und Heusinger zu heftigen Kontroversen. Beunruhigend wirkten die Veteranentreffen der Waffen-SS in ihrer Mischung aus Kameraderie und Unbelehrbarkeit. Den-

²⁴ Ausgabe vom 22. April 1950.

²⁵ Vgl. M. Kittel, *Legende*, S. 125.

²⁶ Dazu W. Haas, *Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland*, Bremen 1996.

²⁷ Dazu K. von Schubert, *Eine Armeegründung unter der Belastung durch historische Hypothesen*, in: K.-M. Kodalle (Hrsg.), *Tradition als Last? Legitimationsprobleme der Bundeswehr*, Köln 1981, S. 153–165; H.-J. Rautenberg, *Aspekte zur Entwicklung der Traditionsfrage in der Aufbauphase der Bundeswehr*, in: ebd., S. 133–151.

noch ist die Bundeswehr selbst nicht in den Sog restaurativer Tendenzen geraten²⁸. Sie wurde nicht, wie anfangs vielfach befürchtet, zu einem Staat im Staate. Vielmehr hat sie sich als zuverlässige Armee in der bundesrepublikanischen Demokratie bewährt.

Insgesamt gilt für die personelle Erstausrüstung der Bundesverwaltung, daß für die Rekrutierung der Führungspositionen in starkem Maße auf die frühere Beamtenschaft zurückgegriffen wurde. Von den zwischen 1950 und 1953 neu ernannten Abteilungsleitern waren 60 Prozent nominelle Mitglieder der NSDAP gewesen, die der Partei seit 1937 oder danach angehört und in der Regel keine Führungspositionen innegehabt hatten²⁹. Entnazifizierungskriterien wurden nicht einfach beiseite geschoben, aber doch wesentlich gelockert. Bei einem so weitgehenden Rückgriff auf die frühere Beamtenschaft stellte sich die Frage nach ihrer demokratischen Zuverlässigkeit. Die Befürchtung, daß sie eine ähnlich destruktive Einstellung zum jungen Staat entwickeln würde, wie dies bei Teilen der Weimarer Bürokratie der Fall gewesen war, sollte sich als unbegründet erweisen. Die Bonner Beamten begriffen das neue Gemeinwesen als ihren Staat, der unter den gewandelten Verhältnissen den Druck der Unsicherheit und Bedrohung ihres sozialen Status von ihnen nahm und dessen rasch expandierende Verwaltung für verbesserte Karrierechancen sorgte. Dennoch ist zu beobachten, daß sich die Tendenz verstärkte, selbst bei der Besetzung von Führungspositionen innerhalb der Ministerialbürokratie immer großzügiger zu verfahren, wenn es um die Würdigung belastender Momente in der NS-Vergangenheit von Bewerbern ging. Daß dem nicht mit größerer Entschiedenheit entgegengetreten wurde, lag auch daran, daß Konrad Adenauer glaubte, aus pragmatischen Gründen auf die Mitwirkung früherer Ministerialbeamter nicht verzichten zu können.

Stärker noch als die Verwaltung ist die Justiz nach 1945 wegen ihres Umgangs mit der eigenen Vergangenheit ins Kreuzfeuer der Kritik geraten³⁰. „Kein Richter wurde nach dem Kriegsende von einem deutschen Gericht der drei Westzonen und später der Bundesrepublik Deutschland wegen des justiziellen Unrechts während der NS-Zeit rechtskräftig verurteilt.“³¹ Nach anfänglichen rigorosen Massenentlassungen, die vor allem in der amerikanischen Zone stattgefunden hatten, befanden sich im Jahre 1948 in den Westzonen bereits etwa neunzig Prozent der Richter und Staatsanwälte aus der NS-Zeit wieder im Dienst. Die Lockerung der Bestimmungen über den Anteil nomineller Parteigenossen (zunächst höchstens 50 Prozent), hatte ebenso dazu bei-

²⁸ Dazu M. Kittel, *Legende*, S. 139–157.

²⁹ U. Wengst, *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1984, S. 180.

³⁰ Die These von einer starken personellen und sogar ideellen Kontinuität vertritt I. Müller, *Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987.

³¹ B. Diestelkamp, *Die Justiz nach 1945 und ihr Umgang mit der eigenen Vergangenheit*, in: *Rechtshistorisches Journal* 5 (1986), S. 170.

getragen wie die beamtenrechtlichen Wirkungen der Entnazifizierung. Anders als in der SBZ, wo die Hälfte der Richter und fast zwei Drittel der Staatsanwälte sich aus sog. „Volksrichtern“ rekrutierte³², die nach dem Kriterium der ideologischen Zuverlässigkeit, ohne juristische Vorbildung in Schnellkursen herangezogen wurden, wurde im westlichen Deutschland der juristische Sachverstand als unentbehrliche Voraussetzung für das Richteramt gewertet.

Die erste kritische Diskussionswelle zur Problematik der „NS-Richter“ wurde im Jahre 1957 durch polemische Schriften aus dem Ostblock ausgelöst, die von 800 bis 1000 „Nazi-Richtern“ oder „Hitlers Blutrichtern“ als Stützen des „Adenauer-Regimes“ sprachen³³. Obwohl aus ihnen der hinreichende Verdacht strafbarer Handlungen im Einzelfall aufgrund unzureichender und oft pauschalierender Angaben nur schwer zu gewinnen war, wurden doch im Gefolge der Kampagne Fälle bekannt, die zu einem erheblichen Unbehagen führten (Eisele, Zind, Budde-Nieland). Der Rechtsausschuß des Bundestages vermutete, daß etwa 60 bis 70 an „exzessiven Todesurteilen“ beteiligte Juristen wieder in Amt und Würden waren. Konkrete Nachforschungen wurden durch die disparate Aktenlage außerordentlich erschwert. Viele der Unterlagen waren infolge von Kriegseinwirkung und Vertreibung vernichtet bzw. zerstreut, wichtige Bestände – wie die des Volksgerichtshof in Berlin – wurden, wie wir heute wissen, von seiten der DDR zurückgehalten. Die Verurteilung eines Richters aber setzt den Nachweis voraus, daß der direkte Vorsatz der Rechtsbeugung bestanden hatte³⁴. Da dieser praktisch nicht zu erbringen und somit eine Selbstreinigung der Justiz nicht zu erwarten war, ging der Gesetzgeber schließlich einen anderen Weg. Im Juni 1961 beschloß der Deutsche Bundestag einstimmig bei nur wenigen Enthaltungen ein Gesetz, das die Versetzung in den Ruhestand auf eigenen Antrag für jeden Richter und Staatsanwalt ermöglichte, „der wegen seiner Mitwirkung an Todesurteilen mit begründeten Vorwürfen aus der Vergangenheit rechnen muß“³⁵. Damit sollte eine klare Trennung zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart vorgenommen werden. Nahezu 150 belastete Richter und Staatsanwälte haben von dieser Regelung Gebrauch gemacht.

Bernhard Diestelkamp hat für die Unfähigkeit der Justiz, den Prozeß der Selbstreinigung in den eigenen Reihen auch nur annähernd zu bewältigen, vor allem die „Einführung des bestimmten direkten Vorsatzes“ angeführt, der die „Umfunktionierung der Rechtsbeugung“ zum Richterprivileg ermöglicht habe. Die Erklärung, „Nazirichter konnten und wollten Nazirichter

³² C. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 98 f.

³³ M. Kittel, Legende, S. 161.

³⁴ F. Bauer, Im Namen des Volkes. Die strafrechtliche Bewältigung der Vergangenheit, in: H. Hammerschmidt (Hrsg.), Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz, München 1965, S. 306.

³⁵ M. Kittel, Legende, S. 164 f.

nicht bestrafen“, erweise sich dabei als zu grobschlächtig, denn schon im Jahre 1959 bestand mehr als die Hälfte der Richterschaft aus Juristen der Nachkriegsgeneration. Letztlich sei die Richterschaft objektiv überfordert gewesen, „als ihr die strafrechtliche Ahndung von Verbrechen aus den eigenen Reihen der eigenen Profession übertragen wurde“³⁶. Das Ausbleiben der strafrechtlichen Sühne für richterliche Verbrechen ist m. E. jedoch nicht nur, wie Diestelkamp meint, Teil eines gesamtgesellschaftlichen Verdrängungsvorganges, der dem „Unwillen der Deutschen“ entsprungen sei, immer wieder mit den „Untaten des Dritten Reiches“ konfrontiert zu werden. In ihm spiegelt sich auch die Unfähigkeit der rein rechtspositivistischen Erfassung justitieller Tätigkeiten im totalitären System des Nationalsozialismus.

Dennoch wäre es falsch, aus der unzulänglichen Selbstreinigung der Justiz auch auf eine inhaltlich-strukturelle Kontinuität (Ingo Müller) schließen zu wollen. Insgesamt wird man den deutschen Gerichten ein gründliches und tendenzloses Vorgehen bei den NS-Strafsachen bescheinigen müssen, obwohl die Ergebnisse der NS-Prozesse – angesichts der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen – mehr als unbefriedigend bleiben³⁷. Schuld daran ist aber nicht nur die deutsche Justiz. Die erst allmähliche Übertragung gerichtlicher Zuständigkeit an deutsche Stellen hat ebenso wie die Strafverfolgungsverjährungen dazu geführt, die Voraussetzungen für die Verfahren zu komplizieren. Erst schrittweise wurde in den ersten Nachkriegsjahren den deutschen Gerichten die Zuständigkeit zur Aburteilung von Verbrechen Deutscher an Deutschen oder Deutscher an Staatenlosen übertragen³⁸. Mit Gründung der Bundesrepublik wurde im Straffreiheitsgesetz vom 31. Dezember 1949 eine Amnestie für alle Straftaten erlassen, für die nicht mehr als eine sechsmonatige Gefängnishaft zu erwarten stand. Als folgenreicher sollten sich die Strafverfolgungsverjährungen herausstellen, die wenig später erfolgten. Danach blieben alle Taten, die nicht als Verbrechen mit Zuchthaus geahndet werden konnten, von der Strafverfolgung ausgenommen. Es konnten also nurmehr Mord, Totschlag und schwere Körperverletzung verfolgt werden. Erst im Jahre 1952 wurden die deutschen Gerichte ermächtigt, bei den NS-Verfahren ausschließlich deutsches Recht anzuwenden. Nicht zuständig blieben sie allerdings in jenen Fällen, in denen die Untersuchung einer Straftat von den Besatzungsmächten bereits eingeleitet oder abgeschlossen war.

Erst im Überleitungsvertrag von 1955 erhielt die Bundesrepublik die volle Gerichtshoheit. Im Jahre 1958 wurde die Zentralstelle in Ludwigsburg ge-

³⁶ B. Diestelkamp, *Die Justiz*, S. 172.

³⁷ Eine Übersicht über die Strafrechtsverfahren bei A. Götz, *Bilanz der Verfolgung von NS-Straftaten*, Köln 1968; A. Rückerl, *NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung*, 2. Aufl. Heidelberg 1984. Dazu auch P. Steinbach, *Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit*, Berlin 1981.

³⁸ A. Götz, *Bilanz*, S. 33–35.

gründet, die dazu dienen sollte, den Gerichten bei den äußerst schwierigen Nachforschungen der NS-Verbrechen behilflich zu sein. Damit waren Voraussetzungen geschaffen, um die Ahndung von Massenverbrechern in Sammelverfahren betreiben zu können. Als in den Jahren 1963–1965 der erste Auschwitzprozeß in Frankfurt stattfand, erregte er ebenso wie das Treblinka- und Majdanek-Verfahren großes Aufsehen in der internationalen Öffentlichkeit. Allerdings sahen sich viele Beobachter durch die verfahrensbedingte lange Prozeßdauer und die im Verhältnis zur Ungeheuerlichkeit der Taten als geringfügig empfundenen Strafen enttäuscht. Dabei geriet leicht in Vergessenheit, daß nicht über die bereits früher verurteilten Hauptverantwortlichen zu befinden war. Die Sorgfalt des Gerichts bei der schwierigen Urteilsfindung steht außer Zweifel. Dem Argument der Verteidigung, die Angeklagten hätten nur auf Befehl gehandelt, ist grundsätzlich nicht entsprochen worden.

Die NS-Prozesse der frühen sechziger Jahre führten zu einer breiten Diskussion im In- und Ausland, ob nach den bereits eingetretenen früheren Verjährungen nunmehr auch die Verjährungsfrist für Mord, die unmittelbar bevorstand, hingenommen werden sollte³⁹. Es bestand die Gefahr, daß künftig entdeckte Massenmörder ungestraft davorkamen. Zweimal hat der Bundestag die Verjährungsfrist verlängert, bis er sich – trotz verbliebener rechtlicher Bedenken – dazu entschloß, sie aufzuheben. Dem Akt kam eine symbolische Bedeutung zu. Er zeigte, daß die Deutschen nicht einfach gewillt waren, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Auch im Ausland – gerade auch bei den mit der Bundesrepublik befreundeten Nationen – sind die NS-Prozesse als ein Testfall für die Demokratiefähigkeit der Deutschen angesehen worden. Daß dieser Test im ganzen, trotz aller erkennbaren Unzulänglichkeiten und Fehler, bestanden werden konnte, ist nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß es in Westdeutschland nach 1945 unter dem Schutz der Alliierten gelang, aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie und ihrem Abgleiten in die Diktatur wichtige Lehren zu ziehen. Die Schatten der Vergangenheit aber sind auch heute noch nicht verfliegen. Die Größe der NS-Verbrechen hält die Erinnerung an sie wach.

³⁹ E. Benda, Verjährungsdebatte, in: Staatslexikon, Bd. 11, 7. Aufl. Freiburg i. Br. 1970, S. 584–590.

Pierre Ayçoberry

L'Allemagne occidentale à l'ombre du National-Socialisme: perceptions françaises, de la Deuxième Guerre mondiale aux années 80

La longueur de ce titre doit rendre compte de la complexité de notre thème, qui se déroule sur deux plans simultanés. D'une part, dans les zones d'occupation occidentales puis en RFA, les survivances et les résurgences, l'acceptation et le refus d'un passé d'abord récent puis de plus en plus lointain: on se contentera d'y faire allusion. D'autre part, en France – et c'est là que se portera principalement l'attention –, la sélection opérée sur ces événements d'outre-Rhin par les divers secteurs de l'opinion, pour étayer leurs jugements sur «les Allemands d'aujourd'hui» et pour justifier leur approbation ou leur réticence devant le rapprochement opéré par les hommes politiques, la question: «que faire *des* Allemands?» étant rapidement devenue cette autre: «que faire *avec* les Allemands?».

Ce travail relève d'une histoire de l'imaginaire, c'est-à-dire des affirmations ni vérifiables ni falsifiables, des slogans autant et plus que des analyses, des polémiques plus que des discussions rationnelles, d'autant plus virulentes qu'au sein de chaque camp, de chaque individu, l'image de l'Allemagne reflète une conscience plus ou moins obscure de sa situation de Français. Comme l'écrit R. von Thadden, «Les prises de position françaises sur l'Allemagne en disent au moins aussi long sur leurs auteurs que sur leur objet»¹.

Au préalable s'impose un bref retour en arrière: pendant la Deuxième Guerre mondiale, l'opinion française n'avait jamais eu d'image cohérente de l'adversaire, hésitant ou alternant entre la germanophobie et l'antifascisme. La responsabilité initiale en incombe largement au gouvernement Daladier, qui dès l'automne 1939 interdit à la presse et à la radio de présenter le conflit comme une guerre civile européenne, c'est-à-dire sous son aspect idéologique, et préféra ressusciter le spectre de «l'éternelle Allemagne». Ses motifs étaient principalement d'ordre intérieur: il convenait de consolider l'unité du pays, fortement ébranlée depuis quelques années, et notamment d'y réintégrer la Droite et l'Extrême-Droite, qui avaient souvent sympathisé avec les régimes fascistes tout en restant fidèles au nationalisme traditionnel²; tentation encore accrue

¹ R. von Thadden, préface à E. Weisenfeld, *Quelle Allemagne pour la France?*, trad. fr. Paris 1989.

² R. Girault, *La décision gouvernementale en politique extérieure*, in: R. Rémond et J. Bourdin (dir.), *Edouard Daladier chef de gouvernement avril 1938–septembre 1939*, Paris 1977, p. 209–227.

par le pacte germano-soviétique et la mise hors-la-loi des Communistes français, qui semblaient déconsidérer le vocabulaire et la stratégie antifascistes.

On ne s'étonnera pas que les divers courants de la Résistance aient rarement distingué entre l'Allemagne et le nazisme: les mesures de répression les plus visibles, comme les fusillades d'otages, ne provenaient-elles pas de la *Wehrmacht*? Et pourtant, les motivations qui avaient conduit les militants vers tel mouvement plutôt que vers tel autre ont pu s'accompagner d'images plus ou moins contrastées de l'ennemi. J.-P. Azéma distingue ainsi entre les antifascistes (communistes, socialistes, protestants, certains catholiques), les nationalistes conservateurs («apolitiques» donc réunis théoriquement par la seule haine de l'envahisseur), et les jacobins³. Or, même si on laisse de côté cette dernière catégorie, qui se définissait principalement par un programme de rénovation intérieure, la division entre les deux premières n'était pas toujours tranchée. Les Communistes, quoique dotés d'une solide armature idéologique, n'hésitèrent pas après juin 1941 à reprendre le vocabulaire antiallemand traditionnel. Quant aux organes clandestins de la Gauche non-communiste, s'ils évoquaient régulièrement la mémoire de leurs frères allemands victimes du nazisme, ils n'en réaffirmaient pas moins la responsabilité de l'ensemble du peuple voisin, «la folie des grandeurs du germanisme», la «barbarie germanique»⁴. Les nécessités de la lutte s'opposaient évidemment à des distinctions qui auraient pu paraître trop subtiles. La question est de savoir si, une fois que la France d'occupée fut devenue occupante, ce simplisme légitime put s'accommoder de nouvelles nuances.

«Que faire des Allemands?» (1945–1948)

Dans les années de l'immédiat après-guerre, le jugement porté sur ces Allemands qui s'apprêtaient à redevenir républicains fut commandé avant tout par le souvenir du passé récent, qui semblait justifier toute une vision globale de leur histoire. Même les fonctionnaires et les intellectuels qui pouvaient les observer directement gardaient, à quelques exceptions près, cet a priori, ce qu'on pourrait appeler l'Allemand latent en chaque Français.

Les anciens déportés, du moins ceux qui eurent la force d'écrire et de publier leurs mémoires peu après leur retour, furent les plus absolus dans leur

³ J.-P. Azéma, *Des résistances à la Résistance*, in: Id. et F. Bédarida, *La France des années noires*, Paris 1993, tome 2, p. 244.

⁴ H. Michel et B. Mirkine-Guetzevitch, *Les idées politiques et sociales de la Résistance*, Paris 1954, p. 379–380; G. Ziebur, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970, p. 27–31.

condamnation. A part quelques livres – restés aujourd'hui les plus marquants – qui dans une perspective «ontologique» réfléchissaient sur les aspects ténébreux de la nature humaine, et un nombre plus faible encore d'analyses politiques du phénomène concentrationnaire, l'énorme majorité de ces témoignages présentait l'institution des camps, leurs gardiens et leurs horreurs comme l'expression d'une barbarie multiséculaire et spécifiquement germanique, et refusait toute distinction entre bons et mauvais Allemands. Certains allaient jusqu'à qualifier de «race» ce peuple maudit. Cette condamnation, cette damnation collective, est d'autant plus remarquable que les auteurs, généralement d'anciens résistants, avaient connu dans les camps des codétenus allemands partageant leurs convictions et leurs souffrances, et que de surcroît l'horreur suprême du génocide des Juifs et des Tsiganes n'apparaissait pas dans leurs considérations – soit par ignorance, soit par une censure inconsciente, d'ailleurs commune à toute l'opinion française. Leur verdict s'imposait de lui-même: il fallait démembler l'Allemagne⁵. On ne peut qu'admirer le courage civique de Joseph Rovin qui, dès l'été 1945, à peine sorti de Dachau, publiait dans le premier numéro de la revue *Esprit* un article intitulé «L'Allemagne de nos mérites», esquissant les principes d'un renouveau de l'Allemagne et d'un rapprochement des deux peuples.

Ces souvenirs des déportés furent rapidement recueillis, entretenus et en quelque sorte codifiés par leurs associations, dont certaines relevaient de la mouvance des partis politiques. L'une des plus importantes, la Fédération nationale des déportés, internés, résistants et patriotes, contribua ainsi à diffuser ce qu'on peut appeler la mémoire communiste, dans toute son ambivalence: tantôt antifasciste au sens précis du terme, qui évitait de mettre en cause le peuple allemand comme tel, mais autorisa dès les premiers signes de la Guerre froide des prises de position franches en faveur de l'Est et contre l'Ouest «néonazi»; tantôt, dans un souci de rassembler tous les patriotes, avec des connotations nettement antigermaniques⁶.

Quant à la mémoire gaulliste «ou plutôt gaullienne, tant le Général joue un rôle personnel dans sa construction» (R. Frank), elle dessinait également, mais en termes bien différents, un double portrait de l'Allemagne. D'un côté l'ennemi héréditaire: se rappelant le Bainville de sa jeunesse, de Gaulle dénonçait en mars 1944 «l'Allemagne éternelle, devenue en notre temps, pour les besoins de la cause, celle d'Hitler», et déroulait un an plus tard la perspective de cette «Guerre de Trente Ans». Aussi, à l'occasion des premières fêtes commémoratives, prit-il grand soin de ne pas dissocier les deux victoires de la France, valorisant le 11 novembre au même degré que le 8 mai, et associant par son itinéraire les deux monuments symboliques, l'Arc de Triomphe et le Mont-Valé-

⁵ A. Wiewiorka, *Déportation et génocide. Entre la mémoire et l'oubli*, Paris 1992.

⁶ R. Frank, *A propos des commémorations françaises de la Deuxième Guerre mondiale*, in: A. Wahl (dir.), *Mémoire de la Deuxième Guerre mondiale*, Metz 1984, p. 284–285.

rien. Mais dès son voyage d'octobre 1945 en zone française d'occupation, et dans un style plus discret qui surprit peut-être certains de ses fidèles, il décrit le Rhin comme un «lien aujourd'hui occidental», et alla même jusqu'à suggérer une «compréhension mutuelle» et une «moindre rigueur». Cette ambiguïté foncière de l'Allemagne, il devait la résumer plus tard (mai 1949) dans une formule célèbre: «L'Allemagne, énorme et par certains côtés admirable de dynamisme . . . mais sollicitée toujours par le démon de la domination»; vision qui reprenait des thèses classiques (Edmond Vermeil) et leur redonnait dans l'opinion un impact qui n'a pas disparu de nos jours⁷.

Ainsi, ni l'une ni l'autre des deux grandes cultures politiques issues de la Résistance ne pouvait inspirer d'attitude positive à l'égard d'un secteur quelconque du peuple d'Allemagne occidentale. C'est pourquoi les premières initiatives dans ce sens furent généralement restreintes aux milieux de ce qu'on pourrait appeler l'antifascisme chrétien. Héritiers des minorités d'avant-guerre au sein de leurs Eglises respectives (minorité particulièrement faible chez les Catholiques), ils étaient immunisés contre les tentations nationalistes et les désirs de revanche à tout prix. Une forte culture biblique et théologique les avait rendus très tôt lucides vis-à-vis du néopaganisme et de l'antisémitisme nazis. Enfin, depuis 1936 ils s'étaient tenus informés par solidarité confessionnelle du sort de leurs coreligionnaires allemands victimes du *Kirchenkampf*, et n'avaient cessé d'en exalter l'esprit de résistance, non sans exagération parfois. On signale ainsi le cas de deux pasteurs, aumôniers militaires dans la zone d'occupation française, qui admiraient le combat de l'Eglise confessante «en l'hypertrophiant au besoin». De même, chez les Catholiques de progrès, les Cahiers clandestins du groupe Témoignage chrétien avaient pris comme référence les textes de protestation des évêques allemands – peut-être pour les opposer implicitement aux prudences excessives de leur propre hiérarchie. Mais après la fin de la Guerre ils durent quelque peu modérer leur admiration: quand le jésuite du Rivaud publia, dès le premier numéro de la revue «*Documents-Dokumente*» (août 1945) un panégyrique de l'Eglise catholique allemande et en déduisit qu'elle aurait un rôle majeur à jouer dans le renouveau de son pays, il s'attira les reproches de ses collaborateurs français . . . et allemands⁸.

Désormais l'idéalisation du passé n'était plus de mise, même chez ces hommes, religieux ou laïcs, particulièrement bien disposés. L'heure était venue des

⁷ J. Touchard, *Le Gaullisme 1940-1969*, Paris 1978, p.37; R. Frank, *A propos*, p.283-284; J. P. Rioux, *France 1945: l'ambition allemande et ses moyens*, in: *France-Allemagne 1944-1947*, Cahiers de l'Institut d'Histoire du Temps présent, décembre 1989-janvier 1990, p.37-46.

⁸ F. Hartweg, *Protestantisme et Résistance sous le Troisième Reich*, in: *Documents* 1994, 3, p.76; R. Wintzen, *Initiatives privées et personnelles: les revues Documents et Dokumente*, Vent Debout et Verger, in: J. Vaillant (dir.), *La dénazification par les vainqueurs*, Lyon 1981, p.123-130; H. Hürten, *Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen. Die Rolle der katholischen Kirche und der christlich-demokratischen Parteien*, in: *France-Allemagne 1944-1947*, p.255-264.

rencontres, souvent des affrontements, entre vainqueurs et vaincus, et des conclusions qu'allaient en tirer quelques grands médiateurs, essentiellement des germanistes, pour dessiner devant le public français le portrait des Allemands des «années zéro».

Parmi eux, Robert d'Harcourt n'était pas a priori le moins compréhensif: c'est lui qui avant la Guerre avait fait partager aux Catholiques les tribulations de leurs frères allemands. Pourtant, les impressions de voyage qu'il publia en 1947 et 1950 avaient de quoi inquiéter: le malheur durcissait les Allemands sans les éclairer, ils ne voyaient dans la révélation des horreurs passées que propagande mensongère, ils s'indignaient exagérément des injustices de la dénazification, leurs juges fermaient les yeux sur les résurgences du nazisme, les réfugiés de l'Est n'attendaient qu'une nouvelle Guerre mondiale . . . Il notait quand même des signes d'espérance: bien faibles à la première date, comme l'apparition de «minorités généreuses» (Kogon, Goes, Dirks, Pribilla); plus significatifs dès la deuxième, comme un certain retour au sens du réel, et le peu d'impact du nationalisme «des Niemöller, Remer, Dehler, Schumacher»(!)⁹. Mais allant plus loin, il partageait la responsabilité de cet état d'esprit entre les Allemands eux-mêmes et leurs vainqueurs trop imprégnés d'un «pharisaïsme de justiciers»; citant Albert Béguin il dénonçait «au-delà de la culpabilité particulière de l'Allemagne, une faute et une crise communes à tous les hommes de ce temps»¹⁰. De la déception il s'efforçait donc de passer au jugement équilibré. On peut lui opposer l'imperturbable fidélité d'Edmond Vermeil à ses thèses d'avant-guerre (rééditées à peu près telles quelles en 1945). Celui qui passait pour le patron de la germanistique française se félicitait évidemment de la disparition de la Prusse, de la mise à l'écart des provinces ost-elbiennes et de la montée en puissance de la démocratie-chrétienne occidentale. Mais il persista longtemps dans sa méfiance, notamment vis-à-vis des jeunes qu'il jugeait encore infectés par la *HJ*; en 1953 il ne cacha pas certaine réserve devant le premier livre d'Alfred Grosser, trop sévère à ses yeux pour la politique allemande des vainqueurs; et en 1956 encore, il devait intituler sa contribution au premier numéro de la revue *Allemands d'aujourd'hui*: «Continuité historique de l'Allemagne»¹¹.

Cette tendance à une lecture simplifiée de l'histoire de l'Allemagne et à une description quasi-génétiq ue de son peuple, on la retrouvait chez certains fonc-

⁹ Un amalgame assez étrange, mais qui surprendra moins quand on se rappellera que Schumacher par exemple, était la bête noire de presque tous les observateurs français: François-Poncet le qualifiait tout simplement de «nouvel Hitler». Cf. U.Lappenküper, *Der Schuman-Plan*, in: *VfZ*, 1994, p. 442.

¹⁰ R. d'Harcourt, *Les Allemands d'aujourd'hui*, Paris 1947; *Visage de l'Allemagne actuelle*, Paris 1950; cf. H. Auerbach, «Que faire de l'Allemagne?» *Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944–1950*, in: *France-Allemagne 1944–1947*, p. 289–299.

¹¹ E. Vermeil, *L'Allemagne. Essai d'explication*, Paris 1939, nouvelle édition Paris 1945; préface à: A. Grosser, *L'Allemagne de l'Occident 1945–1952*, Paris 1953; cf. H. Auerbach, article cité ci-dessus.

tionnaires de la zone française d'occupation, dont l'influence ne saurait être sousestimée – sinon toujours sur l'opinion générale (car leurs observations étaient rarement destinées à la publication), du moins sur leurs supérieurs. Les officiers du Deuxième Bureau, par exemple, s'appuyaient sur des études américaines pour essayer de comprendre ces étonnants Allemands, à la fois rationnels et émotifs et «extraordinairement égocentriques». Mais la suspicion dominait quand même. Chaque manifestation de mécontentement dans la population leur était une preuve de la persistance du culte d'Hitler, un germe de renaissance du nazisme; au moment des premières élections libres, ils assuraient que beaucoup de ceux qui allaient voter socialiste restaient au fond du coeur nationaux-socialistes – un jeu de mots qui trahissait une extrême méfiance à l'égard du parti de Schumacher. Encore plus dangereux leur paraissaient les prisonniers de guerre récemment libérés, d'où pouvaient surgir de nouveaux *Führer*¹². Déformation professionnelle? Peut-être. Car chez un administrateur civil comme J. Deshayes, chef du service de la jeunesse en Bade, des a priori psychologiques analogues à ceux des officiers pouvaient aboutir à des conclusions pratiques nettement plus optimistes. Dans une conférence à l'École des Hautes Etudes commerciales de Paris, Deshayes commençait, comme tant d'autres, par définir «les caractéristiques de l'âme allemande, cette étonnante faculté de renouvellement . . . cette facilité à collaborer avec l'occupant . . . qui n'est peut-être qu'un aspect de ce «devenir» qui marque l'âme allemande». A l'en croire, cet esprit de soumission devrait paradoxalement éliminer chez les jeunes les dernières survivances des années passées à la *HJ*, surtout dans cette province où les structures familiales et confessionnelles avaient mieux tenu le coup devant les pressions du Parti. Mais hélas, il fallait bien reconnaître que l'expérience de tous les jours se révélait décevante: les nouvelles organisations de jeunesse restaient squelettiques, ou bien se laissaient entièrement encadrer par le clergé. Ainsi les stéréotypes sur «l'âme allemande» servaient tour à tour à justifier des espérances et à expliquer des échecs¹³. On se gardera cependant d'attribuer la même mentalité à l'ensemble des fonctionnaires de la culture en zone française: Joseph Rován, qui fut l'un d'eux, se rappelle qu'on y trouvait aussi bien des conservateurs ne pensant qu'à la revanche, que des réactionnaires «et même fascistes», des libéraux et progressistes souvent d'origine chrétienne, des socialistes et des communistes¹⁴.

¹² M. Steinert, *Zwischen Gestern und Morgen. Volksmeinung und öffentliche Meinung in der französischen Besatzungszone 1945–1947 im Spiegel französischer Quellen*, in: *France-Allemagne 1944–1947*, p. 47–82.

¹³ J. Deshayes, *Le problème de la jeunesse*, in: J. Vaillant (dir.), *La dénazification par les vainqueurs*, Lille 1981, p. 157–162 (date de rédaction: 1948).

¹⁴ J. Rován, *Les relations franco-allemandes dans le domaine de la jeunesse et de la culture populaire (1945–1971)*, in: *Cent ans de rapports franco-allemands 1871–1971*, *Revue d'Allemagne*, juillet–septembre 1972, p. 683–684.

Raymond Schmittlein, qui se trouvait à leur tête, se méfiait, lui, des a priori. Une théorie fondée sur le caractère prétendument immuable des Allemands n'était à ses yeux qu'une «théorie raciale analogue à celle d'Hitler», et il n'admettait pas davantage la distinction entre «d'un côté les nazis et de l'autre les bons Allemands . . . chaque Allemand (ayant été) plus ou moins nazifié selon que sa situation et son tempérament lui laissaient absorber tout ou partie du poison qu'il ne pouvait pas ne pas respirer». C'est donc uniquement à partir de l'expérience de deux ans de rééducation (il écrivait ceci vers la fin de 1947) qu'il convenait de juger les différentes générations. Les plus de trente ans étaient «irréductibles». Au-dessous, il fallait distinguer: les anciens combattants, revenus bien conscients des crimes du nazisme, mais pas encore des vertus de la démocratie; les plus jeunes, sincères et de bonne volonté, surtout dans cette Allemagne du Sud-Ouest où la tutelle de la *HJ* avait été moins contraignante; les élèves des gymnases, «le groupe le moins bon», toujours imprégnés d'esprit bourgeois et nationaliste. La tâche prioritaire consistait donc à briser cet univers élitiste des gymnases en unifiant les filières de l'enseignement secondaire. Mais comme ce projet déclenchait des tempêtes dans le corps enseignant, dans le clergé et au *Landtag*, Schmittlein, prenant à nouveau les adultes pour cibles, terminait son rapport par une philippique contre toutes les élites intellectuelles, jusqu'à en oublier ses mises en garde initiales à propos de la psychologie des peuples: «L'Allemand est en général profondément honnête (mais) il ignore ce qu'est l'honnêteté intellectuelle.» On peut penser que la blessure d'amour-propre d'un auteur en mal de réforme avortée n'était pas étrangère à cette réapparition de la psychologie collective¹⁵.

Enfin le tableau serait incomplet si l'on ne signalait les analyses originales, totalement immunisées contre les passions collectives, de certains hauts fonctionnaires parisiens. Au Quai d'Orsay, un Massigli, un Chauvel, osaient mettre en garde leur ministre contre la répétition des erreurs de 1919, tâchant – vainement – de lui expliquer que l'intransigeance de la France avait été plus ou moins directement responsable de l'arrivée d'Hitler au pouvoir, et qu'il fallait renoncer à un démembrement de l'Allemagne. Ce réalisme, qui aurait sans doute provoqué des cris d'indignation s'il avait été porté sur la place publique, était même partagé par l'Etat-Major de la Défense nationale (à distinguer de celui de l'Armée de terre). Sans influence pour le moment sur les grandes décisions diplomatiques, ces idées purent retrouver un impact quelques années plus tard¹⁶.

Entre les avis des experts, du moins ceux qu'elle connaissait, et l'opinion publique, la grande presse fonctionnait évidemment comme un filtre, et ce qui dans des livres ou des revues pouvait être qualifié de théorie réapparaissait

¹⁵ R. Schmittlein, La rééducation du peuple allemand, in: J. Vaillant (dir.), La dénazification, p. 139–155 (date de rédaction: fin 1947–début 1948).

¹⁶ E. Weisenfeld, Quelle Allemagne, p. 37.

dans les journaux sous forme de lieu commun. En Alsace, qui servira ici d'exemple régional, les éditorialistes, les reporters revenant d'outre-Rhin, le nouveau personnel politique, chacun, par-delà les clivages idéologiques, se joignait aux autres pour refuser le partage entre bons et mauvais Allemands et dénoncer leur persévérance dans le mal: ils refusaient de se repentir, plaçaient leur seul espoir dans une nouvelle guerre, ne feignaient de collaborer avec les occupants que par hypocrisie, leur jeunesse restait intoxiquée. Les nouveaux partis prétendument démocratiques ne pouvaient inspirer que de la méfiance, la CDU trop liée à la grande industrie, la SPD trop nationaliste, la FDP truffée d'anciens nazis. Certes il convenait de louer la tâche de rééducation entreprise par les autorités françaises, mais elle ne serait pas accomplie avant plusieurs générations. . . . Ce qui surprend dans cette agressivité, ce n'est pas sa virulence, mais qu'elle se soit calmée aussi rapidement: dès la fin de 1947 on pouvait lire les premières allusion à une nécessaire compréhension mutuelle, et les premiers appels à une construction de l'Europe (où l'Alsace pourrait servir de truchement), seul moyen de contrôler le dynamisme allemand¹⁷.

Sans doute l'Alsace, traumatisée par l'annexion au Troisième Reich, pouvait-elle passer pour un cas particulier. Mais l'ensemble de la presse nationale ne se différençait guère, sinon par son immobilisme, de celle de la «province-martyre». Non seulement l'actualité – procès des criminels de guerre, destruction de la Prusse, divergences entre Alliés sur les réparations, etc. – fournissait de multiples occasions de rappels douloureux, mais les très nombreuses enquêtes en Allemagne occupée dressaient des vaincus un portrait uniformément négatif: fidélité à Hitler, bonne conscience, désir de revanche, l'Allemand restait «l'éternel Allemand». On constate même que les débuts de la Guerre froide ne contribuèrent nullement à tempérer cette intransigeance, témoin le tollé suscité par les décisions de Londres en juin 1948. Seule la presse de la SFIO témoigna de quelque modération pendant ces années, ce qui explique peut-être certains échecs, ou demi-échecs électoraux du parti¹⁸.

C'est que l'opinion «globale» suivait bien la presse. Qu'on la mesure grâce aux sondages, méthode encore peu sophistiquée mais qui fournissait tout de même des pourcentages révélateurs, ou qu'on la découvre à travers les rapports des préfets, plus impressionnistes mais tout à fait concordants, le terme de quasi-unanimité n'est pas excessif. Pendant un an et demi le démembrement de l'Allemagne recueillit l'approbation des trois quarts des personnes interrogées, et cette proportion ne tomba qu'à deux tiers au début de 1947. A peine moins nombreux étaient ceux qui souhaitaient faire de l'Allemagne un

¹⁷ P.J. Schaeffer, *L'Alsace et l'Allemagne de 1945 à 1949*, Metz 1976, p. 228–237, 281–284.

¹⁸ D. Hüser, *Frankreich, Deutschland und die französische öffentliche Meinung 1944–1950: innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen*, in: S. Martens (dir.), *Vom «Erbfeind» zum «Erneuerer». Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem 2. Weltkrieg*, Sigmaringen 1993, p. 41–52.

pays exclusivement agricole, et un sur dix seulement estimait que les Allemands pourraient un jour devenir pacifiques. Selon certains préfets, qui tout en confirmant ces grands traits de l'opinion essayaient de les expliquer, le peuple français pressentait que son pays ne figurait plus parmi les grandes puissances, et craignait d'autant plus vivement que les Alliés ne favorisent la résurrection de son dangereux voisin; à chaque évocation d'un possible assouplissement de la politique de punition (voyage de de Gaulle en zone française d'octobre 1945, discours de Byrnes de septembre 1946) il réagissait en se crispant davantage. La montée du péril oriental, manifestée en 1948 à Prague puis à Berlin, devait, non pas substituer un ennemi à un autre dans l'imaginaire collectif (sauf en Alsace comme on a vu), mais seulement y faire coexister deux ennemis, l'Allemand et le Russe¹⁹. Par un singulier retour aux déchirements des années trente, il ne se constituerait plus désormais que des majorités relatives et instables pour décider lequel des deux était le plus dangereux.

Les responsables de la politique étrangère n'ont-ils donc fait pendant trois ans qu'obéir aux impulsions de l'opinion en négligeant les avis plus réalistes de leurs proches conseillers? Il est certain que tous partageaient au fond d'eux-mêmes la crainte générale de la puissance allemande: R. Poidevin a pu ainsi constituer un florilège de citations, depuis de Gaulle jusqu'à Schuman en passant par les chefs radicaux et socialistes. En particulier il serait tout à fait faux d'opposer, en un contraste manichéen, d'une part un de Gaulle et un Bidault «patriotes» ou «chauvins» (selon le point de vue de l'observateur) et de l'autre un Schuman «germanophile naïf» ou «apôtre de l'Europe». La différence était ailleurs, d'ordre stratégique plus qu'idéologique. Les deux premiers ont cherché à exploiter l'esprit de revanche de la majorité des Français comme un levier de négociation avec les trois Grands – sans grand résultat comme on sait. Quand l'échec fut devenu patent, on découvrit que désormais l'action diplomatique devrait s'accompagner d'un vaste effort de pédagogie à usage interne²⁰.

«Que faire avec les Allemands?» (1949–1980)

Le recul permet aujourd'hui d'embrasser d'un seul coup d'oeil la trentaine d'années qui ont séparé la naissance de l'Europe de la première participation active des citoyens à ses institutions, les élections de 1979. Tandis que l'Allemagne passait du statut d'objet à celui de partenaire, l'image que s'en figu-

¹⁹ D. Hüser, *Frankreich, Deutschland*, p. 30–41.

²⁰ R. Poidevin, *La France devant le danger allemand (1945–1952)*, in: *L'Allemagne et la sécurité de l'Europe*, *Revue d'Allemagne*, mai 1991, p. 37–48; D. Hüser, *Frankreich, Deutschland*, *passim*.

raient les Français évolua selon un rythme plus heurté, alternant les réveils des hantises traditionnelles avec les phases de confiance accrue, fondées sur le prestige des dirigeants des deux pays, la tonalité nouvelle des organes d'information, et des contacts personnels multipliés. Des bibliothèques entières ont été consacrées à ce qu'on a appelé, dans un style un peu trop romanesque, la «réconciliation» franco-allemande. On se contentera ici d'en évoquer certaines crises – non qu'il faille privilégier par principe les trébuchements de l'histoire, mais parce que ce sont des occasions où resurgissent, encore noires ou déjà pâlies, les ombres du passé.

D'un côté l'actualité ne cessait de faire remonter au grand jour les souvenirs de la Guerre, et de déclencher des polémiques d'autant plus virulentes qu'elles s'accompagnaient d'interrogations troublantes sur les complicités de Français avec les brutalités de l'occupant. Le procès d'Oradour (1953) entremêla ainsi: le désir de vengeance, principalement dans le Limousin qui avait été un haut lieu de la Résistance; la peur de l'Allemagne éternelle, exploitée par le Parti communiste qui établissait une filiation entre les SS, «première armée européenne», et le plan de Communauté européenne de Défense (CED); et enfin les rancoeurs des Alsaciens jadis mobilisés «malgré eux» dans les *Waffen-SS* comme dans la *Wehrmacht*. L'affrontement entre deux mémoires régionales, entre le martyr limousin et l'innocence alsacienne, fut un peu apaisé par l'amnistie qui suivit de près les condamnations. Mais celle-ci, dans la mesure où elle discriminait entre les condamnés alsaciens et allemands, provoqua à son tour des remous en Allemagne (Adenauer déclarant que les *Waffen-SS* avaient été des soldats comme les autres); d'où un nouveau contre-coup en France, où l'idée d'une Allemagne solidaire du nazisme se trouva renforcée²¹. Par la suite ces traumatismes se réveillèrent périodiquement lors des procès de criminels de guerre (d'Oberg et Knochen à Paris en 1954 jusqu'à Lischka, Hagen et Heinrichsohn à Cologne en 1980), étalés dans le temps par l'impuissance ou la mauvaise volonté de juges des deux pays, lors de leur libération ultérieure, lors des débats sur le caractère imprescriptible des crimes contre l'humanité (voté en France en 1964 alors qu'il semblait devoir être abandonné en RFA)²². Par ailleurs les esprits restaient profondément divisés sur certaines modalités du culte du souvenir et sur la signification de ses principaux symboles, les monuments et les célébrations. Les monuments aux héros de la Résistance évoquaient dans leurs inscriptions tantôt «la barbarie nazie» tantôt «la barbarie allemande», et l'on commençait à entendre quelques (timides) demandes de rectification de cette deuxième formule. Sur la commémoration du 8 mai la controverse dura trente ans: ce jour-là devait-il rester férié et chômé? la fête devait-elle être reportée au dimanche suivant? ou même supprimée, comme

²¹ P. Barral, L'affaire d'Oradour, affrontement de deux mémoires, in: A. Wahl (dir.), Mémoire, p. 243–252.

²² H. Rousso, Le syndrome de Vichy, Paris 1987, p. 73, 109, 158–159.

V. Giscard d'Estaing le proposa en 1975 en invoquant la réconciliation franco-allemande? Immédiatement les Communistes, les associations d'anciens résistants et déportés protestèrent au nom de leurs morts; le socialiste G. Defferre fit valoir qu'on s'était battu «contre les nazis et non contre le peuple allemand», ce qui détruisait l'argumentation du Président. Et l'on en revint au jour férié²³.

Ceux qui établissaient une distinction entre les nazis et l'ensemble des Allemands devaient-ils aussi en accepter une autre, cette fois entre les SS et l'armée régulière? Vers 1950 personne en France n'aurait pu même y songer. Or celle-ci risquait bien de ressusciter avec le réarmement de la RFA. Le projet de CED offrait-il une occasion de revanche au vieux militarisme germanique, ou bien permettrait-il au contraire de l'encadrer et de le contrer? C'est là-dessus que les esprits s'enflammèrent pendant quatre ans, de 1950 à 1954. Non que la question restât en permanence au premier plan de l'actualité: les polémiques tournaient aussi autour de la guerre d'Indochine, de l'expérience Mendès-France, etc. Mais la CED mettait nettement en cause le rôle de la France comme grande puissance, et pour certains son identité-même, puisqu'elle entraînait selon eux la fin de l'armée nationale: le terme de «querelle» est donc un peu faible pour qualifier une profonde division des esprits. Au niveau des hommes politiques, le débat fut «embrouillé» (A. Grosser) par l'hétérogénéité des deux camps. Parmi les adversaires du traité, les uns, notamment les Communistes, rappelaient la séculaire menace allemande; les autres au contraire, par exemple au centre gauche, s'appuyaient sur l'hostilité des «vrais démocrates» d'outre-Rhin, syndicalistes, sociaux-démocrates, jeunes ou protestants. Parmi les partisans, il était présenté tantôt comme un acte de confiance envers la nouvelle Allemagne, tantôt comme une précaution contre ses inquiétantes nostalgies: c'est ainsi qu'après le vote négatif du Parlement Paul Reynaud, l'un des plus farouches «CEDistes», prophétisa que désormais on se trouverait face à une *Wehrmacht* indépendante et commandée par «les hommes de la guerre fraîche et joyeuse, les militaires, les anciens nazis». A un niveau de responsabilité inférieur, les animateurs de rencontres internationales, les connaisseurs des réalités allemandes, étaient tout aussi divisés, certains craignant un renforcement des tendances à la Restauration, d'autres persuadés que l'intégration européenne accélérerait le processus de démocratisation²⁴.

Il est naturel que l'opinion publique ait reflété ces incertitudes. L'image d'ensemble de l'Allemagne, en contraste avec la quasi-unanimité de l'après-guerre, était devenue extrêmement floue. À la question: «La mentalité allemande d'aujourd'hui diffère-t-elle de celle de l'époque d'Hitler?», posée en juillet 1954, un tiers répondait oui, un tiers non, et un tiers s'avouait sans opinion. Mais les réponses à une question légèrement différente: «Êtes-vous favorable

²³ R. Frank, A propos, p. 287-289.

²⁴ A. Grosser, A la recherche d'une politique franco-allemande, in: R. Aron et D. Lerner (dir.), La querelle de la CED, Paris 1956, p. 91-107.

à un rapprochement franco-allemand?», ventilées entre des catégories plus fines, offraient des contrastes plus nets: les jeunes, et à un moindre degré les vieux, s'y montraient plus favorables que les adultes actifs, les hommes plus que les femmes. Finalement le facteur le plus discriminant semble avoir été d'ordre culturel: plus le niveau de la scolarité antérieure était élevé, plus augmentait le pourcentage des «oui», au point de dépasser les 80 % chez les diplômés d'enseignement supérieur. Quant aux points plus précis du réarmement allemand et du traité lui-même (d'ailleurs fort mal connu dans son contenu exact), les résultats des sondages avaient suivi depuis quatre ans une courbe en zig-zag, avec, entre les réponses aux deux problèmes au même moment ou bien à un seul à quelques mois de distance, des écarts surprenants qui ne peuvent pas s'expliquer seulement par un manque de rigueur des enquêteurs. Seuls manifestaient quelque cohérence les électeurs communistes dans l'hostilité et les démocrates-chrétiens dans l'approbation, tandis que les socialistes, les radicaux et même les gaullistes (!) se partageaient en trois tiers²⁵.

Paradoxalement la confusion des débats préliminaires et l'ambiguïté du vote final à la Chambre (qui en enterrant le projet sans discussion ne satisfait que peu de monde) devaient ensuite éclaircir l'atmosphère et faciliter la tâche des constructeurs de l'Europe. Il est peut-être exagéré de prétendre, comme G. Ziebura, que tout se passa alors comme si la France s'était purgée de sa germanophobie. Mais la courbe des sondages favorables à la RFA n'allait cesser de monter de façon continue, passant de 9 % fin 1954²⁶ à 53 % dix ans plus tard. Lors de la fondation de la Communauté économique européenne en 1956, seuls les Communistes et quelques amis de Mendès-France persistèrent à reprendre les données du «problème allemand» dans des termes inchangés. Et le traité de 1963 recueillit un large assentiment, grâce à son contenu mais sans doute aussi grâce à la magie de la mise en scène et du verbe gaullistes, qui ne s'embarrassaient pas pour «évacuer comme anachroniques les pires traumatismes des Français»²⁷.

Quoique dépourvus de cette séduction rhétorique, il ne faut pas négliger le rôle des universitaires, historiens ou «civilisationnistes»²⁸, auprès d'un public plus restreint mais fort influent: cadres de l'Etat et de l'économie, professeurs spécialistes des lycées – ceux-ci occupant à leur tour une position stratégique à une époque où l'allemand redevenait la première langue préférée des bons élèves. Dans la (trop) petite troupe des historiens, J. Droz fut le premier à rom-

²⁵ A. Girard et J. Stoetzel, *L'opinion publique devant la CED*, *ibid.*, p. 127-155.

²⁶ Chiffre peu conciliable, il faut le reconnaître, avec les données du sondage de juillet de la même année! Encore une fois il faudrait mettre en cause le libellé des questions, la représentativité de l'échantillon, etc. Mais l'évolution postérieure, une fois supposée la continuité méthodologique, est très nette.

²⁷ G. Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, p. 82, 90, 113.

²⁸ Terme désignant les spécialistes de la société ou des institutions d'un pays étranger, par opposition aux «linguistes» et aux «littéraires».

pre des lances contre la vision déterministe de l'histoire germanique «de Luther à Hitler», en s'appuyant un peu paradoxalement sur les derniers travaux de G. Ritter²⁹. A. Grosser, lui, serait à classer plutôt parmi les politologues, mais par-delà sa spécialité il allait jouir jusqu'à nos jours du prestige d'une sorte de Janus, observant les Allemands pour le profit des Français et réciproquement. Or, entre ses deux premiers ouvrages, l'un de 1953 et l'autre de 1958³⁰, le regard sur l'Allemagne avait nettement changé. Dans le premier, après avoir refusé «d'étudier le comportement des Allemands à partir d'un racisme analogue à celui qu'on leur reproche» et rappelé que les premiers détenus dans les camps de concentration avaient été des résistants allemands, il n'en considérait pas moins le peuple qu'il avait sous les yeux comme une sorte d'objet pétrifié, reprenait l'expression «d'extraordinaire égocentrisme» que nous avons déjà rencontrée, s'inquiétait à la fois de l'étroitesse d'horizon chez les jeunes et de voir «les leviers de commande entre les mains de gens qui représentent le passé»; pour expliquer cette passivité générale il n'hésitait à mettre en cause les maladresses des Alliés. Le second livre au contraire présenta les Allemands comme un peuple autonome, avec ses bons et ses mauvais comportements: développement de l'instruction civique mais timidité des enseignants, condamnations du nazisme mais réapparition des «ex», européens sincères contre militaristes incorrigibles, etc. Avec une certaine audace il assurait que le fait même pour la Droite nostalgique de jouer le jeu des nouvelles institutions était un premier signe d'intégration et de consolidation. En laissant ainsi à ses lecteurs français leur liberté de jugement, il contribua sans doute plus au changement d'atmosphère que s'il eût prêché un optimisme sans nuances.

Vers cette époque de nombreuses familles françaises purent pour la première fois recevoir pour ainsi dire les Allemands chez elles, grâce à la télévision. Quel portrait celle-ci leur fournit-elle de ces nouveaux hôtes? Le bilan global que trace H. Ménudier pour les deux décennies 1963–1983 est finalement assez contradictoire³¹. Certes, dans les émissions d'information, la couverture des événements de RFA aurait été selon lui «acceptable»; mais il ne faut pas oublier qu'elles furent pendant une grande partie de cette période sous la surveillance étroite du pouvoir politique, et qu'on n'y trouvait donc que ce qu'il voulait faire penser aux Français. L'impact des films aura sans doute été plus profond, mais son appréciation est compliquée par le fait qu'ils étaient rediffusés sur les petits écrans dans un ordre très différent de leur première apparition dans les salles de cinémas. Le téléspectateur se voyait ainsi confronté tour à tour à des

²⁹ J. Droz, Les historiens français devant l'histoire allemande, trad. fr. in: Europa. Erbe und Aufgabe, Wiesbaden 1956, p.249–256 (original en allemand 1954).

³⁰ A. Grosser, L'Allemagne de l'Occident 1945–1952, Paris 1953; id., La démocratie de Bonn 1949–1957, Paris 1958, notamment chapitre 6 «Civisme, restauration, réarmement».

³¹ H. Ménudier, L'Allemagne à la télévision française depuis 1963, in: id., L'image du voisin à la télévision, tome 1, Göttingen 1986, p.24–65.

Allemands brutaux et nazis dans les films de guerre issus des années cinquante, et à des Allemands plus humanisés mais également «typiques», souvent ridicules, lors de la vogue du «rétro» dérisoire (on eut même droit à des SS bouffons . . .). Les problèmes contemporains de la RFA étaient bien traités par les oeuvres du «jeune cinéma» allemand, que les émissions de ciné-clubs présentaient à une heure tardive, mais leur succès auprès du public intellectuel «a été alimenté par la satisfaction de voir les auteurs donner de la RFA l'image négative correspondant aux préjugés français» (A. Grosser). Enfin les documentaires – une trentaine en vingt ans, donc fort peu – visaient parfois expressément à détruire les vieux clichés de l'agressivité, du romantisme, de la puissance mécanique «spécifiquement germaniques»; mais d'autres continuaient à y succomber allègrement, à en juger par des titres tels que: «Le complexe allemand», «Allemagne, la puissance et la peur», ou encore «L'Allemagne et le vertige». Même s'il n'était pas découragé par ces suggestions peu cohérentes, le téléspectateur devait avoir du mal à se représenter ses voisins dans leur réalité présente! A quoi s'ajoutait l'obstacle supplémentaire des polémiques franco-françaises sur un passé national redevenu brûlant. On le vit bien en mars 1979 lors de la projection du feuilleton américain «*Holocaust*» et des débats confus qui s'ensuivirent, où se croisaient les rappels des complicités françaises et les énumérations de tous les autres génocides de l'histoire. Il semblait à certains moments que le problème jusque là central des responsabilités allemandes fût relégué à l'arrière-plan³².

De ces diverses impulsions est née vers la fin des années soixante une image de l'Allemagne apparemment nouvelle, mais en réalité très traditionnelle, par une mise entre parenthèses rétrospective du nazisme, et un retour aux clichés plus anciens. Le changement est né, par exemple, dès 1966–67 chez les jeunes ouvriers et étudiants français interrogés par l'Office franco-allemand de la jeunesse (OFAJ) à l'issue de leurs rencontres avec des Allemands du même âge. Invités à dresser une liste des défauts de leurs partenaires, ils refusaient les termes de «brutalité» et de «barbarie» et bornaient leur sévérité à «raideur», «intolérance», et «grossièreté». Quant aux qualités, ils redécouvraient inconsciemment la palette chère à leurs grands-parents: sens de la musique, rigueur scientifique, et discipline au travail (même à l'issue de certains camps où la délégation allemande avait fait preuve surtout de nonchalance et de désordre . . .). De leur côté les adultes de milieux cultivés manifestaient une tendance analogue à la modération, admiratifs et inquiets à la fois devant le dynamisme, accompagné de déchirements intérieurs, de leurs correspondants. De là à conclure à un complexe d'infériorité français il n'y avait qu'un pas, vite franchi par les «imagologues», et qui devait être confirmé par une série d'incidents dans la décennie suivante.³³

³² H. Rousso, *Le syndrome*, p. 160–163, H. Ménudier, «*Holocaust* in Frankreich. Ein Lehrstück», in: id., *Das Deutschlandbild der Franzosen in den 70er Jahren*, Bonn 1981, p. 206–217.

³³ J. R. Ladmiral, *Éléments d'imagologie franco-allemande*, in: Id. et E. M. Lifrianski, *La communication interculturelle*, Paris 1989, p. 225–279.

En effet l'éternelle question «Faut-il avoir peur de l'Allemagne?» y fut périodiquement reposée, avec des réponses diverses mais le plus souvent exemptes de références au nazisme. Ainsi en 1968 l'échec d'une manoeuvre monétaire coordonnée entre les deux banques centrales, qui aggrava la dépréciation du franc par rapport au mark, suscita un renouveau de nationalisme, y compris dans le monde réputé rationnel de la finance. Deux ans plus tard les initiatives du chancelier Brandt en Europe orientale, qui démontraient que son pays n'était plus un «nain politique», réveillèrent en France le syndrome de Rapallo: Maurice Schumann – lui-même favorable à cette *Ostpolitik* – observa qu' «une sorte d'avertissement du subconscient historique, ou même parfois un retour offensif de la mémoire collective, provoque chez les anciennes victimes du pangermanisme . . . un malaise sourd ou une peur ouvertement avouée»³⁴. Plus surprenants encore furent les commentaires de certains journaux de Paris en 1977, lors des attentats de la Fraction Armée Rouge: selon eux cette violence de l'Extrême-Gauche risquait de provoquer soit une contre-violence de l'Etat, soit son affaiblissement et la montée d'un nouveau fascisme. *Le Monde* alla jusqu'à écrire que «seule une société monstrueuse peut engendrer des monstres», et accusa H. Schmidt de se montrer plus dur vis-à-vis de l'Extrême-Gauche que de l'Extrême-Droite. Mais c'en était trop: la *FAZ*, peu francophile en général, saisit l'occasion pour dénoncer l'ignorance, le schématisme et les complexes d'infériorité des Français. En France-même – pour ne citer que cet exemple – *La Croix* (catholique) demanda avec une feinte innocence pourquoi tout ce qui venait d'Allemagne était reçu négativement. Et *Le Monde*, sans faire d'autocritique, eut l'honnêteté de reproduire les protestations de ses confrères d'outre-Rhin, sous le titre: «La presse allemande accuse *Le Monde* d'antigermanisme»³⁵.

Ces rancoeurs ne pouvaient qu'être exploitées par une partie au moins de la classe politique. Ce fut le cas en 1979 pendant la campagne des élections au Parlement européen, qui coïncidait fâcheusement avec une crise de la sidérurgie française. Gaullistes et Communistes dénoncèrent les pro-européens (Giscardiens et Socialistes) comme le «parti de l'étranger», c'est-à-dire de la RFA. M. Debré rejoignit *L'Humanité* dans la polémique contre les cartels allemands, censés ruiner nos aciéries. Mais il faut noter que les allusions au nazisme restèrent très rares, et surtout qu'à nouveau les réactions en sens inverse furent vigoureuses, depuis Michel Rocard qui qualifia l'antigermanisme «d'inépuisable source de bêtise» jusqu'à Valéry Giscard d'Estaing qui condamna «ces tentatives de ressusciter l'antagonisme franco-allemand qui a amené le sang et les douleurs sur notre pays et sur nos familles» – et les

³⁴ G. Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, p. 113, 171.

³⁵ H. Ménudier, *Deutsch-französische Polemik um die BRD*, Documents, 1978; reproduit dans: Id., *Deutschlandbild*, p. 168-181.

Gaullistes durent à leur tour se défendre de tout antigermanisme systématique³⁶.

On pourrait poursuivre cette énumération jusqu'à nos jours, et notamment constituer un florilège des angoisses françaises lors de la réunification de l'Allemagne. Il serait facile également de montrer les contradictions, non seulement entre les courants de méfiance et de confiance envers l'Allemagne, mais encore au sein-même du premier, entre les reproches d'expansionnisme et de pacifisme, d'arrogance industrielle et d'écologisme sectaire, etc. Il paraît plus utile de terminer par deux observations générales.

La première relève de l'évidence: le cas des rapports franco-allemands n'est pas unique; avec la Grande-Bretagne et les Etats-Unis les relations, certes moins traumatiques, sont restées également passionnelles, et commandées alternativement par le comportement de ces pays et par les crises de l'identité française.

La deuxième remarque concerne le processus d'évolution des stéréotypes. Il semble que durant ce tiers de siècle le subconscient collectif français puisse être comparé à un manuscrit palimpseste. Dans une première phase seul le texte le plus récent, c'est-à-dire le mémorial de la Guerre, aurait été lisible à la surface. Puis il aurait été progressivement effacé par le recul du temps et par le flux d'informations sur l'Allemagne nouvelle, et l'on aurait vu réapparaître l'ancien texte jusque là sous-jacent, les stéréotypes de l'entre-deux-guerres (Rapallo), ou même ceux du début du siècle, tout de même moins chargés d'angoisse parce qu'ambivalents (dynamisme/instabilité, discipline/grégarisme ...)³⁷. Mais cette analogie ne rend pas totalement compte de la réalité; car le douloureux hier, en devenant avant-hier, ne s'est pas volatilisé: il est tiré de l'oubli tantôt par les historiens à des fins d'analyse, tantôt par les survivants par fidélité à leurs morts, tantôt par les mouvements civiques à titre d'avertissement.

³⁶ H. Ménudier, *Deutschfeindlichkeit im französischen Wahlkampf zum Europaparlament*, dans: *Id. Deutschlandbild*, p. 218-234.

³⁷ Sur ces images collectives des années 1900, cf. C. Digeon, *La crise allemande de la pensée française (1870-1914)*, Paris 1959.

VI. Das Problem der Teilung und der Wiedervereinigung Deutschlands

Hermann Graml

Zum Problem der deutschen Teilung

Bedeutende politische Ereignisse verändern nicht nur Gegenwartsbild und Zukunftserwartung der Zeitgenossen, sondern auch ihre Wahrnehmung der Vergangenheit. Meist leidet dabei die Wahrnehmung von der gewesenen Realität. So ist es nicht überraschend, daß uns die Vereinigung der lange getrennten Teile Deutschlands eine Flut von ahistorischen Urteilen – gefällt nicht zuletzt von Historikern – über die Geschichte sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokratischen Republik, vor allem aber über die Vermeidbarkeit der Entstehung zweier deutscher Staaten und ihrer jahrzehntelangen Sonderexistenz beschert. Hier sind ja auch Emotionen im Spiel, die mit einer wohl nicht zu unterdrückenden Gier nach neuer Deutung der Vergangenheit verlangen. Gerade die entscheidenden Bedingungen der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg drohen aus dem Blick zu geraten. So führt die jetzt wieder häufiger anzutreffende Vorstellung in die Irre, die Wahl anderer als der tatsächlich beschrittenen Wege sei für die Deutschen im Grunde eine Willensfrage gewesen. In Wahrheit stand die politische Entwicklung in Deutschland zumindest im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende unter Gesetzen, die den Deutschen die Freiheit der Entscheidung erst vollständig und dann noch eine ganze Weile fast vollständig nahmen.

Es ist offenbar notwendig geworden, an das Faktum zu erinnern, daß die deutsche Nachkriegsgeschichte ja nicht mit der Bildung zweier deutscher Staaten im Herbst 1949 begonnen hat, sondern am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr, als Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, im Hauptquartier von General Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der westlichen alliierten Streitkräfte in Europa, die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht des Dritten Reiches unterzeichnete. Der Anlauf des nationalsozialistischen Deutschland unter Hitler, zunächst Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen und ein auf die Landmasse zwischen Atlantik und Ural gestütztes Imperium zu errichten, war definitiv gescheitert – damit auch der Versuch der Nationalsozialisten, Liberalismus und Parlamentarismus in Europa zu beseitigen, alle Erscheinungsformen des Sozialismus und eines Kommunismus marxistischer Observanz zu vernichten und an deren Stelle einen Totalitarismus biologisch-rassistischer Prägung zu setzen; zugleich machte die Kapitulation die Fortsetzung des mit den beiden ersten Zielen aufs engste zusammenhängenden nationalsozialistischen Ausrottungsfeldzugs gegen die im deutschen Macht- und Einflußbereich lebenden Juden unmöglich. Nach langen Jahren

der politischen und dann auch militärischen Defensive hatten die parlamentarischen Demokratien des Westens und die stalinistische Sowjetunion nicht nur ihre Existenz behauptet, sondern einen totalen Sieg errungen.

Als sofortige politische Folge der Kapitulation war fürs erste sogar die staatliche Existenz Deutschlands suspendiert. Die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen nun die in Europa dominierenden Mächte der Alliierten: Großbritannien, Sowjetunion, USA und Frankreich. Mit einer am 5. Juni 1945 veröffentlichten Proklamation stellten die vier Mächte die Übernahme offiziell fest; als Regierung des total besetzten und in vier Besatzungszonen geteilten deutschen Territoriums sollte ein Alliiertes Kontrollrat in Berlin fungieren, der aus den vier Oberbefehlshabern der in Deutschland stationierten Besatzungstruppen bestand.

Mit diesem Akt setzten die Alliierten ihre Entschlossenheit in die Tat um, neben der militärischen auch die unumschränkte politische Verfügungsgewalt über Deutschland zu beanspruchen. Der Anspruch wiederum folgte aus einem Sicherheitsbedürfnis, das durch den erneuten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ aufs äußerste gereizt worden war und jetzt nach totaler Befriedigung verlangte. Erbittert durch die außerhalb der deutschen Grenzen nirgends ernstlich bezweifelte deutsche Verantwortung sowohl für den Ersten wie für den Zweiten Weltkrieg und tief erschreckt durch die Kraftentfaltung, zu der sich die deutsche Gesellschaft in beiden Kriegen fähig gezeigt hatte, stimmten in allen Siegerstaaten Bevölkerung und Politiker vorerst darin überein, daß brutaler Expansionismus ein Wesensmerkmal deutscher Politik sei und daß gegen eine Aggressivität, der ein so bedeutendes Potential zur Verfügung stehe, außergewöhnliche Vorkehrungen getroffen werden müßten. Die Verbrechen, die von den Organen des NS-Regimes in allen während des Krieges besetzten Ländern verübt worden waren, wirkten als zusätzliche Stimulation des Sicherheitsbedürfnisses und lieferten der Anwendung nahezu jeglicher Befriedigungsmittel das erforderliche gute Gewissen; die Abtrennung großer Teile Ostdeutschlands und die Vertreibung der Masse der Deutschen aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Rumänien, ja sogar aus den von der Sowjetunion und Polen annektierten ostdeutschen Gebieten zeigten das deutlich genug. Doch hielten sich die Alliierten nicht allein für berechtigt, die Grenzen Deutschlands nach eigener Machtvollkommenheit festzulegen, sie fühlten sich überdies berechtigt und im Interesse des Weltfriedens sogar verpflichtet, auch über die internationale Orientierung wie über die grundlegenden inneren Ordnungsprinzipien eines deutschen Staates oder mehrerer deutscher Staaten zu bestimmen.

Der politische Wille der Deutschen und deutsche politische Interessen konnten zunächst allenfalls eine sekundäre Rolle spielen, bestätigend oder passiv ablehnend wirken. Die Deutschen waren vorerst auch nicht imstande, aus ihrer Abhängigkeit her austreten zu wollen – nicht allein auf Grund der tiefen physischen und mentalen Erschöpfung, in der sich die Nation nach ei-

nem langen und blutigen Krieg befand, und nicht allein auf Grund der politischen Apathie, die dem Schock einer totalen Niederlage folgte, sondern doch auch auf Grund der bald eine wachsende Anzahl der Deutschen beeinflussenden Einsicht, daß jedenfalls für eine Weile die Nation fremde Leitung verdiene, ja ihrer sogar bedürftig sei, weil sie mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen einen furchtbaren politischen Irrweg eingeschlagen hatte und in eine singuläre moralische Katastrophe gestürzt war.

So nahmen die deutsche Bevölkerung und ihre politischen Repräsentanten auf Jahre einen Zustand hin, den hinsichtlich deutschlandpolitischer Grundfragen die Tatsache charakterisierte, daß die vier Besatzungsmächte, die für die Entwicklung Deutschlands die Verantwortung übernommen hatten, nicht mit den Deutschen, sondern nur über die Deutschen sprachen. Bei allen Deutschlandkonferenzen der Alliierten fehlten die Vertreter der Besiegten, und noch zur Gipfelkonferenz vom Juli 1955 konnten die zwei Monate zuvor mit der formalen Souveränität begabten Staaten Bundesrepublik und DDR lediglich Beobachterdelegationen entsenden. Während der Pariser Außenministerkonferenz von 1946 kam es zu einer bezeichnenden Szene. Am 9. Juli erörterten die vier Außenminister einen schon Monate zuvor vom Chef des State Department, James F. Byrnes, vorgelegten Entwurf eines Vertrags, der – seinerseits ein Zeugnis für das Bewußtsein totaler Handlungsfreiheit der Alliierten – vorsah, Deutschland noch nach der eigentlichen Okkupationsperiode 25 Jahre lang entwaffnet, neutralisiert und unter strikter Kontrolle zu halten. Als der sowjetische Außenminister Molotow, der nach Argumenten für eine Ablehnung des amerikanischen Entwurfs suchte, unter anderem sagte, die von Byrnes ins Auge gefaßten 25 Jahre seien eine zu kurze Frist, vielmehr hätten die Entwaffnung, Neutralisierung und Kontrolle Deutschlands 40 Jahre zu dauern, da hat Byrnes die sowjetische Anregung augenblicklich akzeptiert; keiner der Außenminister hat dabei einen Gedanken an die betroffenen Deutschen verschwendet, die gegen eine Verlängerung ihrer totalen Abhängigkeit um nicht weniger als fünfzehn Jahre vielleicht doch etwas einzuwenden gehabt hätten.

Gewiß war den Besatzungsmächten bewußt, daß auch ein besetztes Deutschland nicht in dem ohnmächtigen Stand der Jahre 1945 und 1946 gehalten werden konnte, daß vielmehr die wirtschaftliche Erholung und die Wiederkehr politisch-staatlicher Organisationsformen natürlich zugelassen werden mußten. Doch hat diese Erkenntnis das Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland und den Anspruch auf Verfügungsgewalt über Deutschland eher noch gesteigert. Im Grunde war es den Alliierten darum zu tun, den zur eigenen Entlastung und zur Erholung ganz Europas sogar notwendigen und zu fördernden wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands auf Wegen zu erreichen, die sicherten, daß die politische Konsolidierung weit dahinter zurückblieb und jedenfalls unter keinen Umständen ein unkontrolliertes Deutsches Reich mit der so mißbrauchten außenpolitischen Bewegungsfreiheit

wieder erstand. Darin waren sich die Führer der europäischen Besatzungsmächte untereinander und auch mit der Regierung der etwas distanzierteren und daher auf die Geschehnisse in Kontinentaleuropa gelassener reagierenden Vereinigten Staaten einig. Der Begriff „Integration“ meinte von Anfang an und völlig unabhängig von jeweiligen politischen Großwetterlagen die Bändigung der deutschen Aggressivität und die dauerhafte Beschneidung der deutschen Verfügungsgewalt über die Ressourcen Deutschlands.

Auch nach der Gründung zweier deutscher Staaten blieb die internationale politische Bewegungsfreiheit der Deutschen grundsätzlich suspendiert und in der Praxis stärkstens eingeschränkt. Sie standen nach wie vor unter Besatzungsrecht und durften formalisierte internationale Beziehungen zunächst lediglich zu ihren jeweils zuständigen Besatzungsmächten unterhalten. Sicherlich nicht als Kolonie der Westmächte zu bezeichnen, bot sich etwa die Bundesrepublik doch als eine Art Protektorat dar. Jedenfalls wurde die Souveränität der Bundesrepublik nicht von der Bundesregierung, sondern von einer Alliierten Hohen Kommission verwaltet. Die DDR befand sich, grundsätzlich gesehen, in der gleichen Lage, allerdings mit einem qualitativen Unterschied in der Praxis: Waren die Vertreter der Westmächte von Anfang an bemüht, größtmögliche Übereinstimmung mit den Beherrschten herzustellen, und konnten sie angesichts des fast totalen Erfolgs ihrer Anstrengung den Deutschen alsbald das Gefühl freiwilliger Partnerschaft vermitteln, so übte die Besatzungsmacht Sowjetunion in ihrem deutschen Protektorat die Führungsrolle mit Härte und ohne Rücksicht auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung aus. Doch kam es immer wieder zu Vorfällen, die zeigten, daß sich die beiden deutschen Staaten prinzipiell in durchaus ähnlicher Lage befanden: Noch am 14. Januar 1953 haben britische Besatzungsorgane Politiker, die es in der nordrhein-westfälischen FDP zu Rang und Einfluß gebracht hatten, verhaftet, weil sie, wie Außenminister Anthony Eden sagte, „antiwestliche Auffassungen und politische Ziele propagierten“.

Vom nie schlafenden Sicherheitsbedürfnis geleitet, nahmen die Besatzungsmächte ihre Funktion als Verwalter der deutschen Souveränität vor allem dann äußerst ernst, wenn es um die internationale Grundorientierung Deutschlands ging. Auf der Berliner Außenministerkonferenz von Anfang 1954 sagte Molotow in einer eher privaten Unterhaltung zu seinem amerikanischen Kollegen John Foster Dulles, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nicht den Fehler der Sieger von 1918 wiederholen und die Fesseln um Deutschland lockern dürften: „Es kommt darauf an, sicher zu sein, daß es eine Regierung gibt, die wir kontrollieren können.“ Natürlich zeugten solche Sätze auch für Molotows stalinistisches Politikverständnis, gleichermaßen jedoch für jenen abnormen Anspruch auf die politische Verfügungsgewalt über Deutschland, den nach abnormer Verletzung ein abnorm gesteigertes Sicherheitsbedürfnis begründete. Molotows westliche Gesprächspartner haben denn auch die Notwendigkeit, das internationale Handeln der Deutschen weiterhin zu kontrollieren, keineswegs bestritten.

Nun haben freilich alle Versuche der vier Besatzungsmächte, eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu finden, mit Fehlschlägen geendet, und zwar vor allem deshalb, weil hier ein zweiter Faktor ins Spiel kam, der in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende für den Umgang mit dem Problem Deutschland schon früh gleich wichtig war wie der erste Faktor und im Laufe der Zeit ständig noch mehr Gewicht gewann, nämlich die Verbindung jenes Sicherheitsbedürfnisses und jenes Anspruchs auf die Kontrolle Deutschlands, die das Produkt der Erfahrung des Dritten Reiches und der Furcht vor einer Renaissance von Nationalsozialismus oder doch von deutschem Nationalismus waren, mit den Emotionen und Ängsten, die der Konflikt zwischen dem von der Sowjetunion beherrschten kommunistischen Lager und dem von den USA geführten Lager der westlichen Demokratien weckte.

Zeitweilig schien der Kalte Krieg für die Deutschen vorteilhaft zu sein, weil die Besatzungsmächte die Deutschen als potentielle Bundesgenossen zu entdecken und in einer Weise zu umwerben begannen, wie das ohne den Kalten Krieg undenkbar gewesen wäre. Bald zeigte sich aber, anfänglich nur in Umrissen, doch rasch sehr deutlich, daß die Ost-West-Spannung der Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte und der Entwicklung in Deutschland auch gefährliche und am Ende verhängnisvolle Impulse gab. In doppelter Hinsicht: Erstens riß sie das Okkupationsgebiet gnadenlos in einen westlichen und einen östlichen Teil auseinander, und die an sich positive Tendenz, Deutschland in einem wirtschaftlich wie politisch integrierten europäischen Staatensystem den Wiederaufstieg zu ermöglichen, galt frühzeitig nicht mehr dem ganzen Besatzungsgebiet, sondern verengte sich, dem nun einsetzenden gesamteuropäischen Spaltungsprozeß folgend, auf den Willen, den jeweils eigenen Besatzungsraum in die entstehenden separaten Systeme des Westens bzw. des Ostens zu integrieren. Zweitens nahm der Vorgang in der gespannten Atmosphäre des Ost-West-Konflikts eine Hektik und eine Rasanz an, zu denen es in einem ruhigeren politischen Klima wohl nicht gekommen wäre. Die Einheit Deutschlands ging verloren, und das entbehrte insofern nicht einer tragischen Note, als die Siegermächte – Frankreich ausgenommen – zwischen der Endphase der Konferenz von Jalta und dem Sommer 1945 eine solche Situation in Mitteleuropa keineswegs angestrebt, sondern die Pläne zur Aufteilung Deutschlands, die von 1941 bis zum Beginn des Treffens auf der Krim geschmiedet worden waren, aus unterschiedlichen Gründen ad acta gelegt hatten.

Schon auf der Konferenz von Potsdam konnten sich aber die Mitglieder der Allianz nicht mehr auf eine gemeinsame Reparationspolitik gegenüber Deutschland verständigen. Der daher gefaßte Beschluß, die Siegermächte sollten ihre Reparationsansprüche und die ihrer Klientelstaaten im wesentlichen aus der jeweils eigenen Besatzungszone befriedigen, lief bereits, wenn auch noch ungewollt und meist sogar unerkannt, auf die Teilung Deutschlands hinaus, weil er die ebenfalls getroffene Vereinbarung konterkarierte, das Okkupa-

tionsgebiet als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Außerdem legte Frankreich, das die drei anderen Mächte zwingen wollte, zu Aufteilungsplänen zurückzukehren, durch systematische Obstruktion den Alliierten Kontrollrat in Berlin lahm. Gerade in seiner Anfangsphase und gerade in wichtigen Fragen erlangte der Kontrollrat nicht die Fähigkeit, als gesamtdeutsche Regierung zu amtieren. Die vier Militärgouverneure exekutierten danach die vagen Direktiven des Potsdamer Protokolls in ihren Zonen zwangsläufig selbstherrlich, folgten dabei den ihnen vertrauten Interessen und politischen Prinzipien des eigenen Landes und leiteten damit eine Sonderentwicklung der Regionen ein, die bereits im Lauf eines halben Jahres namentlich zwischen der sowjetischen Zone und dem westlichen Besatzungsgebiet einen tiefen Graben zog. Als sich der Konflikt zwischen Moskau und den Westmächten zum Kalten Krieg verschärfte, schwanden dann alle Chancen, den schon weit fortgeschrittenen Spaltungsprozeß anzuhalten oder gar rückgängig zu machen.

Es war nicht ohne Ironie, daß die eher hilflose Hinnahme einer an sich unwillkommenen Entwicklung, die sowohl in Moskau wie in Washington und London die Reaktion auf die Spaltung Deutschlands zunächst gekennzeichnet hatte, just in dem Augenblick von bewußter Bejahung der entstandenen Lage und von einer dementsprechenden Politik abgelöst wurde, da das östliche wie das westliche Lager von weiteren ernsthaften Versuchen zur Ausdehnung der eigenen und zur Zurückdrängung der gegnerischen Machtsphäre in Europa Abstand zu nehmen und der Verteidigung des erworbenen Besitzstands Priorität einzuräumen begannen, da also an die Stelle von „Roll on“ und „Roll back“ die „Containment“ genannte Strategie trat. Die Sowjetunion vollzog diese Schwenkung, wie die vom Jahresanfang bis zum Juli 1946 betriebene Sabotierung einer gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik zeigt, wohl schon um die Jahreswende 1945/46. Großbritannien folgte, wie die damals vom Kabinett vorgenommene und schriftlich festgehaltene deutschlandpolitische Kurskorrektur beweist, im April 1946. Zwischen Juli und Ende 1946 gingen schließlich auch die USA in Deutschland zu „Containment“ über, nachdem alle Versuche, sich mit der Sowjetunion über eine Politik für ganz Deutschland zu einigen, an der in Moskau bereits dominierenden Furcht vor einer Aufweichung der sowjetischen Position in der SBZ gescheitert und die amerikanischen Politiker außerdem zu der Einsicht gekommen waren, daß die im Hinblick auf Ost- und Südosteuropa generell verfolgte Politik des „Roll back“ keine Chancen mehr habe.

Gerade in einem Konflikt aber, in dem die Kontrahenten nach wie vor von Angst und Mißtrauen beherrscht waren, in dem jedoch auf jeder Seite der durch Deutschland und Europa gezogenen Demarkationslinie eine zunehmend eindeutiger defensive Strategie die praktische Politik bestimmte, festigten Westmächte wie Sowjetunion ihre Entschlossenheit, den jeweiligen deutschen Besatzungsraum in der eigenen Gruppierung festzuhalten und zu deren Stärkung dort zu integrieren. Völlig undenkbar wurde es, den eigenen Besat-

zungsraum womöglich dem Gegner zu überlassen, die Front der Freunde zu schwächen und die Front des Feindes zu kräftigen. Damit schied auch eine Zusammenführung der getrennten deutschen Territorien bei vereinbarter Neutralisierung Gesamtdeutschlands als realisierbare politische Möglichkeit aus. Ein Staat wie Deutschland hätte nicht lange in aufgezwungener Isolierung und Bewegungslosigkeit gehalten werden können. Alle handelnden Politiker wußten das und litten daher unter der Vorstellung, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland alsbald dem feindlichen Lager anschließen und damit eine nicht hinnehmbare Machtverschiebung bewirken werde. Als Bruno Kreisky während der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag Molotow einmal fragte, ob nicht auch für Deutschland eine österreichische Lösung zu finden sei, antwortete der sowjetische Außenminister: „Die Deutschen waren zweimal mit Waffengewalt in unserem Lande. Die Neutralität Österreichs läßt sich mit einem Papier sichern. Die Neutralität Deutschlands nicht.“

Die Konferenzen, auf denen sich die Außenminister der vier Besatzungsmächte im Jahre 1947 mit Deutschland beschäftigten, haben die 1946 von allen getroffene Entscheidung, unter den gegebenen Umständen wenigstens den Status quo zu behaupten, nur bestätigt. Bei ihnen handelte es sich um Schaukämpfe, die den östlichen wie den westlichen Akteuren vornehmlich dazu dienten, die jeweils eigenen Deutschen davon zu überzeugen, daß für die Fortdauer und ständige Vorfestigung der Teilung Deutschlands die Gegenseite verantwortlich sei. George Kennan, damals Leiter der Planungsabteilung im State Department, hat im August 1948 eine „Program A“ genannte Anleitung für deutschlandpolitische Verhandlungen mit der Sowjetunion ausgearbeitet, die für Moskau unannehmbare Vorschläge enthielt, diese jedoch so formulierte, daß die erwartete Ablehnung, wie Kennan in seinen Memoiren schrieb, „die Russen mit der Verantwortung für die endgültige Spaltung Deutschlands belasten“ mußte. Auf der anderen Seite hat sich zur gleichen Zeit Stalin nicht geniert, selber die Kampagne als unernst zu entlarven, die der gesamte östliche Propagandaapparat gerade gegen die westlichen „Spalter“ Deutschlands eröffnet hatte. In einer Unterhaltung mit den Botschaftern der drei westlichen Besatzungsmächte, die am 3. August 1948 im Kreml stattfand, ließ Stalin, der am 24. Juni eine Blockade über Westberlin verhängt hatte, keinen Zweifel daran, daß die Berliner Blockade nicht etwa dem Zweck diene, die Westmächte zur Aufnahme von Verhandlungen über Deutschland zu nötigen, wie das seine Propagandisten lauthals verkündeten, sondern allein dem Ziel, die Westmächte aus Berlin herauszudrücken und Berlin selbst als Hauptstadt eines künftigen ostdeutschen Staatswesens verfügbar zu machen. So war die Berliner Blockade, ungeachtet der begleitenden und für deutsche Empfänger komponierten Einheitspropaganda, nach Stalins Kalkül ein taktisches Offensivunternehmen im Rahmen strategischer Status-quo-Politik.

Daß nun also Ostdeutschland wie Westdeutschland in größeren internationalen Systemen Aufgaben zugewiesen erhielten und übernahmen, die zur

„Eindämmung“ des jeweils gegnerischen Lagers beitragen sollten, hat allerdings das erste und anfänglich einzige Motiv der Deutschlandpolitik aller europäischen und aller an Europa interessierten Staaten, nämlich die Eindämmung der deutschen Aggressivität, keineswegs außer Kraft gesetzt. Im Westen bestritt niemand, daß die westlichen Allianzen auch Westdeutschland Sicherheit zu bieten hatten, doch ging es bei der Einbindung Westdeutschlands nicht nur um die Stärkung des Westens, sondern stets ebenso um Sicherheit vor Deutschland. Am 4. Februar 1948 warnte der britische Premier Clement Attlee davor, „Rußland als den einzigen möglichen Feind“ anzusehen, und sein Außenminister Ernest Bevin stimmte ihm durchaus zu; ebenso dachten in Washington Präsident Truman, Außenminister Byrnes und dessen Nachfolger General Marshall und Dean Acheson. Als die demokratische Administration Anfang 1953 von den Republikanern Eisenhower und Dulles abgelöst wurde, stellte sich sogleich heraus, daß in außenpolitischen Fragen, auch hinsichtlich der Notwendigkeit der „Eindämmung“ Deutschlands Kontinuität herrschte. Präsident Eisenhower hat die EVG stets als ein Mittel sowohl gegen sowjetischen Expansionismus wie gegen deutschen Nationalismus betrachtet, und als die Bundesrepublik nach dem Scheitern des EVG-Projekts über die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union in die NATO gesteuert wurde, da hat General Gruenther, der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO in Europa, diese Entwicklung ausdrücklich deshalb begrüßt, weil nun ausgeschlossen sei, daß die Streitkräfte einzelner Mitgliedstaaten zu „nationalistischen Abenteuern“ aufbrachen, daß also „ein wiedererstarkter deutscher Generalstab alleine losmarschiert“.

Daß die „doppelte Eindämmung“, wie Thomas Schwartz dies genannt hat, das Koordinatensystem lieferte, in dem allein sich damals die Deutschlandpolitik der Mächte bewegen konnte, ist nicht zuletzt an dem diplomatischen Austausch abzulesen, den Stalin am 10. März 1952 mit einer Note an die drei anderen Besatzungsmächte eröffnet hat, mit einer Note, in der er eine Viermächte-Konferenz zur Ausarbeitung eines Friedensvertrags mit Deutschland vorzuschlagen schien, und zwar mit einem einerseits wiedervereinigten und sogar wiederbewaffneten, andererseits jedoch neutralisierten Deutschland. Die Haltung der Westmächte in dem Notengefecht gab nie irgendwelche Rätsel auf. In Westeuropa dominierte härteste Opposition gegen eine Offerte, deren Annahme dem entstehenden westlichen Verbund den militärischen, womöglich sogar den wirtschaftlichen Beitrag Westdeutschlands genommen hätte, und bare sieben Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches weckte schon die bloße Aussicht auf die Wiederkehr eines nirgends integrierten deutschen Nationalstaats blankes Entsetzen und unüberwindlichen Widerstand. In Washington, wo man selbstverständlich auch auf die Deutschlandfurcht der europäischen Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen hatte, dachte ebenfalls niemand daran, aus der gerade zusammenwachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abwehrfront gegen so-

wjetische Expansionsgelüste ausgerechnet das Kernstück herausbrechen zu lassen. So haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine Neutralisierung Deutschlands rundweg abgelehnt.

Die Annahme wiederum, Moskau habe damals tatsächlich die Wiedervereinigung angeboten, beruht auf einer Verkennung der sowjetischen Deutschlandpolitik jener Jahre. Im Grunde hat auch die sowjetische Haltung im Notenwechsel von 1952 nie eine schwierigere Interpretationsanstrengung erfordert. Entgegen einer oft zu hörenden Ansicht sind ja die sowjetischen Absichten durch die westliche Notenpolitik durchaus „ausgelotet“ worden. Erstens ist die Sowjetunion dem westlichen Insistieren auf freien Wahlen in ganz Deutschland beharrlich ausgewichen, obwohl die Westmächte die Moskauer Forderungen in der Frage der Kontrolle solcher Wahlen praktisch sämtlich akzeptierten. Damit bewies Stalin, daß er gar nicht daran dachte, die SED-Herrschaft in der DDR und seinen Teil Deutschlands preiszugeben. Seine Nachfolger haben das ein Jahr später noch deutlicher gemacht: am 17. Juni 1953. Zweitens ist nicht zu übersehen, daß die sowjetische Seite sorgfältig darauf achtete, den Notenwechsel so zu halten, daß er genau das blieb, was er war, nämlich ein Wechsel von Noten. Offensichtlich wollte Stalin gar keine Vier-Mächte-Konferenz haben, was zu der Schlußfolgerung zwingt, daß es ihm selber mit der Neutralisierung Deutschlands nicht ernst war. Mithin ist die Vorstellung wohl falsch, Stalin habe auf die Entstehung der westlichen Allianzen mit Furcht reagiert, sofern Westdeutschland darin Mitglied werde. Tatsächlich war nie einleuchtend, warum man in Moskau der Integration Westdeutschlands in den Westen und der Integration Ostdeutschlands in den Osten eine weit gefährlichere Lösung der deutschen Frage vorgezogen haben soll, nämlich die Wiederkehr eines unberechenbaren und im Hinblick auf die in Potsdam festgelegten deutschen Ostgrenzen sicherlich revisionistischen deutschen Nationalstaats. Als sich der sowjetische Diktator im Juli 1952 mit dem italienischen Sozialisten Pietro Nenni unterhielt, saß da ein Stalin, der die Vorgänge im Westen mit großem Gleichmut kommentierte und sein Sicherheitsbedürfnis von dem entstehenden Gleichgewicht der Kräfte optimal befriedigt fand.

In Wirklichkeit handelte es sich bei den sowjetischen Noten um nichts anderes als um ein Propagandamanöver im Stile von Kennans „Program A“. Man wird konstatieren dürfen, daß zumindest im ersten Nachkriegsjahrzehnt die Fronten in der Deutschlandpolitik der vier Besatzungsmächte starr waren. Daß die Deutschen auch der Bundesrepublik diese Starrheit und den von ihr verursachten Teilungsprozeß hinnahmen, daß etwa 1952 eine machtvolle Volksbewegung für die sowjetischen Vorschläge ausblieb, ist allerdings nicht allein mit der vom Dritten Reich und seinem Krieg hinterlassenen Erschöpfung zu erklären. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist eine der stärksten Triebfedern politischen Handelns, und in der Deutschlandfrage haben wir es damals neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland, das eine Folge des

Zweiten Weltkriegs war, und neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor dem jeweils feindlichen Lager, das zum Kalten Krieg gehörte, mit einem dritten Sicherheitsbedürfnis zu tun, mit dem speziellen und sogar extrem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, das als politischer Faktor auf Grund der Umstände freilich auf Westdeutschland beschränkt bleiben mußte. Die Westzonen und dann die Bundesrepublik grenzten unmittelbar an das entstehende und dann entstandene sowjetische Imperium. Man kann das Vorspiel der von Hitler freigesetzten sowjetischen Dynamik ausklammern, etwa den am 30. November 1939 unternommenen Angriff auf Finnland oder die 1940 von Rumänien ultimativ erpreßte Abtretung Bessarabiens. Aber die Bewohner Westdeutschlands hatten zwischen 1944 und 1949 die Schaffung des sowjetischen Imperiums als prägende Erfahrung erlebt. Mit einer Faszination, die zu tiefstzender Furcht führte, war registriert worden, wie dem Zusammenspiel zwischen militärischer sowjetischer Macht – anwesend oder drohend – und einheimischen kommunistischen Parteien erst Polen und zum zweiten Mal – wie schon im Juli 1940 – die baltischen Staaten, dann Bulgarien und Rumänien, schließlich Ungarn und die Tschechoslowakei zum Opfer fielen. Daß die Sowjetunion zugleich in jenem Teil Deutschlands, in dem sie militärisch präsent war, ihre wirtschaftliche, politische und ideologische Herrschaft laufend ausbaute und ihre Besatzungszone praktisch in einen Teil ihres Imperiums verwandelte, gab der Furcht naturgemäß eine besondere Dimension, schien doch daraus hervorzugehen, daß der sowjetische Imperialismus als ein grundsätzlich nicht zu saturierender Expansionismus verstanden werden müsse. Wahrscheinlich hat dieser Schluß die stalinistische Sowjetunion falsch eingeschätzt. Doch war der Schluß angesichts des sowjetischen Vorgehens zwangsläufig, und im übrigen vermag niemand zu sagen, ob die stalinistische Sowjetunion ohne erkennbare westliche Abwehrbereitschaft bei Ihrer Statusquo-Politik geblieben wäre.

Die erste Bundesregierung unterwarf ihr internationales Handeln, und zwar mit Zustimmung einer klaren Mehrheit der Bevölkerung, bewußt den vom Sicherheitsbedürfnis gesetzten Orientierungspunkten, d. h. sie suchte konsequent die Anlehnung an die Westmächte, die allein in der Lage waren, das Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen. Diese Politik entsprach ebenso den politischen Interessen der Westdeutschen wie den damaligen politischen Möglichkeiten, sie war mithin, historisch gesehen, unvermeidlich. Um es im Hinblick auf Teilung, Wiedervereinigung, Nationalstaat auf eine banale Formel zu bringen: So wenig die Zeit Hardenbergs und des noch etwas jüngeren Metternichs die Zeit Bismarcks war, so wenig war die Zeit Konrad Adenauers und Stalins die Zeit Helmut Kohls und Gorbatschows.

Anthony J. Nicholls

Das Problem der Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands

Als im Sommer 1984 der Verfasser das Haus der Geschichte in Bonn besuchte, war er traurig aber nicht besonders erstaunt festzustellen, daß auf dem Flur, wo man die deutsche Einigung darstellt, er nur ein einziges britisches Objekt entdecken konnte. Das war die Titelseite der Londoner Wochenschrift *The Spectator*, auf der eine Skizze zu sehen ist, die einen englischen Kabinettsminister, Nicholas Ridley, darstellt, der gerade dabei ist, ein Wahlplakat von Helmut Kohl mit einem Hitlerschnurrbart zu schmücken. Diese Ausgabe des *Spectator* erschien im Sommer 1990 (also gerade zu der Zeit der deutschen Einigung) und veröffentlichte ein Gespräch mit Ridley, in dem er die Macht der Bundesbank mit der Gewaltherrschaft von Hitler vergleichen wollte. Solche Dummheiten sollen die Tatsache aber nicht ganz verschleiern, daß es auch andere britische Staatsmänner gab, die eine weitaus positivere Rolle in der neuesten deutschen Geschichte gespielt haben. Dabei sollte man an Ernest Bevin's Beistand für die Berliner Luftbrücke denken, oder Anthony Edens Initiativen als es darum ging, Westdeutschlands Mitgliedschaft in der NATO zu verwirklichen. Hoffentlich wird mein Beitrag eher zu dieser britischen Tradition gehören.

Wenn ich gleich mit dem Ende meines Themas beginnen darf, war die Vereinigung Deutschlands vom 3. Oktober 1990 eine der unerwartetsten Ereignisse der europäischen Zeitgeschichte. Selbstverständlich gab es sofort eine Reihe von Interpretationen dieses Phänomens. Vertreter verschiedener politischer Tendenzen wollten die Vereinigung als einen Beweis für die Richtigkeit ihrer bisherigen Politik vorführen. Man konnte behaupten, die harte Politik der Reagan-Regierung gegenüber Moskau habe zum Ende des Kalten Krieges geführt und den Zusammenbruch der Sowjetunion verursacht. Oder man konnte glauben, die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition habe das Schreckensbild von Deutschland östlich der Oder so unterminiert, daß die Sowjetunion mit der Angst vor einer deutschen Revanche nicht mehr operieren konnte.

Im Einigungsjahr 1990 aber war vor allem die Vorstellung sehr weit verbreitet, die Vereinigung hätte Adenauer's Politik in den Anfangsphasen der Bundesrepublik – die berühmte Ära Adenauer – als völlig richtig bestätigt. Adenauer hat immer darauf bestanden, die Bundesrepublik solle die erste Priorität der Politik der Westbindung geben und mit einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West überhaupt nichts zu tun haben. Neigungen innerhalb der bürgerlichen Parteien, von der SPD ganz zu schweigen, an die Möglich-

keit eines ‚dritten Weges‘ zwischen Ost und West oder sogar an ein vereinigtés neutrales Deutschland zu denken, waren von Adenauer immer strikt verworfen worden. Sein Alptraum in der Außenpolitik blieb immer, daß die angelsächsischen Alliierten – und vielleicht sogar die Franzosen – ein Abkommen mit der Sowjetunion auf Kosten der Bundesrepublik treffen könnten. Um das zu verhindern war es immer notwendig, auf die Unzuverlässigkeit der Russen hinzuweisen und Westdeutschland als ein Musterkind des westlichen Bündnisses vorzustellen.

Viele Leute haben damals geglaubt, Adenauer habe mit dieser Strategie die Bundesrepublik gerettet und in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien integriert, habe aber gleichzeitig die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands verspielt. Der Kanzler aus dem Rheinland, der Berlin sowieso nicht mochte und der zur katholischen Glaubensgemeinschaft gehörte, habe keine große Lust gehabt, so wurde behauptet, die Zukunft seines neuen, erfolgreichen Rheinischen Bundesstaates zu riskieren, um die Menschen östlich der Elbe heim ins Reich zu führen.

Der alte Bundeskanzler hat aber selbst immer behauptet, daß der einzige sichere Weg, die verlorenen deutschen Länder zurückzugewinnen, darin bestünde, die Bonner Republik sich so stark und erfolgreich wie möglich im Rahmen der westlichen Allianz entwickeln zu lassen. Nur dann konnte man die Hoffnung hegen, daß eventuell Spannungen und wirtschaftliche Schwächen innerhalb des Ostblocks die sowjetische Führung dazu zwingen würde, mindestens Mitteldeutschland preiszugeben.

Diese Meinung ist von seinen Gegnern als ein mehr oder weniger scheinheiliger Vorwand betrachtet worden, um das Versagen seiner Regierung in der Einigungsfrage zu verschleiern. Im November 1989 aber hat sich die Richtigkeit von Adenauers Kurs bestätigt, und die Tatsache, daß Helmut Kohl – der Bundeskanzler, der die erfolgreiche Vereinigungspolitik der Bundesregierung steuerte – sich als der Testamentsvollstrecker von Adenauer betrachtete, verstärkte die allgemeine Überzeugung, Deutschlands Vereinigung sei die Rechtfertigung für Adenauers vorsichtige und hartnäckige Deutschlandpolitik, die sich als prophetisch erwiesen habe.

Der Verfasser findet diese Interpretation überzeugend, obwohl es immer sehr schwer sein wird, Adenauers komplizierte und sogar rätselhafte Motivationen mit Sicherheit zu analysieren.

Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß eine solche Erklärung für die deutsche Spaltung einerseits und für die spätere Vereinigung andererseits langfristig den Wissensdurst der westeuropäischen Intelligenz befriedigen wird. Ein neuer Revisionismus kommt bestimmt, und wir müssen uns dagegen wappnen, wenn wir dem Publikum die wissenschaftlichen Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung verständlich und überzeugend vermitteln wollen.

Revisionismus in sich ist selbstverständlich nichts Unanständiges. Um ein Beispiel zu nehmen, haben die revisionistischen Theorien in den siebziger Jah-

ren über den Anfang des Kalten Krieges, die hauptsächlich von der linken Seite des politischen Spektrums kamen, eine ganz fruchtbare Diskussion angeregt, die mehrere Historiker ermutigt hat, bahnbrechende Arbeit zu dieser Frage zu unternehmen. Es muß aber gesagt werden, daß heute wenig von den anspruchsvollen Darstellungen übrigbleibt, mit denen man beweisen wollte, daß Washingtons Außenpolitik in der Nachkriegszeit das Ziel verfolgt hat, eine kapitalistische Welthegeemonie auf Kosten einer passiven und friedensfreundlichen Sowjetunion zu schaffen.

Nun, wie könnte eine revisionistische Darstellung der Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands aussehen? Selbstverständlich müßte sie die Richtigkeit der Außenpolitik Adenauers bezweifeln und zugleich die Motive der alliierten Mächte in Frage stellen. Es wird allzu leicht sein anzunehmen, daß weil die Teilung Deutschlands etwas Unnatürliches war, die Politik die dazu geführt hat, falsch gewesen sein muß. Wir hören heute viel von der Rückkehr Deutschlands zu seiner ‚normalen‘ Mittellage im Zentrum Europas. Die anormale Situation, die zwischen 1945 und 1990 bestand, kann deswegen nicht als Triumph der Vernunft oder der freiheitlichen Demokratie betrachtet werden, sondern als ein Nachgeben gegenüber dem Druck fremder und unfreundlicher Mächte.

Hinzu kommen allerlei Einwände gegen die Westpolitik der Bundesrepublik, die von beiden Seiten des politischen Spektrums schon während des Kalten Krieges zu hören waren. Es ist schon damals bezweifelt worden, ob die erste Priorität der deutschen Politik nach 1945 der Einrichtung einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie gelten sollte, oder ob die Einheit der Nation nicht das erste Gebot der Stunde hätte sein sollen. Wenn letzteres der Fall wäre, ist die Politik der Versöhnung mit Frankreich, der europäischen Integration, und Mitgliedschaft in der NATO unter der Leitung der Amerikaner grundsätzlich falsch gewesen. Dann hätte man die Meinungen von Politikern wie Jakob Kaiser, Friedrich Mittelhaue oder sogar Heinrich Brüning viel ernster nehmen müssen, als man es in der Zwischenzeit getan hat, und die verschiedenen Pläne zur Deutschlandpolitik von liberalen und sozialdemokratischen Kritikern Adenauers wären neu zu bewerten.

Eine solche Reinterpretation würde auch bedeuten, daß die Politik der Westmächte von einem eher kritischen Blickwinkel aus zu betrachten wäre. Es wäre nicht sehr schwierig, das internationale System des Kalten Krieges als eine Art von Verlängerung des gehässigen Yalta-Abkommens darzustellen, mit der Absicht, die Zukunft Europas so zu gestalten, daß sie den Wünschen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges entspräche. Hier taucht eine zentrale Frage auf; wie ernst war eigentlich die sowjetische Bedrohung Westeuropas zu nehmen? Nachdem die sowjetische Weltmacht fast spurlos verschwunden ist, nachdem die einst gefürchtete Rote Armee ihre Stützpunkte in Mitteldeutschland geräumt hat ohne sich als wehrfähig zu erweisen, und nachdem die geplante Entwicklung der Schwerindustrie in Osteuropa und der UdSSR

sich als völlig verfehlt erwiesen hat, könnte die Glaubwürdigkeit dieser Bedrohung in Frage gestellt werden.

Um ein Beispiel zu nehmen: wir wissen, daß im Sommer 1950 der Druck auf Bonn seitens der Amerikaner, einen Wehrbeitrag für die westliche Sicherheit zu leisten, sehr stark war. Adenauer selbst war höchst beunruhigt, vor allem wegen der Stärke der Volkspolizei in der DDR, und man sprach von der Gefahr eines dritten Weltkrieges, wenn nicht sofort, dann wahrscheinlich im Jahre 1952. Aber was geschah dann? Man hat vier Jahre lang gezögert, eine westdeutsche Armee aufbauen zu lassen, und zwar wegen der deutschfeindlichen Befürchtungen der Franzosen, die im August 1954 ihren eigenen Vorschlag zu dieser Frage, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, durch einen leichtsinnigen Parlamentsbeschluß zunichte gemacht haben. Danach ist die Bundesrepublik zwar Mitglied der NATO geworden, aber was kam dabei heraus? Ganz bestimmt nicht die Vereinigung Deutschlands, sondern die Verlängerung der Stationierung von alliierten Truppen in Westdeutschland. Die Preisgabe der alliierten Besatzungsrechte zusammen mit der Einbettung Westdeutschlands in ein Bündnissystem, das von seinen ehemaligen Siegern geführt wurde, könnte als Beweis dienen, daß die eigentliche Absicht war, nicht der Macht der Sowjetunion entgegenzutreten, sondern die Unabhängigkeit der Westdeutschen zu lähmen und auf diese Weise die Einheit Deutschlands eigentlich zu verhindern. Dem entspricht der bekannte Spruch von General Lord Ismay, es sei der Zweck der NATO, die Amerikaner einzubinden, die Russen abzublockieren und die Deutschen niederzuhalten.

Auf ähnliche Weise könnte man den Erfolg der europäischen Integrationspolitik der Bundesrepublik bagatellisieren. Heute ist es sehr modisch geworden, auf die nationalen Interessen hinzuweisen, die die Regierungen der verschiedenen Länder innerhalb der Europäischen Gemeinschaft motiviert haben. Ein hochangesehener Wirtschaftshistoriker hat neulich die Frühgeschichte der europäischen Gemeinschaft als „die Rettung des europäischen Nationalstaats“ charakterisiert, und andere Interpretationen haben die europäische Integration eher als das Ergebnis einer gezielten Machtpolitik der Amerikaner als den Triumph einer idealistischen europäischen Einheitsbewegung dargestellt¹. Damit wollen diese Historiker die Richtigkeit der Westbindung der Bundesrepublik gar nicht in Frage stellen. Ihre Ergebnisse könnten doch dazu dienen, die Europapolitik der Bonner Regierung in einem ungünstigen Licht erscheinen zu lassen. Man könnte fragen, ob die Bundesrepublik die nationale Sache zu billig für eine anfangs etwas bescheidene Rolle in der Europäischen Gemeinschaft eingetauscht hat. Hier könnten auch die alten Legen-

¹ Alan S. Milward, *The European Rescue of the Nation-State*, London 1992; Siehe auch David W. Ellwood, *Rebuilding Europe, America and Postwar Reconstruction*, London 1992, und John Gillingham, *Coal, Steel and the Rebirth of Europe 1945–1955: The Germans and the French from Ruhr Conflict to Economic Community*, Cambridge 1991.

den über Adenauers Preußenfeindlichkeit wieder aufgewärmt werden. Hinzu kommt die Tatsache, daß er bereit war, sogar das Saarland aufzugeben, um ein Abkommen mit Frankreich zu erreichen, obwohl in der Tat eine solche Nachgiebigkeit sich als völlig unnötig erwiesen hat.

Wenn wir solche Gesichtspunkte mit den bekannten Behauptungen zusammenbringen, es hätte in den Jahren 1952 und 1953 gute Möglichkeiten gegeben, ein vereinigtés wenn auch neutrales Deutschland zu erreichen, so ist es ziemlich leicht, sich vorzustellen, wie eine revisionistische, und in diesem Fall sogar nationalistische, Interpretation der deutschen Nachkriegsgeschichte aussehen könnte. In der Tat wäre eine solche Interpretation, wie die meisten revisionistischen Thesen, keine überraschende Neuigkeit. In dem Nachwort zum ersten Band seiner hervorragenden Adenauer-Biographie, die im Jahre 1986 erschien, hat Hans-Peter Schwarz folgendes geschrieben:

„Gerade gegenwärtig [d.h. 1986] stellen die verkappten deutschnationalen Staatsanwälte in der Historiker-Zunft ihre Dossiers zusammen, um dem Alten Herrn wieder einmal wegen Reichsvergessenheit, Anti-Preußentum und wegen seines Ausschlagens angeblicher Wiedervereinigungschancen in den Jahren 1952 und 1953 den Prozeß zu machen“².

Dasselbe trifft für die spätere Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition zu. Genau wie Adenauers Westpolitik wurde der Versuch, die Lage der Bevölkerung in der DDR zu verbessern und der Bonner Republik mehr Spielraum gegenüber dem Ostblock zu geben, von der parlamentarischen Opposition damals sehr heftig angegriffen, obwohl die Ostpolitik von der westdeutschen Bevölkerung unterstützt wurde und obwohl sie nach der Wende im Jahre 1982 von der christlich-liberalen Koalition ohne viele Schwierigkeiten fortgesetzt worden ist.

Neuerdings aber mehren sich die kritischen Bewertungen dieser Ostpolitik, weil behauptet wird, daß sie nur den führenden Schichten innerhalb der DDR zugute kam, und daß sie die echten Vertreter der Freiheit im Osten – wie die polnische Solidarnosc – benachteiligt haben³. Man kann sicherlich die Meinung vertreten, die Ostpolitik sei in mancher Hinsicht zu weit gegangen – vor allem wenn es um die Finanzierung des korrupten SED-Systems oder um die Relativierung der Grundsatzprinzipien des Marxismus-Leninismus ging. Es wäre aber etwas anderes, die Ostpolitik als Erklärung für eine verfehlte deutsche Nationalpolitik zu betrachten, eine Nationalpolitik, die, falls andere Entscheidungen gefallen wären, Deutschlands Teilung viel früher hätte überwinden können.

Ich bin bereit zu wetten, daß wir es bald mit dieser Art von Revisionismus zu tun haben werden, und es wird unsere Pflicht sein, uns gegen Fehlinterpretationen

² Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 967f.

³ Siehe besonders Timothy Garton Ash, In Europe's Name. Germany and the Divided Continent, London 1993, vor allem die Kapitel II, VI und VIII.

tationen zu wehren und nur die wirklich wertvollen Einsichten neuerer Perspektive gutzuheißen. Deswegen möchte ich jetzt auf einige Aspekte der Deutschlandfrage hinweisen, um mich mit der These auseinanderzusetzen, daß eine gezielte deutsche Einheitspolitik, die die Priorität der Westorientierung aufgegeben hätte, den deutschen Interessen besser gedient hätte als die vorsichtige Politik Adenauers und seiner Nachfolger.

Zuerst möchte ich etwas zur Frage der deutschen Teilung sagen. Wir sollten uns daran erinnern, daß Deutschlands Teilung nicht von einer Verschwörung in Yalta verursacht wurde. Es stimmt, daß auf der Konferenz von Yalta im Februar 1945 beschlossen wurde, Deutschland zu zerstückeln. Aber diese Entscheidung war für die Zukunft Deutschlands nicht maßgebend. Der Ausschuß, der sie ausführen sollte, trat niemals zusammen, und schon vor dem Ende des Krieges ist dieses Kriegsziel anscheinend von allen großen Kriegsteilnehmern aufgegeben worden.

Die Grenzen Nachkriegsdeutschlands wurden in Yalta nur insofern bestimmt, als man dort die vier Besatzungszonen, die tatsächlich von den Fachleuten in der European Advisory Commission erfunden wurden, formal bestätigt hat.

Auf der Konferenz von Potsdam haben sich die drei großen Siegermächte entschlossen, Deutschland als Einheit zu verwalten. Es gab damals gute Gründe für eine solche Entscheidung, in Moskau sowie in Washington und London. Die Sowjetunion wollte großzügige Reparationen von Deutschland, die die Amerikaner Stalin in Yalta versprochen hatten. Die Briten wollten die deutsche Einheit mindestens mittelfristig erhalten, weil sie Lebensmittel aus Ostdeutschland benötigten, um die Bevölkerung ihrer Besatzungszone zu ernähren. Die Amerikaner wollten die gesamtdeutsche Verwaltung reibungslos durchführen lassen, so daß sie Ihre Truppen so schnell wie möglich aus Europa abziehen konnten. Nur die Franzosen, die in Potsdam keine Stimme hatten, waren im Prinzip gegen die einheitliche Verwaltung des besetzten Deutschlands. Die Tatsache, daß Deutschland doch geteilt wurde, hat deswegen verhältnismäßig wenig mit Yalta zu tun, aber sehr viel mit der Spaltung Europas als Ergebnis des wachsenden Ost-West-Konflikts.

In der Tat aber dauerte es fast zweieinhalb Jahre, bevor der alliierte Versuch, Deutschland als Einheit zu verwalten und sich auf einen Friedensvertrag mit einem vereinigten Deutschland vorzubereiten, endlich aufgegeben wurde. Die Vorstellung in London und Washington, daß es für die Sicherung des Friedens notwendig war, doch mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, wurde nur langsam aufgegeben und wurde durch andere Gesichtspunkte verstärkt. Die Besetzung von Deutschland war schon für die Amerikaner sehr teuer, für die Briten war sie eine lähmende Belastung, vor allem weil man harte Dollars brauchte, um die britische Zone zu ernähren. Wenn es irgendwie möglich gewesen wäre, das Potsdamer Abkommen zu verwirklichen, hätten die Briten und die Amerikaner das getan.

Von Anfang an ist das aber unmöglich gewesen, weil die Ziele der Westmächte nicht mit denen der Sowjetunion in Einklang zu bringen waren.

Wir wissen noch nicht genau, welche Ziele Stalin nach 1945 in Deutschland verfolgt hat. Es ist aber klar geworden, daß er nie daran gedacht hat, seine Machtstellung in der sowjetischen Besatzungszone aufzugeben. Wenn es in Zukunft möglich gewesen wäre, ein vereinigtes Deutschland unter kommunistischer Herrschaft zu schaffen, wäre das ganz bestimmt positiv gewesen, und die Russen haben die deutschen Kommunisten ermutigt, diese kommunistische Zukunft zu erringen. Das war aber ein Fernziel. In der Zwischenzeit mußte man die Herrschaft in der Ostzone befestigen, um einen zuverlässigen strategischen Stützpunkt in Mitteleuropa auszubauen und um die erwünschten sowjetischen Reparationen sicherzustellen. Die Vorstellung, daß es in der Zeit vor der Begründung der Bundesrepublik möglich gewesen wäre, ein irgendwie unabhängiges Deutschland auszuverhandeln, ist bis heute nicht bewiesen worden⁴.

Es läßt sich aber auch fragen, ob eine solche Einigung wirklich wünschenswert gewesen wäre. Schon zu jener Zeit gab es gute deutsche Patrioten, die ein mögliches Zusammengehen der beiden Teile Deutschlands mit Unbehagen betrachteten. Einer der bekanntesten war der liberale Nationalökonom Wilhelm Röpke.

Röpke war kein katholischer Rheinländer, er stammte aus einer evangelischen Familie in Niedersachsen. Er war ‚liberal‘ im besten Sinne des Wortes. Im Dritten Reich war er einer der ersten Professoren, der seine Stelle wegen politischer Unzuverlässigkeit verlor, und danach führte er ein Exilleben in Istanbul und Genf, wo er unermüdlich die faschistischen und kommunistischen Diktaturen angegriffen hat. Im Frühsommer 1945 veröffentlichte er ein aufsehenerregendes Buch, *Die Deutsche Frage*, in dem er das deutsche Volk gegen den Vorwurf einer Gesamtschuld für die Naziherrschaft verteidigte, gab aber zu, daß man in Deutschland die politische Verantwortung für Hitlers Verbrechen anerkennen mußte. Noch kontroverser war aber seine Forderung, daß die Westzonen sich zusammenschließen sollten, um als ein Westdeutscher Bundesstaat mit demokratischer Verfassung und freier Marktwirtschaft ausgebaut zu werden.

Röpke kritisierte Deutschlands Nachbarn für ihre Bereitschaft, den russischen Kommunismus zu tolerieren, weil der eine Typ des Kollektivismus genauso schlimm wie der andere sei. Schon deshalb wollte er Westdeutschland vom Osten abgrenzen. Es gab aber auch andere Gründe, die ihre Wurzeln in der deutschen Geschichte selbst hatten. Röpke sah die Vereinigung Deutsch-

⁴ Zu der Kontroverse über Stalins Politik gegenüber Deutschland siehe Wilfried Loth, Stalin, die deutsche Frage und die DDR, in: Deutschlandarchiv 28 (1995) H.3, S.290–298. Loth glaubt an Stalins Bereitschaft, ein vereintes und nicht sozialistisches Deutschland anzuerkennen, gibt aber zu, daß es schwierig gewesen wäre, dieses zu verwirklichen.

lands nach 1866 auf der Basis der preußischen Macht als tragischen Irrtum an. Von Preußen schrieb er:

„Es liegt eine elementare Wahrheit in der weitverbreiteten Meinung, daß dieses Preußen der böse Geist Deutschlands gewesen ist . . .“

Für ihn war die Elbe die Grenze zwischen dem ‚alten deutschen Stamm-land‘ – das heißt Westdeutschland – und ‚dem kolonialen Deutschland‘, wo ganz andere – eher kollektivistische – Sitten herrschten, als im Westen.

Seine Meinung war:

„Die Valuta der großpreussischen Kollektivmoral ist so völlig entwertet wie die Mark in November 1923; es bleibt keine andere Möglichkeit, als die Schaffung einer neuen geistigen Valuta.“⁵ Nach seiner Meinung mußte es zu einer Revolution kommen. Diese Revolution hat zu bestehen „in der Wiederauflösung des Bismarckreiches, in der Zurückdrängung Preußens auf der Elbelinie und in der Schaffung einer deutschen Konföderation von autonomen Ländern, die ihrerseits streng nach dem Grundsatz der gemeindlichen und regionalen Selbstverwaltung regiert werden“⁶.

Die Elbe war der Limes der westlichen Welt und nach Röpkes Meinung, „müssen wir nunmehr einstweilen der harten Realität des Limes Rechnung tragen. Wir kommen dann zu dem Schluß, daß unter den obwaltenden Umständen die föderative Neuordnung Deutschlands vorderhand sich auf das deutsche Hauptland westlich der Elbe beschränken muß, indem man eine *westdeutsche Konföderation* schafft, an deren Spitze die Westlichen Alliierten stehen . . .“⁷. Er erwähnte Walter Lippmanns Vorschlag, daß man eine Atlantische Gemeinschaft der freien Länder anstreben sollte.

Als er sein Buch schrieb, hat Röpke angenommen, daß die Alliierten ihre Besatzungszonen getrennt verwalten würden und vor allem, daß die Sowjetische Zone völlig abgeschirmt von den westlichen Zonen sein würde. Als er erfuhr, daß nach dem Potsdamer Abkommen die Zonen einheitlich zu verwalten waren, konnte er dies kaum glauben. Eine Mischung von sowjetischem Kollektivismus und bürgerlicher Marktwirtschaft war nach seiner Meinung schlicht unmöglich. Sein einziger Trost war, daß die Bestimmungen im Potsdamer Protokoll in der Tat völlig unrealisierbar sein würden, eine Vermutung, die sich als richtig erwiesen hat⁸.

Röpkes Meinungen waren selbstverständlich nicht typisch für seine Landsleute, er war aber kein unwichtiger Beobachter der deutschen Szene. Er gilt noch immer als einer der Architekten der sozialen Marktwirtschaft, die die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Ära Erhard charakterisierte, eine Politik, die Erhard schon im Sommer 1948, d. h. mehr als ein Jahr vor Gründung der Bun-

⁵ Wilhelm Röpke, *Die deutsche Frage*, 2. Aufl. Erlenbach-Zürich 1945, S.224.

⁶ Röpke, *Die deutsche Frage*, S.226.

⁷ Röpke, *Die deutsche Frage*, S.250. Hervorhebung von Röpke selbst.

⁸ Siehe Röpkes Nachwort zur zweiten Auflage, *Die deutsche Frage*, S.255.

desrepublik eingeführt hat. Diese Liberalisierung der Wirtschaft hing auch eng mit der Währungsreform zusammen, die von den westlichen Besatzungsmächten verwirklicht wurde, und die direkt zur Berlin-Blockade von 1948/49 führte. Diese Ereignisse im Sommer 1948 haben die Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Problemen beleuchtet, die die Spaltung Deutschlands unvermeidlich gemacht haben.

Ich habe diese Tatsachen erwähnt, nicht um die Frühgeschichte der Bundesrepublik darzustellen, sondern um eine Frage aufzuwerfen, die mit der Teilung und der möglichen Vereinigung Deutschlands zusammenhängt. Kann man sicher sein, daß nach 1945 ein vereinigtes Deutschland sich so erfolgreich etabliert hätte, wie es der Fall mit der westlichen Bundesrepublik gewesen ist? Kann man sicher sein, daß die Mischung von Föderalismus, parlamentarischem Pluralismus und freier Marktwirtschaft, die gleichzeitig die politischen und die wirtschaftlichen Bedürfnisse des westdeutschen Volkes befriedigt hat, in einem vereinigten Deutschland so leicht zu schaffen gewesen wäre?

Demoskopische Untersuchungen in den Anfangsphasen der Bundesrepublik haben bewiesen, daß weder die Demokratie noch der Föderalismus besonders beliebt waren. Das galt nicht nur für die Massen, sondern auch für die Intelligenz. Schon einer der wichtigsten liberalen Köpfe der Bundesrepublik, Gräfin Doenhoff, hat in den achtziger Jahren zugegeben, sie sei in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Gegnerin der Demokratie gewesen, weil sie die Gesellschaft als einen Organismus betrachtet und geglaubt habe, daß der individualistische Liberalismus die Einheit der Gesellschaft zersplittern würde⁹. Viele bürgerliche Gegner der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft waren doch etwas unsicher, wenn es darum ging, eine Massendemokratie nach amerikanischem Muster zu übernehmen.

Auf der linken Seite gab es umgekehrt viel Begeisterung für die Demokratie, aber wenig Verständnis für die freie Marktwirtschaft. Erhard selbst nannte sich eine amerikanische Erfindung, und obwohl das gar nicht fair ist, weil die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft von deutschen Nationalökonomern formuliert wurden, kann man doch behaupten, daß Erhards Wirtschaftspolitik viel leichter in der Atmosphäre der westlichen Bundesrepublik zu verwirklichen war als in einem vereinigten Deutschland auf der Basis des Potsdamer Abkommens. Das erscheint noch plausibler, wenn man an diejenigen Führer der Berliner CDU denkt – und ich nehme als Beispiel Jakob Kaiser – die an ein vereinigtes Deutschland als eine Brücke zwischen Ost und West gedacht haben. Sie waren bereit, gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik Zugeständnisse zu machen, die mit den Grundprinzipien des freien Marktmechanismus schwer vereinbar waren. Die Tatsache, daß Westdeutschland nicht nur mit der Gewaltherrschaft des dritten Reiches, sondern auch mit den kollektivistischen und nationalistischen Vorstellungen brach, die gera-

⁹ Gespräch mit Elizabeth Pond, zitiert in: dies., *Beyond the Wall*, Washington 1993, S. 13.

de in der Weimarer Republik eine große Rolle gespielt haben, hängt sicherlich damit zusammen, daß Bonn – im Gegensatz zu Weimar – fest an die Westmächte gebunden war.

Zunächst möchte ich etwas zu der Frage der sowjetischen Bedrohung des Westens sagen. Während des Kalten Krieges ist es stets kontrovers gewesen, ob und inwiefern die sowjetische Führung an die Eroberung Westeuropas dachte. Auf der einen Seite hat man auf die übermächtige Rüstung der Streitkräfte des Ostblocks, vor allem in konventionellen Waffen, hingewiesen sowie auf die aggressive Haltung gegenüber kapitalistischen Gesellschaften, die die marxistisch-leninistische Ideologie charakterisierte. Auf der anderen Seite konnte man behaupten, die ideologischen Äußerungen der Kommunistenführer seien nicht besonders ernst zu nehmen, weil sie ohnehin als Vorwand dienten, die Interessen der Sowjetunion zu fördern. Rußland, hieß es, brauche viele Jahrzehnte, um sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu erholen und würde in der Zwischenzeit nicht bereit sein, einen neuen Weltkrieg zu riskieren. Vor allem mit Hinblick auf die Nuklearrüstung der Amerikaner war es unvorstellbar, daß der vorsichtige Josef Stalin an einen militärischen Vorstoß in Westeuropa denken würde.

Diese Frage der sowjetischen Absichten bleibt schwierig zu beantworten, nicht zuletzt, weil die Politik der sowjetischen Führung auch nicht immer konsequent war. Es gibt mehrere Hinweise, daß nach dem Krieg Stalin an eine Atempause von ungefähr fünfzehn Jahren dachten, bevor die Sowjetunion bereit wäre, eine etwas abenteuerlichere Politik gegenüber Westeuropa zu führen¹⁰. Es ist unwahrscheinlich, daß zu irgendeiner Zeit zwischen 1945 und 1989 die Russen konkret beabsichtigt haben, Westeuropa zu überfallen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß keine verantwortlichen Politiker oder Militärführer die Bedrohung seitens der Sowjetunion für die Sicherheit Westeuropas übersehen konnten. Schon in den Anfangsphasen der Bundesrepublik hat sich der britische Generalstab darauf vorbereitet, im Falle eines sowjetischen Angriffs das Festland Europas zu evakuieren, um den Krieg in Nordafrika und auf dem Meer weiterzuführen. Die Angst vor einem russischen Angriff war sicherlich sehr stark in der Zeit der Koreakrise, die tatsächlich für die Bundesrepublik auf politischer und wirtschaftlicher Ebene eine günstige Wirkung hatte. Aber es wäre völlig falsch anzunehmen, daß nach dieser Krise und dem Tod Stalins eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Ost und West stattgefunden hätte. Man braucht nur an den Aufstand in der DDR im Juni 1953, an die Unterdrückung der ungarischen Freiheitsbewegung im Herbst 1956 und an das Berlin-Ultimatum 1958, das mit ständigen Drohungen begleitet wurde, zu denken, um zu verstehen, wie leichtsinnig es gewesen

¹⁰ Für Stalin's Äußerungen zu dieser Frage gegenüber ausländischen Kommunisten wie Djilas und Thorez sowie Chiang Ching-Kao, siehe John P. D. Dunbabin, *The Cold War: The Great Powers and their Allies*, London and New York 1994, S. 68–73.

wäre, sich auf das Wohlwollen der UdSSR zu verlassen. Die Bürger der Bundesrepublik haben das eingesehen; deswegen haben sie bei den Bundestagswahlen in den fünfziger Jahren, aber auch 1961, Adenauers Kanzlerschaft unterstützt. Erst nachdem die SPD-Opposition ihren Widerstand gegenüber der NATO und der westlichen Integration aufgegeben hat, war das Publikum bereit, sie mit der Macht zu betrauen, und die Tatsache, daß der Führer der SPD auch der ehemalige Oberbürgermeister der Frontstadt Berlin war, hat sicherlich dabei eine Rolle gespielt.

Schon in der Zeit der Ostpolitik und der angeblichen Entspannung in den siebziger Jahren war die latente Bedrohung seitens des Ostblocks nicht zu übersehen. Der sowjetische Einmarsch in Prag 1968, der mit der Ankündigung der Breschnew-Doktrin verbunden war, der Ausbau einer riesigen sowjetischen Flotte, die den globalen Interessen der Westmächte schaden konnte, die Eroberung von Afghanistan und, nicht zuletzt, das Anhäufen von Mittelstreckennuklearraketen östlich der Elbe, all diese Ereignisse haben bewiesen, daß schon vor der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen nach der Wahl von Präsident Reagan im November 1980 eine ernstzunehmende Gefahr bestand.

Sogar einer der Architekten der deutschen Ostpolitik, Hans-Dietrich Genscher, hat betont, wie wichtig es für die Bundesrepublik war, fest an die westliche Allianz gebunden zu sein. Mit Hinblick auf die Mittelstreckenraketen hat Genscher im August 1992 einer amerikanischen Forscherin gegenüber erklärt:

„Selbstverständlich haben die Russen nicht beabsichtigt, uns mit ihren SS20-Raketen anzugreifen. Aber sie wollten Westeuropa schrittweise dominieren und von den Vereinigten Staaten abkoppeln“¹¹.

Eine letzte kurze Bemerkung zur Frage der Bedrohung. Nach der neuesten Forschung in der ehemaligen DDR scheint es zuzutreffen, daß ideologische Gesichtspunkte bei Entscheidungsprozessen im Ostblock doch eine wichtigere Rolle gespielt haben als man im Westen damals angenommen hat, so daß die Möglichkeit, mit den Kommunisten Kompromisse zu schließen, sehr begrenzt war. Im Februar 1976, als Entspannung noch auf der Tagesordnung stand, erklärte Leonid Breschnew vor dem Parteitag der KPdSU:

„Von unserem Standpunkt würde der Verzicht auf den proletarischen Internationalismus bedeuten, daß wir den kommunistischen Parteien und den Arbeiterbewegungen im allgemeinen eine gewaltige und geprüfte Waffe aus der Hand nehmen würden. Diese [Maßnahme] würde auch dem Klassenfeind zugute kommen, der übrigens seine kommunistenfeindlichen Tätigkeiten global und energisch koordiniert. Wir sowjetischen Kommunisten betrachten die Verteidigung des proletarischen Internationalismus als die heilige Pflicht jedes Marxisten-Leninisten.“¹² Der proletarische Internationalismus war tatsächlich

¹¹ Pond, *Beyond The Wall*, S. 38.

¹² Zitiert nach Derek Leebaert (Hrsg.), *European Security: Prospects for the 1980s*, Lexington 1979, S. 155 (Übers.: A.J.N.).

der internationale Klassenkampf, und mußte von jeder bürgerlichen Gesellschaft als Bedrohung angesehen werden.

In der Tat war es eine der wichtigsten Leistungen der Regierungen der Bundesrepublik, daß sie nicht nur fügsam und flexibel im Hinblick auf ihre westlichen Partner waren, sondern daß sie gewisse Grundprinzipien der Deutschlandpolitik nie aufgegeben haben. Wie Schwarz meint, war der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik „so alt wie die Regierung Adenauer“, und war sowieso im Grundgesetz verankert. Der Kanzler hat herausgestellt, daß die Bundesrepublik die Rechtsnachfolge des deutschen Reiches angetreten hat und als demokratischer Verfassungsstaat der einzig legitime Staat in Deutschland war.

Um ein Beispiel zu nennen: als am 15. Oktober 1957 Staatspräsident Tito die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur DDR bekanntgab, hat Adenauer darauf bestanden, die bundesdeutschen Beziehungen zu Jugoslawien abzubrechen. Dieser Schritt war insofern erfolgreich, als während seiner Lebenszeit nur ein einziges weiteres Land – Kuba – die Anerkennung der DDR gewagt hat¹³.

Hinzu kam die Entschlossenheit, mit der deutsche Politiker – einschließlich SPD-Führern wie Carlo Schmid – an dem Grundsatz festhielten, daß die Frage der Grenzen eines vereinigten Deutschland bis zu einem endgültigen Friedensvertrag offengehalten werden mußte. Schon nach den Ostverträgen der sozial-liberalen Koalition ist dieser Grundsatz nicht endgültig aufgegeben worden. Bis zur Unterzeichnung des Zwei plus Vier-Vertrags im September 1990 hat Bundeskanzler Kohl die Oder-Neisse Linie nicht als endgültig anerkannt – erst nachdem die deutsche Vereinigung unter Dach und Fach war, kam es am 14. November zu der Unterzeichnung des Vertrags zwischen Deutschland und Polen¹⁴.

Daß die Politiker in Westdeutschland trotz aller Versuchungen die theoretische Möglichkeit einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und das Recht des deutschen Volkes, dieses Ziel zu verfolgen, nie aufgegeben haben, war in den entscheidenden Momenten in den Jahren 1989 und 1990 äußerst wichtig. Beispielsweise war die Tatsache, daß Flüchtlinge aus der DDR noch das Recht hatten, in der Bundesrepublik als Mitbürger aufgenommen zu werden, eine der Ursachen des Zusammenbruchs der DDR im Herbst 1989. Bedeutsam war auch die Tatsache, daß die NATO-Partner der Bundesrepublik sich verpflichtet hatten, Deutschlands Recht auf Vereinigung zu unterstützen, auch wenn manche von ihnen diese Erklärung bloß als Lippenbekenntnis betrachteten. George Bush hat allerdings konsequent an diesem Prinzip festgehalten, und ohne seine Unterstützung wäre es nicht zur Vereinigung gekommen.

¹³ Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, 1952–67, Stuttgart 1991, S. 379–81.

¹⁴ Ash, In Europe's Name, S. 353 f.

Wenn man die härtere Seite der Außenpolitik der Bundesrepublik nachträglich positiv beurteilen muß, sollte man aber die flexible Seite auch nicht unterschätzen. Es ist heute modisch geworden, die Ostpolitik wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den kommunistischen Herrschern scharf zu kritisieren. Man hört auch den nicht ganz konsequenten Einwand, die Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber Europa sei doch tatsächlich geeignet gewesen, die nationalen Interessen der Bundesrepublik zu fördern, und sogar das Ziel der Vereinigung zu ermöglichen. Während der achtziger Jahre wurde Genscher kritisiert, weil seine Europapolitik zur Stabilisierung des Ostblocks beigetragen habe; heute wird behauptet, diese Politik sei eine Art von deutscher Realpolitik gewesen, die nur ‚im Namen Europas‘ durchgeführt wurde. Hier muß man immer an die Tatsache denken, daß die Möglichkeit einer deutschen Vereinigung damals höchst unwahrscheinlich schien. Im Juli 1987 schätzte Gorbatschow, daß ein vereinigtes Deutschland nur nach fünfzig bis hundert Jahren möglich wäre, und im Frühjahr 1989 rühmte Erich Honecker, daß die ‚anti-faschistische‘ Mauer in Berlin noch ein Jahrhundert dauern würde¹⁵. Deswegen war es ganz vernünftig, die Integrationspolitik in Westeuropa zu verfolgen, um eine gesamteuropäische Lösung der Deutschlandfrage – wenn auch nur in der ferneren Zukunft – zu erzielen. Als Genscher sagte, „Je europäischer unsere Außenpolitik ist, desto nationaler ist sie“¹⁶, hat er die Wahrheit gesprochen und nicht eine Art von „Genscherspeak“, die die realpolitischen Wahrheiten verschleiern wollte.

Man sollte auch nicht übersehen, daß ohne die Entspannung zwischen Bonn und Moskau der Fall der Mauer in Berlin kaum vorstellbar wäre. Im Januar 1990 hat Gorbatschows Berater Georgi Schachnasarow in einer Denkschrift für seinen Chef folgendes zur deutschen Frage geschrieben:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands wird die Interessen der Sowjetunion nicht beeinträchtigen. Eine militärische Bedrohung von dieser Seite ist sehr unwahrscheinlich, wenn man an die Wirkung der Katastrophe des zweiten Weltkriegs auf das Nationalbewußtsein der Deutschen denkt. Auf wirtschaftlichem Gebiet kann die Sowjetunion große Vorteile von einer Zusammenarbeit mit Deutschland erzielen¹⁷.“

Ohne die konsequente Ostpolitik der Bundesregierung fällt es schwer zu glauben, daß die sowjetische Führung je zu einem solch positiven Urteil über Deutschland gekommen wäre.

Um zum Schluß zu kommen, die Teilung Deutschlands war ein tragisches Ergebnis der Spaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Teilung ist nicht auf die Willkur oder Kurzsichtigkeit bestimmter Politiker zurückzuführen, sondern entsprach einem tiefliegenden Gegensatz zwischen einem

¹⁵ Konrad H. Jarausch, *The Rush to German Unity*, Oxford 1994.

¹⁶ Ash, *In Europe's Name*, S. 358.

¹⁷ Ebenda, S. 365.

kollektivistischen, totalitären System auf der einen Seite und freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaften auf der anderen Seite. Selbstverständlich gab es Politiker und sogar Politologen in Washington, London oder Paris, die eine Vereinigung Deutschlands nicht für wünschenswert hielten¹⁸. Während des Kalten Krieges aber waren solche Meinungen unwichtig, und nach dem Ende jenes Krieges konnten sie die Vereinigung doch nicht verhindern.

Es wäre deswegen ein Irrtum zu glauben, eine andere Politik der westdeutschen Regierung hätte zu einer raschen Wiedervereinigung führen können. Das Ergebnis wäre höchstwahrscheinlich nur die Schwächung des westlichen Bündnisses, mit unberechenbaren Konsequenzen für die Zukunft von Deutschland und Europa gewesen.

Viel schwieriger zu beantworten ist die Frage, die Wilhelm Röpke in seinen Gedanken von 1945 schon angekündigt hat, nämlich ob die Form der Teilung Deutschlands nach dem Weltkrieg nicht doch gewisse Vorteile für die Entwicklung der Bundesrepublik und der Europäischen Union gehabt hat. In Zukunft wird es allzu leicht sein, Adenauers Leistung, die Bundesrepublik an den Westen zu binden, zu bagatellisieren. In den fünfziger Jahren war es doch ein Wunder, das mit Erhards Wirtschaftswunder zu vergleichen war. In seiner Abschiedsrede vor dem Bundestag am 15. Oktober 1963 konnte Adenauer mit Recht behaupten:

„Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund der freien Nationen.“¹⁹ Seine Vorgänger in der Weimarer Republik konnten keine entsprechenden Errungenschaften vorweisen. Bei allem Respekt vor Adenauers persönlichem Beitrag zu der hartnäckigen und konsequenten Westpolitik der Bundesrepublik dürfen wir doch fragen, ob ein solches Ergebnis innerhalb eines vereinigten Deutschland nach 1945 überhaupt möglich gewesen wäre.

Ist es nicht auch bemerkenswert, daß im Jahre 1990 Deutschland auf der Basis von Artikel 23 des Grundgesetzes und nicht auf Grund von Artikel 146, der eine neue Verfassung für ein vereinigtes deutsches Volk bedeutet hätte, geschaffen wurde? In der Tat schlossen sich die neuen Bundesländer einfach an die westorientierte Bundesrepublik an, ein Ergebnis, das die Vorstellungen von Röpke und von Adenauer völlig rechtfertigte.

¹⁸ Der hochangesehene amerikanische Historiker des Kalten Krieges, John Lewis Gaddis, hat im Jahre 1987 die Frage gestellt: „Would Europe have enjoyed an unprecedented four decades without war had the superpowers – through their mutual suspicions to be sure – not reversed the 1871 settlement that had imposed upon the continent with such disastrous results, a unified German state?“ Nach der Vereinigung gab er zu, daß er die Zukunft nicht richtig vorausgesehen habe, fügte aber hinzu: „German unification did cause, and continues to cause, a good deal of nervousness, not least among the Germans themselves.“ John L. Gaddis, *The United States and the End of the Cold War. Implications, Reconsiderations, Provocations*, Oxford 1992, S. 144.

¹⁹ Schwarz, Adenauer. *Der Staatsmann, 1953–1967*, S. 862.

Nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa, und nach dem Ende der Bipolarität in der Weltpolitik sind viele andere der alten internationalen Einrichtungen ins Wanken gekommen. Wir alle nehmen an Konferenzen teil, bei denen man die Zukunft der Europäischen Union oder sogar der NATO mit Pessimismus betrachtet. Und manchmal wird sogar behauptet, die Europäische Union müsse unbedingt vertieft werden, um Deutschland mit goldenen Handschellen an den Westen zu binden. Diese Vorstellung, die sowieso sehr problematisch ist, beweist mangelndes Verständnis für die neueste deutsche Geschichte. Als Ergebnis der Erfahrungen in der Zeit der deutschen Teilung, und mit Hilfe einer begabten politischen Führung, die nicht nur Adenauer und Erhard, sondern auch Brandt, Schmidt und Kohl einschließt, ist Deutschland heute tief in der westlichen Welt verwurzelt, und diese Tatsache wird sich nicht ändern, auch wenn sich die ehrgeizigen Pläne der wirtschaftlichen und monetären Einheit nicht verwirklichen lassen. Deutschland ist heute ökonomisch, politisch und sozial in der westlichen Welt verankert.

Die Leute, die die Rechnung für diese erfreuliche Entwicklung bezahlten, waren diejenigen, die vierzig Jahre hinter dem eisernen Vorhang bleiben mußten. Heute aber kann man hoffen, daß die Elbe nicht mehr als Limes des echten Deutschlands zu betrachten ist, sondern als eine friedliche Wasserstraße in einem vereinigten und noch westorientierten Deutschland. So ist aus der deutschen Teilung einer sehr begrüßenswerte Wiedervereinigung entstanden.

VII. Epilog

Hermann von der Dunk

Universalismus und Dualismus: Überlegungen zum Thema Deutschland und Europa

Deutschland ist enger mit der Frage einer europäischen Einheit verquickt als die anderen Länder, dank der einfachen aber unabänderlichen geographischen Tatsache, daß es im Zentrum Europas liegt. Wo in Europa – außer den zahllosen nachbarlichen Konflikten und Kriegen um Gebiete, Grenzen und Einflußsphären – allgemeinere Gegensätze zwischen Völkern und Staatengruppen hervortraten, wurde Deutschland als Kernland automatisch davon berührt und vielfach gedrängt, Position zu beziehen. Nichts hat das deutlicher demonstriert als der Kalte Krieg. Der Eiserne Vorhang durchschneidet Deutschland, weil er Europa durchschneidet, und er durchschneidet Europa, weil er Deutschland durchschneidet. Und nachdem der Fall der Mauer – dem weltweiten Symbol dieser Spaltung – rasch zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, hat damit die Frage der europäischen Einheit auch automatisch eine neue komplizierte Phase erreicht. Westeuropa kann sich der Dazugehörigkeit Osteuropas nicht mehr entziehen ohne schwerwiegende Folgen.

Man kann die Geschichte Europas und Deutschlands im Rückblick unter x-beliebigen Gesichtspunkten sehen und ordnen und hat es immer wieder getan. Aus dieser Fülle möchte ich auf einen Aspekt eingehen, der wie ein roter Faden durch diese Geschichte läuft und der eben heute ein Gewicht und Aktualität gewonnen hat wie selten zuvor. Es ist der Gegensatz zwischen Universalismus und Bipolarität. Dieser Gegensatz steht aus verständlichen Gründen in der Historiographie und in der politischen Realität gemeinhin etwas im Schatten hinter dem Gegensatz zwischen Universalismus und nationalem Pluralismus. Ich möchte auch nicht behaupten, daß er die gleiche unmittelbare Bedeutung und politische Sprengkraft hatte, denn die europäischen Integrationsversuche stießen und stoßen ja immer wieder in erster Instanz auf die harte unausweichliche Realität der Nationalstaaten und ihrer Souveränität. Dennoch gehört auch das Phänomen einer Bipolarität, die sich zwischen den Universalismus und die nationale Vielfalt schiebt, sozusagen als Zwischenstockwerk, zur Geschichte Europas und Deutschlands, viel mehr als eine reale Gegenkraft zum Universalismus.

Mit Universalismus ist hier das Ideal einer Einheit Europas in irgendeiner Form gemeint, mit Bipolarität jener manchmal etwas unpräzise und dennoch zeitweilig in seiner Suggestionskraft und praktisch-politischen Bedeutung sehr wirkungsvolle Dualismus, wie im Mittelalter: Christentum gegen Hei-

dentum, in der Neuzeit: Katholizismus gegen Protestantismus, romanische Völker gegen germanische, also Nord gegen Süd. Der Modernisierungsprozeß hat dann im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts zu einer entscheidenden Drehung geführt, so daß der Dualismus nun als West-Ost Kontrast hervortrat. Es ist sofort klar, daß diese Dualismen immer quer durch das Territorium liefen und laufen, das von einer deutschsprachigen Bevölkerung bewohnt wurde, also von Deutschland, oder daß dieses jedenfalls besonders davon berührt wurde. Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands haben diesen Dualismus West-Ost einstweilen eher bestätigt als widerlegt.

Was den Universalismus anbelangt, also die Idee „Europa“ als eine Einheit, so steht an seinem Anfang als gewaltige Erscheinung das römische Weltreich. Dieses Imperium Romanum warf seinen Schatten über das erste Jahrtausend unserer Zeitrechnung und noch weit darüber hinaus. Es ist in der europäischen Geschichte unabhänderlich der Inbegriff von Weltreich schlechthin geworden, der hinter jeder späteren konkreten Idee auftauchte; so wie sein Untergang das Modell für alle geschichtsphilosophischen Theorien und Entwürfe über Degeneration und Verfall von Reichen und von Kulturen abgegeben hat, von Montesquieu bis Toynbee. Die Erinnerung an dieses einmalige römische Universalreich leuchtete in vielerlei Farben und Schattierungen als heimliches Vorbild, Auftrag, Ziel, durch die nachfolgenden Jahrhunderte und beeinflusste die Vorstellung einer europäischen Einheit. Natürlich kam das auch, weil inzwischen nach seiner Auflösung das Christentum als sein geistiger und weltlicher Erbanwärter auftrat und das Modell sakralisiert hatte. So entstand das Heilige Römische Reich, die christliche Fortsetzung, wobei sich im Zuge der Christianisierung nach Karl dem Großen der Schwerpunkt nach Norden, nördlich der Alpen verschob.

Der Name dieses christlichen Universalreiches erhielt viel später (im 15. Jahrhundert) den präzisierenden Zusatz „deutscher Nation“, oder in den offiziellen Akten: „Imperium romano-germanicum“. Aber die Kaiser behielten bekanntlich, nun als weltlicher Arm der Kirche und Schützer des Glaubens, den Anspruch Nachfolger der römischen Cäsaren zu sein und somit den Anspruch auf Universalherrschaft. Noch im 17. Jahrhundert deutete man die Geschichte gerne an Hand der Lehre von den vier Weltreichen, und man befand sich demnach, dank des Heiligen Römischen Reiches, in der verlängerten Phase des Imperium Romanum. Über die Habsburger und ihren lange Zeit unverminderten, durch keine Abtrennungen und Spaltungen aufgegebenen theoretischen Anspruch auf Universalherrschaft, gelangte der ideelle Reichs-Universalismus aber in die deutsche Romantik, wie etwa bei Novalis, und in den deutschen Nationalismus. Er verband sich mit dem Begriff „Deutschland“, der als politischer Begriff ja ziemlich genau eine Rolle zu spielen begann, als Napoleon das Reich liquidierte. Schon vorher, als Deutschland noch ein vorwiegend kultureller Begriff war, enthielt er eine universalistische

Tendenz. Das äußerte sich in der Auffassung, etwa bei Herder und Schiller, Deutschlands Beruf sei kein machtpolitischer sondern ein rein geistiger; als solcher aber eben universell. Das zu jener Zeit bereits weitgehend machtlose und desintegrierte Reichsgebilde wurde dabei zum rein geistig-kulturellen Faktum transformiert und so erhalten. Es lief auf einen säkularisierten und sublimierten Universalismus hinaus. Nicht auf lange, denn nach der Zerschlagung Preußens und dem Ende des deutschen Kaisertums 1806 setzte die Politisierung des Nationalgedankens ein. Das alte Reich war aber, neben der gemeinsamen Kultursprache, die Vorbedingung dafür, daß überhaupt der Begriff „Deutschland“ als eine höhere, alle Fürstentümer und Territorialherrschaften übersteigende und zusammenfassende Einheit aufkommen konnte.

Bei der in der Literatur über Nationalismus und Nationsbegriff bekannten simplistischen Gegenüberstellung von (französischer) Staatsnation und (deutscher) Kulturnation wird das leicht übersehen. So wie der französische Nationsbegriff eine einheitliche Kultursprache (nämlich französisch) immer als vollkommen selbstverständlich voraussetzte, so ist der deutsche kulturelle Nationsbegriff nicht ohne das alte Reich, also eine Staatsorganisation, wie brüchig und komplex auch immer, denkbar. Und wie gesagt, wohnte ihm dabei auch gleich ein Gran von jenem traditionellen Universalismus des Kaisertums inne.

Gleichzeitig wurde neben dem Universalismus jedoch die Gegenkraft des Dualismus sichtbar, der, mindestens seit der Reformation so stark in der deutschen wie in der europäischen Geschichte wirksam war. Er trat zutage in der Differenz zwischen dem katholischen Flügel der Nationalbewegung, der, wie etwa Görres, in Habsburg den naturgegebenen Führer sah – eben wegen seiner historischen christlich-universalistischen Rolle – und dem protestantisch-idealistischen Flügel, Fichte, Arndt, der auf Preußen setzte: Süd gegen Nord. Die Ursprünge dieses Gegensatzes gehen weit zurück und liegen ebenfalls im alten Reich. Es führt hier zu weit, näher darauf einzugehen. Die Ausstrahlung Roms, sowohl des antiken, wie später des päpstlich-katholischen, war natürlicherweise weit stärker im Süden der deutschen Territorien als im später christianisierten und kultivierten Norden. Luther und die Reformation markierten und verstärkten das erneut; auch wenn die preußisch-nationale Historiographie des 19. Jahrhunderts, vor allem bei Treitschke, das maßlos übertrieben hat und dabei aktuelle Gegensätze und zeitbedingte nationale Kategorien zurückprojizierte. Mit dem raschen Aufstieg Preußens im 18. Jahrhundert wurde der Dualismus dann bekanntlich ein machtpolitisches Problem, und er beherrschte die deutsche Nationalbewegung im Vormärz und die achtundvierziger Revolution. Auch wenn der überwältigende Erfolg der bismarckschen kleindeutschen Lösung zu einer weitgehenden Identifikation des deutschen Nationalismus und des neuen deutschen Kaiserreiches geführt hat, so verschwanden erstens alternative großdeutsche Träume nicht – man denke an den Alldeutschen Verband –, und zweitens erinnerten kulturelle und mentale

Unterschiede, südlich und nördlich der Mainlinie, wie zwischen dem katholisch-barocken Bayern und dem protestantisch-klassizistischen Preußen, weiterhin an den tiefsitzenden historischen Dualismus.

Der Dualismus war als solcher freilich wieder sowohl ein europäisches wie ein deutsches Phänomen. Bis ins 18. Jahrhundert hinein existierte so etwas wie eine natürliche Verwandtschaft der protestantischen Staaten gegenüber den katholischen. Im 19. Jahrhundert wurde dieser Gegensatz dann, unter dem Einfluß der Romantik, in einen säkularisierten Kontrast zwischen germanischen und romanisch-lateinischen Völkern und Rassen transformiert. Als solchen projizierten Philosophen wie Hegel oder Historiker wie Ranke, Treitschke und andere ihn auf die ganze europäische Geschichte zurück. Natürlich ließe sich sofort einwenden, daß es sich dabei meistens mehr um eine ideologische Überhöhung und Rechtfertigung von Gegensätzen handelt, die von machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen bestimmt waren. Eine klare Allianz protestantisch-germanischer gegen katholisch-romanische Staaten hat es so nicht gegeben, was aber nicht besagt, daß das Gefühl einer Artverwandtschaft, auch in der Politik, nicht die Beziehungen immer wieder erleichtert und gefördert, beziehungsweise im entgegengesetzten Fall gehemmt und erschwert hat. Auf Beispiele muß ich in diesem Rahmen verzichten. Die Begründung und Erklärung dieser Art Verwandtschaft verschob sich je nach den Denkkategorien und Axiomen historischer Analyse der jeweiligen Zeit. An die Stelle religiöser Kriterien rückten ethnologisch-mentale oder rassistische, und heute sind es vor allem strukturell-gesellschaftliche, die den meisten Historikern als die eigentlichen und konstitutiven gelten, denen die größte Erklärungs- und Aussagekraft zukommt. Es wäre höchst naiv zu glauben, daß künftige Generationen nicht ihrerseits wieder andere Kriterien haben werden.

Nun geht es allerdings nicht an, den Universalismus und Europagedanken ausschließlich mit dem alten Reich und dann mit Deutschland zu assoziieren. Vielmehr wirkten die Reminiszenzen an das Imperium Romanum auch außerhalb des Reiches. Auch die französischen Könige beriefen sich auf die Erbschaft Karls des Großen, und sie erhoben mit Nachdruck den Anspruch, gleichfalls Repräsentant und Schutzherr der christlichen Welt zu sein. Der französische Nationalismus gründete darauf. Napoleon sah sich sogar eindeutig als Nachfolger der römischen Imperatoren, und der Klassizismus des Empire sollte ein Zeichen der authentischen Erbschaft sein, im Gegensatz zur Verfälschung durch christlich-katholische Gotik oder durch den Barock. Im Mittelalter hieß die höhere, die viele Völker umfassende Einheit auch noch gar nicht „Europa“, sondern „christliches Abendland“, im Gegensatz zum Morgenland, dem Islam, den Heiden in aller Welt. Europa war ein etwas unklarer geographischer Begriff, der erst im Zuge der Säkularisierung während der Aufklärung zu einem kulturellen aufgewertet wurde.

Bei einem Rückblick läßt sich feststellen, daß der Universalismus in zwei verschiedenen Versionen in Erscheinung trat. Es gab zwei Modelle zur Lö-

sung der Europa-Problematik – womit die endlose Kette von nationalen Konflikten und Kriegen gemeint ist: Erstens, und das war die ältere Variante in Erinnerung an das Imperium Romanum, die Idee eines großen Universalreiches. Das konnte aber, bei der ethnischen und staatlichen Vielfalt, so wie sie sich im Mittelalter schon entwickelt hatte, nur heißen, die Errichtung eines Hegemonialstaates. Nach dem, mangels tatsächlicher Machtinstrumente, immer rein theoretisch und prinzipiell gebliebenen Universalismus des Kaisertums, finden sich Ansätze zu einem wirklich übermächtigen Hegemonialstaat bei den spanisch-österreichischen Habsburgern, bei Ludwig XIV., bei Napoleon und bei Hitler. Diese Anläufe scheiterten letztlich sämtlich am Widerstand der anderen, die sich immer gegen die übermächtige Nation verbanden, denn das Universalreich lief unvermeidlich auf die Führung und Oberherrschaft des einen Staates über die schwächeren hinaus. Napoleon gelangte ein gutes Stück weit, aber kam dann doch zu Fall am Widerstand Englands und Rußlands, sowie der unterworfenen oder abhängigen Völker, und Hitler brach sich mit seiner Aspiration eines großgermanischen Reiches den Hals an der gleichen Koalition England-Rußland, noch gewaltig verstärkt durch Amerika. Auch außerhalb Europas galt ein europäisches Universalreich inzwischen als unerträgliche Bedrohung.

Als universalistische Alternative gab es die kompliziertere und weniger direkte Spielart einer Union oder Föderation, notfalls Konföderation, souveräner Staaten. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Konzepte eines überstaatlichen Friedens- und Ordnungssystems nach der Reformation auftauchen, als sich der Universalismus des Reiches endgültig und eindringlich als illusorisch erwiesen hatte. Hierher gehören etwa die Ideen von Sully, dem Minister Heinrichs IV. im siebzehnten, oder vom Abbé Saint-Pierre und Kant im achtzehnten Jahrhundert. Die Große Allianz Metternichs und die Heilige Allianz Alexanders I. waren dann immerhin Versuche, Europa durch das System einer gemeinsamen dauerhaften Kooperation zu befrieden; wenn es sich dabei auch noch nicht einmal um eine Art Konföderation handelte. Das metternichsche System ist hierbei besonders aufschlußreich, weil es teilweise an der Gegenkraft des Dualismus scheiterte. Und zwar zeigte sich dabei schon die erwähnte Verschiebung. Bei den verschiedenen Krisen, die es heimsuchten, offenbarte sich nämlich ein Gegensatz zwischen den konstitutionell-liberalen Staaten, England und Frankreich, und den drei konservativen Mächten, Österreich, Preußen und Rußland. Obschon diese drei als Alliance du Nord apostrophiert zu werden pflegten – aus Gewohnheit an einen älteren Nord-Süd Dualismus? – handelte es sich dabei schon entschieden um die moderne West-Ost-Polarität. Industrialisierung und Modernisierung vertieften diesen Dualismus dann im Laufe des Jahrhunderts. Gleichzeitig führte die Entwicklung in Deutschland und Preußen freilich zu seiner weiteren Drehung, beziehungsweise Kaschierung. Man kann nicht behaupten, daß er nun einfach quer durch Deutschland lief, obschon man zwischen dem stärker agrarisch-feudalen

Osten und dem mehr urbanisierten industriellen Westen Deutschlands mit etwas gutem Willen schon noch das Zeichen eines West-Ost-Gegensatzes erblicken kann. Doch der Dualismus zeigte sich auf ganz anderer Ebene, nämlich im Spannungsverhältnis zwischen der technischen und kulturellen Modernität und der halb-aristokratisch-feudalen politischen Struktur des Kaiserreiches; eine Spannung, die in der neueren Historiographie als charakteristisch und entscheidend für die neue deutsche Geschichte und die abweichende Entwicklung Deutschlands gilt: Der West-Ost-Dualismus folglich in einer übertragenen sozio-politischen Variante!

Entschieden weiter als alle Vorgänger eines Europa-Konzeptes ging Briand 1929 mit seinem Plan der Vereinigten Staaten von Europa, der freilich deshalb nie zur Ausführung gelangte.

Als realpolitische Alternative zum Universalismus – also zur Idee des Universalreiches oder einer Union oder Föderation – gab es die vielbesprochene Gleichgewichtspolitik, um den Aufstieg eines Staates zur Hegemonialmacht zu verhindern. Es war namentlich Großbritannien, das sich immer wieder als Exponent dieser Gleichgewichtspolitik und als Architekt einer Allianz der Schwächeren entpuppte. So bei Ludwig XIV., so bei Napoleon, so beim Wilhelminischen Kaiserreich und letztlich bei Hitler. Ja, in Churchills Eintreten für Frankreich in Yalta und nach 1945 für eine europäische Gemeinschaft offenbart sich noch ein später Versuch Englands, in dieser langen außenpolitischen Tradition nun ein Gegengewicht gegenüber der Sowjetunion zu schaffen, solange man Amerikas noch nicht ganz sicher zu sein glaubte. Mit dieser sehr pauschalen Aufzählung sollen die gravierenden Unterschiede der Bedrohung nicht verharmlost werden. Nur Napoleon gelang eine weitgehende Unterwerfung des Kontinents, und Hitler gelang sie für wenige Kriegsjahre. Das deutsche Kaiserreich war mehr eine potentielle und teils sogar ungewollte Bedrohung. Immerhin mußte es von den anderen als solche aufgefaßt werden, und daß ein deutscher Sieg 1914–18 das Gleichgewicht total umgestoßen, den Annexionisten freie Bahn und einen mitteleuropäischen Hegemonialstaat geschaffen hätte, kann schwerlich bestritten werden.

Nach zwei Weltkriegen und der widerwärtigen Perspektive eines großgermanischen Reiches auf rassischer Grundlage gewann der Gedanke einer europäischen Union gleichberechtigter Staaten dann schließlich eine Anziehungs- und Überzeugungskraft wie nie zuvor. Der Erfolg der europäischen Integration nach 1945 bleibt freilich undenkbar ohne den Kalten Krieg, die Angst vor der Sowjetunion und die Amerikaner, die die Europäer zwangen, gemeinsame Sache zu machen. Die gemeinsame europäische Organisation hatte jedoch zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß die verschiedenen nationalen Staaten ihr freiwillig als solche beitraten. Sie konnte gar nicht anders, als von einer existierenden Vielfalt von nationalen Souveränitäten und Traditionen auszugehen. Das heißt aber, daß die Einheit Europas im Grunde auch als Garantie und Schutz der nationalen Vielfalt gedacht war. Viele wurden nun Vernunfteu-

ropäer, blieben jedoch Herzenspatrioten. Hier lag natürlich das fundamentale Problem, das um so deutlicher hervortreten mußte, je mehr Fortschritte die Vereinigung machte: Sollen und können sich die Nationen auf die Dauer tatsächlich in einer höheren gemeinsamen Einheit auflösen, oder ist diese Einheit nur die unerläßliche Bedingung, die Schutzmauer, um die Nationalstaaten vor neuen Katastrophen zu bewahren und ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen besser gerecht zu werden? Und wenn letzteres der Fall ist: Wieviele Konzessionen der nationalen Souveränität sind nötig oder erlaubt, um diese Einheit zu erreichen ohne die eigene Identität und Interessen zu gefährden? Hier trennen sich jedesmal bei entscheidenden Fragen die Wege. Man kann deshalb dieses alternative Einheitskonzept einer Union oder Föderation besser einen Pseudo-Universalismus nennen. Das galt und gilt namentlich für Frankreich. Nur unter dem Dach einer europäischen Gemeinschaft konnte Frankreich hoffen, seine schwer angeschlagene Großmachtrolle weiterhin spielen zu können, aber es gilt insofern auch für kleinere Staaten wie die Niederlande, daß das ideale Europa immer unwillkürlich als eine Projektion der eigenen kulturellen und moralischen Werte und Interessen gedacht wird. Man ist im Grunde Europäer um dieser Werte und Interessen willen. Sobald die Integration sie ernstlich bedroht, stellt man sich hinter sie und gegen Europa. Nur bei Deutschland lag das etwas anders: Für die Deutschen bot „Europa“ nach der Stunde Null eine Ersatzidentität und einen Ausweg aus ihrer politischen und moralischen Verwirrung und Isolation nach dem Hitler-Desaster, das den deutschen Nationalismus ad absurdum geführt hatte. Europa bedeutete somit für sie nicht einen Schutz der eigenen Identität, sondern einen Schutz *vor* der eigenen Identität, die so problematisch geworden war. Deutsche Politiker, allen voran Konrad Adenauer, haben das sehr klar gesehen. Darauf wird gleich zurückzukommen sein.

Gleichzeitig muß natürlich sofort festgestellt werden, daß der in der Geschichte ungekannte Erfolg und die Dynamik einer gemeinsamen Europapolitik nach 1945 nicht nur als „Pseudo-Universalismus“ bezeichnet werden muß, weil sie für die meisten als Garant für die Erhaltung der nationalen Identität gemeint war, sondern vor allem, weil sie eigentlich ein Ausfluß der Bipolarität war. Nie zuvor hatte diese sich so scharf manifestiert. Deshalb kann die Gemeinschaft auch nicht einfach in die Tradition von früheren Europa-Konzepten gerückt werden. Was nach 1945 „Europa“ hieß, war „Westeuropa“, und die Europäische Gemeinschaft ist ein Zeugnis nicht des Universalismus sondern des West-Ost-Dualismus. Das kann man ihren Gründervätern nicht ohne weiteres zum Vorwurf machen. Es war auch nicht so beabsichtigt, jedenfalls nicht von allen. Es wurde rasch die Realität infolge des Kalten Krieges, und es bleibt, wie schon gesagt, sehr fraglich, ob ohne diesen zwingenden Druck eine Europa-Politik je erfolgreich geworden wäre. Fraglos war für einige der führenden Staatsmänner – und hier ist wieder in erster Linie an Adenauer zu denken – der Europa-Gedanke eine erwünschte Form, eine Le-

gitation, um ein starkes Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen und Westdeutschland mit dem Westen zu verbinden und so zu beschützen. Wenn der West-Ost-Dualismus durch die europäische Integration Westeuropas daraufhin enorm verschärft wurde, so war das eine Reaktion auf Stalins Sowjetisierung Osteuropas und den Bruch der Kriegsallianz.

Obwohl während der gut vier Jahrzehnte des Kalten Krieges diese Bipolarität, die Teilung Europas, die mitten durch Deutschland lief, immer als wider-natürlich verrufen wurde, hatte man sich im Grunde so daran gewöhnt, war eine Nachkriegsgeneration auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs aufgewachsen, die Europa und Deutschland gar nicht anders kannte als zweigeteilt, so daß das Anormale längst in der Realität des Alltags zum Normalen geworden war. Das mag die innere Verwirrung und Desorientierung des Westens erklären, als das formidable Sowjet-Imperium dann doch eigentlich innerhalb von zwei Jahren von innen heraus zusammenbrach. Jetzt erst zeigt sich im Rückblick, wie sehr die Periode des Kalten Krieges und der Teilung ein historischer Ausnahmezustand gewesen ist, der trotz aller verbalen und rhetorischen Verurteilung gleichzeitig die Bequemlichkeit klarer Fronten und ideologischer Gegensätze gehabt und somit den Spielraum der Politik zwar drastisch eingeengt, doch dadurch auch leicht überschaubar und beherrschbar gemacht hatte. Das galt jedenfalls für Westeuropa und besonders für die Bundesrepublik, die vom Luxus der Beschränkung und der eisernen Sachzwänge hatte profitieren können.

Doch, wie schon gesagt, hat der Fall der Mauer nicht die Bipolarität Europas beendet, sondern nur das feste Gehäuse, das sie nach 1945 konsolidierte aber damit gleichzeitig in gewissem Sinne auch leicht zu handhaben gemacht und entschärft hatte. Es heißt schon, offene Türen einrennen um festzustellen, daß Deutschland, das Land der Mitte, dabei wieder am unmittelbarsten betroffen ist, wobei alte historische Spurrillen, die verwischt oder verschüttet schienen, wieder sichtbar werden.

Das gilt vor allem für das Verhältnis des Auslands zur neuen erweiterten Bundesrepublik. Dort, mehr noch als in Deutschland selbst, scheint man sich an diese alten Spurrillen zu erinnern. Das zeigte sich plötzlich bei dem scheinbar völlig abseitigen Beispiel des Dramas, das sich im ehemaligen Jugoslawien abspielt. Die Bundesrepublik stellte sich eiligst, wie selbstverständlich, hinter ein souveränes Kroatien gegen Serbien. Das hatte aber zur Folge, daß, vor allem in England und Frankreich, sogleich Reminiszenzen an die Vergangenheit hochkamen, an Hitlers Gründung eines brutalen faschistischen Ustascha-Staates auf dem Rücken der anderen Völker und an die alte deutsch-österreichische Gegnerschaft gegen Serbien, den Bundesgenossen der Entente von 1914. Die serbische Propaganda malte prompt die Drohung eines neuen deutschen Hegemonialreiches an die Wand. Wenn das auch weiter keinen nennenswerten Einfluß auf die konkrete Politik von UNO und NATO in der bosnischen Krise haben sollte, unterschwellige Nuancen in der Haltung Kroatien und Ser-

bien gegenüber, eine Irritation des Westens über das hastige deutsche Vorgehen in der Anerkennungsfrage – auch wenn der Standpunkt im Prinzip berechtigt war – und namentlich der Unwille Rußlands, eindeutig gegen Serbien Stellung zu beziehen, lassen die Umrisslinien alter, tief sitzender Allianzen und Kontinuitäten sichtbar werden. Man soll das nicht überbewerten. Es zeigt immerhin, daß in der heutigen Phase weitgehender allgemeiner Unsicherheit und Umorientierung, die für alle gilt, die Vergangenheit und ihre Kontroversen wieder mehr ins Blickfeld rücken.

Deutschland gegenüber führt das zu einer ungekannten Ambivalenz, die ein Spiegel der deutschen Ambivalenz ist. Daß die Zukunft Europas und der Fortgang und Erfolg weiterer Integration ohne eine zentrale Rolle Deutschlands undenkbar sind, ist ein Gemeinplatz und braucht nicht betont zu werden. Diese Rolle wird auch von den kleineren Staaten gewollt, sofern sie eine europäische Union als unabdingbare Voraussetzung für die eigene Sicherheit und den eigenen Wohlstand wollen, wobei ich hier besonders an die Niederlande denke. Gleichzeitig aber soll Deutschland nicht wieder zu übermächtig werden. Es soll somit führen ohne zu dominieren. Merkwürdigerweise ein Wunsch, der gerade was den letzten Teil anbelangt, auch von vielen Deutschen geteilt wird, die Angst vor der neuen deutschen Verantwortung haben. Ein Paradoxon, das nur in einer verstärkten Integration der Gemeinschaft einigermaßen aufgelöst werden kann. Ganz neu ist der Gedanke nicht, denn Europa war ja auch von Anfang an von den westlichen Nachbarn so gemeint; als beste Möglichkeit, das deutsche Problem zu neutralisieren, indem Deutschland fest in eine europäische Gemeinschaft eingebaut wird.

Über das sogenannte „deutsche Problem“ ist bis zur Weißglut geschrieben und diskutiert worden. Trotzdem oder gerade deshalb kann es hier nicht umgangen werden. Soweit ein Konsens in der deutschen und in der ausländischen Literatur darüber besteht, kann es als ein Grenz- und folglich Größenproblem charakterisiert werden. In der Frage „Deutschland, aber wo liegt es?“ ist es von der Innenansicht aus auf eine bekannte Kurzformel gebracht worden. Von der Außenansicht könnte man eher umgekehrt fragen, „Deutschland, aber wo hört es auf?“ Es war die Größe und die Unschärfe seiner Selbstbestimmung, die den Nachbarn zu schaffen machte. Das begann allerdings erst mit dem Aufkommen des Nationalismus und der Idee des Nationalstaates als der natürlichen Einheit und Grundlage der Völkerordnung im Zeitalter der französischen Revolution. Wie schon gesagt, war das soeben untergegangene Heilige Römische Reich eine wesentliche Inspirationsquelle des neuen Nationalbewußtseins. Dieses erbt damit aber auch dessen Problematik: einen Universalismus, der längst unreal geworden war und dem Kaisertum nur als transpolitisch Ideal eine eigene Gloriole verliehen hatte, und gleichzeitig den Dualismus protestantisch-germanische Kultur gegen katholisch-romanische, oder Nord-Süd; wobei der Main eine gewisse Scheidelinie darstellte. Und ein Dualismus West-Ost, der infolge der Modernisierung dann später den anderen

Gegensatz überlagern sollte, war auch im Keim schon angelegt zwischen der stärker kommerziell-bürgerlichen Struktur des Rheinlands, Hamburgs, Bremens und der Agrarwirtschaft des Ostens. Bei der Forderung nach einem einigen Deutschland wurde diese Erbschaft sichtbar. Sofern es als Wiederauferstehung des Heiligen Reiches gedacht war, mußte es sich auch an dessen Grenzen orientieren. Flandern und die Niederlande gehörten für Arndt, Heinrich Leo und andere somit als ehemaliges Reichsgebiet zu Deutschland, wobei jedoch das neue romantische Kriterium der germanischen Sprach- und Blutsgemeinschaft die Argumentation bestimmte. Im Norden galt das für Schleswig. Es kam also dabei schon gleich zu einer sonderbaren Vermischung vom Reichsuniversalismus und dem Dualismus Germanentum-Romanentum. Die Diskussion „Großdeutsch-Kleindeutsch“ enthüllte u. a. die Frage, wo Böhmen nun hingehöre, kurz, so wie der Nationalstaat Kriterium und Ideal geworden war, stieß der deutsche Nationalismus auf die Unschärfe und Zweideutigkeit der Begriffe „deutsch“ und „Deutschland“. Wenn Bismarck mit seiner Reichsgründung von 1871 auch erst einmal einen realpolitischen Schlußstrich unter die heikle Frage zog und wenn auch „Deutschland“ mit diesem Reich weitgehend identisch wurde, im Bewußtsein sowohl der Deutschen als der anderen, dann bedeutete dieses Reich dennoch eine potentielle Bedrohung des klassischen europäischen Gleichgewichts, einfach wegen seiner Größe. Das zeigte sich zum Beispiel an einem Umschlag der Stimmung in den Niederlanden nach Sedan. Zuvor galten Frankreich und Napoleon III. als Bedrohung des Gleichgewichts, danach Preußen-Deutschland, das nun zur stärksten Macht des Kontinents geworden war. Gleichzeitig war von Bedeutung, daß Preußen – der Repräsentant des Nordens, des Protestantismus und somit der Abwehr gegen Rom, Katholizismus und lateinische Kultur – die Einheit zustandegebracht hatte und nicht Österreich. Dies führte zu einer etwas verschwommenen, doch deshalb sehr brauchbaren und suggestiven Identifikation des neuen Deutschlands mit Germanentum und germanischer Wesensart. Auch Süddeutschland und Bayern wurden inkorporiert, womit die Gegensätze und Unterschiede nördlich und südlich der Mainlinie ideell etwas überdeckt wurden. Sehr sichtbare Beispiele dieser Identifikation sind z. B. das Hermannsdenkmal und das gegen den „Erbfeind“ gerichtete Niederwalddenkmal, das in Studentenkreisen dann beim Bier besungen wurde:

„Hurra, hurra, Germania, hurra du stolzes Weib!

wie schön am Rheine stehst du da mit vorgebeugtem Leib!“

Die ästhetischen Anschauungen wandeln sich mit den politischen.

Das Gewicht des vereinten Deutschlands steigerte sich in den kommenden Jahrzehnten dann noch gewaltig dank seiner raschen Modernisierung und seinem Bevölkerungszuwachs. Bismarcks Wort von seiner Saturiertheit kaschierte die Dynamik. Das galt sowohl für die innere Einheit wie für die deutsche Position in Europa: Einerseits schlug sich die Tatsache, daß das Reich zwischen Ost- und Westeuropa lag, vielmehr, daß es beide Polaritäten umfaßte,

nach innen nieder in seiner eigenartigen sozio-politischen Struktur; dem Dualismus zwischen moderner Liberalität und konservativer, von feudalen Traditionen bestimmter Verfassung, von Industriemagnaten und agrarischen Junkern, von Bildungsbürgertum und politischer Machtelite. Andererseits wurde es durch seine Dynamik und seine wirtschaftliche Entwicklung in eine expansive Rolle gedrängt, die in dem vielzitierten Schlagwort „Weltmacht oder Niedergang!“ ihren prägnantesten Ausdruck fand. Eine Alternative, die nicht nur von ein paar überspannten Nationalisten, sondern auch von so scharfsichtigen Köpfen wie Max Weber als unvermeidlich ins Auge gefaßt wurde. Die Expansionstendenz war keineswegs eine deutsche Spezialität. Doch bei der Größe Deutschlands war sie hier am folgenschwersten.

Konnten sich auf Dauer die kleineren Nachbarstaaten, Belgien, die Niederlande, Dänemark der kulturellen und wirtschaftlichen Sogkraft entziehen? Der politische Wilhelminismus mit seiner berüchtigten Mischung aus Überheblichkeit und Minderwertigkeitsgefühl, paternalistischem Beglückungsseifer und forschem Schwertgerassel manifestiert diese tieferen Widersprüche und die Schwierigkeit der Selbstbestimmung. Wilhelm II. personifizierte gelegentlich fast bis zur Karikatur diesen Zwiespalt. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß kein anderer Mann auf dem Thron denkbar gewesen wäre, nur daß eben dieser, in dieser Konstellation, möglich und von ihr geprägt war. Das deutsch-wilhelminische Nationalbewußtsein fußte einerseits auf dem Dualismus der germanischen Welt zur romanischen, wobei Deutschland als der naturgegebene Exponent germanischer Wesensart, wie es damals hieß, eine kulturelle Frontposition gegenüber der romanisch-lateinischen Welt einnahm. In der konkreten politischen Situation reimte sich das sehr gut mit der dauerhaften Gegnerschaft zu Frankreich. Andererseits verband es sich mit einem, von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen bedingten Expansionsdrang, den man deswegen auch einen Expansionszwang nennen kann. Und insofern das zu einer Vormachtstellung auf dem Kontinent führte oder führen mußte, kam dabei zwangsläufig etwas von dem alten Universalismus hoch. Daß sich das Bismarckreich als zweites Kaiserreich verstand und somit auf das alte Reich bezog, hieß immerhin, daß hier eine historische Genealogie entworfen wurde, die so widersprüchliche Elemente wie Reichsuniversalismus und Germanentum, Barbarossa und den Cherusker umfaßte. Man kann das als mythologischen Schaum abtun, der bei der Bildung nationaler Identität unerläßlich ist und mehr für Oberlehrer und Bürgervereine gedacht war, als er das politische Handeln und Denken erklären kann. Ich glaube nicht, daß wir es uns so leicht machen können; wobei wir obendrein immer rasch der Täuschung erliegen, unsere heutigen Kriterien für die fundamentalen Antriebe politischen Handelns und Denkens an frühere Generationen anzulegen.

Daß Deutschland die eindeutig stärkste Kontinentalmacht geworden war, womit eine heikle internationale Kontellation entstand, lag nicht an seinem Selbstverständnis als Erbe des alten universalistischen Reiches oder als germa-

nisches Kernland. Doch dieses Selbstverständnis konnte die Entwicklung legitimieren und einen Kurs begünstigen, der weitere Expansion als notwendig und historisch berechtigt und Zurückhaltung als widernatürlich ansah. Namentlich aber konnte es die Nachbarn alarmieren und so zu der verhängnisvollen Situation führen, wobei die Angst vor weiterer deutscher Machtentfaltung von Deutschland aus als mißgünstige Einkreisung verstanden wurde. Der Erste Weltkrieg zeigte erst recht die ungeheure militärische Potenz des Kaiserreiches. Er zeigte natürlich auch seine große Achillesferse – den Rohstoffmangel und die Wehrlosigkeit einer Blockade gegenüber. Beides, Macht und Schwäche, bestimmten die Zukunftspläne und die Forderungen der Annexionisten während des Krieges; lange Zeit in der Historiographie unterbelichtete Aspekte, weil die Niederlage dann ihre Verwirklichung vereitelte. Einstweilen jedenfalls, bis Hitler dann wieder bei ihnen anknüpfte. Damit soll der gewaltige Unterschied zwischen dem wilhelminischen Kaiserreich und dem Dritten Reich nicht verharmlost oder jener berüchtigten These das Wort geredet werden, daß vom Bismarckstaat, oder gar schon von Friedrich dem Großen, Hegel und Nietzsche eine direkte Linie zu Hitler geführt habe. Der Weg vom geistig so liberalen, hochzivilisierten, auf dem Boden fester allgemeiner Rechte und moralischer Werte ruhenden wilhelminischen Deutschland in den Verbrecherstaat Hitlers, mit seiner brutalen Gewaltlehre und Umkehrung aller Werte, bleibt wohl ein Kapitel, das niemals erschöpfend erklärt werden kann. Die Staatsmänner des wilhelminischen Deutschlands unterschieden sich als Kinder ihrer Zeit und Kultur dementsprechend von den Nationalsozialisten und ihren Methoden. Nur können ebensowenig die Konzepte und Vorstellungen übersehen werden, in denen sich 1914–1918 die Ansätze zu dem zeigen, was nach Niederlage, Inflation und Depression unter der Hakenkreuzfahne hochkam.

Die interessante Frage ist deutscherseits aufgeworfen worden, weshalb Europa den französischen Revanchismus nach 1871 akzeptiert, den deutschen nach 1918 so verurteilt habe. Eine teilweise Antwort scheint mir eben darin zu liegen, daß von Frankreich nach 1871 keine potentielle Bedrohung des europäischen Gleichgewichts mehr ausging, wo das Land sich deutlich als das Schwächere erwiesen hatte; obendrein in einem Krieg, der noch als ein klassischer Zweikampf zwischen zwei Rivalen um die Vorherrschaft gesehen werden konnte, bei dem Europa Zuschauer geblieben war. Hinzu kam dann das industrielle und demographische Wachstum des Kaiserreiches, das seinen Vorsprung noch vergrößerte. Der deutsch-französische Gegensatz hat, trotz gefährlicher Krisen, nicht unmittelbar den Ersten Weltkrieg verursacht, und ob Frankreich, trotz aller emphatischen Rhetorik, nur wegen des Elsaß je einen militärischen Konflikt provoziert hätte, steht dahin. Schon weil es fraglich gewesen wäre, ob es dabei auf die unentbehrliche Unterstützung Großbritanniens und seines Empire hätte rechnen können, doch das bleiben rein spekulative Fragen.

Nach 1918 aber blickte man zurück auf eine beispiellose Katastrophe, die halb Europa heimgesucht hatte. Der Erste Weltkrieg bedeutete den Zusammenbruch einer Welt, nicht nur im staatlich-politischen und wirtschaftlichen, sondern im moralischen und zivilisatorischen Sinne. Indirekt waren auch die neutralen Länder wie die Niederlande davon berührt. Wenn Deutschland auch letztlich den Riesenkampf verloren hatte, so hatte es der Kraftanstrengung von Frankreich nebst Belgien, Großbritannien samt seinem Empire und der USA bedurft, um die militärische Macht des Kaiserreichs zu bezwingen. Deshalb der harte Versailler Friede, der doch nur ein Ausfluß der Angst vor dieser Macht war und ein Versuch, sie durch eine Reihe von Bremsmitteln zu schwächen. Der Erste Weltkrieg war Europa in ganz anderer Weise angegangen als der Krieg von 1870–71. Das Vernichtungspotential des modernen Krieges machte folglich die Aussicht auf gewaltsamen Revisionismus und Revanche, von wem auch immer, erheblich bedrohlicher für alle. Das ist das eine. Hinzu kommt, daß der französische Revanchismus nach 1871 eben keinen Hitler hervorgebracht hat. Proto-faschistische oder extrem-nationalistische Bewegungen „wie *Déroulèdes* „*Ligue des Patriotes*“ oder die „*Action Française*“ nach 1900 beherrschten niemals die Politik. Wenn sie es getan hätten, wenn Frankreich tatsächlich wegen des Elsaß auf Kriegskurs gegangen wäre, so ist es sehr fraglich, ob es dabei die Sympathie Europas behalten hätte. Man registrierte dort, nebenbei bemerkt, die Äußerungen von Revanchismus auch keineswegs nur gleichmütig oder ohne weiteres mit Einverständnis; jedenfalls nicht allgemein. Hier dürfte noch ein Thema für nähere Untersuchungen liegen.

Umgekehrt kann nicht gesagt werden, daß der deutsche Revisionismus nach Versailles an sich schon allgemein verurteilt wurde. Natürlich, die direkt davon Betroffenen, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, hatten guten Grund, jede Revision der Grenzen als prinzipiell indiskutabel abzulehnen. Doch bei den Neutralen, in den Niederlanden zum Beispiel, war dieser Vertrag in der Presse und bei Politikern keineswegs auf Begeisterung gestoßen. In den zwanziger Jahren kam es eher zu Befürchtungen vor französisch-belgischen Expansionsneigungen, auch in bezug auf die Rheinpolitik, als vor deutschem Revisionismus, der vielen an sich auch nicht als ganz unberechtigt galt. Namentlich das geheime französisch-belgische Militärabkommen vom 7. September 1920 löste Spekulationen über geheime konspirative Absichten von Paris und Brüssel aus. Die erwiesen sich erst dann als sehr übertrieben, als der Inhalt in den dreißiger Jahren bekannt wurde. Das niederländisch-belgische Verhältnis blieb in diesem Dezennium gespannt. Die Belgier hatten 1919 Annexionsforderungen im Hinblick auf niederländisches Gebiet angemeldet, u. a. mit der Begründung, daß sie, bei der neutralen Haltung des nördlichen Nachbarn, ihre Grenze effektiver gegen einen zukünftigen deutschen Angriff schützen müßten. Hinzu kamen alte Beschwerden über die niederländische Vormachtstellung an der Scheldemündung und ihre für Belgien so nachteilige

Wirtschaftspolitik. Paris hatte diese Forderungen des schwer getroffenen Landes gegenüber dem so viel besser weggekommenen Nachbarn unterstützt, aber die Sache war sofort am Widerstand Englands und Amerikas gescheitert. Immerhin blieb im Norden in mächtigen Wirtschaftskreisen wie im Außenamt ein ausgesprochenes Mißtrauen bestehen, und nicht die entwaffnete, momentan machtlose und demokratische Weimarer Republik, sondern die französisch-belgischen Aspirationen im Hinblick auf das Rheinland waren es, die Den Haag Sorge machten. Ein niederländisch-belgischer Vergleich, der 1925 die strittigen Territorial- und Wirtschaftsfragen lösen sollte, wurde nach einer für die Niederlande zu jener Zeit ungewöhnlich erregten Debatte abgelehnt. Er sei Belgien viel zu weit entgegengekommen.

Dies nur am Rande, um zu zeigen daß die Dinge komplizierter lagen. Was den deutschen Revisionismus anbelangt: Ende der zwanziger Jahre bahnte sich in England und Amerika bekanntlich ein Stimmungsumschwung Deutschland gegenüber an, der sich während der großen Depression noch verstärkte. Die Kritik an Versailles und an der harten französischen Erfüllungspolitik, die in der anglo-amerikanischen Welt schon 1919 eingesetzt hatte, wurde nun lauter. Die Appeasementpolitik und das Verhalten der Westmächte, oder jedenfalls Großbritanniens, Hitler gegenüber in den dreißiger Jahren, die vielfach in der Nachkriegsliteratur verurteilte Passivität bei der Wiederaufrüstung und der Rheinlandbesetzung, lassen sich ohne diesen Faktor nicht befriedigend erklären: Neben der Angst vor einem neuen Krieg und dem Bewußtsein der inneren Schwäche infolge der Depression und dem starken Widerstand gegen Bewaffnung, spielte eine Rolle, daß man in weiten Kreisen eine Revision der Versailler Bestimmungen als berechtigt ansah: „Mourir pour Danzig?“ wie die bekannte Frage lautete, die die Stimmung in der Öffentlichkeit weitgehend zum Ausdruck brachte. Das galt inzwischen auch und gerade für das defaitistische, innerlich zerrissene Frankreich. Die Kapitulation der Westmächte vor Hitler in München wurde ja damit begründet und gerechtfertigt, daß dem Sudetenland, da wo eine klare deutschsprachige Mehrheit bestand, mit Recht Anschluß an das Reich gewährt werden sollte. Dies geschah aufgrund des Nationalitätenprinzips, das die Siegermächte selber aufgestellt hatten. Und es war der erste klare Bruch dieses Prinzips, die Zerschlagung der Rest-Tschechei im März 1939, die zum Umschwung der Stimmung in England führte und Chamberlain zwang, seine Appeasement-Strategie zu revidieren. Die Besetzung Prags war der Beweis, daß es Hitler nicht nur um die Revision von Versailles ging. Ich erwähne diese allbekannten Dinge nur, weil sie die These, daß „Europa“ den deutschen Revisionismus – im Gegensatz zum französischen – niemals akzeptiert habe, relativiert. Bekanntlich löste München in den meisten Ländern bei der Mehrheit Erleichterung aus, weil der Friede erst einmal erhalten geblieben war.

Im Rückblick wird die Perspektive auch hier leicht verzerrt durch das postfactum-Wissen des Historikers und einen gewissen Finalismus. Inwiefern wir

Hitler als eine unvermeidliche Konsequenz des Revisionismus nach 1918 aufzufassen, ist die eine Frage. Die endlose Diskussion über eine logische oder doch verständliche Mündung der deutschen Geschichte in das Dritte Reich hat sich selbst inzwischen überlebt, zumal sie auf empirischer Ebene gar nicht zu entscheiden ist und letztlich in vor- und metawissenschaftlichen ideologischen und voluntaristischen Gesichtspunkten des Historikers wurzelt. Die Gegner dieser Determinismusthese können immer wieder auf die zahlreichen Ansätze anderer Entwicklungen auch während der Weimarer Zeit hinweisen, auf externe Faktoren, auf den späten Durchbruch der NSDAP in der großen Depression, auf die vielen Momente, in denen der Erfolg Hitlers noch in den Jahren 1930–1933 von Zufällen abzuhängen schien, von personellen Konstellationen. Die Befürworter jener Determinismusthese – die in ihrer simplistischen Variante heute wohl von keinem mehr vertreten wird – können dagegenhalten, daß hinter der langen Kette von scheinbaren Eventualitäten und Zufallstreffern doch eine Struktur soziokultureller Faktoren liegen müsse, und daß es letzten Endes eben kein Zufall sein könne, daß alle Alternativen schließlich jedesmal mißlungen seien. Wie gesagt: Ein auf empirischer Ebene gar nicht zu entscheidendes Problem. Das gilt für die nichtdeutsche, wie für die deutsche Literatur.

Eine ganz andere Sache aber ist, daß es für die Zeitgenossen – und darum geht es hier – nicht ausgemacht und sogar eher unglaublich war, daß der deutsche Revisionismus und Revanchismus logisch in Hitlers und Himmlers großgermanischen Reichsimperialismus hineinführte. Und somit wurde er auch nicht unbedingt überall im Ausland von Anfang an verurteilt. Der Vergleich mit Frankreich bleibt indessen lehrreich, weil er eben die Unterschiede in der gesamten gesellschaftlichen und kulturellen Konstellation nach 1871 und nach 1918 verdeutlicht. Und die gelten für ganz Europa. So führte der französische Revanchismus zu nationalistischen proto-faschistischen Bewegungen beschränkten Umfangs und zwar hauptsächlich unter bürgerlichen Intellektuellen. Obendrein stieß er auf eine große historische Tradition der Linken, die so in Deutschland fehlte. Das bleibt unbestritten. Aber es fehlten auch die massive Politisierung und Ideologisierung, die Wirtschaftskrise einer hochindustrialisierten und weitgehend säkularisierten Gesellschaft, die weiter fortgeschrittene Desorientierung breiter Schichten, kurz der Boden, der für den Erfolg einer faschistischen oder nationalsozialistischen Gewaltlehre geeignet war. Es bleibt auch offen, was in Frankreich geschehen wäre, wenn es den Ersten Weltkrieg verloren hätte. Vichy ist ein Hinweis darauf, daß die liberale Demokratie nach einer Niederlage auf schwachen Füßen stand.

Entscheidend für das Deutschlandbild Europas scheint mir vor allem, daß das Dritte Reich die Kombination einer Diktatur mit einer expansiven Großmacht darstellte, die in Europa ein Hegemonialreich errichten wollte und dabei schon weitgehend erfolgreich war. Jedenfalls wären die Westmächte und schließlich die USA niemals in den Krieg gegen Hitler gezogen, wenn er nur

die Juden und andere Minderheiten im eigenen Reich ausgerottet hätte. Das wird im Schatten von Auschwitz im Westen gerne etwas vergessen. Daß heute UNO und NATO, etwa im Fall von Bosnien, keine Abstinenz üben und hin- und hergerissen scheinen zwischen realpolitischen und humanitären Motivationen, ist auch nur als Reaktion auf die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus zu verstehen. Es ist heute für die Staaten und die Bevölkerungen schwerer geworden, die Augen vor Greueln zu verschließen, auch wenn die eigene Sicherheit nicht unmittelbar bedroht ist.

Der Gegensatz zwischen europäischem Universalismus und Dualismus ist heute so aktuell und unumgänglich wie je, und wieder scheint er sich zuerst als West-Ost-Gegensatz in Deutschland wie in einem Brennglas zu spiegeln. Ist es noch eine Nation, wenn sich die kleinere Osthälfte von der mächtigeren Westhälfte kolonisiert und annexiert fühlt? Inwiefern tritt der Gegensatz besonders scharf hervor, oder wird er auf die Dauer doch gedämpft durch den gemeinsamen staatlichen Rahmen, der eine gemeinsame demokratische Verfassung und Ordnung und ein gemeinsames Wirtschaftssystem bedeutet, wie unterschiedlich auch die Praxis und vor allem die mentale Aufnahme noch in dem alten und den neuen Bundesländern ausfallen mag? Wie wirkt eine zwar weit zurückgreifende und dennoch auch nie erloschene Reminiszenz an eine gemeinsame nationale Vergangenheit und Identität hier mit? Die kulturellen und mentalen Folgen der Trennung, namentlich für die Nachkriegsgenerationen, können kaum innerhalb einer Generation beseitigt werden. Andererseits sollte bei den Gegensätzen nicht vergessen werden, daß in fünfzehn bis zwanzig Jahren schon wieder eine neue Generation mitreden wird, für welche die Spaltung zur Geschichte geworden, die Einheit die Realität ist.

Bei Europa handelt es sich um einen viel gravierenderen und folglich schwerer zu bewältigenden Kontrast zwischen West und Ost: Politisch, ökonomisch, mental. Dieser Dualismus, noch kompliziert und erschwert durch das ungeheure Problem Rußland, das jede Annäherung, von der es ausgeschlossen bleibt, blockieren wird, blockiert damit auch eine Integration, die Osteuropa mit einschließt. Innerhalb der West-Integration wird gleichzeitig wieder der alte Nord-Süd-Dualismus sichtbar, trotz der Achse Bonn-Paris, die ihn verdeckt. Aber die südeuropäischen Länder erweisen sich bei vielerlei Gelegenheiten als verwandt in der Art ihrer Probleme und vor allem Problemlösungen, die von denen Deutschlands, der Benelux- und der skandinavischen Länder abweichen.

Tiefe historische Spurrillen treten so immer wieder hinter der vordergründigen Aktualität hervor, und kein Land wird davon so berührt wie Deutschland. Trotz seiner bisherigen politischen Zurückhaltung, seiner Angst vor Ansprüchen und Ambitionen, die das Ausland wieder beunruhigen und gegen es einnehmen könnten, wird es nach 1990 geradezu in eine universalistische Rolle gedrängt als unentbehrlicher, ja Hauptagent einer weiteren Einigung. Es muß den West-Ost-Dualismus nicht nur im eigenem Land sondern in Europa über-

brücken, denn es ist inzwischen tief im Westen verankert und ist doch unmittelbarer vom Osten betroffen als seine westlichen Partner. Wird es gleichzeitig imstande sein, die divergierenden Partner auf dem Weg des föderativen Modells zu halten? Kann man von ihm verlangen, daß es sich für weitere West-Integration einsetzt, wenn sich bei den anderen nationale Interessen und Empfindungen dagegen wehren? Ein Wiedererwachen solcher Sentiments, eine gewisse Rehabilitierung des nationalen Gedankens als Reaktion auf die europäische Einigung ist unverkennbar und nicht mehr so verpönt wie in den vergangenen Dezennien. Wird damit nicht auch ein neuer deutscher Nationalismus legitimiert, wie er sich in dem sogenannten intellektuellen Neokonservatismus ankündigt? Wie sollen die Deutschen auf das Bedürfnis nach eigener historischer Identität verzichten, wenn auch die anderen nicht ohne sie auszukommen behaupten? Nur heißt das im deutschen Fall die Gefahr, nolens volens (und gewiß heute mehr nolens als volens) in die Bahn eines Hegemonialstaatsmodells abzuleiten, das es auf die Dauer nur erneut isolieren würde. Die Antwort auf diese Frage hängt jedoch mindestens so sehr von den Partnern ab wie von ihrer Bereitschaft, das Nationale dem Europäischen Föderationsmodell unterzuordnen.

Oder ist diese ganze hier skizzierte Problematik von europäischem Universalismus, Nationalismus und Dualismus im Grunde bereits veraltet, weil sich in Zukunft die Bedeutung der Grenzen wandelt, infolge übergreifender ökologischer Fragen, neuer multikultureller Gesellschaften und folglich anderer gesellschaftlicher Schichtungen, bei denen das nationale Kriterium verblaßt? Eine Konstellation, wie sie schließlich ja auch im Mittelalter existierte, wo supranationale Eliten und Netze wie Kirche und Adel herrschten? Die Technik, das Fernsehen, der Universalismus der Wissenschaften, wobei Englisch als Lingua franca fungiert, haben ihre eigene unifizierende und egalisierende Wirkung. Rückgängig zu machen ist das nicht. Dennoch können wir, wie gesagt, die Zeichen nicht übersehen, daß die Reaktion auf diese Internationalisierung heute überall im Wachsen begriffen ist.

Die These von einem neuen Mittelalter ist nicht ganz neu. Nur wird dabei meistens in pessimistischem Sinn an einen Rückfall in Obskurantismus und Barbarei gedacht, der negativen Konnotation entsprechend, die der Begriff Mittelalter im spontanen Gebrauch hat. Gegenüber der Alternative – einen Rückfall in das nationalstaatliche Europa der letzten zwei Jahrhunderte – ist die Perspektive eines Europa, das in der hier gemeinten Hinsicht mittelalterlichen Universalismus mit regionaler Identität verbindet, als Dämpfer für Dualismus wie nationalen Partikularismus noch nicht die schlechteste. Reine Modelle wie ein integriertes Europa sind intellektualistische Konstrukte. Aber auch wenn die Realität immer ihre klaren Konturen verwischt, so bleiben sie als Leitbild unentbehrlich, um das Chaos weniger chaotisch zu machen als es ohne sie wäre.

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Professor Dr. Anthony Adamthwaite, Berkeley
Professor Dr. Heinz Angermeier, Regensburg
Professor Dr. Karl Otmar Frhr. von Aretin, Mainz
Professor Dr. Pierre Ayçoberry, Straßburg
Professor Dr. Christian Baechler, Straßburg
Professor Dr. Jacques Bariéty, Paris-Sorbonne
Professor Dr. Dan Berindei, Bukarest
Professor Dr. Adolf M. Birke, München
Professor Dr. Boris L. Chawkin, Moskau
Professor Dr. Bernard A. Cook, New Orleans
Professor Dr. Hermann von der Dunk, Utrecht
Professor Dr. Manuel Espadas-Burgos, Madrid
Professor Dr. Jean-Claude Favez, Genf
Professor Dr. Carole Fink, New Brunswick
Professor Dr. Antoine Fleury, Genf
Professor Dr. Lothar Gall, Frankfurt am Main
Professor Dr. Imanuel Geiss, Bremen
Hermann Graml, München
Professor Dr. Wolf D. Gruner, Hamburg
Professor Dr. Klaus Hildebrand, Bonn
Professor Dr. Jerzy Holzer, Warschau
Dr. Manfred Kittel, München
Professor Dr. Fritz Klein, Berlin
Professor Dr. Eberhard Kolb, Köln
Professor Dr. Peter Krüger, Marburg
Ministerialrat Dr. Herbert Linden, Bonn (Stiftungsrat des IfZ)
Professor Dr. Horst Möller, München
Professor Dr. Roland Mortier, Brüssel
Professor Dr. A.J. Nicholls, Oxford
Professor Dr. Marta Petricioli, Florenz
Professor Dr. Jordi Planes, Barcelona
Professor Dr. Raymond Poidevin, Straßburg
Professor Dr. François Roth, Nancy
Professor Dr. Pierangelo Schiera, Trient
Professor Dr. Tomasz Schramm, Poznan
Professor Dr. Milen Semkov, Sofia

Professor Dr. Gilbert Trausch, Luxemburg
Professor Dr. Alexander Tschubarian, Moskau
Professor Dr. Martin Vogt, Mainz
Professor Dr. David R. Watson, Dundee
Professor Dr. Erika Weinzierl, Wien
Professor Dr. Udo Wengst, München

Verzeichnis der Autoren

Adamthwaite, Anthony, Professor für Geschichte an der University of California, Berkeley

Aretin, Karl Otmar Freiherr von, emeritierter Professor für Zeitgeschichte an der TH Darmstadt, 1968–1994 Direktor des Instituts für Europäische Geschichte Mainz

Ayçoberry, Pierre, emeritierter Professor für Zeitgeschichte an der Université des Sciences Humaines de Strasbourg

Bariéty, Jacques, Professor für Zeitgeschichte an der Université de Paris-IV (Sorbonne)

Berindei, Dan, emeritierter Professor für Geschichte an der Universität Bukarest

Birke, Adolf, M., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München

von der Dunk, Hermann, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Utrecht

Gall, Lothar, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Frankfurt am Main

Graml, Hermann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München

Hildebrand, Klaus, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Bonn

Möller, Horst, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München

Nicholls, Anthony J., Professor am St. Antony's College Oxford

Poidevin, Raymond, emeritierter Professor für Geschichte der internationalen Beziehungen an der Université R. Schuman Strasbourg

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Band 73:

Uwe Gerrens

Medizinisches Ethos und Theologische Ethik

Karl Dietrich Bonhoeffer in den Auseinandersetzungen um Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Nationalsozialismus.

1996. 222 S., DM 35,-
ISBN 3-486-64573-0

Karl Bonhoeffer war einer der bedeutendsten deutschen Neurologen und Psychiater dieses Jahrhunderts. Sein Sohn, der Theologe Dietrich Bonhoeffer, beteiligte sich in seinen letzten Lebensjahren am Widerstand gegen das NS-Regime und wurde 1945 hingerichtet. Diese Arbeit untersucht, wie der Mediziner und der Theologe auf das nationalsozialistische Programm der Zwangssterilisation und die sogenannte Euthanasie reagierten. Anhand der Quellen wird deutlich, wie der Mediziner Karl Bonhoeffer als Vorsitzender des Deutschen Vereins für Psychiatrie und Klinikleiter in der Charité Verantwortung für seine Patientinnen und Patienten übernahm und sich an deren Persönlichkeitsrechten orientierte. Der Theologe Dietrich Bonhoeffer geht in einer dicht geschriebenen „Ethik“ auf diese Probleme ein und entwickelt eine Theorie der Verantwortungsethik und der Menschenrechte.

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

Band 72:

Monika Dickhaus

Die Bundesbank im westeuropäischen Wiederaufbau

Die internationale Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1958

1996. 286 S., DM 35,-
ISBN 3-486-64572-2

Die Geschichte der mächtigen Institution „Bundesbank“ wird in dieser Studie erstmals eingehend untersucht. Dickhaus analysiert das Material aus dem Archiv der Deutschen Bundesbank.

Sondernummer:

Nationalsozialismus in der Region

Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich

Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler. 1996.
350 S., DM 78,- ISBN 3-486-64500-5

Aus dem Inhalt:

- I. Die Regionalgeschichte des Nationalsozialismus als historiographisches Problem
- II. Regionale Profile des Nationalsozialismus vor 1933
- III. Zentralismus, partikuläre Kräfte und regionale Identitäten im NS-Staat
- IV. Soziale Milieus, lokale Gesellschaft und Nationalsozialismus
- V. Nationalsozialistisches „Zentrum“ und auslandsdeutsche „Peripherie“
- VI. Regionalismus und Zentralismus in außerdeutschen faschistischen Bewegungen und autoritären Regimen

Oldenbourg

